

ANLAGE II

Betrifft: Sitzung des Bundesparteivorstandes am 15. und 16. Dezember 1952 im Palais Schaumburg, Bonn.

Hier: Anwesenheitsliste.

Die Mitglieder des Bundesparteivorstandes: Dr. Konrad Adenauer, Dr. Hermann Ehlers, Jakob Kaiser, K.G. Kiesinger, Dr. R. Tillmanns, Dr. F.J. Wuermeling, E. Bach, A. Dichtel, Dr. M. Gröwel, O. Wackerzapp, E. Majonica, W. Simpfendörfer, Dr. G. Strickrodt, Dr. A. Zimmer, Dr. A. Süsterhenn.

Die Landesvorsitzenden: Dr. F. Gurk, Dr. O. Fricke, Dr. H. Barth, H. Scharnberg, A. Cillien, Dr. W. Fay, W. Johnen, P. Altmeier, L. Lensing, Dr. G. Müller.

Die Kooptierten: J. Albers, Dr. R. Pferdmenes, Dr. H. Krone, Dr. J.B. Gradl.

Die Ministerpräsidenten: K. Arnold (zeitweise),

außerdem: Dr. Siegel, Dr. Lenz.

18

Bonn, 26. Januar 1953

Anwesend: Adenauer, Altmeier, Bach, Barth, Dichtel, Ehlers, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Frau Gröwel, Heck, Hofmeister, Johnen, Kaiser, Krone, Lensing, Lenz, von Lex (zeitweise), Lübke, Majonica, Müller, Pferdmenes, Samsche, Schäffer, Scharnberg (zeitweise), Schmidt, Schreiber, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Wackerzapp, Wuermeling, Zimmer sowie Meyers als Gast.

Bericht zur Lage: Europafragen, Ratifizierung des EVG-Vertrages, Haltung der SPD; Vorbereitung der Bundestagswahl. Aussprache. Bericht Meyers über die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Wahlkampforganisation. Bundestagswahlgesetz. Steuerreform. Parteitag in Hamburg. Gestaltung des Wahlkampfes. Aufstellung der Kandidaten. Saarfrage. Vorbereitung der Parteiausschußsitzung am 27. Januar.

Beginn: 9.12 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe um Punkt 9 Uhr hier hineingeschaut; da waren acht oder neun Herren anwesend. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Aber das ist kein Vorwurf, es ist neblig draußen.

Entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Arnold wegen einer wichtigen Sitzung der Landtagsfraktion, in der der Haushaltsplan beraten wird, und Herr Oberkirchenrat Cillien in wichtiger dienstlicher Angelegenheit. Als Vertreter ist

Herr Dr. Hofmeister hier. Ich habe Herrn Dr. Meyers¹ aus Düsseldorf, den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, gebeten, hier anwesend zu sein – ich heiße ihn willkommen –, damit er uns einen Bericht über die Beurteilung des Wahlergebnisses der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erstattet, weil das immerhin gewisse Rückschlüsse zuläßt. Ich denke, daß Sie auch den Herrn Ministerpräsidenten Arnold über den Hergang der ganzen Sitzung unterrichten werden. Herr Johnen hat mir mitgeteilt, daß er aus den gleichen Gründen – wegen der Sitzung der Landtagsfraktion – uns vorzeitig verlassen müsse. An seiner Stelle würde Herr Dr. Schmidt kommen. Er könne infolgedessen morgen nicht beim Parteiausschuß anwesend sein. Darf ich mir, verehrter Herr Johnen, eine allgemeine Bemerkung erlauben!

Wir haben in der Bundesrepublik nicht ganz ein Dutzend Länder. Wenn jedes Land seine Landtagssitzungen so einrichtet, daß sie mit uns kollidieren, dann kommen wir niemals zu einer Parteivorstands- und Parteiausschußsitzung, die annähernd voll besetzt ist.

Ich möchte daher an alle Herren die dringende Bitte richten, daß sie in ihren Landtagen dafür eintreten, daß diese Tage freibleiben. (*Johnen*: Seit drei Monaten festgesetzt!) Seit drei Monaten festgesetzt! D.h. Ihr Wort in Gottes Ohr – mit dem Festlegen! Es ist bei uns in Bonn Usus, daß, wenn eine der großen Fraktionen sagt: ich bin an dem und dem Tage wegen wichtiger parteipolitischer Beratungen verhindert, dann das Plenum des Bundestages darauf Rücksicht nimmt. Ich wäre außerordentlich dankbar – das soll kein Vorwurf gegen Sie sein, Herr Johnen –, wenn bei den morgigen wie auch bei ähnlichen Beratungen in den kommenden Monaten bis zur Wahl dieser Angelegenheit eine sehr große Bedeutung beigelegt würde. Sie sind sogar wichtiger als gewisse Landtags- und auch Bundestagssitzungen.

Darf ich jetzt zur Tagesordnung übergehen? (*Zustimmung.*)

BERICHT ZUR LAGE

Ich spreche lieber stehend als sitzend. Man kann sich dann besser bewegen.

An die Spitze meiner Ausführungen möchte ich folgendes stellen: Ich werde, wenn ich Ihnen einen Bericht über die Lage geben soll, gezwungenerweise den einen oder anderen Punkt der Tagesordnung berühren müssen, und ich bitte, das nicht als eine Vorwegnahme anzusehen. Ich möchte mir dann erlauben, in Ergänzung der Tagesordnung für heute zu fragen, ob – abgesehen von Herrn Wuermeling – ein besonderer Sachverständiger in Wahlangelegenheiten anwesend ist oder ob wir nicht den Herrn Dr. Lehr bitten sollen, uns über den Gesetzentwurf ein Viertelstündchen zu referieren. (*Wuermeling*: Kollege Scharnberg! *Scharnberg*: Ich habe mich darauf vorbereitet!) Es würde nichts schaden, wenn Sie beide berichteten. Bedenken

¹ Dr. Franz Meyers (geb. 1908), 1950–1970 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1952 Oberbürgermeister von Mönchengladbach, 1952–1956 Innenminister und 1958–1966 Ministerpräsident, 1957–1958 MdB (Memoiren: gez. Dr. Meyers. Düsseldorf 1982).

Sie, wir laden die Ministerpräsidenten ein; dann ist es wohl richtig, wenn Herr Dr. Lehr, der CDU-Innenminister, der diesen Gesetzentwurf hat bearbeiten lassen, ein kurzes Referat darüber hält. Das würde nicht ausschließen, Herr Scharnberg, daß auch Sie ein Referat darüber halten. Das halte ich psychologisch für richtig. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Meine Damen und Herren! Das Jahr 1953 wird, wie man, glaube ich, mit größter Sicherheit sagen kann, für Gesamtdeutschland und für unsere Partei ein Jahr der Entscheidung sein. Sie kennen mich genügend, um zu wissen, daß ich nicht gern große Worte mache; aber es liegt mir doch daran, Ihnen gegenüber das zum Ausdruck zu bringen, daß ich nach sehr sorgfältiger Prüfung der ganzen Lage, in der wir uns befinden, nur diesen Satz wiederholen kann: Dieses Jahr wird für Deutschland und für unsere Partei ein Jahr der Entscheidung sein.

Ich wünsche uns allen, daß wir – wir sind noch am Beginn dieses Jahres – ein gutes und erfolgreiches Jahr haben werden, daß wir von Anfang an mit unseren Kräften haushalten, damit wir während der letzten Monate vor der Wahl wirklich noch in der Lage sind, etwas herzugeben.

Ehe ich nun fortfahre, lassen Sie mich noch ein Wort über Diskretion sagen; Diskretion auch bei den Verhandlungen des Parteivorstandes. Die Herren werden sich erinnern, daß ich Ihnen auf der letzten Sitzung des Parteivorstandes eine Notiz über eine Verhandlung der kurz vorhergegangenen Vorstandssitzung der Sozialdemokratischen Partei über die außenpolitische Konzeption vorgelesen habe.

Ich habe es erleben müssen, daß mir kurz darauf Herr Ollenhauer sagte², daß ihm ein ausländischer Journalist mitgeteilt habe, daß er sofort nach der Sitzung die Mitteilung aus unserem Kreis erhalten habe, daß ich in dieser Sitzung ein Protokoll über die Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes vorgelesen hätte.

Ich konnte Herrn Ollenhauer sagen: Das ist nicht richtig, aber ich habe wohl ein Resümee daraus vorgetragen. Ich habe ihm dieses Resümee auch vorgelesen, wonach er sagte – was für Sie auch von Interesse ist: Das ist für unsere Entscheidung nicht bestimmend gewesen. Er stritt also nicht ab, daß diese merkwürdige außenpolitische Konzeption dort vorgetragen worden ist, aber, meine verehrten Herren, das Bedauerliche ist doch, daß er in verhältnismäßig kurzer Zeit nach unserer Sitzung hier, wenn ich den Worten des Herrn Ollenhauer glauben darf – und ich glaube, man muß das tun; es sei denn, daß er den ausländischen Journalisten dazwischengeschoben hat, was aber an der Sache nichts ändert –, von einem Mitglied der Versammlung die Mitteilung bekommen hat!

Wenn wir hier im Parteivorstand uns nicht einmal offen aussprechen können, ohne Gefahr zu laufen, daß in ganz kurzer Zeit sehr wichtige Dinge aus diesem Parteivorstand an den Vorsitzenden der gegnerischen SPD gelangen, dann sind natürlich Verhandlungen hier überhaupt unmöglich. Ich bitte Sie daher alle auf das

² Die Unterredung fand statt am 18. Dezember 1952, 16.30 Uhr. Zu dem Vorgang vgl. Nr. 16 S. 183.

eindringlichste – ich behaupte keineswegs, daß das böse Absicht gewesen sei, was da geschehen ist –, überlegen Sie doch, ehe Sie irgendeinem etwas über die Verhandlungen hier sagen, ob Sie nach Ihrem Gewissen dazu berechtigt sind. Ich glaube, das gilt auch für die heutige Sitzung.

Nun wende ich mich wieder zurück zum Jahre 1953. Warum ist dieses Jahr das Schicksalsjahr für das deutsche Volk und für unsere Partei? Aus zwei Gründen, die miteinander zusammenhängen. In diesem Jahre 1953 wird es sich entscheiden, ob die Europäische Gemeinschaft wird oder ob sie vergeht, ehe sie geboren ist, ob alle diese Arbeit, die geleistet worden ist, mit einem Fiasko enden wird. Ferner wird das Jahr 1953 die zweiten Bundestagswahlen im September bringen.

Ich habe eben absichtlich gesagt: Dieses Jahr wird die Entscheidung darüber bringen, ob die Europäische Gemeinschaft wird. Ich habe nicht gesagt: die EVG, sondern ich fasse absichtlich meine Worte weiter. Wenn die EVG nicht wird, dann wird auch eine Europäische Gemeinschaft nicht werden, trotz der verheißungsvollen Ansätze, die nicht zuletzt dank der Arbeit unseres Freundes von Brentano geleistet worden sind.

Die Europäische Gemeinschaft hat begonnen mit der Montanunion. Ich darf ein Wort des Dankes auch in diesem Kreise an den Herrn Schuman sagen. Sicher war bei Herrn Schuman – der uns weltanschaulich so nahesteht – dieses und jenes zu bemängeln. So z.B. war es ganz bezeichnend für ihn, daß die Regierung Pinay es nicht gewagt hat, den Vertrag über die EVG und den Deutschland-Vertrag der Kammer zugehen zu lassen³; diese gewisse Zurückhaltung Schumans liegt zum Teil darin begründet, daß er eben einen großen Teil der Franzosen nicht für Vollblutfranzosen hält. Wenn es infolgedessen auch manchmal recht schwierig mit ihm war, eines bleibt sein großes Verdienst: daß er den Gedanken der Vereinigung Europas im Mai des Jahres 1950 kühn und entschlossen ausgesprochen und nicht nur theoretisch hingestellt, sondern sofort mit einem praktischen Vorschlag – die Montanunion zu gründen – verbunden hat.

Diese Montanunion, das ist ein Pluspunkt in unserer Konzeption, ist nun Wirklichkeit geworden.⁴ Am 10. Februar wird zum ersten Mal ein gemeinsamer Markt für Kohle, Eisen und Stahl für 150 Millionen Menschen in Europa eröffnet. Es werden sich manche Schwierigkeiten zeigen. Das ist ohne weiteres durch die Natur der Sache gegeben, aber man muß doch – wie bei allen Dingen – daran glauben und darauf vertrauen, daß ein solch großer Gedanke diese Schwierigkeiten überwinden wird. Und wenn sie überwunden sind, dann ist die Schaffung eines solchen Marktes in Europa ein Ereignis von der größten Tragweite, das sich auf allen möglichen wirtschaftlichen und politischen Gebieten weiter auswirken wird.

³ Zu den Gründen vgl. SCHWARZ 1 S. 205f.

⁴ Vgl. SCHWARZ 1 S. 96–104, AdG 1953 S. 3865f.; Hans DICHGANS: Montanunion. Menschen und Institutionen. Düsseldorf/Wien 1980.

Ich habe eben erwähnt, daß auch die Arbeiten zur Schaffung einer politischen Gemeinschaft vorwärtsschreiten, einer Gemeinschaft, die man sicher vor einigen Jahren für unglaublich gehalten hätte. Aber die Ungeduld unserer Zeit läßt das alles übersehen, und sie kann nicht schnell genug Früchte ernten. Ich möchte es aber sehr nachdrücklich wieder als einen Pluspunkt für unsere Arbeit betonen, daß diese Vorarbeiten für die Schaffung der politischen europäischen Gemeinschaft sehr schnell erledigt worden sind, so daß ich wohl hoffen kann und hoffen muß, daß, wenn am 10. März dem Ministerrat der Montanunion der Vorschlag vorgelegt werden wird, diese entscheidende Angelegenheit im gleichen Tempo der Vollendung entgegengeführt wird.

Dieser erwähnte Pluspunkt für unsere Partei wird um so klarer, wenn Sie bedenken, daß bei der entscheidenden Abstimmung lediglich die sechs sozialdemokratischen deutschen Vertreter dagegengestimmt haben. (*Kaiser*: Und die Gaullisten!) Und die Gaullisten; also diejenigen, die in dieser Zeit der europäischen Vereinigung den größten Widerstand leisten – wir sehen es gleich bei der EVG –, das sind die deutschen Sozialdemokraten und die französischen Gaullisten.⁵ (*Wuermeling*: Arm in Arm!) Die deutschen Sozialdemokraten sind in einer hoffnungslosen Isolierung, auch gegenüber ihren Parteifreunden aller europäischen Länder. Insbesondere hat in Straßburg auch der Labourvertreter seine lebhafteste Zustimmung zu der politischen Vereinigung Europas ausgesprochen.

Das Kernstück der ganzen Europäischen Gemeinschaft aber ist und bleibt der Vertrag über die EVG, der Vertrag, der uns Deutschen in dem Maß, wie dies überhaupt unter den gegebenen, von Sowjetrußland verursachten Komplikationen möglich ist, die Freiheit wiedergibt.

Sie werden ohne weiteres einsehen, daß der Vertrag über die EVG das Kernstück ist. Wenn Sie sich vorstellen, welche Lage entstünde, wenn der Vertrag über die EVG nicht zustande käme, dann wäre auch damit jede Bemühung, die politische Gemeinschaft herzustellen, illusorisch. Wenn er zustande kommt, wird er zwangsweise mit sich bringen, daß der Vertrag über die politische Gemeinschaft schneller herbeigeführt wird, als dies an sich in Aussicht genommen worden ist.

Mit diesen Ausführungen habe ich Ihnen die Bedeutung zu schildern versucht im Hinblick auf die Zukunft, abgesehen von der augenblicklich vom Osten her drohenden Gefahr. Ich möchte aber gerade Ihren besonderen Blick auf die vom Osten her ständig drohende Gefahr lenken, um damit darzutun, daß es nun einmal in der Geschichte Augenblicke gibt, wo gehandelt werden muß; Augenblicke, die

⁵ Vgl. Günter HENLE: Vom Ruhrstatut zur Montan-Union, in KONRAD ADENAUER 1 S. 566–590, hier S. 584ff.; Sten.Ber. 1.WP Bd.10 S.7583ff., 7652ff., 7793ff. Die Abstimmung im Bundestag am 12. Januar 1952 ergab 232 gegen 143 Stimmen bei drei Enthaltungen, in der französischen Nationalversammlung am 13. Dezember 1951 377 gegen 233 Stimmen. Die Abstimmung der „Ad-hoc-Versammlung“ bzw. der Gemeinsamen Versammlung (Montan-Parlament) über den Satzungsentwurf der Verfassungskommission fand am 9./10. Januar 1953 statt (vgl. AdG 1953 S. 3817).

niemals wiederkehren. Wir alle, die hier am Tische sitzen, haben schon zweimal solche Stadien in der europäischen und in der Weltgeschichte miterlebt. Das war das Scheitern beider Versuche, die England mit Deutschland vor dem Kriege 1914 gemacht hat.⁶ Wären diese Versuche geglückt, hätten die deutsche Geschichte, die europäische Geschichte und die Weltgeschichte eine andere Wendung genommen. Sie sind nicht geglückt, und das Unheil hat dann seinen Lauf genommen.

Das sage ich Ihnen deswegen, meine Damen und Herren, damit wir alle miteinander diese Gesetzesvorlagen, um deren Schicksal es sich im Parlament und beim Bundesverfassungsgericht handelt, herausgehoben sehen müssen aus einem parteipolitischen Gezänk und aus parteipolitischen Gegensätzen. Wir alle miteinander müssen diese Vorlagen betrachten als das, was sie wirklich sind: als Vorlagen, die der ganzen Geschichte Europas und der Welt eine Wendung zu geben in der Lage sind, die für die Zukunft von historischer Bedeutung sein wird.

Lassen Sie mich jetzt einige Worte über den Druck vom Osten her sagen, der die Mittel, die zur Abwendung der Gefahr notwendig sind, als unmittelbar zwingend erforderlich erscheinen läßt. Sowjetrußland hat im Laufe der letzten 12 bis 18 Monate im Innern seines Landes einen vollständigen Umbau seiner militärischen Organisationen vorgenommen. Die militärische Organisation hat in den vergangenen Jahrzehnten wegen der Größe des Landes unter ihrer Schwerfälligkeit gekrankt. Das ist jetzt geändert. Man hat acht Heere aufgestellt und dabei das ganze ungeheure Land in acht Teile geteilt und jedem Heer eines dieser Teile zugeteilt. Man hat also in stärkster Weise die Militärorganisation dezentralisiert und damit die Schlagkraft der russischen Heeresmaschine außerordentlich verstärkt.

Man hat aber von seiten Sowjetrußlands in den letzten zwölf Monaten noch folgendes getan, um die Schlagkraft gegenüber dem Westen zu verstärken: Man hat die polnische Armee, die noch vor stark einem Jahr mit veralteten Waffen versehen war – sei es, daß sie nicht im Besitz moderner Waffen war, sei es, daß man dem polnischen Heere nicht so recht traute –, mit den modernsten russischen Waffen ausgerüstet. Die polnische Armee ist nach allem, was man auf westlicher Seite davon weiß, ein schlagkräftiges Instrument in russischer Hand. Als äußeres Zeichen dafür möchte ich nur anführen: Die Konfederatka, die polnische Militärkopfbedeckung mit dem viereckigen Deckel, ist abgeschafft. Die Kopfbedeckung in der polnischen Armee ist auch die sowjetrussische Militärmütze.

In gleicher Weise ist auch die tschechoslowakische Armee nunmehr mit den modernsten russischen Waffen ausgerüstet. Auch das ist eine neue Tatsache, daß die polnische Armee und die tschechoslowakische Armee unter russischem Oberbefehl stehen. Die auf diese Weise ausgerüstete polnische und tschechoslowakische

6 Anspielung auf den Bündnisvorschlag des englischen Kolonialministers Joseph Chamberlain von 1898 und die Versuche einer Verständigung in den Jahren 1909 bis 1912. Vgl. Gregor SCHÖLLGEN: *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871–1914.* München 1984 S. 86–106.

Armee im Verein mit der ständig fortschreitenden Aufrüstung in der Sowjetzone bedeuten eine unmittelbare, latente Bedrohung des Westens. Wenn Sie dazuhalten die Vorgänge in der Sowjetzone und daß Sowjetrußland auf die letzte Note der drei Westalliierten – in der diese eine Viererkonferenz vorschlugen – bis heute noch nicht geantwortet hat, dann kann es wohl gar keinem Zweifel unterliegen – Herr Bundestagspräsident Ehlers hat das ja gestern auch ausgeführt⁷ –, daß von einem Willen Sowjetrußlands zu einer friedlichen Verständigung z.Z. nicht die Rede sein kann; im Gegenteil, Sowjetrußland schärft seine Waffen immer mehr.

Und nun möchte ich Ihnen ganz vertraulich über die Aufrüstung des Westens folgendes sagen: Auf der letzten Atlantikpaktratssitzung⁸ ist es zu schärfsten Auseinandersetzungen gekommen, über die in die Presse nur Andeutungen gelangt sind; zu schärfsten Auseinandersetzungen, weil die westliche Aufrüstung durchaus ungenügend ist. Wie ungenügend sie ist, das können Sie schon daraus ersehen, daß, als wir mit den Vertretern der drei Westalliierten zusammen vor Jahresfrist am EVG-Vertrag und am Deutschland-Vertrag arbeiteten, diese davon ausgingen, daß am 1. August 1952 die Verträge in allen Ländern ratifiziert seien.

Ich darf hier in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß der Amerikanische Kongreß und das Unterhaus Großbritanniens rechtzeitig im Sommer das, was sie zu tun hatten, getan haben⁹, während die sechs EVG-Länder nur sehr mühsam weitergekommen sind. Ich habe eben erwähnt, daß das Kabinett Pinay nicht gewagt hat, den EVG-Vertrag der Nationalversammlung zugehen zu lassen. Wie es bei uns steht, wissen Sie. Italien war sehr gehemmt durch seine Wahlrechtsvorlage, von der de Gasperi sagte – der im Herbst bei mir war¹⁰ –, er würde sie schon im Herbst durchbekommen, und er könne dann die Verträge noch von der jetzigen Kammer genehmigen lassen. Er hat länger dazu gebraucht.

In den drei Beneluxstaaten ist, abgesehen von Holland, nach außen nichts sichtbar geworden, was auf eine Beschleunigung schließen läßt. Aber ich darf Ihnen hier sagen, daß die drei Beneluxländer übereinstimmend nach wie vor – auch Belgien – der Überzeugung sind, daß der EVG-Vertrag von allen beteiligten Ländern so schnell wie möglich ratifiziert werden muß.

Nun komme ich zu Frankreich. Alle Berichte, die wir von Frankreich haben, und zwar sowohl diejenigen privater, offiziöser wie auch offizieller Natur, lassen mit Sicherheit erwarten, daß die französische Nationalversammlung die beiden Verträge noch in diesem Frühjahr ratifizieren wird. Alle anderen Nachrichten, die Sie dar-

7 Ausführungen von Ehlers vom 25. Januar (Sonntag) nicht nachweisbar.

8 15.–17. Dezember 1952 in Paris (AdG 1952 S. 3788).

9 Am 1. Juli 1952 hatte der amerikanische Senat dem Deutschland-Vertrag zugestimmt; die Ratifizierung erfolgte am 4. August 1952 durch Präsident Truman. Das britische Unterhaus hatte am 1. August 1952 Deutschland-Vertrag und EVG-Vertrag ratifiziert.

10 Ministerpräsident de Gasperi hatte der Bundesrepublik vom 21. bis 24. September 1952 einen Besuch abgestattet (AdG 1952 S. 3667).

über hören, sind Nachwehen der Regierungsbildung und zum inneren französischen Gebrauch bestimmt.¹¹

Ich betone mit größtem Nachdruck – und ich bin berechtigt, das mit größtem Nachdruck zu tun –, es unterliegt keinem Zweifel, daß die französische Nationalversammlung noch im Laufe dieses Frühjahres die Verträge ratifizieren wird und daß die französische Nationalversammlung keine Änderungen der Verträge vorgesetzt bekommt, abgesehen von Zusatzprotokollen, die nicht besonders genehmigt zu werden brauchen. Ohne Rücksicht darauf werden die Verhandlungen stattfinden.

Die französische Regierung und die französische Nationalversammlung werden auch nicht zur Bedingung machen, daß vorher die Saarfrage geregelt ist; auch das ist sicher, meine Damen und Herren! Damit wird ein sehr wesentliches Argument der inneren Agitation der Sozialdemokratie hinfällig werden; d.h. ihre inneren Argumente der sturen Führerschicht gegenüber den Elementen in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, die keinen sehnlicheren Wunsch haben, als daß die Verträge mit Zweidrittelmehrheit genehmigt werden, gehen dahin: Ihr könnt ganz ruhig sein, es wird nicht ratifiziert, so daß die Geschichte nicht auf Deutschland hängenbleibt.

Wie ist die Sache nun bei uns? Sie haben alle diese Überraschungen, die wir durchgemacht haben, miterlebt. Wir haben eine sehr gut verlaufene zweite Lesung gehabt. Wenn ich sage „sehr gut“, meine ich nicht das äußere Nachspiel; das war weniger gut, weil es eine Nachtsitzung gewesen ist und vielleicht auch etwas von Alkohol geschwängert, Herr Kaiser, aber immerhin, die Mehrheit, die wir gehabt haben, war doch größer, als wir überhaupt erwartet haben. (*Kaiser*: Sehr richtig!) Dann kam dieser plötzliche Unterbruch – um mit der Schweiz zu sprechen –, daß wir die dritte Lesung haben stoppen müssen.

Damit komme ich zum Bundesverfassungsgericht. Über das Bundesverfassungsgericht möchte ich möglichst wenig sagen, und zwar deshalb, weil leider durch undisziplinierte Äußerungen des Herrn Bundesjustizministers¹² eine Stimmung im Bundesverfassungsgericht entstanden ist, die doch geeignet war, die Ruhe, mit der ein Richter einen ihm vorgelegten Fall entscheiden soll, etwas zu beeinträchtigen, und weil es dringend notwendig erscheint, daß diese Ruhe, die sich anzubahnen scheint, doch zurückkehrt; denn ein aufgeregter Mann oder ein solcher, der sich in

11 Die Regierung Pinay-Schuman war am 23. Dezember 1952 gestürzt; ihr folgte am 6. Januar 1953 unter Leitung des Radikalsozialisten René Mayer eine Regierung, die von den Gaullisten und der Action Républicaine et Sociale getragen wurde. Ihre Bedenken gegen die Verträge suchte Mayer mit Zusatzprotokollen auszuräumen (AdG 1953 S. 3813f.; L'Année Politique 1953 S. 314f.). – Adenauer stützte seine optimistische Einschätzung auf Äußerungen von Victor Koutzine vom 22. Januar 1953, der angeblich von Bidault zum Verbindungsmann für Bonn bestellt worden war (Lenz-Tagebuch, 22. Januar 1953).

12 Thomas Dehler hatte u.a. den Beschluß des BVerfG vom 8. Dezember 1952 als „Nullum“ bezeichnet (vgl. AdG 1952 S. 3801f.).

seinem Innersten bedroht fühlt, ist natürlich nicht so objektiv wie der Mann, der sich ruhig im Besitze seiner Stellung und seiner Kraft weiß.

Eines darf ich hier aber nicht unterdrücken: Der Parlamentarische Rat – und dafür trage ich mit die Verantwortung – und dann die Mehrheit des Bundestages – und dafür trägt auch unsere Fraktion die Verantwortung – haben bei der ganzen Konstruktion des Bundesverfassungsgerichtes schwere Fehler gemacht. (*Mehrere Zurufe*: Sehr richtig!) Die Fehler sind nun einmal gemacht worden; sie werden zu gegebener Zeit korrigiert werden müssen. Es hat keinen Zweck, jetzt darüber zu sprechen. Sie müssen den Dingen so gegenüberstehen, wie sie sind.

Nun möchte ich wenige Worte darüber sagen, warum die dritte Lesung ausgesetzt worden ist. Wenn die dritte Lesung vorgenommen worden wäre, wäre die Angelegenheit an den Bundesrat gekommen. Der Bundesrat ist der Auffassung – ich möchte mich darüber nicht verbreiten, ob diese Annahme richtig ist oder nicht, um den Bundesrat nicht zu verstimmen –, er würde alle Gesetze innerhalb einer gewissen Zeit verabschiedet haben. Ob er seine Zustimmung geben würde, weiß ich nicht. Ich bin kein Prophet. Aber nehmen Sie an, er hätte die Zustimmung gegeben, dann wäre damit zu rechnen, daß sofort eine Normenkontrollklage der sozialdemokratischen Fraktion beim Ersten Senat erhoben worden wäre. Welchen Ausgang sie gehabt haben würde, wage ich nicht zu entscheiden. Es gibt Männer, die die Verhältnisse kennen, die sehr ungünstig und pessimistisch darüber urteilen.

Durch die Klage, die die Mehrheit des Bundestages angestrengt hat, wird – ich kann auch hier über Interna nicht gut sprechen – erreicht, daß wahrscheinlich sehr viel Zeit gewonnen wird; denn wenn dieser Zweite Senat die Klage für zulässig hält und ihr stattgibt, dann kann man doch wohl annehmen, daß eine Normenkontrollklage unterbleiben muß oder – weil quis judicabit vorliegt – sehr schnell erledigt werden kann.

Das waren die wesentlichen Gründe; die Klage schwebt. Termin ist vorläufig angesetzt auf den 20. Februar. Die Klage der Koalitionsparteien ist der sozialdemokratischen Fraktion zur Äußerung – Frist bis zum 24. Januar – mitgeteilt worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich weder formell noch sachlich zu der Klage in ihrer Gegenschrift geäußert. Die ganze Gegenschrift umfaßt nur sehr wenige Sätze.¹³

Nun komme ich zu der Haltung der Sozialdemokratischen Partei in der ganzen Angelegenheit. Herr Kollege Kaiser hat, wie ich höre, gestern oder am Samstag eine Rede gehalten¹⁴, (*Lübke*: Gestern!) in der er darauf hingewiesen hat, wie tragisch es sei, daß in einer so wichtigen außenpolitischen Entscheidung nicht die großen Parteien übereinstimmten. Ich finde das auch tragisch, meine Damen und Herren; auch wenn ich – und zwar glaube ich mit Recht – auf dem Standpunkt

¹³ Vgl. dazu WEHRBEITRAG, Ergänzungsband S. 9–24 und S. 24f.

¹⁴ Rede vor der Katholischen Jugend am 25. Januar 1953 in Rheydt (vgl. FAZ vom 26. Januar 1953).

stehe, daß wir das Bundesverfassungsgericht nicht zu scheuen brauchen, halte ich es für außerordentlich bedauerlich, daß in einer für Deutschland so entscheidenden Frage die beiden größten Parteien Deutschlands, die Sozialdemokratische Partei und die CDU/CSU, sich in dieser schroffen Weise gegenüber treten.

Aber ich glaube, das eine sagen zu können, daß von unserer Seite alles geschehen ist, was geschehen konnte, um eine Übereinstimmung, ein Zusammengehen herbeizuführen.

Ich brauche Ihnen nur ganz kurz die psychologischen Hintergründe der ganzen Entwicklung noch einmal ins Gedächtnis zurückzurufen. Die ganze Entwicklung begann mit der schroffen Stellungnahme des verstorbenen Herrn Dr. Schumacher gegenüber der Politik der Bundesregierung und der Politik der Mehrheit des Bundestages, vom Petersberg-Abkommen angefangen. Es wäre gut, wenn auch einmal von unserer Seite diese ganzen Vorgänge sehr genau studiert und übersichtlich dargestellt würden. Von da an zieht sich dieser Gegensatz in der Außenpolitik wie ein roter Faden durch die gesamte Politik. Dieser Gegensatz verschärfte sich nun immer mehr. Das führe ich zum großen Teil auf die Krankheit des Herrn Dr. Schumacher zurück.

Ich habe in den ersten Jahren des Bundestages, bis die Krankheit des Herrn Dr. Schumacher stärker wurde, in ihm einen Mann gefunden, mit dem man unter vier Augen, nachdem die Anfangsschwierigkeiten überwunden waren, doch auch einmal vernünftige Worte sprechen konnte. Aber mit dem Fortschreiten dieser Krankheit wurde das immer mehr unmöglich. Ich möchte Ihnen zur persönlichen Information nur sagen, daß er auch immer mehr isoliert war von den Menschen überhaupt und daß er außerordentlich viele Schmerzen hat ausstehen müssen. Wenn man sich dann vergegenwärtigt: 1. die Enttäuschung bei der ersten Bundestagswahl, 2. diese Schmerzen, die der Mann hat ausstehen müssen, und 3. die Einsamkeit, in der er lebte, schließlich auch gegenüber seinen eigenen Parteifreunden, dann ergibt sich die Versteifung in seiner Haltung. Es ist ein Unglück für Deutschland gewesen. Das ergibt sich psychologisch ganz von selbst.

Er ist dann gestorben, und Herr Ollenhauer wurde sein Nachfolger. Aber die Politik der Sozialdemokratie war durch Herrn Dr. Schumacher so festgelegt, daß es schon einer überragenden Anstrengung bedurft hätte, damit die Parteileitung der Sozialdemokratie unter Benützung irgendeines Umstandes – deren mehrere da waren – einen Umschwung auch gegenüber ihrer eigenen Partei hätte verantworten können. Diese Kraft hat die sozialdemokratische Parteileitung nicht gefunden; im Gegenteil, sie hat sich noch stärker festgelegt auf diesen Standpunkt, und die Dinge sind versteifter geworden, als sie unter Schumacher gewesen sind.

Auch das wird einmal ein späterer Geschichtsschreiber berücksichtigen müssen, weil gerade diese Frage, wie ich eingangs sagte, die Frage für das deutsche Volk ist.

Nun möchte ich Ihnen den Briefwechsel vorlesen, den ich mit Herrn Ollenhauer geführt habe, weil er sehr aufschlußreich ist. Ich werde dafür sorgen, daß Sie alle Abschriften dieser beiden Briefe bekommen. Ich habe Herrn Ollenhauer um eine

Unterredung gebeten. In dieser Unterredung, die am 18. Dezember stattfand, habe ich Herrn Ollenhauer – ich gebrauche das Wort jetzt sehr überlegt – geradezu angefleht, er möge doch in eine Nachprüfung der sozialdemokratischen Haltung eintreten. Ich glaube, ich habe im politischen Leben niemals einen Menschen, auch menschlich, so angefleht – ich wiederhole dieses Wort –, wie ich Herrn Ollenhauer angefleht habe.

Es hat nichts genützt, meine Damen und Herren, es war vollständig umsonst. Ich habe ihn dann zum Schluß dieser Unterredung, die natürlich in urbanen Formen auch seinerseits verlief, gebeten, mir doch die Hauptargumente, die seine Fraktion an den Verträgen auszusetzen hätte, schriftlich zu geben, damit wir in einer zweiten Unterredung Argument für Argument miteinander durchgehen könnten, um ihm so Aufklärung zu geben und wir evtl. gemeinsam überlegen könnten, wie sich da noch eine Änderung herbeiführen lasse. So sind wir auseinandergegangen. Ich habe dann drei Wochen später, am 7. Januar, von Herrn Ollenhauer folgenden Brief¹⁵ bekommen:

„Ich komme heute zurück auf unsere Unterredung am 18. Dezember 1952 und möchte Ihnen noch einmal die Haltung meiner Partei in bezug auf den Generalvertrag und den EVG-Vertrag kurz darlegen.

Die Sozialdemokratische Partei ist der Auffassung, daß, unabhängig von der Entscheidung über die Verträge, die verfassungsrechtliche Frage so geklärt werden muß, daß das schwer erschütterte Vertrauen im Volke zu den verfassungsmäßigen Institutionen der Bundesrepublik wiederhergestellt wird.“

Meine Damen und Herren! Ich möchte dieses Argument eben abtun. Der Verlauf des Briefes wird dadurch nicht unterbrochen. Sie wissen, daß der Bundespräsident den Antrag auf Erstattung des Gutachtens zurückzog. Ich möchte hier ausdrücklich erklären, daß es einer Einwirkung der Bundesregierung, des Kabinetts oder meiner Person auf den Bundespräsidenten bei dieser Entscheidung in keiner Weise bedurft hat. Sie ist auch gar nicht vorgekommen worden. Als ich von Karlsruhe telefonisch die Mitteilung bekommen hatte, daß ganz überraschend das Bundesverfassungsgericht den Beschluß gefaßt habe, daß seine Gutachten bindend seien durch die Entscheidung der beiden Senate, bin ich – nachdem ich erst im Kabinett die Sache besprochen habe – zum Bundespräsidenten hingegangen und habe es ihm gesagt¹⁶.

Er wußte es noch nicht. Und noch während ich sprach, stand er auf, ging zu seinem Schreibtisch, holte ein Blatt Papier und skizzierte dann das Schreiben, das er an das Bundesverfassungsgericht richten wollte, und zwar so, daß er den Antrag auf Erlass der Erstattung des Gutachtens zurückzog.

15 Vgl. AdG 1953 S. 3832; der Brief Ollenhauers vom 7. Januar wurde der Presse am 16. Januar übergeben, vgl. AdG 1953 S. 3826; die Schreiben Adenauers vom 16. und 17. Januar veröffentlicht in BULLETIN Nr. 13 vom 21. Januar 1953 S. 98, 100. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 191–193; s. u. S. 303.

16 Vgl. Nr. 16 Anm. 21.

Im übrigen möchte ich betonen, daß in dieser Frage sowohl für die Meinung des Kabinetts wie auch für die Meinung des Bundespräsidenten in keiner Weise der Zusammenhang mit dem EVG-Vertrag entscheidend war, sondern das Bundeskabinett und der Herr Bundespräsident standen und stehen übereinstimmend auf dem Standpunkt, daß dieser Beschluß des Bundesverfassungsgerichts – der ja in Zukunft gültig sein soll für alle Gutachten des Bundesverfassungsgerichts – im Gesetz keinen genügenden Grund habe.

Interessant ist, daß ausgerechnet Herr Ollenhauer noch bis in den Oktober hinein in Schriftsätzen die Erstattung von Gutachten durch das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage auf das entschiedenste bekämpft hatte und daß Herr Arndt sogar im Sommer beim Bundespräsidenten gewesen ist und ihn gebeten hat, seinen Antrag auf Erstattung des Gutachtens zurückzuziehen¹⁷; man dürfe durch so etwas die Entscheidungen der Senate nicht beeinflussen. Also eine Wendung um 180 Grad. Das aber nur nebenbei, um hier die Ausführungen oder Argumente des Herrn Ollenhauer zu kennzeichnen. Er fährt in seinem Schreiben dann fort:

„Ich wiederhole den uns bereits in der mündlichen Unterhaltung gemachten Vorschlag, daß Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat zusammen ein Gutachten beim Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit der Verträge beantragen. Die Sozialdemokratische Partei wird ein solches Gutachten als auch für sie verbindlich anerkennen, soweit es die Verfassungsmäßigkeit der Verträge behandelt.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die Initiative zu einem solch gemeinsamen Schritt zu ergreifen. Ich bin überzeugt, daß es ein wesentlicher Gewinn für unsere Demokratie wäre, wenn so die verfassungsrechtliche Frage aus der politischen Auseinandersetzung über die Verträge ausgeschaltet werden könnte.

Aus den gleichen staatspolitischen Überlegungen erneuere ich auch unsere Forderung, die entscheidende Abstimmung über die Verträge nicht mehr im jetzigen Bundestag durchzuführen, sondern sie einem neugewählten Bundestag zu übertragen, damit die politische Entscheidung über diese lebenswichtige Frage, ganz gleich wie sie ausfällt, durch einen Bundestag herbeigeführt wird, den das deutsche Volk in Kenntnis und nach Prüfung des Sachverhalts durch eine Neuwahl neu legitimiert.

Da uns die baldige Klärung des ganzen Fragenkomplexes dringlich erscheint, empfehlen wir die Ausschreibung der Neuwahlen zum frühestmöglichen Termin. Wir glauben, daß es keine entscheidenden verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten gibt, die Wahlen zum neuen Bundestag bereits in den ersten sechs Monaten des Jahres 1953 durchzuführen.

Mit unserem Bestehen auf Neuwahlen verbinden wir das Verlangen, diese Wahlen nach dem bisherigen Wahlgesetz durchzuführen, damit das innenpolitische Leben der nächsten Monate nicht auch noch mit einer Debatte über Wahlsysteme

¹⁷ Schreiben von Heuss vom 10. Juni 1952 in WEHRBEITRAG 2 S. 2; das Gespräch zwischen Arndt und Heuss fand am 11. Juni 1952 statt.

belastet wird. Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, gewissen technischen Abänderungen des jetzigen Wahlgesetzes, über die Übereinstimmung besteht, zuzustimmen, aber wir werden mit Entschiedenheit jedem Versuch entgegentreten, die Wahlen durch koalitionspolitische Gesichtspunkte zu manipulieren und durch eine zweckbestimmte Änderung des Wahlgesetzes auch noch die Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts in die öffentliche Diskussion zu ziehen.

Da in jedem Falle die nächsten Bundestagswahlen von weittragender politischer Bedeutung sein werden, erscheint es uns notwendig, daß allen Teilen des deutschen Volkes, die frei ihren politischen Willen äußern können, also auch die Bevölkerung von West-Berlin, die Möglichkeit gegeben wird, sich unmittelbar an der Wahl ihrer Abgeordneten zu beteiligen. Nachdem die Alliierten die Entsendung von Berliner Abgeordneten in den Bundestag akzeptiert haben, sehen wir keine grundsätzliche Änderung der Situation in bezug auf das Verhältnis zwischen Berlin und der Bundesrepublik, da Berlin im Bundestag durch direkt gewählte Abgeordnete an Stelle der indirekt entsandten Abgeordneten vertreten ist.

Wir sind der Überzeugung, daß eine unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung von West-Berlin an den Bundestagswahlen mit dazu beitragen kann, das Gefühl der Verbundenheit der Berliner Bevölkerung mit der Bundesrepublik wesentlich zu verstärken.

Die Verwirklichung dieser vier Vorschläge ist nach unserer Auffassung die Voraussetzung für jeden Versuch, die deutsche Entscheidung über die Verträge durch die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik zu befreien von verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen und von den Zweifeln, ob ein im letzten Stadium seiner Legislaturperiode befindliches Parlament noch mit dem nötigen inneren Gewicht eine so weittragende Entscheidung fällen kann. In bezug auf die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Verträgen selbst kann ich nur noch einmal erklären, daß die Verträge für uns unannehmbar sind.“

Das ist der entscheidende Satz, meine Damen und Herren!

„Die Sprecher unserer Fraktion haben in den beiden Lesungen der Verträge im Plenum des Bundestages diesen ablehnenden Standpunkt unserer Fraktion eingehend begründet, und ich darf Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, deshalb auf das in diesen Reden niedergelegte Material noch einmal ausdrücklich verweisen.

Ich möchte auf eine Einzeldarstellung unserer Einwände an dieser Stelle verzichten, weil durch die eine oder andere Abänderung der Verträge oder durch Vereinbarung unter den Vertragspartnern über die Auslegung bestimmter Vertrags-teile die Bedenken gegenüber den Verträgen selbst nicht beseitigt werden können. Außerdem wird nach der Ratifizierung der Verträge der eigentliche Vertragstext maßgebend sein. Die Verträge beseitigen das Besatzungsstatut nur scheinbar, halten aber der Sache nach in der Form von Vereinbarungen das Besatzungsregime aufrecht.

Die Verträge sind uns nicht angeboten worden, um die Wirkungsmöglichkeiten der Bundesrepublik zu erweitern, sondern um in Verbindung mit anderen Verträgen

ihr durch völligen oder teilweisen Entzug der selbständigen Verfügung über ihre wirtschaftlichen und militärischen Beiträge die Bewegungsfreiheit zu nehmen.

Hinzu kommt ferner, daß wir die Verträge für unvereinbar halten mit der vom Bundestag fast einstimmig und auch immer wieder von Ihnen, Herr Bundeskanzler, erklärten Auffassung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit das oberste Ziel der Politik der Bundesrepublik sein müsse. Es ist unsere Überzeugung, daß die Annahme der Verträge die Politik der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht fördern, sondern erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde.

Wir halten eine solche Politik für unvereinbar mit den Gesamtinteressen unseres Volkes und auch für unvereinbar mit einer Politik der dauernden Stabilisierung und Bindung in Europa. Der mit den Verträgen beschrittene Weg führt nach unserer Überzeugung weder zu einer Erhöhung der Sicherheit für das deutsche Volk noch zu einer Steigerung der Verteidigungskraft der freien Welt, sondern birgt die Gefahr in sich, die Sicherheit Deutschlands erheblich zu vermindern, die Spaltung Deutschlands zu verlängern und darüber hinaus das freie Europa noch einmal aufzuspalten.

In der jetzt gegebenen internationalen Situation muß eine Lösung“ – hören Sie zu, was jetzt kommt! – „auf breitester internationaler Grundlage gesucht werden. Aus diesem Grunde sind wir für neue Verhandlungen auf internationaler Basis mit dem Ziel, eine Arbeitsgemeinschaft aller freien Völker auf allen lebenswichtigen Gebieten einschließlich der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen eines Systems der gemeinsamen Sicherheit zu bilden. Wesentlicher Grundsatz dieser Gemeinschaft müßte sein, daß alle ihre Teile unter denselben Bedingungen und denselben Voraussetzungen mitarbeiten können und daß im Falle Deutschland der Bundesrepublik weiterhin jede Möglichkeit offenbleibt, aktiv eine Politik der tätigen Wiedervereinigung Deutschlands zu betreiben.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Wir sind überzeugt, daß dies der einzig mögliche Weg ist, um für das deutsche Volk und für die freie Welt ein Höchstmaß von Sicherheit zu erreichen, und der uns gleichzeitig den Weg offenhält für die Verfolgung des wichtigen nationalpolitischen Zieles des deutschen Volkes in unserer Zeit, nämlich die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit.“

Ergänzend möchte ich hier noch einfügen, daß eine Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes vorhergegangen ist¹⁸. Laut Pressenachrichten ist in ihr beschlossen worden, einen Ausschuß einzusetzen, der die außenpolitischen Ziele der Sozialdemokratischen Partei beraten und bis Ende Februar dem Parteivorstand darüber Bericht erstatten soll.

Ich glaube, ich brauche dem nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren! Sie sind alle Politiker und werden mit mir darin übereinstimmen, daß das wohl das stärkste Stück ist, was je geleistet worden ist, daß eine so große Partei wie die Sozialdemokratische Partei, nachdem sie ihr Nein gesagt hat, jetzt einen Ausschuß

18 Der SPD-Parteivorstand tagte am 7. Januar 1953 (FAZ vom 9. Januar 1953).

einsetzt, der ihre außenpolitische Konzeption nun festsetzen und dem Parteivorstand Ende Februar vorlegen soll.

Ich habe am 16. Januar dem Herrn Ollenhauer darauf wie folgt geantwortet:

„Am Abschluß unserer Unterredung vom 18. Dezember 1952 hatte ich Sie gebeten, mir die wesentlichen Punkte in den Verträgen mitzuteilen, gegen die die sozialdemokratische Fraktion Bedenken hätte. Leider beschränken Sie sich hinsichtlich der von mir ausgesprochenen Bitte in Ihrem Schreiben vom 7. Januar 1953 darauf, auf die Reden der sozialdemokratischen Redner im Bundestag zu verweisen und im übrigen erneut die bereits mehrfach abgegebene Erklärung zu wiederholen, daß die Verträge für die SPD auch bei Änderung oder Klarstellung einzelner Bestimmungen unter keinen Umständen annehmbar seien. Die Bundesregierung und die Mehrheit des Bundestages betrachten ihrerseits zwar auch nicht alle in den Verträgen getroffenen Regelungen als die vom deutschen Standpunkt aus gesehen beste Lösung, sie sehen sie jedoch als das Höchstmaß des z.Z. Erreichbaren an. Sie sind sich dabei darüber klar, daß nach Inkrafttreten der Verträge zu gegebener Zeit weitere, für die Stellung der Bundesrepublik in der freien Welt bedeutsame Schritte folgen müssen und werden.

Sie, sehr geehrter Herr Ollenhauer, wollen das vorliegende Vertragswerk ablehnen und sind mit Ihrer Fraktion ‚für neue Verhandlungen auf internationaler Basis mit dem Ziel, eine Arbeitsgemeinschaft aller freien Völker auf allen lebenswichtigen Gebieten einschließlich der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen des Systems der Sicherheit zu bilden‘.

Eine Arbeitsgemeinschaft aller freien Völker herbeizuführen, wie Sie es verlangen, würde schon an sich eine Aufgabe von Jahren sein. Ich halte das Inangriffnehmen einer solchen Aufgabe in der gegenwärtigen Zeit für unmöglich, weil schon der Beginn derartiger Verhandlungen die Teilung der UNO, die sich ja dieselbe Aufgabe gesetzt hat, in zwei Teile – ‚freie Völker‘ und ‚nicht freie Völker‘ – zur Folge hätte und damit das Ende der UNO bedeuten würde. Es ist ganz unwahrscheinlich, daß die freien Völker uns zuliebe ein solches Risiko, wie es der Zusammenbruch der UNO in sich schließen würde, auf sich nehmen würden.

Sie haben dann eine Reihe von Forderungen aufgestellt – Gutachten des Bundesverfassungsgerichts, Neuwahl des Bundestages, Beibehaltung des alten Wahlgesetzes, Beteiligung von West-Berlin an den Bundestagswahlen –, die nach Ihrer Meinung aus staatspolitischen Erwägungen erfüllt werden müßten, erklären gleichzeitig aber noch einmal, daß die Verträge für Sie unannehmbar blieben, d.h. also, daß selbst die Erfüllung aller Ihrer Forderungen die SPD-Fraktion nicht zu einer Änderung ihrer Haltung gegenüber den Verträgen bewegen könnte. Gleichwohl möchte ich in folgendem auf Ihre Forderungen eingehen.

Die Entscheidung über Fragen von so grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes, wie sie die Verträge darstellen, ist eine Frage der Politik und nicht der Rechtsprechung. Die Bundesregierung bedauert, daß das Bundesverfassungsgericht überhaupt mit diesen Fragen befaßt worden ist;“ – das hat

die sozialdemokratische Fraktion im Januar 1952 getan¹⁹, noch ehe überhaupt die Verträge unterzeichnet waren – „denn dadurch wird das Bundesverfassungsgericht mit der Verantwortung für Leben und Tod des deutschen Volkes belastet – eine Verantwortung, die den zuständigen politischen Instanzen zukommt. Deshalb muß es auch für die Bundesregierung ausscheiden, sich freiwillig einem Gutachten zu unterwerfen und sich damit ihrer eigenen Verantwortung zu entziehen und sie einer nicht dazu bestimmten Stelle aufzubürden. Ich lasse offen, ob ein solches Gutachten überhaupt zulässig wäre.

Sie selbst haben in Übereinstimmung mit anderen Ausführungen von SPD-Seite die rechtliche Zulässigkeit eines solchen Gutachtens noch in Ihrem an das Bundesverfassungsgericht gerichteten Schriftsatz vom 7. Oktober 1952 ausdrücklich verneint. Davon abgesehen würde aber ein solches Gutachten, selbst wenn Regierung, Regierungskoalition und Opposition sich ihm unterwerfen würden, andere Stellen nicht hindern, das Bundesverfassungsgericht erneut anzurufen. Nach Ansicht der Bundesregierung können in dieser Schicksalsfrage des deutschen Volkes nur Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts eine Bedeutung haben, die allgemeine Rechtskraft zur Folge haben.

Eine vorzeitige Auflösung des Bundestages ist nach dem Grundgesetz nicht möglich. Es hieße, dem Grundgesetz unzulässigen Zwang anzutun, wollte man durch nicht ernstgemeinte Entscheidungen die Voraussetzungen für eine Auflösung schaffen. Mit der Absicht des Grundgesetzes, jedem Bundestag einen ungestörten Ablauf seiner Legislaturperiode zu gewährleisten, würde es m.E. auch nicht vereinbar sein, ihm die Legitimation zu bestreiten, alle während der Legislaturperiode anfallenden Gesetzesvorschläge zu erledigen. Von welchem Zeitpunkt ab sollte ihm diese Befugnis fehlen?

Eine Neuwahl des Bundestages erfordert zudem so viel Zeit, daß es ausgeschlossen ist, noch in diesem Jahre zum Abschluß zu kommen mit den Verträgen. Rechnet man dazu noch die für die Ratifizierung der Verträge in den verschiedenen beteiligten Ländern erforderliche Zeit – und diese warten auf uns mit der Ratifizierung –, so würde die Bundesrepublik keinesfalls vor Ende dieses Jahres in den Besitz derjenigen Rechtsstellung kommen, den sie aufgrund der derzeitigen Verträge bereits im Frühjahr 1953 haben könnte. Diese Verzögerung wäre vor allem für die Sicherheit der Bundesrepublik von einer kaum zu unterschätzenden Bedeutung; denn deutsche Verbände könnten in diesem Fall frühestens erst 1955 aufgestellt werden. Dadurch würde eine solche Lücke in die bisherigen Verteidigungspläne des Westens gerissen werden, daß die Westmächte daraus militärische Folgerungen ziehen müßten, die sich für die Sicherheit der Bundesrepublik in bedrohlicher Weise auswirken könnten.

Das alte Wahlgesetz stellt m.E. nicht den einzig vertretbaren Typ dar. Ich kann

19 144 Bundestagsabgeordnete von SPD und FU hatten am 31. Januar 1952 die Feststellungsklage eingebracht (WEHRBEITRAG 1 S. 3–14).

mir andere Verfahren denken, die dem Grundgesetz entsprechen und dabei den Grunderfordernissen eines demokratischen Wahlrechts, den Willen des Wählers möglichst zu berücksichtigen, dabei aber auch die Bildung einer stabilen Regierung zu ermöglichen, besser gerecht werden als das bisherige Wahlgesetz. Wesentlich ist, daß das zu beschließende Wahlgesetz eindeutig den Vorschriften des Artikels 38 des Grundgesetzes entspricht.

Eine unmittelbare Beteiligung von West-Berlin an der Wahl ist nach meiner Auffassung nicht erwünscht. Ich würde zwar mit Ihnen darin keine grundsätzliche Änderung der Situation in bezug auf das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Berlin erblicken; ich würde es aber bei der gefährlichen außenpolitischen Lage von West-Berlin für wenig erfreulich halten, wenn die dortigen Verhältnisse durch die Hitze eines Wahlkampfes gefährdet würden, der vornehmlich unter außenpolitischen Gesichtspunkten geführt werden würde.

Allgemein möchte ich noch folgendes bemerken: Welche Bedeutung die westliche Welt der Ratifizierung der Verträge beimißt, dürfte gerade in den letzten Wochen eindeutig klargeworden sein. Ich darf hinweisen auf das Telegramm des zukünftigen Präsidenten der USA, Eisenhower, an General Ridgway und an mich sowie auf das Echo, das die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Mayer²⁰ in Washington gefunden hat.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß eine Ablehnung der Verträge für die Bundesrepublik die Beibehaltung des Besatzungsstatuts bedeuten würde. Dabei ist völlig offen, in welcher Form die Alliierten das Besatzungsstatut in Zukunft in der Bundesrepublik anwenden würden, nachdem ihr Bemühen, der Bundesrepublik selbst die Entscheidung ihrer eigenen Angelegenheiten zu überlassen, gescheitert ist.

Ich halte Ihre Auffassung nicht für zutreffend, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durch die Verträge erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werde. Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung in Freiheit nicht ohne die Hilfe der Westmächte erreicht werden kann, die ihre Hilfe dabei in den Verträgen ausdrücklich zugesagt haben. Ihr Vorschlag enthält für den Ausfall dieser Hilfe keinen gleichwertigen Ersatz.

Wenn Sie sich gegen eine Aufspaltung des freien Europas wenden, so glaube ich, dies dahin verstehen zu können, daß Sie grundsätzlich für einen europäischen Zusammenschluß sind. Ich möchte mich auch darin mit Ihnen einig wissen, daß

20 René Mayer (1895–1972), französischer Politiker; 1945–1946 Hoher Kommissar für deutsche und österreichische Angelegenheiten, 1946–1956 Abgeordneter der Nationalversammlung (Radikalsozialist), 1947–1948 und 1951–1952 Wirtschafts- und Finanzminister, 1948 Verteidigungsminister, 1949–1951 Justizminister, 1953 Ministerpräsident, 1955–1957 Präsident der Hohen Behörde der EGKS. Zur Erklärung Mayers vgl. AdG 1953 S. 3813, 3823. – In seiner Rede anlässlich der Eröffnung des Deutschen Presseklubs Bonn am 12. Januar in Bad Godesberg zitiert Adenauer einige Sätze aus beiden Telegrammen (vgl. AdG 1953 S. 3825).

jedenfalls die Bundesrepublik alles vermeiden sollte, was diesen Zusammenschluß erschweren könnte. Einen bedeutsamen Schritt zu diesem Zusammenschluß aber stellen die Verträge dar, wenn auch noch vieles zu tun übrigbleibt.

Übrigens haben sich gerade in diesen Tagen in Straßburg der dänische sozialistische Abgeordnete Jakobsen²¹, der englische Labour-Abgeordnete Robens²² und der englische konservative Abgeordnete Longden²³ in sehr entschiedener Weise für diese europäische Integration ausgesprochen und ihre volle Sympathie mit ihr bekundet.

Sie haben mir Ihre Auffassung über den Weg, den die Bundesrepublik in der derzeitigen kritischen Lage Deutschlands einschlagen sollte, offen dargelegt. Ich habe Ihre Vorschläge eingehend geprüft und Ihnen dann ebenso offen geantwortet. Danach bestehen sicherlich Meinungsverschiedenheiten insbesondere über die von der Bundesrepublik zu verfolgende Außenpolitik. Offenbar stimmen wir jedoch in den Zielen der Außenpolitik in wesentlichen Punkten überein. Dies berechtigt mich zu der Hoffnung, daß eine baldige Fortsetzung unserer Aussprache nicht fruchtlos zu sein braucht.“

Herr Ollenhauer hat daraufhin in der Presse erklärt, eine Fortsetzung des Gesprächs sei überflüssig, und er hat mir folgendermaßen geantwortet²⁴:

„Ich bestätige den Empfang ... usw. In Ihrem Schreiben vom 16. Januar haben Sie alle in meinem Brief vom 7. Januar gemachten Vorschläge für die Erledigung der im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verträge entstandenen Fragen unter Angabe von Gründen abgelehnt, die nach meiner Auffassung nicht stichhaltig sind. Eine weitere schriftliche oder persönliche Unterhaltung über diesen Fragenkomplex scheint mir angesichts Ihrer Ablehnung unserer Vorschläge wenig sinnvoll, da ich nicht sehe, wie wir dabei gegenwärtig zu einer Angleichung unserer Standpunkte kommen können.

In bezug auf Ihre Anregung, weitere Gespräche über die allgemeinen Ziele einer deutschen Außenpolitik zu führen, möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die Initiative überlassen. Ich glaube allerdings, daß derartige Gespräche erst dann nützlich sein können, wenn sie geführt werden auf der Grundlage einer von uns wiederholt gewünschten laufenden Information der Opposition über außen- und innenpolitische Fragen von allgemeiner Bedeutung, vor allem bei wichtigen Schritten der Regierung.“

21 Frode Jakobsen (geb. 1906), 1945–1973 Mitglied des dänischen Parlaments, 1949–1964 des Europarats (1953/54 Vizepräsident).

22 Alfred Robens (seit 1961 Baron of Woldingham, geb. 1910), englischer Politiker (Labour-Party); 1951 Arbeitsminister, gehörte 1953 zum Schattenkabinett der Labour-Opposition (vgl. AdG 1953 S. 4238).

23 Fred Longden (1894–1952), Gewerkschafter, Dozent; 1929–1931, ab 1945 Mitglied des britischen Unterhauses.

24 Vgl. AdG 1953 S. 3826, 3832; vgl. auch Ollenhauer an Adenauer vom 22. Januar 1953 (AdsD, Korrespondenz Ollenhauer–Adenauer).

Auf dieses zweite Schreiben des Herrn Ollenhauer habe ich noch nicht geantwortet, aber, meine Damen und Herren, ich glaube, daß diese beiden Briefe doch von der größten Bedeutung sind für die Beurteilung der Nachwelt über die Haltung unserer Partei und über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei. Deswegen lege ich diesen beiden Briefen die denkbar größte Bedeutung bei. Ich glaube, ich werde sie dem deutschen Volke in breitem Umfang zur Kenntnis bringen und auch erläutern müssen, damit bei der demnächstigen Wahl sich das deutsche Volk selbst ein Urteil darüber bilden kann, wer die Parteipolitik über die Politik des deutschen Volkes stellt; denn das ist das, was ich der Sozialdemokratie – ich sage es Ihnen ganz offen – nicht vergessen kann, daß die heutige Sozialdemokratie ihre parteipolitische Haltung über das Interesse des deutschen Volkes stellt.

Sie brauchen sich nur einmal den Zeitablauf vorzustellen, wie – wenn man den Sozialdemokraten nachfolgt – alles kommen würde. Eine vorzeitige Auflösung des Bundestages wäre nur dann möglich, wenn wir durch ein verfassungsänderndes Gesetz das Grundgesetz änderten. Aber gerade diese Bestimmungen des Grundgesetzes über die Auflösung des Bundestages, über das Mißtrauensvotum gegenüber dem Bundeskanzler, Bestimmungen, die im Parlamentarischen Rat auf Anregung der Sozialdemokraten hineingekommen sind – weil sie bestimmt mit ihrem Sieg rechneten bei der Wahl –, haben im Gegensatz zu allen anderen Ländern uns die Möglichkeit gegeben, in diesen so außerordentlich schwierigen Zeiten stabil zu bleiben.

Das ist ein solches Kernstück unseres Grundgesetzes, daß uns die anderen Länder alle darum beneiden. Wenn wir aber dieses Kernstück nicht einfach aus dem Grundgesetz entfernen, dann ist eine Auflösung des Bundestages nicht möglich.

Wenn man den Argumenten der Sozialdemokratie folgen und sagen würde: Dieser Bundestag darf nicht mehr mit einer solchen Verantwortung belastet werden – obgleich dieser Bundestag in seinen geheimen Ausschüssen seit zwei Jahren und offiziell seit Juni des vergangenen Jahres damit befaßt ist –, was ergäbe sich dann für eine Zeittafel? Wir haben Bundestagswahlen im September. Der alte Bundestag bleibt volle vier Jahre in Kraft nach seinem ersten Zusammentreten oder seiner Wahl – das weiß ich jetzt nicht. (*Zurufe*: Nach dem Zusammentreten!) Erst dann kann der neue Bundestag zusammentreten. Er muß sich konstituieren, und er muß eine Regierung bilden. Er muß Ausschüsse bilden. Dann würde also diese ganze Arbeit – da ja alle Vorlagen nicht erledigt sind, wenn der Bundestag zu Ende geht – ohne weiteres unter den Tisch fallen, und alles müßte wieder von vorn angefangen werden mit erster Lesung, Ausschusssitzungen, zweiter und dritter Lesung. Das würde dauern – um das vorherzusagen braucht man keine prophetische Gabe zu besitzen – frühestens bis in den Spätherbst des Jahres 1954 hinein, und dann käme die Ratifizierung in den sechs Parlamenten. Darüber würde gut ein halbes Jahr vergehen müssen, so daß man also frühestens Anfang des Jahres 1955 fertig wäre, also in zwei Jahren, und das alles unter der Voraussetzung, daß sich Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die anderen fünf EVG-Länder bereit erklären,

mit einer neuen Bundesregierung, die von einem neuen Bundestag gebildet wird, noch einmal von vorne zu verhandeln!

Also, dieses Verlangen der Sozialdemokratie ist nichts anderes als eine getarnte Torpedierung des Ganzen. Wenn die Sozialdemokraten etwas darüber nachdenken, müssen sie sich das auch selbst sagen. Daher kann ich nur nochmals Ihnen in aller Freimütigkeit sagen: Ich bin geradezu von einer sittlichen Empörung erfüllt, daß eine so große Partei wie die Sozialdemokratische Partei und ihre Fraktion im Bundestag derartig spielt mit der Zukunft des deutschen Volkes. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Ehe ich diesen Teil meiner Ausführungen schließe, möchte ich zur Vervollständigung noch etwas sagen über die Lage in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten. In Großbritannien – Sie haben das schon gehört aus den Äußerungen der Abgeordneten des englischen Unterhauses in Straßburg – steht auch die Regierung mit der größten Sympathie der Vollendung der Europäischen Föderation gegenüber. Die englische Regierung ist bemüht, einen Weg zu finden, der es ihr ermöglicht, eine möglichst enge Position an das neue Europa zu begründen. Im Foreign Office wird intensiv daran gearbeitet. Man hat uns, als wir gesagt haben, auch wir arbeiteten daran, um ihnen Vorschläge zu machen, doch dringend gebeten, diese Vorschläge zu machen, so daß also alle diese Redereien von dem Klein-Europa einfach Humbug sind.

Auch Dänemark hat das größte Interesse daran, daß der EVG-Vertrag möglichst schnell zustande kommt. Schweden als neutrales Land hält sich etwas zurück; Norwegen ebenfalls. Aber ich glaube, wenn auch Schweden sich etwas zurückhält, die offiziellen Stellen Schwedens wünschen ebenfalls von ganzem Herzen, daß der Vertrag über die EVG möglichst bald zustande kommt. Nur die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die wünscht es nicht!

Nun die Vereinigten Staaten! Vielleicht erinnern Sie sich daran, daß, als ich Ihnen seinerzeit die Notiz zum sozialdemokratischen Parteitag über die zukünftige außenpolitische Entwicklung vorgelesen habe, darin folgende Sätze waren: Die Regierung Eisenhower, die sich jetzt bilden würde, würde im Gegensatz zu Acheson in diese doch sehr wenig bedeutsame französische Rüstung kein Geld mehr hineinstecken, sondern sie würde sich mit Sowjetrußland zu einigen versuchen, und zwar zuerst über die allergischsten Punkte: Deutschland und Korea. Und wenn man Sowjetrußland freie Wahlen in Deutschland und freie Wahlen in Korea anbiete, werde das Sowjetrußland annehmen. Deutschland solle seine Nationalarmee unter sowjetrussischer und amerikanischer Kontrolle bekommen; die Oder-Neiße-Linie müsse man hinnehmen; ebenfalls müsse man Sowjetrußland Polen und die Tschechoslowakei überlassen²⁵.

²⁵ Es handelt sich hier nicht um eine Notiz zum SPD-Parteitag, sondern um eine angeblich „verbürgte“ Mitteilung aus dem SPD-Parteivorstand vom 12. Dezember 1952 (vgl. Nr. 16 Anm. 29).

Das waren diese Ausführungen, die, wie aus dem Gespräch zwischen Ollenhauer und mir hervorgegangen ist, dort gemacht worden sind.

Was ich jetzt sage, ist sehr vertraulich. Nun habe ich, weil eine Persönlichkeit – zwar nicht politischer Struktur, aber eine Persönlichkeit von sehr großem Ansehen in den Vereinigten Staaten – unserem Geschäftsträger²⁶ gegenüber davon gesprochen hat, wenn die Franzosen nicht wollten, müsse man eben an eine nationale deutsche Armee denken, durch Herrn McCloy bei Eisenhower anfragen lassen, ob das seine Intentionen seien. Darauf habe ich von Eisenhower über McCloy die Antwort erhalten: Nein, es gäbe für ihn nur eine Alternative: EVG-Vertrag oder Desinteressement Amerikas an Europa, und er bäte mich doch, das Telegramm an General Ridgway und das Telegramm an mich noch einmal genau durchzulesen; da stehe das auch schon drin. Und McCloy hat aus sich heraus hinzugefügt, er bäte dringend, diese Worte Eisenhowers als absolut ernstzunehmen.²⁷

Was dieses Desinteressement der Vereinigten Staaten an Europa für uns bedeuten würde, das möchte ich doch mit einigen Worten klarlegen. Es würde natürlich ein Unsinn sein, sich vorzustellen, daß in einem solchen Falle sich die amerikanischen Truppen mit klingendem Spiel einschiffen, um nach Hause zu fahren; aber Desinteressement an Europa würde bedeuten, daß man dann in Verhandlungen mit Sowjetrußland einträte, um zu sehen, ob man unter Preisgabe Deutschlands mit Sowjetrußland zu einer Verständigung käme.

Dann würde das eintreten, wovor wir vor zwei Jahren wirklich zittern konnten. Das würde dann kommen durch die Schuld des deutschen Volkes. Die Situation für uns Deutschen ist nach dieser sehr klaren und dezidierten Erklärung Eisenhowers im höchsten Maße gefährlich.

Wenn das deutsche Volk in seinen Organen nicht die Fähigkeit und nicht den Willen aufbringt, Stellung zu beziehen, dann sind wir erledigt!

Wir können auch noch auf eine andere Weise erledigt werden. Sollte es dann trotzdem noch zu einem heißen Krieg zwischen Sowjetrußland und dem Westen kommen, dann würde dieses Land Schauplatz dieses Krieges sein. Was das bedeutet, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Sie sehen also, daß ich nicht zuviel gesagt habe eingangs meiner Ausführungen, als ich erklärte: Wir stehen am Beginn eines schicksalhaften Jahres, und die nächsten Monate werden die Entscheidungen bringen.

Foster Dulles²⁸ kommt nächste Woche. Er macht diese Reise durch Europa, ehe die Vertreter europäischer Länder nach Washington kommen – wie er ausdrücklich

26 Dr. Heinz Krekeler (geb. 1906), Diplomat; 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1950–1951 Generalkonsulat in New York, 1951–1955 Geschäftsträger in Washington, 1955–1958 Botschafter, 1958–1964 Mitglied der EURATOM-Kommission.

27 Vgl. Anm. 20.

28 John Foster Dulles (1888–1959), amerikanischer Politiker (Republikaner); 1918–1919 Mitglied der Friedensdelegation in Paris, 1945 Mitglied der Delegation bei der UN-Gründungskonferenz und bis 1950 dort Delegierter (seit 1949 Leiter der Delegation),

erklärt hat –, weil er sich selbst durch Fragen und Kennenlernen ein Bild machen und nicht nur das entgegennehmen will, was ihm die Vertreter der einzelnen Staaten nach Washington berichten.

Der neue amerikanische Hohe Kommissar²⁹ wird etwa eine Woche später hier eintreffen. Wir können dann wohl auch hoffen, daß derartiger Unfug, wie er jetzt in Mehlem passiert ist, nicht mehr vorkommen wird. Ich meine jetzt diese „Rundfrage“³⁰.

Ich kann nur mit allem Nachdruck nochmals wiederholen: Die Situation ist ernst. Das Verhalten Sowjetrußlands gegenüber der Sowjetzone in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres und all das, was ich Ihnen gesagt habe, zeigt doch, daß Sowjetrußland z.Z. noch nicht zu friedlichen Verhandlungen bereit ist. Ohne eine solche Bereitschaft Sowjetrußlands kommen wir nicht zur Wiedervereinigung Deutschlands; denn wir allein können das durch Verhandlungen mit Sowjetrußland doch niemals machen.

Wenn ich mich in die sozialdemokratischen Thesen etwas vertiefe – wie ich das leider seit Wochen gezwungen bin –, so sind dies solche Torheiten und ein solcher Wahnsinn, daß ich mir geradezu an den Kopf greifen und fragen muß: Wie können Leute, die vernünftig sind, zu solchen Ideen und Auffassungen kommen.

Nun komme ich zum zweiten Teil meiner Ausführungen, die aber sehr viel kürzer sein werden. Erschrecken Sie nicht, ich wollte über die Wahl sprechen. Zunächst möchte ich einige Bemerkungen unter dem Stichwort „Wahlrecht“ machen. Sie werden ja heute nachmittag etwas Ausführliches darüber hören. Ich möchte nur eins sagen: Theorie und Praxis sind etwas sehr Verschiedenes. Ich möchte das auch an die Adresse meines verehrten Freundes Wuermeling richten, der ja in Frankfurt, wie es scheint, sehr kraftvolle Worte gesprochen hat³¹. (*Dichtel*: Anderswo auch, Herr Bundeskanzler!)

Aber wir leben nicht in Utopia, sondern wir leben in der Bundesrepublik Deutschland. In der Bundesrepublik Deutschland muß das Wahlgesetz gemacht werden von einer Mehrheit des Bundestages. Dann entsteht sofort die Frage: Wor-

1953–1959 Außenminister. – Dulles besuchte die Bundesrepublik am 5. Februar 1953. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 555–559.

29 Dr. James Bryant Conant (1893–1978), amerikanischer Politiker; 1929 Professor für Chemie in Harvard (1933–1953 dort Präsident), 1953–1955 Hoher Kommissar und 1955–1957 Botschafter in Bonn. – Adenauer und Conant trafen am 2. März 1953 zusammen (Terminkalender).

30 Der amerikanische Hohe Kommissar (Sitz in Mehlem) hatte am 18. Januar einen lt. BULLETIN vom 21. Januar 1953 „nicht politischen“ Bericht über eine Meinungsumfrage veröffentlicht, wonach der Anteil der mit nationalsozialistischen Ideen sympathisierenden Deutschen, vor allem unter den Anhängern der FDP, in den letzten 18 Monaten erheblich zugenommen hätte (vgl. AdG 1953 S. 3831f.; FAZ vom 20. Januar 1953).

31 Wuermeling hatte im Rahmen einer Veranstaltung der Deutschen Wählergesellschaft am 25. Januar in der Frankfurter Paulskirche gegen den Wahlgesetzentwurf der Bundesregierung (vgl. dazu AdG 1953 S. 3829) Stellung genommen (vgl. FAZ vom 26. Januar 1953).

aus soll die Mehrheit bestehen? Aus Sozialdemokratie plus CDU, oder sollen wir nicht versuchen, die Mehrheit mit der gegenwärtigen Regierungskoalition zu bilden, die jetzt mitten in dem Kampf um die EVG steht und in der Vergangenheit vieles mit uns gemeinsam durchgekämpft hat gegen die Sozialdemokratie? Ich weiß nur zwei Fälle, wo die Sozialdemokratie mitgemacht hat. Wenn die Regierungskoalition jetzt beim Wahlgesetz auseinanderbräche, dann wäre das allerdings der miserabelste Auftakt für den Wahlkampf, den man sich überhaupt vorstellen kann.

Ich habe auf meinem Zettel notiert: Koalitionsgespräche. Meine Damen und Herren! Es wird schon wieder zuviel gesprochen über die Zukunft, und man hört das Wort von der Großen Koalition hier und da, bald aus dem Süden, bald von dort. Ich stehe auf dem Standpunkt, alles zu seiner Zeit, aber zuerst die Wahlen gewinnen! (*Kaiser*: Sehr richtig!) Und dann wird sich das Weitere finden. Lieber Herr Kaiser, ich danke Ihnen für Ihr „sehr richtig“, aber ich war noch nicht fertig. Die Wahlen gewinnen kann man nicht, wenn man einen – ich will Ihnen das vorwegnehmen – schwarz-roten Block gewinnt. (*Kaiser*: Das wäre verderblich!) Ich danke Ihnen sehr! Das eine ist jedenfalls sicher – Sie werden sehen, warum ich diesen Schwung mache –, diese Verhaftung Naumanns und Konsorten wird sehr dazu beitragen, Herr Kaiser, daß in der zukünftigen Deutschen Partei und in der zukünftigen Demokratischen Partei die Tendenzen, die sich jetzt in der Demokratischen Partei Nordrhein-Westfalens bemerkbar gemacht haben – auch gewisse Tendenzen in der Deutschen Partei – sehr stark zurückgedrängt werden. Deswegen und auch noch aus anderen Gründen bin ich über die Aktion Naumann³² alles andere als traurig. Ich glaube, diese Aktion wird wirklich dazu beitragen, daß diese rechtsradikalen Elemente zurückgedrängt werden, was sonst allerdings für die FDP im neuen Bundestag – in geringerem Maße für die Deutsche Partei – eine gewisse Gefahr dargestellt hätte.

Und nun, weil ich über den Fall Naumann gesprochen habe, einige weitere Worte dazu. Ich muß mich sehr vorsichtig ausdrücken, weil ich gegenüber Kirkpatrick zum Stillschweigen verpflichtet bin. Kirkpatrick hatte über die Arbeit Naumanns schon im Dezember Herrn Lenz etwas gesagt (*Lenz*: Jawohl³³!) und darauf hingewiesen, daß es eine sehr ernste Sache sei. Er kam an dem Tage, an dem die Verhaftung stattfand, zu mir und sagte, daß die Verhaftung in dieser Nacht stattfinden werde, vorausgesetzt, daß die Herrschaften zurückkämen. Bei der Beschlagnahmung der Schriftstücke – das wird Herr Meyers auch wissen – wurde gegen alle Erwartungen sehr belastendes Material gefunden. Kein Mensch hatte erwartet, daß Herr Naumann, der als besonders kluger Mann galt – Sie wissen, daß er der letzte Staatssekretär von Goebbels war –, so unvorsichtig sein würde, das belastende

32 Die Gruppe Naumann wurde am 15./16. Januar 1953 verhaftet (vgl. AdG 1953 S. 3824, 3831; MENDE S. 256–260; vgl. Nr. 16 Anm. 14).

33 Vgl. dazu Lenz-Tagebuch, 3. Dezember 1952.

Material zu Hause bei sich aufzubewahren. Aber er wollte superklug sein und hat offenbar angenommen: Keiner hält mich für so dumm, daß ich das Material zu Hause verwahre; folglich verwahre ich es.

Ich habe in der vorigen Woche von Herrn Kirkpatrick abschriftlich eine Reihe von Dokumenten vorgelegt bekommen, die man bei Naumann gefunden hat. Ich kann Ihnen nur sagen, diese Dokumente sind belastend bis zum äußersten für Naumann und seinen Kreis. Ich gehe sogar soweit, zu sagen – ich bitte Sie nochmals um Verständigung, damit das nicht als Beeinflussung der öffentlichen Meinung oder der Gerichte angesehen wird –, ich würde als deutscher Richter aufgrund dieser Dokumente Herrn Naumann wegen Hochverrats verurteilen.³⁴

Die deutschen Stellen waren gar nicht in der Lage, viel zu machen. Die deutschen Gesetze sind für solche Hochverräter derartig günstig wie nur denkbar. Binnen 24 Stunden muß der Verhaftete dem Richter vorgeführt werden, und wenn nicht genügendes Material auf den Tisch vorgelegt werden kann, muß er entlassen werden. Und dann geht die ganze Gesellschaft, die damit zusammenhängt, hopsen, und alles Material ist fort. Auch können wir keine Durchsuchung oder Beschlagnahme vornehmen; es sei denn, daß der Richter das konzediert.

Ich will nicht den Richterstand irgendwie belasten, aber wenn ich daran denke, daß ein Richter neulich am Niederrhein die sieben Niederländer, die aus Breda kamen und ohne Paß die Grenze überschritten hatten, mit DM 10,- Strafe belegt und dann hat laufen lassen und wir in die ganze Bredouille dadurch gekommen sind, dann sieht man doch, bis zu welcher absoluten Ahnungslosigkeit gegenüber politischen Vorgängen ein Richter gedeihen kann.³⁵ (*Lebhafte Heiterkeit!*)

Wenn die weitere Sichtung des Materials in der Affäre Naumann das bringt, was sie nach den Anfängen zu erbringen scheint, dann glaube ich – weil dieses Geschwür im Entstehen ausgelöffelt worden ist –, daß wir die nächsten vier Jahre keine derartigen Dinge mehr zu befürchten brauchen.

Wenn die Bundesrepublik einmal weitere vier Jahre hinter sich hat, dann glaube ich doch, daß die Rudimente der nationalsozialistischen Zeit so verkümmert sind, daß wir dann nichts mehr zu befürchten haben werden. Also, dieser Fall Naumann verspricht eine Aktion von großer innenpolitischer Bedeutung auch für die Zukunft zu werden.

Naumann und seine Freunde hatten ihr Augenmerk nicht nur auf die FDP in Nordrhein-Westfalen, sondern auch auf den BHE gerichtet. Kirkpatrick hat mir gesagt, wenn sie fertig seien, würde er mit dem ganzen Material zu mir kommen und mit mir zusammen überlegen, was zu geschehen habe. Ich glaube, dann wird man diese Frage auch einmal sehr genau prüfen und untersuchen müssen.

34 Das Material zur Anklageerhebung reichte nicht aus; Naumann wurde am 28. Juli 1953 wieder auf freien Fuß gesetzt (vgl. AdG 1953 S. 4100).

35 Die Häftlinge waren am 2. Weihnachtstag geflohen und hatten in der Bundesrepublik um Asyl gebeten (vgl. FAZ vom 3. und 7. Januar 1953; AdG 1953 S. 3833; MENDE S. 254f.).

Ich möchte hier zugunsten der Engländer folgendes sagen: Damit nicht vorzeitig irgendwelche Warnungen erfolgen, hat Kirkpatrick im Einvernehmen mit Eden³⁶, mit Lord Alexander³⁷, dem Verteidigungsminister, mit dem Lordkanzler³⁸ und dem Justizminister³⁹ in Großbritannien alles ausgeschaltet, nicht nur unseren Verfassungsschutz, sondern auch seinen Geheimdienst, weil man eben befürchtet hatte, es bestünden jetzt schon irgendwelche Verbindungen zwischen Naumann und seinem Kreis und englischen Stellen, aber auch zwischen Naumann und seinem Kreis und deutschen Stellen – in Bundesministerien, meine Damen und Herren!

Darüber hinaus soll ich noch Material bekommen, da es notwendig erschien, den Kreis der Mitwissenden möglichst kleinzuhalten, damit nicht die Betroffenen ihr Material vorzeitig beiseite schaffen können.

Und nun noch ein Wort darüber, wie sich voraussichtlich der Wahlkampf entwickeln wird. Hauptthemen werden sein: EVG-Vertrag und Sozialisierung, seitens des DGB die Mitbestimmung. Der DGB hat eine Reihe von Bundestagsabgeordneten vorgeladen und an sie die Frage gestellt, wie sie zur Frage der Mitbestimmung stünden. Er hat ausdrücklich erklärt, daß er je nachdem die Kandidatur beurteilen würde.

Wir werden natürlich auf das hinweisen müssen, was in der Vergangenheit geleistet worden ist. Wir werden auf die EVG in positivem Sinne hinweisen müssen, auf die europäische Politik, auf das Betriebsverfassungsgesetz und auf eine ganze Menge von Dingen, die wir tatsächlich geleistet haben.

36 Sir Robert Anthony Eden, später Earl of Avon (1897–1977), britischer Politiker (konservativ); 1923–1957 Mitglied des Unterhauses, 1926–1929 parlamentarischer Privatsekretär von Außenminister Chamberlain, 1931–1933 parlamentarischer Unterstaatssekretär im Außenministerium, 1934–1935 Lordsiegelbewahrer, 1935 Minister für Völkerbundsangelegenheiten, 1935–1938, 1940–1945 und 1951–1955 Außenminister, 1955–1957 Premierminister. Vgl. Randolph S. CHURCHILL: Sir Anthony Eden. Aufstieg und Fall. Stuttgart 1960; SHLAIM, JONES, SAINSBURY S. 81–109; David CARLTON: Anthony Eden, A biography. London 1981.

37 Lord Harold Rupert Leofric George Alexander, 1946 Viscount, 1953 Earl of Tunis (1891–1969), britischer Offizier und Politiker; 1935–1938 Brigadekommandeur in Indien, 1940 Divisionskommandant, 1942 Oberbefehlshaber in Birma, im Nahen Osten und im Mittelmeerraum, Stellvertreter Eisenhowers, 1946–1952 Generalgouverneur von Kanada, März 1952 bis Oktober 1954 Verteidigungsminister. Vgl. J. NORTH (Hrsg.): The Alexander Memoirs. London 1962.

38 Lordkanzler war Lord Gavin Turnbull Simonds, seit 1944 1. Baron Simonds of Sparsholt (1881–1971). Vgl. AdG 1951 S. 3183.

39 Einen Justizminister gibt es in Großbritannien nicht. Die Funktionen, die dem Justizminister bei der Bestellung des Richterpersonals zufallen, werden vom Lordkanzler (vgl. Anm. 38) ausgeübt; für die Rechtsberatung der Regierung und des Parlaments sind die vier sog. Law Officers of the Crown zuständig (vgl. dazu Karl LOEWENSTEIN: Staatsrecht und Staatspraxis von Großbritannien, Bd. 1. Berlin/Heidelberg/New York 1967 S. 456). Wer also hier gemeint sein könnte, ist unklar.

Nun komme ich zu den Organisationsfragen. Der Wahlkampf wird sehr böse und sehr hart werden. Immer wieder haben wir uns im kleinen Kreise die Frage vorgelegt, was kann man tun, um auf allen Gebieten gerüstet zu sein und unsere Leute mit Material zu versehen. Die Bundesgeschäftsstelle hat, darüber sind wir wohl einig – evtl. bitte ich, mir nachher zu widersprechen –, auf organisatorischem Gebiet gute Arbeit geleistet; aber ich bin der Auffassung, daß wir unseren Generalstab vor der Schlacht verstärken müssen.

Eine Bundesgeschäftsstelle so aufzubauen, wie das die Sozialdemokratie tut, daß sie für alle möglichen Sparten einen hauptamtlich besoldeten Geschäftsführer hat, das können wir uns nicht leisten. Das kostet sehr viel Geld, und das können wir nicht machen. Aber ich glaube, wir müssen doch wenige Monate vor der Wahl unseren ganzen Apparat verstärken. Ich denke, daß Herr Staatssekretär Dr. Lenz Ihnen nachher darüber einige Worte vortragen wird.

Ein Wort möchte ich an Sie richten mit Bezug auf die Auswahl der Kandidaten. Ich trage seit drei Wochen den Entwurf eines Briefes an die Landesvorsitzenden wegen der Aufstellung der Kandidaten mit mir herum, worin sie in sehr höflicher und wirklich feiner Form gebeten werden, vorsichtig zu sein und die allgemeinen Interessen zu berücksichtigen usw. Ich habe trotzdem den Brief noch nicht abgehen lassen, weil ich weiß, daß man zu leicht Verstimmung erregt, auch wenn man sich Mühe gibt, das nicht zu tun. Deswegen wollte ich hier die Sache zur Sprache bringen.

Wir werden einen Weg gemeinsam suchen und auch finden müssen, der es uns ermöglicht, die dringenden Bedürfnisse unserer Bundestagsfraktion, in der gewisse Sparten stark vertreten sind – nicht stände-, sondern wissens-, erfahrungs- und arbeitsmäßig –, zu erfüllen; denn wenn wir – und das hoffen wir und können wir mit gutem Grund hoffen – auch im nächsten Bundestag wieder die stärkste Fraktion sind, dann haben wir die ganz große Aufgabe, das bisher Geschaffene zu vollenden. Wenn wir das nicht tun können, wenn etwa die Sozialdemokratie die stärkste Fraktion werden würde, dann sehe ich für die Zukunft sehr ernst. Denn wenn die Sozialdemokratie dem Weg treu bleibt, den sie bisher eingeschlagen hat, dann wird auf wirtschaftlichem und auf außenpolitischem Gebiete alles das zerschlagen werden, was wir bisher in geduldiger und mühsamer Arbeit errichtet haben. Das wäre der größte Schaden, der dem deutschen Volke widerfahren könnte.

Wir Deutschen – und das ist menschlich verständlich – glauben, die anderen Völker und die öffentliche Meinung der anderen Völker hätten die Vergangenheit so vergessen, wie wir sie vergessen haben. Das ist in keiner Weise der Fall. Glauben Sie es mir, meine Damen und Herren! Sie haben es ja gesehen an dem Echo in der britischen Presse zum Fall Naumann, bis es von der Regierung dort abgedämpft wurde.

Es ist heute morgen noch – Herr Lenz wurde diese Nacht von Amerika angerufen, daher stammt meine Mitteilung – von drüben die Nachricht gekommen, daß diese unsinnigen Veröffentlichungen von Mehlem in den Vereinigten Staaten gro-

Ben Schaden angerichtet haben. Auf Oradour⁴⁰ brauche ich nicht besonders hinzuweisen. Es genügt, den Namen auszusprechen, damit Sie daraus ersehen, mit welchen, mit welchen Schrecken doch viele Völker vielen Menschen gegenüberstehen. Daher glaube ich, daß wir bei alledem, was wir tun, sehr sorgfältig jede Reaktion des Auslandes in Erwägung ziehen müssen.

Die Sozialdemokratie tut das nicht. Wenn sie zum Siege käme, dann würde, glaube ich, für das deutsche Volk eine schreckliche Zeit anbrechen. Aber ich möchte nochmals betonen: Sie wird nicht zum Siege kommen, wenn wir alle unsere Pflicht tun. Alle Parteiangehörigen, die ihre Pflicht irgendwie ernst nehmen, müssen von jetzt an bis zum Wahltag mit aller Energie mitarbeiten! Dann werden wir siegen, weil wir für uns haben die Jahre der Vergangenheit und die Aussicht auf eine bessere Zukunft.

Ich möchte meine Worte schließen, indem ich auf Sie, verehrter Herr Lübke, zurückkomme. Ich habe Sie eben schon mit den Worten begrüßt: Mehrere der CDU! Sie haben sicher alle die Zeitungsnachrichten in den letzten Tagen gelesen; einmal sind zwei Minister von dort in die CDU eingetreten und – wieviel sind es? – (*Lübke*: Fünf!) Fünf Landtagsabgeordnete⁴¹. Wer weiß, wie es in Schleswig-Holstein noch vor nicht langer Zeit mit unserer Partei aussah, der wird an der stetigen und unentwegten Arbeit des Herrn Lübke erkennen können, welche Erfolge selbst auf einem Boden wie Schleswig-Holstein, der für den CDU-Gedanken doch relativ unfruchtbar ist, zu veranschlagen sind. Ich glaube, wir sollten uns an der schleswig-holsteinischen CDU ein Beispiel nehmen, was mit zäher und konsequenter Arbeit für unsere Partei zu erreichen ist.

Ich möchte meine Ausführungen schließen mit einem herzlichen Dank an die CDU in Schleswig-Holstein und an Sie, Herr Lübke; denn die CDU in Schleswig-Holstein hat uns allen miteinander ein ausgezeichnetes Beispiel gegeben. (*Beifall*.) Hat noch jemand Fragen zu stellen?

Fay: Inwieweit können die Äußerungen von Eisenhower für die Öffentlichkeit benutzt werden, nämlich die Formulierung: entweder EVG oder Desinteressement und keine Nationalarmee? Darf man sagen, daß das die Meinung Eisenhowers ist, die er irgendwann geäußert hat oder Ihnen hat zukommen lassen?

40 Die französische Ortschaft Oradour-sur-Glane war am 10. Juni 1944 von der Waffen-SS vollständig eingeäschert worden; fast alle Einwohner, etwa 180 Männer und über 400 Frauen und Kinder, wurden ermordet. Gegen den Bataillonskommandeur sowie die Verantwortlichen leiteten der Divisionskommandeur bzw. der Oberbefehlshaber West ein Verfahren ein, das aber aufgrund des Zusammenbruchs der Westfront nicht weiterverfolgt wurde. Am 12. Januar 1953 begann in Bordeaux der Prozeß gegen die Überlebenden des SS-Kommandos. Die beteiligten Elsässer fielen unter eine Amnestie (vgl. AdG 1953 S. 3868f., 3880; Rioux S. 174f.).

41 Am 12. Januar waren in Schleswig-Holstein der Wirtschaftsminister Hermann Böhrnsen und der Landwirtschaftsminister Claus Sieh, beide vorher DP, der CDU beigetreten. Sie waren 1952 mit fünf weiteren Abgeordneten aus der DP ausgetreten (vgl. AdG 1953 S. 827).

Adenauer: Herr Fay, bitte nehmen Sie das Telegramm an Ridgway. Bedenken Sie weiter, daß er in dem Telegramm an mich auf das Telegramm an Ridgway noch einmal ausdrücklich verwiesen hat.⁴² In dem Telegramm an Ridgway hat er erklärt, daß seine Überzeugung jetzt, wo er die Dinge von drüben angesehen hat, noch gefestigter sei.

Fay: Sie vertraten die Auffassung, daß Sie es aus außenpolitischen und auch aus innenpolitischen Gründen nicht für zweckmäßig hielten, daß in Berlin gewählt wird. Ich weiß nicht, inwieweit die derzeitigen Bestimmungen überhaupt eine Wahl in Berlin zulassen. Mir scheint, es wäre richtiger, man würde in Berlin wählen. Ich könnte mir vorstellen, daß dies wegen der außenpolitischen Situation unserer Partei einen Zuwachs brächte.

Adenauer: Nach meiner Meinung ist in Berlin nicht so sehr ausschlaggebend das Wohl oder Wehe einer einzelnen Partei, sondern ausschlaggebend ist das Zusammenhalten aller Parteien. Die Lage Berlins ist ja wahrscheinlich in der nächsten Zeit noch gefährdeter, als sie es vorher gewesen ist. Ich halte es für völlig unmöglich, daß wir nun ausgerechnet in Berlin, der vordersten Bastion, einen Kampf entfesseln um die außenpolitischen Gegensätze, die nach meiner Meinung nicht nur die Einigkeit unter der Berliner Bevölkerung nicht festigen, sondern die darüber hinaus in der Zone sehr übel wirken würden. Nach allem, was ich an Zuschriften aus der Zone bekomme, und auch nach dem, was ich höre, versteht man dort überhaupt nicht die hiesige Sozialdemokratie.

Ich habe das – ich darf das in diesem Zusammenhang sagen – dem Herrn Reuter in sehr unmißverständlicher Weise zu verstehen gegeben, indem ich ein Frühstück abgesagt habe – ich mußte Ende der Woche nach Berlin – wegen seiner Haltung gegenüber der Bundesregierung. Herr Reuter ist darauf bei mir gewesen⁴³. Nach einigem Hin und Her hat er doch – man soll niemanden hindern, abzuschwören – das, was er gesagt hat, unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß das nicht mehr vorkomme. Er hat die Argumente, daß gerade die Berliner Bevölkerung in außenpolitischen Fragen geschlossen bleiben müsse und sich nicht zerreißen dürfe, anerkannt. Das ist auch der Grund – aber die Herren von Berlin mögen sich dazu äußern –, warum ich es für sehr unglücklich halte, bei der nächsten Bundestagswahl in Berlin einen Kampf zu entfesseln, der sich vornehmlich um außenpolitische Probleme drehen würde. Berlin muß geschlossen bleiben!

Simpfendorfer: Der derzeitige Präsident des Bundesrates, Herr Dr. Maier, ist nach unserer Kenntnis ein heimtückischer Gegner dieser Verträge, auch gerade aus parteitaktischen Gründen. Wir stehen mit ihm in hartem Kampf. Es würde uns

⁴² Vgl. dazu Anm. 20.

⁴³ Am 23. Januar (vgl. FAZ vom 26. Januar 1953). Reuter hatte in einer Rede vor dem Liberalen Klub am 19. Januar 1953 die schwierige Lage Berlins, bedingt durch den Flüchtlingsstrom, der Bundesregierung angelastet; außerdem sei es eine Fehlentscheidung gewesen, Bonn zur provisorischen Hauptstadt zu erklären (vgl. FAZ vom 23. Januar 1953). Zu dem Gespräch vgl. AdG 1953 S. 3836.

interessieren, ob Ihre letzte Aussprache eine Modifikation dieses Kampfes notwendig macht?

Adenauer: Herr Simpfendörfer! Diese Unterhaltung mit Herrn Maier war unter vier Augen. Herr Maier hat ein Presseinterview gegeben⁴⁴, das Sie wohl (*Simpfendörfer:* Kennen wir!) gelesen haben. Zur innenpolitischen Lage hat er nur folgendes gesagt: Sie können sich doch denken, daß mir nicht daran gelegen war, der ich nur 50 Leute hinter mir hatte, die stärkste Partei vor den Kopf zu stoßen. (*Unruhe.*) Ja, meine Herren, Sie schütteln den Kopf. Ich verstehe das alles, aber ich kann nur auf die Frage des Herrn Simpfendörfer antworten.

Schreiber: Ich persönlich würde trotz der Bedenken, die der Herr Bundeskanzler geltend gemacht hat, nicht davor zurückschrecken, auch in Berlin zum neuen Bundestag wählen zu lassen. Es wird immer darauf hingewiesen, daß wir in Berlin zusammenstehen müssen. Das ist zweifellos richtig. Wir haben in Berlin eine Koalition mit den Sozialdemokraten.

Ich halte es aber für völlig unzumutbar, in Berlin dann wählen zu lassen, wenn die Berliner Abgeordneten nicht mit dem gleichen Recht in den Bundestag kommen. Das ist das Entscheidende. Es scheint nicht erreichbar zu sein, daß die Berliner Abgeordneten mit vollem Recht an der Bundestagsarbeit teilnehmen. Wenn nicht dieses volle Recht bei ihnen erreicht wird, lohnt es sich nicht, daß wir in Berlin einen Wahlkampf führen.

Ich bin der Meinung, daß der Wahlkampf in Berlin für die Sozialdemokratie nicht besonders glänzend auslaufen wird. Mit Sicherheit kann das jedoch niemand voraussagen. Das Entscheidende ist, daß wir echte Bundestagsabgeordnete wählen können. Da wir das nicht können, bin ich nicht dafür, daß wir diese Auseinandersetzung in Berlin herbeiführen.

Ich glaube mich nicht falsch auszudrücken, wenn ich meine, daß unter den Sozialdemokraten Herr Reuter an sich die wichtigste und bedeutsamste Persönlichkeit ist. Ich habe mit Herrn Reuter wegen der Eskapaden, die er sich in der letzten Zeit geleistet hat, am vorigen Mittwoch eine sehr ernste, eineinhalbstündige Aussprache gehabt. Ich bin mit der größten Entschiedenheit seinen Methoden begegnet, dauernd den Bundeskanzler und die Bundesregierung anzugreifen, weil sie nicht Genügendes in Richtung der deutschen Einheit täten, und weil er in einem Vortrag beim Liberalen Club in einer nach meinem Dafürhalten nicht würdigen, sondern primitiven Weise polemisiert hat.

Es bestätigte sich dabei meine Auffassung, daß Reuter sich augenblicklich in einem außerordentlich nervösen Zustand befindet; er ist gesundheitlich nicht auf der Höhe. Er übernimmt sich und will nun in diesem Zustand das Schlachtroß besteigen.

Ich habe ihm die Torheiten vorgehalten. Er hat dann ausgeführt: Wie ausstünden wir in Deutschland da, auch in der Richtung der deutschen Einheit, wenn wir nicht dieses Bonn, dieses westrheinische Bonn, zur Bundeshauptstadt ge-

⁴⁴ Vgl. dazu FAZ vom 14. Januar 1953; MAIER S. 474.

macht hätten, sondern Hannover. Er sei für Hannover eingetreten. Ich habe ihm gesagt, daß die Sozialdemokraten Frankfurt gewollt hätten, daß dies aber viel gefährlicher für Berlin gewesen wäre in bezug auf eine endgültige deutsche Einheit als Bonn. Ich habe ihm mit der größten Schärfe gesagt, daß ich die Haltung seiner Partei und seine persönliche Haltung gegenüber den beiden Verträgen für verantwortungslos halte, die lediglich von parteipolitischen und innenpolitischen Aspekten bestimmt seien. Ich bäte ihn – genau wie der Herr Bundeskanzler gesagt hat –, mir, nachdem er von der deutschen Einheit redet, die wir beide gemeinsam wollen, zu sagen, wie er und seine Partei glauben, der deutschen Einheit näherzukommen.

Darauf hat er mir nach einigem Nachdenken folgendes gesagt: Wenn wir nur zusammenstehen in dieser Frage und immer wieder die deutsche Einheit fordern, dann werden wir sie schon bekommen. Dann habe ich erwidert, daß es unser nicht würdig sei, uns mit solchen Redensarten zu beschäftigen. Ich erklärte ihm: Ich stelle fest, Herr Reuter, Sie und Ihre Partei haben keinerlei Konzeption und keinerlei Vorstellung, wie man der deutschen Einheit näherkommen kann. Und das ist das Jammervolle, daß Sie alles, was von der Bundesregierung getan wird, angreifen, nur weil Sie glauben, einen parteipolitischen Vorteil zu haben.

Er war völlig hilflos, Herr Bundeskanzler. Ich glaube, Sie sollten das wissen, damit Sie bei Gesprächen, die Sie mit ihm haben, das auch verwerten können. Er hat dann keinen Ton mehr sagen können zur Rechtfertigung seiner Position.

Ich habe ihn noch gebeten, er möge mir am nächsten Tage seine Ansicht sagen. Dann hat er mir einen Brief über ganz andere Dinge geschrieben. Also, die Sozialdemokraten einschließlich Reuter haben keine Vorstellung davon, wie man vorwärtskommen soll.

Reuter sagte noch – und das ist wichtig: Das ist so schwierig; der Bundeskanzler und Ollenhauer können nicht miteinander sprechen. Ollenhauer ist nämlich, wenn er vom Bundeskanzler kommt, völlig zerknittert und hat das Gefühl, daß er nicht ernstgenommen und geringschätzig behandelt wird. Wenn in dieser Methode eine Änderung eintreten wird, dann wird es vielleicht besser sein.

Schmidt^{44a}: Herr Ollenhauer wird auch eine Reihe von Gesprächen mit den Hohen Kommissaren über die Frage der EVG-Verträge geführt haben. Ist es nicht denkbar, von dieser Seite her ihm eine Reihe von politischen Illusionen für die Zukunft zu nehmen?

Adenauer: Als Acheson in Paris war bei der Versammlung der NATO, hat er durch Herrn Reber Herrn Ollenhauer sagen lassen, daß es keine Alternative und keine neuen Verhandlungen gebe. Das weiß Herr Ollenhauer so genau, wie ich es weiß.

Müller: Ich stimme Herrn Dr. Schreiber völlig zu, daß man mit Redensarten und Phrasen die Frage der deutschen Einheit nicht lösen kann, aber es wird in der

44a Dr. Otto Schmidt (1902–1984), Mitgründer der CDU in Wuppertal, 1948/49 Oberbürgermeister, 1950–1953 Minister für Wiederaufbau, 1953–1954 für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau in NW, 1954–1958 MdL NW, 1957–1972 MdB.

deutschen Öffentlichkeit – und mir scheint, nicht ganz mit Unrecht – geltend gemacht, daß man mit etwas mehr Wärme diese Frage behandeln soll. Das würde psychologisch schon sehr viel nützen.

Ich war am Sonntag auf einer Tagung in Tuttlingen, wo die maßgeblichen Repräsentanten von evangelischer Seite versammelt waren.⁴⁵ Da kam von den Leuten, die durchaus auf unserem Standpunkt stehen, immer wieder der Wunsch zum Ausdruck, man solle doch mehr von der deutschen Einheit sprechen, rein menschlich; das würde sehr viel nützen. Daß politisch nichts zu machen ist, das sehen die Leute ein.

In der Öffentlichkeit, vor allem im Südwesten, hat eine Äußerung des Bundesratspräsidenten sehr großes Aufsehen erregt. Er hat vor der Bundespressekonferenz auf die Frage, wie er eigentlich zu den Fragen stünde, ob er sie bejahe oder ablehne, erklärt, darauf wolle er keine Antwort geben.⁴⁶ Er wisse, daß er deshalb angegriffen werde, aber zu seiner Verteidigung müsse er sagen, daß kein einziger westdeutscher Ministerpräsident bisher zu der Frage positiv oder negativ Stellung genommen habe.

Nun steht m.E. so viel fest, daß es eine außerordentliche Erleichterung in unserem Kampf wäre, wenn die unserer Partei angehörenden Ministerpräsidenten diese Äußerungen des Herrn Maier widerlegten. Ich weiß, daß mein Freund Altmeier schon in Dutzenden von Reden sich für die Verträge ausgesprochen hat, Herr Lübke zweifellos auch, aber nach dieser doch immerhin sehr offiziellen Behauptung – nicht des Ministerpräsidenten von Stuttgart, sondern des Präsidenten des Bundesrates – würde die Situation außerordentlich erleichtert, wenn nun die Herren Altmeier, Lübke, Ehard und Arnold dem Herrn Maier erklären würden, daß er damit die Unwahrheit gesagt hat.

Adenauer: Ich glaube, man muß diese Frage nicht nur aus der Atmosphäre Württemberg-Badens betrachten. Lassen Sie doch Herrn Maier Zeit; man muß den Leuten Zeit lassen. Ich würde es für gar nicht richtig halten, wenn man durch eine Erklärung seitens der Ministerpräsidenten jetzt Herrn Maier zwänge, auch etwas zu sagen. Haben Sie doch Geduld! Mit diesem Interview war ich eigentlich sehr zufrieden. (*Schmidt:* Ich auch!) Ich habe dem Herrn Maier keine einzige Frage gestellt – das hat er auch gesagt –, sondern ich habe ihm lediglich Tatsachen vorgelegt, zum Teil mit Depeschen usw. Diese Tatsachen sind so eklatant, daß sie wirken werden. Ich würde nicht empfehlen, in eine Auseinandersetzung einzutreten.

Zu dem ersten Punkt, Herr Müller, möchte ich folgendes sagen: Ich weiß, daß auch in der evangelischen Kirche dasselbe geschehen ist wie in der katholischen Kirche. Die katholische Kirche hat in der letzten Zeit mit sehr großem Nachdruck für Berlin und die Sowjetzone aufgerufen. Ich orientiere mich über das, was dabei

⁴⁵ Schon am 12. Januar hatte ein Gespräch zwischen den evangelischen Kirchen und der CDU von Baden-Württemberg stattgefunden, an dem auch Gebhard Müller beteiligt war (vgl. UiD vom 17. Januar 1953).

⁴⁶ Zu den Ausführungen Maiers vgl. CDP vom 23. Januar 1953; FAZ vom 23. Januar 1953.

herauskommt in dem Städtchen, wo ich wohne, in Honnef. Honnef hat rund 13.000 Einwohner. Davon sind 5.000 Evakuierte oder Flüchtlinge. Ursprünglich waren es 8.000 Einwohner. Die Sammlungen an Kleidungsstücken, an Geld, Schuhen usw. für Berlin und die Ostzone, die wochenlang gedauert haben, hatten einen ganz überraschenden Erfolg. Dabei hat sich ein wirklich großes und echtes Mitgefühl gezeigt. Als Beispiel kann ich Ihnen folgendes erklären: In einer Pfarrei, die vielleicht 5.000 Seelen hat – sie wird eher etwas weniger haben –, sind 402 brauchbare Paar Schuhe auf einen Schlag für Berlin und die Ostzone gegeben worden. Man muß sich einmal vorstellen, was das bedeutet.⁴⁷

Ich will das auch den Kirchen nahelegen, daß sie so etwas veröffentlichen. Das ist nach meiner Meinung viel mehr wert. Hier hilft die praktische Nächstenliebe. Das ist ein Beweis, und es sind nicht nur Worte. Ich glaube, auf dem Gebiet der praktischen Nächstenliebe wird allerhand geleistet. Es muß nur mehr bekanntgemacht werden.

Dichtel: Ich darf vielleicht in aller Freundschaft eine Feststellung treffen. Sie waren, Herr Bundeskanzler, in der Beantwortung der Frage des Herrn Simpfendorfer mehr als zurückhaltend. Damit nun keine Fehlentwicklung sich hier wieder anbahnt, wie wir sie heute haben, nur eine Bemerkung. Es gibt in Süddeutschland folgende Version: In dem Moment, wo die Verfassung geschaffen – eine Verfassung, die wir von unserem Standpunkte aus kulturell nicht tragen können – und insbesondere die Postenbesetzung des neuen Staates durch die SPD vorgenommen worden ist, läßt sich unter Umständen über eine Teilnahme der CDU an der neuen Regierung reden.

Ich kenne Ihr Gespräch nicht (*Adenauer:* Worüber?) mit dem Herrn Staatspräsidenten. Sollte er Ihnen Hoffnungen gemacht haben, daß er gesagt hat, lassen Sie uns Zeit, dann ist das eine Fehlentwicklung.

Adenauer: Halten Sie mich für taktisch so dumm, daß ich über Ihre Köpfe hinweg mit dem Herrn Maier über den Südweststaat auch nur ein Wort spreche? (*Dichtel:* Nein!) Ich habe mit Herrn Maier über die innerpolitische Lage und Entwicklung im Südweststaat keine Silbe gesprochen; ich habe gar nichts gesagt. Er hat aus sich heraus nur den einen Satz gesagt, den ich eben erwähnt habe, und ich habe ihm darauf keine Antwort gegeben. (*Dichtel:* Also ist der Maier schuldig!) Das ist Ihre Angelegenheit. Ich bin Gott dankbar, wenn ich meine Angelegenheiten unter Dach und Fach kriege.

Heck: Ich wollte darauf aufmerksam machen, daß wir von der Bundesgeschäftsstelle aus eine fortlaufende technische Aktion mit der Ostzone haben anlaufen lassen. Es sind bis jetzt 2.000 Päckchen abgegangen, die fortlaufend jeden Monat weitergeführt werden. Wir bekommen vom Ostbüro in den nächsten Wochen weite-

⁴⁷ Auch der Bundestagspräsident, dem sich das Kabinett anschloß, hatte angesichts der prekären Lage der Flüchtlinge zu einer Kleiderspende aufgerufen (vgl. FAZ vom 23. Januar 1953).

re 4.000 Adressen⁴⁸. Ich möchte Sie dringend bitten, Ihre Landes- und Kreisverbände anzuhalten, daß sie diese Aktion unterstützen.

Wir haben die Sache nicht publiziert, um die Aktion als solche nicht zu gefährden.

Kaiser: Ich bin etwas erstaunt darüber, daß sich im Anschluß an die gewichtigen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers keine wirkliche Aussprache entfaltet. Aber vielleicht, Herr Bundeskanzler, sind Sie selber etwas schuld daran. Sie haben am Schluß Ihrer Rede gesagt: Hat noch jemand Fragen zu stellen. (*Adenauer:* Und dann kommt die Diskussion!) Ich brauche nicht zu sprechen, Herr Bundeskanzler, Sie kennen meine Meinung, die sich ab und zu etwas differenziert mit Ihrer Meinung in den Dingen.

Aber ich war über Ihre Ausführungen heute nicht nur sehr beeindruckt, sondern ich stimme Ihnen in vielem zu: in der Entscheidung dieses Jahres für uns und der Gefahr für uns. Man könnte es noch unterstreichen durch die mangelnde Bereitschaft des Westens.

Bei Frankreich möchte ich sagen – ich gebrauche dieses Wort erstmals, Sie gebrauchen es oft –: Ihr Wort in Gottes Ohr! (*Adenauer:* Ich gebrauche es selten!) Hoffen wir, daß Frankreich der Entscheidung beitrifft. Es ist Anlaß zur Besorgnis gegeben. Ich bin in Besorgnis in bezug auf die Verabschiedung. Ich halte es für einen Kardinalfehler, auch mit dem Blick auf Sie, Herr Bundeskanzler, was sich in Karlsruhe tut. Wir haben einen Fehler sondergleichen begangen. Ich bedauere es gerade Ihrer Politik und Ihres Wirkens wegen in dieser Zeit, daß wir nach gut verlaufener zweiter Lesung nicht sofort, wie immer das auch gestanden hat, die dritte Lesung durchgeführt haben. Das ist das, was das Volk draußen nicht versteht. Ich habe gestern vor einer auch für mich sehr eindrucksvollen Versammlung, als ich sagte, daß die Verträge so rasch wie möglich zum Abschluß gebracht werden müßten – denn wir brauchen Verteidigungskräfte gegenüber der Gefahr aus dem Osten –, die lebhafteste Zustimmung gefunden⁴⁹.

Wegen des Meinungs- und Gedankenaustausches mit der SPD und Ollenhauer möchte ich gern, Herr Bundeskanzler, daß wir Unterlagen, insbesondere den Wortlaut des Briefwechsels, wie wir ihn heute gehört haben, schnellstens bekommen; denn das ist sehr gewichtig.

Was Berlin und die deutsche Einheit angeht, so habe ich, nachdem Sie mit Reuter gesprochen haben, mich mit Reuter unterhalten. Herr Schreiber hat recht; Reuter kann keine konkrete Antwort geben, wie er es eigentlich meint. Diese

48 Gemeint ist das Ostbüro der CDU in Berlin, das hervorging aus dem „Büro Jakob Kaiser“, seit Anfang der 60er Jahre „Deutschlandbüro“. – Adenauer hatte im November 1952 die CDU-Mitglieder durch ein Rundschreiben aufgefordert, die CDU-Bundesgeschäftsstelle bei der Paketaktion für die SBZ zu unterstützen (NL Ehlers ACDP I-369-001/2).

49 Vgl. Anm. 14.

Päckchenhilfe in allen Ehren, aber das berührt das Problem nicht genügend. Es ist schon erforderlich, daß wir von der Notwendigkeit der Wiedererreichung der deutschen Einheit immer wieder Tag und Nacht sprechen; denn die Wiedervereinigung unseres Landes bleibt das Hauptanliegen unseres Volkes. Die Verträge müssen gemacht werden, das ist ganz klar.

Ich habe zwischen Weihnachten und Neujahr mit vielen Leuten gesprochen. Sie gaben mir auf die Frage, wie steht ihr zu den Verträgen, alle die einheitliche Antwort: Ihr müßt handeln, denn das beeindruckt überhaupt die Sowjets. Übrig bleibt aber nach Abschluß der Verträge – und das ist das, was Reuter so sehr beeindruckt – die Frage: Wird sich die Lage nicht wenden? Wird der Bevölkerung der Sowjetzone von 18 Millionen die Lage erleichtert, oder macht man es ihr noch schwerer? Deswegen müssen die führenden Männer mit dem Bundeskanzler an der Spitze immer wieder zum Ausdruck bringen, daß die Wiedererlangung der deutschen Einheit unser Ziel ist.

Ich erinnere an das Buch des neuen amerikanischen Außenministers Dulles – das ich leider erst dieser Tage gelesen habe – „Krieg oder Frieden“⁵⁰, worin er sagt: Die Deutschen sind einfach der Kernpunkt der europäischen Frage; und in einem anderen Sinn: Die deutsche Einheit wieder zu erreichen, ist eben mit das Entscheidende für die Entwicklung in Europa. Das müssen wir immer wieder zum Ausdruck bringen.

Ich habe Ihnen, Herr Bundeskanzler, neulich gesagt, was ich von den Persönlichkeiten von höchstem Rang der beiden Kirchen, von den Bischöfen Dibelius und Seiner Exzellenz Westkamm⁵¹, darüber gehört habe, nämlich die ungeheure Sorge der Menschen, die die Verantwortung noch unmittelbarer als wir für die Menschen in der Sowjetzone tragen: Gibt es, wenn die Verträge verabschiedet sind, noch eine Hoffnung für die trostlose Lage, in der sich die Menschen drüben befinden?

Damit sie glaubensstark bleiben können, müssen die verantwortlichen Männer, der Bundeskanzler an der Spitze, in geeigneten Worten immer wieder davon sprechen, daß die westliche Welt uns hilft. Wir schaffen es nicht alleine. Wir brauchen die großen Völker dazu; wir brauchen sogar die Russen dazu; denn ohne die Russen, wenn man nicht Krieg führen will, wird es nicht gelingen. Mit den Mitteln der Politik wird es nur dann gelingen, wenn die zögernde – ich sage mit Überlegung: zögernd – westliche Welt voranmacht. Die westliche Welt wird nur mit uns sein, wenn wir es immer und immer wieder fordern, und ihr ins Bewußtsein einprägen, daß es sonst überhaupt keine Lösung der deutschen Frage gibt.

Wenn ich sage: zögernd, dann bin ich davon überzeugt, daß die amerikanische Politik mit uns sein wird; aber in bezug auf die Franzosen bin ich sehr besorgt. Ich

50 John Foster DULLES: War or peace. New York 1950 (deutsch: Krieg oder Frieden. Stuttgart 1950).

51 Wilhelm Westkamm (1891–1956), 1949 Weihbischof von Paderborn, 1951 Bischof von Berlin.

habe dieser Tage mit dem kleinen Vertrauensmann von Georg Bidault⁵² – den wir von Genf⁵³ her kennen – ein längeres Gespräch geführt. Das war für mich eine Bestätigung, daß die Franzosen nach wie vor unter dem Komplex von 70 Millionen Deutschen nicht aktiv mit von der Partie sind.

Die Engländer überlegen alles nach rechnerischen Gesichtspunkten. Um so mehr müssen wir aktiv sein. Zu Reuter selber möchte ich nicht viel sagen. Das mit „Hannover“ hat er hinterher gedichtet. Ich habe ihm gesagt: Wie kommen Sie dazu, von Hannover zu sprechen. Reuter war mit allen Berliner Abgeordneten im Parlamentarischen Rat klar für Bonn, weil er Frankfurt nicht wollte. Frankfurt hätte eine Gefahr mit dem Blick auf Berlin bedeuten können; Bonn nicht. Ich habe ihm gesagt: Es ist im Ablauf der deutschen Geschichte geradezu eine Großartigkeit, daß der Sitz der Bundesregierung in dieser Zeit in eine Stadt links des Rheines kommt. Man muß das einmal durchdenken. Es ist symbolhaft, daß es eine Stadt links des Rheines ist und eine Persönlichkeit wie Konrad Adenauer die Verantwortung trägt.

Er hat gesagt: Von Hannover habe ich nicht geredet. Es ist von Helmstedt und Kassel gesprochen worden. Er hat mir bestätigen müssen, daß er selber, Reuter, für Bonn war.

Ich möchte wünschen, daß wir nun über die wichtigen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zu einer wirklichen Aussprache kommen und nicht zu einem Frage- und Antwortspiel.

Ehlers: Ich möchte zu der Frage der Notwendigkeit der Verabschiedung der Verträge nichts sagen. Ich bin der Auffassung, daß die Leute im Lande langsam dabei sind, soweit sie sich überhaupt mit den Dingen beschäftigen, zu verstehen, warum unter der Situation Januar bis Dezember die Hinausschiebung der dritten Beratung erforderlich war.

Es ist gar nicht schwer, Beifall in jeder Versammlung zu bekommen, wenn man sagt, es hätte möglichst schnell gehandelt werden müssen usw. Es gibt ganz bestimmte Dinge, die in allen Versammlungen zu einem spontanen Beifall führen. Aber damit ist die Frage nicht ohne weiteres entschieden.

Ich sehe im Augenblick viel stärker die Angelegenheit unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitungen der Wahlen. Es ist nach meinem Eindruck gar kein Zweifel, daß die SPD mit dem, was sie über die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung und Zusammenarbeit mit dem Westen – was auch Ollenhauer gesagt hat – bei

52 Georges Bidault (1899–1983), französischer Politiker; seit 1941 in der Widerstandsbewegung, 1944 Mitgründer und 1949–1951 Vorsitzender des MRP, 1944–1946, 1947–1948 und 1953–1954 Außenminister, 1946 und Oktober 1949 – Juni 1950 Ministerpräsident, 1951–1952 stv. Ministerpräsident und Verteidigungsminister. – Teilnehmer an den Genfer Konferenzen (Memoiren: Noch einmal Rebell. Von einer Résistance in die andere. Berlin 1966).

53 Möglicherweise Victor Koutzine (vgl. Anm. 11). Es handelte sich in Genf um Zusammenkünfte führender Persönlichkeiten christlich-demokratischer Parteien seit 1947. Vgl. dazu Bruno DÖRPINGHAUS: Die Genfer Sitzungen – Erste Zusammenkünfte führender christlich-demokratischer Politiker im Nachkriegseuropa, in KONRAD ADENAUER 1 S. 538–565.

den Kräften, die uns in gewisser Weise wahlpolitische Sorgen machen, nicht ankommt, sondern daß eine gewisse Rückwanderung von Leuten eintritt, die zur SPD gegangen sind, weil sie meinten, die SPD verfolge im Grundsatz eine andere Politik als die Bundesregierung und kenne einen anderen Weg, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Diese ihre Hoffnung ist offenbar enttäuscht worden. Ich glaube, daß diese Menschen – und das hat sich nach meinem Eindruck bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung des Südweststaates gezeigt – die Meinung haben: Wenn die Dinge sein müssen, dann lieber mit denen, die es offen sagen, als mit denen, die nur so tun, als ob sie anders wollten, aber keinen anderen Weg wissen.

Ich bin auch der Meinung, daß das Wort von der deutschen Einheit viel stärker herausgestellt werden muß, als das bisher geschieht. Man kann damit natürlich nichts erreichen, aber diese Frage hat eine starke psychologische Seite. Wenn man die Erfahrung macht, daß man vor einer Woche in Berlin über den Reichsgedanken spricht und eigentlich nichts anderes tut, als über gesamtdeutsche Fragen zu reden, und das Blatt⁵⁴ – wie der Rundfunk zu sagen pflegt –, das dem Herrn Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen nahesteht, über einen solchen Vortrag insgesamt drei Zeilen veröffentlicht, kann man nicht gerade sagen, daß die Ihnen nahestehenden Kräfte, Herr Kaiser, besonders wertvoll sind. (*Gradl*: Mindestens 20!) Ich habe es drüben! Ich habe das Gefühl, daß wir in der Ausnutzung und Auswertung dessen, was von uns immer gesagt wird, noch unendlich weit zurück sind, weil unsere Presseleute immer meinen, das sind Selbstverständlichkeiten, darüber redet man nicht.

Die SPD, Herr Heinemann, Frau Wessel usw. sagen: Wir reden ununterbrochen wieder davon, und erwecken bei den dummen Deutschen den Eindruck, daß wir die einzigen sind, die ihre Sache vertreten. Wir müssen bis zur Wahl ununterbrochen trommeln in dieser Beziehung – es hilft gar nichts anderes – und endlich damit anfangen, daß wir unter dem Namen „Gesamtdeutschland“ diese Propaganda machen. Es wird die Auseinandersetzung mit Heinemann und seiner Gruppe geben. Wir werden das mit Nachdruck von der evangelischen Seite der CDU aus tun, obwohl, wie man im Augenblick sagen muß, der übrige Teil dieses Vereins nicht evangelisch ist. Die Gruppe wird bestehen aus Frau Wessel, Herrn Bodensteiner⁵⁵, Frau Arnold⁵⁶, Herrn Etzel⁵⁷ und Herrn Freudenberg⁵⁸. Wir werden mit Genuß

54 Es handelt sich um die Tageszeitung „Der Tag“.

55 Hans Bodensteiner (geb. 1912), 1946–1949 Landrat von Neustadt/Waldnaab, 1949–1953 MdB (CSU, ab 14. November 1952 fraktionslos, später GVP).

56 Thea Arnold (1882–1966), 1945 Deutsche Zentrumspartei, Mitglied des Hauptvorstands und Vorsitzende des Frauenausschusses, 1949–1953 MdB (Zentrum, ab 14. Dezember 1951 FU, ab 9. Dezember 1952 fraktionslos).

57 Dr. Hermann Etzel (1882–1978), 1930–1934 Handwerkskammerdirektor für Oberbayern in München, 1949–1952 stv. Vorsitzender der BP, 1949–1953 MdB (BP, ab 14. Dezember 1951 FU, ab 3. Dezember 1952 fraktionslos), 1950–1951 MdL Bayern.

58 Richard Freudenberg (1892–1975), 1918–1933 Mitglied des Gemeinderats Weinheim (DDP), 1919–1924 MdL Baden, 1924–1933 Vorsitzender der DDP Baden, 1949–1953 MdB (FDP, ab 5. Dezember 1952 fraktionslos).

feststellen, daß von den vier Katholiken einer evangelisch ist. Damit müssen wir den großen Vorwurf beseitigen, der gegen die „katholische Politik“ der CDU erhoben wird. Es hilft alles nichts. Die Dummheit dieser Leute im Lande, die auf solche Lächerlichkeiten hereinfliegen, ist so groß, daß man sie nur parieren kann, indem man sie immer wieder anspricht.

Noch wichtiger ist in diesem Zusammenhang die Frage mit dem BHE. Wenn ich den Dank, den der Herr Bundeskanzler Herrn Lübke ausgesprochen hat, aufnehme, muß ich sagen, man sollte den Dank in der Richtung etwas konkretisieren, daß Lübke es vorgemacht hat, wie man mit dem BHE umgehen muß, wenn man mit ihm regiert. Ich vermag die bayerischen Verhältnisse nicht zu übersehen, aber die Sache ist in Niedersachsen und Schleswig-Holstein schwierig. Ich habe langsam das Gefühl – und das scheint mir das wichtigste zu sein, was im Bundesrat eine Rolle spielt –, daß die Dinge in Niedersachsen reif werden. Ich habe in der letzten Zeit wiederholt mit maßgebenden BHE-Leuten aus Niedersachsen gesprochen, und hatte dabei das Gefühl, daß sie gern bereit sind, das Geschäft mit der anderen Seite zu machen. Man sollte das ernsthaft erwägen. Die Stimmung ist in Niedersachsen für den BHE nicht besonders günstig. Daß wir in Oldenburg etwas Besonderes machen, sollten uns die Herren aus Niedersachsen verzeihen. Dieser Versuch mit dem BHE kann für die Bundesrepublik entscheidend sein.⁵⁹

Gerstenmaier: Ich war ebenso wie Staatspräsident Müller in den letzten beiden Tagen Zeuge einer Diskussion. Ich glaube, daß es richtig ist, daß wir unablässig – so banal es ist und so gefährlich es im übrigen wird – von der Wiedervereinigung, was uns selbstverständlich ist, sprechen. Wenn ich sage: „so gefährlich“, dann denke ich vor allem an die Erfahrungen, die wir im evangelischen Bereich gemacht haben, wo in der Tat der Satz von der Wiedervereinigung so etwas wie eine ersatzdogmatische Bedeutung im sakralen Sinne hat. Ich werde mich dieser Entwicklung nicht anschließen, sondern ich halte dafür, daß wir in unserer Disposition und beim Ansprechen des Themas 1. Wiedervereinigung, 2. alles andere, uns nicht auf den Leim einlassen, sondern ich glaube, daß das Wesentliche unserer politischen Position und unseres Willens darin liegt, daß es ein „sowohl als auch“ ist.

Ich würde meinen, daß man die Propaganda leichter machen könnte, als sie ist. Ich habe in Tuttingen gesehen, daß es in der Tat dessen bedarf, daß man unablässig mit der Fahne, auf der „Einheit“ steht, voranmarschiert, wenn wir uns zur Integration als dem Inbegriff der Außenpolitik bekennen, die der Herr Bundeskanzler mit Erfolg bis jetzt durchgeführt hat; dann wird man auch ohne weiteres nachweisen können, daß gerade im Namen der Integration Europas die Wiedervereinigung

⁵⁹ Nach der Kommunalwahl vom 9. November 1952, die dem BHE in vielen Kreisen eine Schlüsselstellung eingebracht hatte, empfahl die CDU Niedersachsen Koalitionsberatungen mit DP, FDP, BHE, Zentrum und Parteilosen, auf keinen Fall mit der SPD (NL Ehlers ACDP I-369-001/2).

Deutschlands unerlässlich ist; denn die Integration schließt Deutschland thematisch ein.

Wenn man die Erfahrung macht, daß einer von uns, der sich außerdem noch auf die höhere Weihe – die der Aufenthalt in Berlin in den letzten Jahren allein zu verleihen vermochte – zurückzieht, in Monita ausbricht auf Bonn und sie dann präzisiert auf die Bundesregierung, dann finde ich das genau einen oder zwei Schritte zu weitgehend und höchst gefährlich. Ich nenne keinen Namen; das würde zu weit gehen. Ich bin bereit, dem Vorsitzenden der CDU von Berlin⁶⁰ mit Namen aufzuwarten.

Herr Bundeskanzler, es ist doch so, daß wir im Augenblick versuchen müssen, in der Einheitsfrage mit einer konkreten Aktion etwas weiterzukommen. Ich glaube, daß die Flüchtlingssituation dazu einen Ansatz bietet. (*Unruhe.* – *Zuruf:* Herr Tillmanns, Sie erfahren den Namen! – *Tillmanns:* Ich bin nicht unruhig, ich möchte ihn gerne wissen.) Der Herr Bundeskanzler kann ihn gern erfahren.

Herr Bundeskanzler, kann nicht der Versuch gemacht werden, die deutschen wie die westalliierten Kräfte, die doch unsere potentiellen Verbündeten sind, so zu gewinnen, was ich als eine Kooperation zur Behebung der gegenwärtigen Flüchtlingssituation, der Abwanderung aus der Ostzone, nennen möchte. Ich denke an eine Form, wie man sie in der amerikanischen politischen Organisation kennt, nämlich die sogenannte Special Accounting. Ich denke an eine Organisationsform, die zunächst darin beruhen würde, die vorhandenen und noch zu gewinnenden öffentlichen Mittel und Kräfte zu poolen, um dann mit einem solchen Pool in die Öffentlichkeit zu dringen, so daß eine Gemeinschaftsaktion der Deutschen mit unseren potentiellen Verbündeten gestartet werden kann, daß der Öffentlichkeit in das Bewußtsein dringt, daß wir im Ansehen dieses Notstandes gemeinsam aktiv werden. Ich glaube, daß diese sichtbare Form der Zusammenarbeit einen grundsätzlichen Beweis hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands augenfällig demonstrieren würde. Wir würden damit unsere Situation psychologisch und politisch etwas entlasten.

Zimmer: Der gefährlichste Feind für die Partei und ihre Regierung draußen im Lande – so sehe ich die Dinge – ist die in weitesten Kreisen der Bürgerschaft verbreitete engbrüstige Interessenwahrung, die mangelnde Einsicht in die großen Zusammenhänge und die Vernebelung der großen Tatbestände. Die vielen Einzelheiten der Verträge werden zerredet, und unterdessen geht mit Hilfe der SPD dem Volke das Gefühl für die entscheidende europäische Situation verloren, oder sie kommt überhaupt nicht genügend zum Bewußtsein. Sie ist vorhanden als eine dunkle Vorstellung, aber sie steht nicht klar vor der Einsicht weitester Kreise der Bevölkerung. Das ist der beste Bundesgenosse der SPD in ihrer hinhaltenden Politik.

Deshalb meine ich, müßte die Führung der CDU bestrebt sein, in klaren und einprägsamen Formulierungen richtungweisend für die subjektive politische Ent-

⁶⁰ Seit 1952 Robert Tillmanns.

scheidung der Masse der nicht unmittelbar in die Politik eingespannten Menschen Sorge zu tragen. Das braucht nicht immer der Herr Bundeskanzler zu tun, das können auch seine beiden Stellvertreter oder andere Persönlichkeiten der CDU tun, die im Brennpunkt der Öffentlichkeit stehen. Ich fordere also klare und einprägsame Formulierungen, die die Haltung des Volkes erleichtern können.

Es ist doch ein ungeheurer Widerspruch, wenn die SPD eine Politik fordert, die nur dann nicht eine Illusionspolitik wäre, wenn wir so stark wären, daß wir dem Osten und dem Westen gleichzeitig eine Politik aufoktroieren könnten. Die SPD geht davon aus, daß wir dem gesamten Westen eine Politik kommandieren könnten; sie geht davon aus, daß wir über eine ungeheure politische Macht verfügen, während sie gleichzeitig alles tut, um eine Stärkung unserer Position zu verhindern. Es würde nicht nur für den kommenden Wahlkampf, sondern auch für die kommenden parlamentarischen Entscheidungen eine große Rückenstärkung sein, wenn man diese großen Zusammenhänge dem Volk wieder zum klaren Bewußtsein brächte. Dazu gehört auch die Instruierung der Journalisten und des Rundfunks. Auch diese Herren sind sehr dankbar für solche klaren zusammenfassenden Richtlinien.

Am Rande noch: Die Politik der CDU müßte stärker abgestimmt werden mit den maßgebenden Faktoren der CSU in Bayern. Es geht auf die Dauer nicht, daß in München gewissermaßen eine eigene Form der CDU-Politik gemacht wird, für die nachher die CDU verantwortlich ist. Ich halte es nicht für richtig, daß der Vorsitzende der CSU in Bayern, der Ministerpräsident⁶¹, für sich allein Erklärungen abgibt, die ein großes Gewicht haben und immerhin in mancher Hinsicht anders sind als diejenigen der CDU.

Adenauer: Herr Zimmer hat etwas auf Dinge vorgegriffen, auf die ich im Laufe der Diskussion noch kommen werde. Ich möchte aber einige Worte dazu sagen und auch dazu, was Herr Bundestagspräsident Ehlers bezüglich der Presse gesagt hat.

Es liegt weniger an den in Bonn akkreditierten Journalisten, sondern an den Chefredaktionen zuhause. Ich bitte Sie daher alle sehr herzlich, üben Sie bei den Chefredaktionen zuhause Ihren Einfluß aus, daß sie die Berichte, die sie von Bonn bekommen, mehr würdigen als bisher. Was den Rundfunk angeht, Herr Zimmer, so wissen Sie ja, was die Amerikaner und die Briten auf dem Gewissen haben. Ich habe den Herren noch vor einiger Zeit mit sehr dünnen und klaren Worten gesagt: Wie können Sie von uns verlangen, daß wir die öffentliche Meinung gewinnen, wenn Sie den Rundfunk derartig in sozialistische Hände gegeben haben, wie das nun der Fall ist. Also, das ist eine Nuß, an der wir noch knacken. Vielleicht können wir von Nordrhein-Westfalen aus hier helfen.

Wir haben jetzt den Sender in Köln. Ich habe dem britischen Hohen Kommissar⁶² gesagt: Sie müssen Ihre Verordnung von damals ändern. Der Rundfunk in

61 Hans Ehard.

62 Sir Ivone Augustine Kirkpatrick. – Der „Nordwestdeutsche Rundfunk“ mit Sitz in Hamburg war von der britischen Militärbehörde für die gesamte britische Zone errichtet

Köln muß in die Hände von Nordrhein-Westfalen kommen. Ich habe ihn gebeten, einen Termin für die Herren Lenz und Arnold zu bestimmen. Aber da sind immer Hinderungen in Düsseldorf. Wir müssen aber mit der Sache vorankommen. (*Unruhe und Widerspruch von Meyers.*)

Meine Herren! Es sind schon zwei Termine bei Kirkpatrick abgesagt worden, weil der Herr Ministerpräsident Arnold nicht konnte. Es ist eine so dringende Sache. Noch am vergangenen Freitag, als Kirkpatrick bei mir war, sagte er mir als Termin 11 Uhr, aber Herr Arnold konnte nicht. Dabei sind das doch so wichtige Dinge! Nordrhein-Westfalen in Ehren. Ich bin selbst Ihr Untertan, aber es gibt noch wichtigere Dinge, als Sie augenblicklich da haben, und dazu gehört dieses. (*Meyers: Schwierigkeiten macht Herr Marschner(?)⁶³.*) Hat der dann zu entscheiden? Dann sagen Sie dem Herrn Ministerpräsidenten Arnold, er möchte Herrn Lenz Vollmacht geben, oder lassen Sie sich doch damit beauftragen.

Lübke: Ich sehe eine Gefahr, wenn Nordrhein-Westfalen sich selbständig macht mit seinem Rundfunk, sind wir an Hamburg angehängt. (*Ehlers: Schlechter als es ist, kann es nicht werden!*) Dann liefern Sie Schleswig-Holstein an die sozialdemokratischen Länder Hamburg und Niedersachsen aus.

Ehlers: Augenblicklich läßt es sich wahrscheinlich nicht vermeiden; die SPD wünscht, Herrn Blachstein⁶⁴ zum Generaldirektor zu machen. Schlimmer kann es nicht werden.

Adenauer: Es ist von entscheidender Bedeutung, daß Nordrhein-Westfalen einen Rundfunk bekommt, der zum mindesten objektiv ist. (*Zustimmung.*)

Tillmanns: Das von Herrn Ministerpräsident Lübke geltend gemachte Argument muß sorgfältig überlegt werden. Es kann die bessere Situation in Nordrhein-Westfalen nicht damit erkaufte werden, daß Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg und auch Berlin hundertprozentig der SPD ausgeliefert werden. (*Lensing: Sind sie schon!*) Es wird noch schlimmer.

Adenauer: Wenn es noch schlimmer wird, dann merkt es der dümmste Rundfunkhörer. Dann würde ich vorziehen, es geht noch schlimmer. Aber der niedersächsische Rundfunkhörer kann doch „Köln“ hören. Meine Herren! Wir müssen doch sehr mit dem Rechenstift arbeiten und sehen, wo der Hauptteil unserer Wähler sitzt. Wir können doch nur mit Hilfe der Mehrzahl der Wähler den zukünftigen

worden. Obwohl seit dem 26. September 1945 auch von Köln ausgestrahlt wurde, hörten die Auseinandersetzungen um eine eigene Anstalt für Nordrhein-Westfalen nicht auf. – Rechtsgrundlage bis zur Auflösung des Nordwestdeutschen Rundfunks im Jahre 1955 war die Verordnung Nr. 118 vom 1. Januar 1948. Vgl. Wolf BIERBACH: Der neue WDR. Dokumente zur Nachkriegsgeschichte des Westdeutschen Rundfunks. Köln/Berlin 1978; BAUSCH S. 46–65, S. 204–213).

63 Nicht ermittelt.

64 In der Vorlage: Blaschke. – Peter Blachstein (1911–1977), 1949–1968 MdB (SPD), 1951 Verwaltungsrat des NWDR. – Generaldirektor war seit 8. September 1948 Adolf Grimme (vgl. BAUSCH S. 61).

Bundestagswahlkampf gewinnen. Ich glaube, ein so praktischer Mann wie Herr Lübke sieht das ein. Man muß überlegen, wie man auf eine andere Weise Ihnen helfen kann.

Simpfendorfer: Nachdem ich mich von der Antwort des Herrn Bundeskanzlers erholt habe, folgendes: Ich sehe die größte Gefahr bei der Aufstellung der Kandidaten darin, daß uns Dutzende von Interessenverbänden, von Bauernverbänden und der Mittelstandsblock Kandidaten präsentieren werden, die wir nicht annehmen können. Besteht hier schon eine Verbindung mit diesen Interessenverbänden, so daß von hier aus diese Fragen geregelt werden können? Wenn wir sie draußen regeln müssen, sehe ich sehr schwarz nach den gemachten Erfahrungen. Ich meine, diese Fragen sollten von der Bundesebene her mit den Interessenverbänden geklärt werden.

Adenauer: Ich wollte Ihnen vorschlagen, die Herren Tillmanns, Wuermeling und Kiesinger zu bitten, diese Frage in dem von Ihnen vorgeschlagenen Sinne zu behandeln. (*Majonica:* Die aber noch nichts gemacht haben!) Erst wollen wir die Sitzung abwarten. Wenn wir von Bonn aus etwas Derartiges gestartet hätten, wären wir auf den größten Widerstand seitens der Landesparteien gestoßen. Deswegen ist es viel richtiger, wir besprechen die Sache und kommen dann zu einer einmütigen Stellungnahme.

Müller: Es gibt augenblicklich einen Sender im Bundesgebiet, der objektiv ist und sogar hinter der Politik der Bundesregierung steht; das ist der Südwestfunk. (*Ehlers:* Die politischen Kommentare abends! Da kommen tolle Dinge vor. Ich weiß den Namen nicht, der Mann mit G! – *Zimmer:* Sie meinen den Herrn Gerdes⁶⁵? – *Anhaltende Unruhe.*) In der Gestaltung ist er zweifellos sehr objektiv. Es ist gelungen, durch einen Staatsvertrag diesen Südwestfunk für einige Jahre zu sichern.⁶⁶ Ich bin dankbar, daß die Bundesregierung ihre rechtlichen Bedenken gegen diesen Staatsvertrag nicht weiter verfolgt hat, aber ich bin besorgt darüber, daß von verschiedenen Organisationen, auch von Dr. Vogel und offenbar von der Fraktion der CDU, immer wieder der Versuch gemacht wird, diesen Südwestfunk gewissermaßen aufzulösen. Ich würde das für verhängnisvoll halten und möchte bitten, daß unter allen Umständen die große Auseinandersetzung mit Dr. Vogel unterbleibt. (*Von Brentano:* Die Fraktion hat damit nichts zu tun. Ich bin ganz Ihrer Meinung!) Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers haben mit einer seltenen Klarheit gezeigt, daß der außenpolitische Weg zu Ende gegangen werden muß. Nur habe ich eine große Sorge: Was geschieht, wenn das Bundesverfassungsgericht am 20. Februar⁶⁷ oder später die Klage der Parteien der Regierungskoalition als z.Z. unzulässig oder

65 Wolfdietrich Gerdes (geb. 1924), Journalist; 1950–1966 Bonner Korrespondent des Südwestfunks.

66 Vgl. dazu BAUSCH S. 170–186.

67 Zu den mündlichen Verhandlungen über den Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, FDP und DP am 20./21. Februar 1953 vgl. WEHRBEITRAG, Ergänzungsband S. 47–126.

gar als unbegründet ablehnt, weil es die Verträge für verfassungsändernd hält? Das ist die Frage, die uns alle bewegt. Für die erste Möglichkeit, daß die Klage als unzulässig erklärt und abgewiesen wird, besteht eine große Wahrscheinlichkeit. Vom grundsätzlichen Standpunkt aus muß man sagen ...

Adenauer: Darf ich mal unterbrechen! Hier sind so viele Fenster, und durch die Fenster gehen Geräusche, auch durch die Wände! Ich würde Sie dringend bitten, lassen wir diese Frage in diesem Zeitpunkt nicht erörtern. Wenn der 20. Februar kommt, ist noch Zeit genug.

Müller: Ich füge mich Ihrem Wunsche, aber Sie wissen, daß die Frage uns bewegt.

Adenauer: Sie bewegt uns alle!

Schmidt: Die Frage der Kandidaten der Interessenverbände werden wir im Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen behandeln. Ich bin beauftragt worden, Ihnen vorzutragen, daß wir mit allen Interessengruppen, die prinzipiell hinter der Koalition stehen, zu einer Vereinbarung kommen müßten, daß jetzt ein Stopp aller Forderungen eingelegt wird.

Der Wahlkampf kann durch nichts so stark gefährdet und beeinträchtigt werden als dadurch, daß er dazu benutzt wird, sich in gegenseitigen Forderungen zu übertrumpfen. M.E. muß den Interessenverbänden von der obersten Ebene her in einer politischen Vereinbarung klargemacht werden, daß es jetzt darum geht, das Ganze zu gewinnen und nicht einzelne Forderungen zu erfüllen in Gestalt von irgendwelchen Interessenvertretern.

Adenauer: Es sind Verhandlungen unter den Koalitionsparteien im Gange, um einen derartigen Stopp zu erreichen. Wir können nicht mit den Interessenverbänden verhandeln, sondern das muß über die Fraktionen in erster Linie gehen. Die Fraktionen müssen einen Stopp erklären im Zusammenhang mit der Steuerreform. Ich glaube, diese Verhandlungen sind in gutem Gange und werden, wie ich annehme, zu dem gewünschten Erfolg führen.

Gradt: Die Sozialdemokratie nimmt das Rundfunkproblem so ernst, daß sie sich in ihren höchsten Gremien damit auseinandersetzt. Ich bin der Meinung, wir sollten das auch tun. Ich habe das Gefühl, daß die Entscheidung, die hier gefällt werden soll zugunsten eines Rundfunks in Nordrhein-Westfalen, doch hinweggeht über die Interessen, die wir in der Ferne haben.

Sie haben gesagt: Wir müssen den Bevölkerungsteil ansprechen, der unsere Hauptwählerschaft ist, nämlich in Nordrhein-Westfalen. Selbst wenn wir noch erheblich besser künftig in Nordrhein-Westfalen abschnitten, würde das nicht ausreichen, um die Position im Bundestag zu bekommen, die wir wollen, sondern es wird nach meiner Meinung darauf ankommen, daß wir vom Standpunkt unserer Partei in den zurückgebliebenen Teilen der Bundesrepublik stärker die Bevölkerung gewinnen. Ich fürchte, wenn man den NWDR aufgliedert, daß die anderen, auch wir in Berlin, die Dummen dabei sein werden.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, drei Themen genannt, die nach Ihrer Meinung

die Hauptthemen des Wahlkampfes sein werden: EVG-Vertrag, Sozialisierung und Mitbestimmung. Durch einige Bemerkungen hier aus dem Kreise ist das vierte Thema, dessen Aufzählung ich vermißt habe, hinzugefügt worden, nämlich die Frage der Wiedervereinigung. Ich bitte daran zu denken, daß nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern auch in der Bevölkerung gegen unsere Partei und gegen die Bundesregierung eine Untergrundbewegung gemacht wird, die uns vorwirft, wir seien nicht genügend nach dem Osten hin für Gesamtdeutschland interessiert. Das wird nicht immer deutlich ausgesprochen, aber es schwelt. Das ist für die Grundstimmung der Bevölkerung außerordentlich wichtig; denn diese Grundstimmung wird entscheidend sein bei der Wahl.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben vor einiger Zeit im Parteiausschuß einmal gesagt: Leider vergessen die Leute so schnell, wie es einmal war. Wir werden ihnen sagen: Denkt einmal, wie ihr in den Jahren 1948/49 gelebt habt und seht euch die heutige Lage an. Sehr wichtig wird für uns – lachen Sie nicht – das Kleine sein; ich denke an den Brotpreis, an die Steuerreform, an die Besoldungserhöhung usw. Das wird bei der Bevölkerung eine außerordentliche Rolle spielen. Ich habe das Gefühl, daß wir bisher nicht immer eine propagandistisch glückliche Hand gehabt haben in diesen Dingen.

Herr Dr. Schreiber, ich kann Ihnen erklären, warum die Sozialdemokratie so sehr an den Wahlen hängt, abgesehen von der großen Politik, wenn in Berlin genauso gewählt wird wie im Bundesgebiet. Wenn man davon ausgeht, daß das Rennen zwischen CDU und SPD sehr scharf sein wird, dann ist es nicht unwichtig, ob – selbst wenn die Berliner Abgeordneten nicht stimmberechtigt sind – bei dem zahlenmäßigen Festlegen der größeren Parteien man der einen neun SPD- und der anderen fünf CDU-Abgeordnete Berlins zuzählen kann. Diese vier Stimmen können unter Umständen die Differenz sein, die notwendig ist, um im allgemeinen Bewußtsein die SPD-Fraktion gegenüber der CDU-Fraktion zur größeren zu machen.

Adenauer: Die Ausführungen von Dr. Gradl erklären manches in bezug auf die SPD. Zweifellos haben Sie recht mit dem Teil Ihrer Ausführungen hinsichtlich der Wahlen. Es ist auch einmal gesagt worden: Die Wahlen gehen durch die Taschen der Hausfrauen. Daran müssen wir auch denken. Aber wir müssen auch an die große Geschichte denken. Darüber wird in dem Vortrag, den Herr Lenz Ihnen halten wird, das eine oder andere gesagt werden.

Ich möchte kurz zum Rundfunk etwas sagen. Sie haben zweifellos recht, der Rundfunk ist ein größeres Propagandamittel als die Zeitung, wahrscheinlich wenigstens, absolut sicher will ich nicht sagen. Sicher ist er ein großes Propagandamittel. Nun liegt die Sache so, daß die Rundfunkverhältnisse in der gesamten früheren britischen Zone durch eine Anordnung der Briten geordnet sind. In der früheren amerikanischen Zone liegt die Sache etwas anders.⁶⁸ Da ist die Entwicklung stärker

⁶⁸ Vgl. BAUSCH S. 65–126.

in die Hand der Länder gelegt worden mit dem Effekt, daß sie sozusagen sozialdemokratisch sind.

Nun ist Großbritannien bereit, eine Änderung vorzunehmen, wenn wir praktische Vorschläge machen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß es so weit in die Verwaltung des gesamten nordwestdeutschen Rundfunks eingreift, daß wir zufrieden sein können. Ich glaube aber, daß die Errichtung eines neuen Senders in Köln für die britische Regierung eine Handhabe bietet, um von ihrer alten Verordnung wenigstens bis zu einem gewissen Grade abzurücken. Ich verkenne natürlich nicht, daß es noch besser wäre, wenn die Bundesregierung auf alle Sender Einfluß haben könnte. Es liegt Ihnen ein fertiger Entwurf des Bundesinnenministeriums über die Regelung des Rundfunks im gesamten Bundesgebiet vor. Aber einmal würde das Inkrafttreten eines solchen Gesetzes davon abhängig sein, daß der Deutschlandvertrag in Kraft tritt – denn es ist im Besatzungsstatut vorbehalten –, und zweitens würde die Durchberatung dieses Gesetzes im Bundestag, der Bundesrat kommt auch noch hinzu, höchstwahrscheinlich, wenn alles gut ginge, erst fertig sein, wenn uns die Wahl schon ungefähr auf den Nägeln brennt.⁶⁹ Daher glaube ich, sollte man das hier erst einmal mit dem Nordwestdeutschen Rundfunk versuchen; das andere soll aber hinterherkommen.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann darf ich Herrn Minister Dr. Meyers bitten, zum Punkt 2 der Tagesordnung das Wort zu nehmen.⁷⁰

BERICHT ÜBER DIE KOMMUNALWAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Meyers: Am 9. November 1952 fanden in den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Kommunalwahlen statt. Es waren die letzten großen Wahlen vor den Bundestagswahlen. Schon aus diesem Grunde ist es gerechtfertigt, ihr Ergebnis einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen; denn diese nächste Wahl entscheidet über unsere Existenz für die nächsten 20 bis 30 Jahre.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist wegen seiner Stellung im Bundesgebiet wie auch wegen seiner Bedeutung für die gesamte CDU als Objekt der Untersuchung interessant. Es ist aber auch deswegen für eine solche Untersuchung geeignet, weil hier z.Z. nicht so relativ eindeutige politische Verhältnisse wie in Rheinland-Pfalz und nicht so komplizierte, wie in Niedersachsen vorliegen.

I. Die Analyse eines Wahlergebnisses stößt angesichts der vielen möglichen Gesichtspunkte, unter denen sie vorgenommen werden kann, und der damit gegebenen vielfachen Deutungsmöglichkeiten naturgemäß immer auf Schwierigkeiten. Die-

69 EBD. S. 205–207. Seit Oktober 1952 lag ein Referentenentwurf vor (vgl. „Die Neue Zeitung“ vom 20. Oktober 1952). Am 20. Februar 1953 wurde der Gesetzentwurf der Presse vorgestellt (vgl. BULLETIN Nr. 34 vom 20. Februar 1953 S. 289).

70 Die Ausführungen von Meyers sind seiner Redensammlung entnommen (ACDP I-032-001), da sie in der Vorlage fehlen.

se verringerten sich für mich dadurch, daß es hier und heute darauf ankommt, festzustellen, welche Schlüsse die CDU aus der Wahl ziehen und wie sie in Zukunft ihre Arbeit einstellen muß. Das bedeutet eine Einschränkung der Gesichtspunkte, so daß eine Untersuchung auch in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit vorgenommen werden kann.

Meinen Ausführungen liegen zugrunde:

- die amtlichen Wahlergebnisse,
- eine Aufstellung des statistischen Landesamtes NW über die Wahlergebnisse, nach Regierungsbezirken geordnet,
- sodann die Berichte, welche die Geschäftsstellen des Bundes, Rheinlands und Westfalens verfaßt haben.

Gerade die beiden letzten haben mich zu der Wahl des Themas veranlaßt; denn sie gehen von unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenartigen Methoden an die Fragen heran, so daß die Ergebnisse erstaunliche Unterschiede enthalten. Sie erschwerten meine Aufgabe; denn auch bei Auswertung aller z.Z. mir verfügbaren Zusammenstellungen läßt sich eine gewisse Unterschiedlichkeit des Blickfeldes nicht vermeiden, aus dem die mir zur Verfügung stehenden Zahlen zusammengestellt wurden.

In tatsächlicher Hinsicht darf ich zunächst in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß im Lande Nordrhein-Westfalen am 9. November 1952 sowohl in den Gemeinden und kreisfreien Städten wie auch in den Ämtern und Landkreisen gewählt wurde. Die sich hierbei ergebenden örtlichen Unterschiede, etwa zwischen der Wahl zu einem Kreistag und der Summe der Wahlergebnisse in den diesem Kreis angehörigen Ämtern und Gemeinden, will ich hier außer Betracht lassen, da wir vom Gesichtspunkte des Landes bzw. seines rheinischen und westfälischen Landesteils in die Prüfung des Wahlergebnisses eintreten wollen. Fraglich könnte auch sein, ob man zum Vergleich mit dem Ergebnis der letzten Kommunalwahlen die Kommunalwahlen von 1948 oder die Landtagswahlen von 1950 heranziehen soll. Es ist zwar nicht zu bestreiten, daß es sich bei Landtags- und Kommunalwahlen um Wahlen verschiedener politischer Größenordnungen und Ebenen handelt. Gegenüber dem Bedenken, Wahlergebnisse solcher verschiedener Wahlen zur Auswertung miteinander zu vergleichen, ist jedoch nicht zu verkennen, daß die politischen Probleme, die uns in Deutschland bewegen, vor allem in den Wahlkämpfen, nicht mehr scharf voneinander zu trennen sind. Man kann heute einen Kommunalwahlkampf nicht mehr allein mit kommunalen Parolen führen. So ist auch der letzte Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen von allen Parteien zu einem recht erheblichen Teil mit Erörterungen der Probleme der Bundes- und Landespolitik bestritten worden, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es nicht zuletzt diese Probleme gewesen sind, die die Bevölkerung zur Ausübung des Wahlrechts bewogen haben. Dann kann man aber auch mit Recht zur Auswertung dieser Kommunalwahlen das Ergebnis der letzten Landtagswahlen heranziehen.

Ich will mich bemühen, die Darlegungen mit möglichst wenig Zahlen zu bela-

sten. Dennoch wird es sich nicht vermeiden lassen, einige Hauptzahlen und vor allem Verhältniszahlen mitzuteilen.

II. Einige allgemeine Gesichtspunkte mögen vorangestellt werden.

1. Da ist einmal die Vermehrung der Zahl der Wahlberechtigten. Ihre Gesamtzahl hat sich seit der letzten Landtagswahl 1950 um rund 500.000, also eine halbe Million, gehoben. Für die Frage nach der Struktur der Wählerschaft ist von erheblicher Bedeutung, daß rund 174.000 Neuwähler, somit über ein Drittel des Zugangs Flüchtlinge waren. Aus der Vermehrung der Zahl der Wähler ergibt sich sofort, daß nicht jede absolute Stimmenvermehrung bei den politischen Parteien zugleich einen wirklichen Stimmenzuwachs bewirkte und daß das bloße Halten der früheren Stimmzahlen in der politischen Wirklichkeit einen Verlust darstellte.

Deshalb besteht auch bei einer Auswertung der bloßen Stimmzahlen die Gefahr, daß man den Überblick verliert und die Wahrheit nicht sieht.

2. Die erste und wirklich erfreuliche Feststellung, die man treffen kann, bezieht sich auf die Wahlbeteiligung. Sie war überraschend gut. Seit den letzten Kommunalwahlen von 1948 stieg sie um 7 % auf im Landesdurchschnitt 76 %. Selbst wenn gewisse Einschränkungen erforderlich sind, weil manche Wähler dem Wahlkampf eine überörtliche Bedeutung gegeben haben, so kann man doch aus der Höhe der Wahlbeteiligung den berechtigten Schluß ziehen, daß, entgegen den immer wieder ertönenden Unkenrufen, ein reges Interesse der Bevölkerung für kommunale Fragen vorhanden ist.

3. Die CDU hat gegenüber der Landtagswahl von 1950 bei einer Gesamtstimmzahl von 2.448.443 Stimmen – 35,7 % – insgesamt 160.000 Stimmen gewonnen. Die SPD gewann bei einer Gesamtstimmzahl von 2.478.315 Stimmen – 36,2 % – über 475.000 Stimmen, die FDP bei einer Gesamtstimmzahl von 861.188 Stimmen – 12,5 % – über 112.000 Stimmen. Zentrum und KPD gingen weiter zurück. Sie sind Splitterparteien. Der Stimmanteil des Zentrums beträgt insgesamt noch 5,9 % der Gesamtstimmen. Die KPD ist im Landesdurchschnitt wie auch in den meisten Wahlkreisen unter der 5%-Grenze geblieben und damit wegen der 5%-Klausel des Gemeindewahlgesetzes für die Berechnung von Mandaten überhaupt weggefallen.

Danach ist die CDU im Lande Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal seit ihrem Bestehen in die Rolle der zweitstärksten Partei zurückgedrängt worden. Sie liegt mit etwa 30.000 Stimmen hinter der SPD, während sie bei den Landtagswahlen im Jahre 1950 noch rund 280.000 Stimmen mehr hatte. Insgesamt hat die CDU einen Stimmenrückgang von 1,2 % zu verzeichnen, wobei angemerkt werden muß, daß dieser Stimmenverlust überwiegend im rheinischen Landesteil entstanden ist, wo er 2,9 % beträgt, während die SPD dort 5,2 % Stimmen gewinnen konnte. In Westfalen konnte die CDU eine leichte Erhöhung ihres Stimmanteils um 0,5 % erreichen, während die SPD ihren Anteil um 3,2 % vermehrte.

Im Rheinland ging der Stimmanteil der CDU seit der Landtagswahl in allen drei Regierungsbezirken zurück, und zwar im Bezirk Düsseldorf um 1,9 %, im Bezirk Köln um 3 % und im Regierungsbezirk Aachen sogar um 9,3 %. Wenn man dieses

Ergebnis in den einzelnen Bezirken noch nach Stadt- und Landkreisen getrennt untersucht, so ergibt sich im Bezirk Düsseldorf allgemein, daß die Verluste der CDU in den großen Städten des Industriegebietes verhältnismäßig begrenzt sind oder sich ihr Stimmanteil dort sogar gehalten hat. In Remscheid, Solingen und Wuppertal konnte die CDU ihren Anteil sogar erhöhen. Dagegen ist in den Städten Mönchengladbach, Viersen und Krefeld ein stärkerer Verlust eingetreten. Die bedeutendsten Verluste hat die CDU jedoch in den Landkreisen davongetragen, wo sie in sämtlichen Kreisen bis auf einen verloren hat. Im Regierungsbezirk Köln verlor die CDU in den Stadtkreisen 3 % und in den Landkreisen 3,3 %. In der Stadt Aachen verlor die CDU über 10 % und in den Landkreisen des Bezirks 9 % ihrer Stimmen.

In Westfalen ergibt sich das Bild, daß die Verluste der CDU in den Städten des Ruhrreviers ebenfalls verhältnismäßig gering sind. Teilweise waren sogar geringe Stimmerhöhungen zu verzeichnen. Größere Verluste sind dagegen in Münster eingetreten. Im Münsterland und in Ostwestfalen (Bielefeld, Herford, Minden) erzielte die CDU einen Stimmenzuwachs zwischen 0,7 und 1,4 %; dagegen verlor sie im Sauer- und Siegerland 1,7 % Stimmen.

Die SPD konnte im Rheinland im gleichen Zeitraum ihre Stimmanteile in allen drei Regierungsbezirken verbessern, und zwar im Bezirk Düsseldorf um 4,8 %, im Bezirk Köln um 5 % und im Bezirk Aachen um 7,3 %. Bei der Aufteilung nach Stadt und Land ergibt sich für den Regierungsbezirk Düsseldorf, daß die SPD in den großen Städten wohl einen erheblichen Teil der zum ersten Mal zur Wahl gehenden Wähler für sich gewinnen und daher ihren Stimmanteil trotz im allgemeinen geringer Verluste der CDU erheblich erhöhen konnte. Nur in Remscheid und Solingen ging ihr Stimmanteil beachtlich zurück. Das hat lokale Gründe. In den Landkreisen ist die SPD, wenn auch zum Teil im Verein mit der FDP und fast immer mit dem BHE, der eindeutige Gewinner.

Im Regierungsbezirk Köln ist das Bild ähnlich. Der Stimmenzuwachs der SPD in den Städten beträgt 6 % und in den Landkreisen 4,2 %.

Im Regierungsbezirk Aachen gewann die SPD in der Stadt Aachen 7,9 % und in den Landkreisen 7,2 % Stimmen.

In Westfalen bietet sich auch wieder das Bild, daß die SPD in den großen Industriestädten mit insgesamt 4,8 % Stimmenzuwachs im Durchschnitt wohl eine erhebliche Zahl der erstmaligen Wähler für sich gewinnen konnte. Überraschenderweise konnte sie aber auch im Sauer- und Siegerland 2 % und im Münsterland 0,6 % Stimmen erwerben, während in Ostwestfalen ihr Stimmanteil im Verhältnis zur letzten Landtagswahl um 1,6 % geringer wurde.

Die FDP, die im Landesdurchschnitt 0,4 % Stimmen gewann – im Rheinland 0,1 % und in Westfalen 0,8 % – und sich damit im Landesdurchschnitt nicht wesentlich vermehrte, hatte in einer Reihe rheinischer und westfälischer Städte (Aachen, Iserlohn, Lüdenscheid und Wattenscheid) und in einer Reihe niederrheinischer Landkreise nicht unerhebliche Gewinne. In Westfalen hatte sie in den ostwestfäli-

schen Kreisen (Detmold, Halle, Höxter und Lübbecke) mit fast 4 % Stimmenzuwachs ihren bedeutendsten Erfolg.

Das Zentrum hat im Landesdurchschnitt 1,6 % Stimmen verloren, und zwar überwiegend in Westfalen, während sein teilweise erstmaliges Auftauchen im Regierungsbezirk Aachen ihm dort einen Stimmenzuwachs von 1,5 % einbrachte.

In den Vertretungskörperschaften erzielte die CDU im Rheinland eine absolute Mehrheit in der Stadtvertretung Bonn und in elf Kreistagen, in Westfalen in sieben Landkreisen. Die SPD besitzt in einer kreisfreien Stadt und in zwei Landkreisen Westfalens die absolute Mehrheit, dagegen in keiner Stadt- oder Kreisvertretung des rheinischen Landesteils. In zwölf Städten des rheinischen Landesteils und in fünf Städten des westfälischen Landesteils stellt die CDU den Oberbürgermeister, in einer weiteren Stadt im turnusmäßigen Wechsel mit dem Zentrum. Die SPD stellt in vier Städten des rheinischen und in fünfzehn des westfälischen Landesteils den Oberbürgermeister, wobei noch zu vermerken ist, daß in zweien dieser Städte (Recklinghausen und Lüdenscheid) erstmalig nach dieser Kommunalwahl ein Sozialdemokrat gewählt wurde. Dabei ist von besonderem Interesse, daß in Recklinghausen nicht einmal eine sozialistische Mehrheit diese Regelung erzwungen hat.

Endlich muß für das Gesamtergebnis noch darauf hingewiesen werden, daß der BHE, der bisher nicht oder nur in ganz geringem Umfange in den Gemeindevertretungen zu finden war, in allen Landesteilen, vor allem ganz offensichtlich in fast allen ländlichen Gebieten des Rheinlandes und Westfalens zum Teil recht erhebliche Stimmgewinne erzielte. Er konnte nunmehr seinen Stimmanteil auf insgesamt 3,5 % erhöhen, während die Deutsche Partei und die bereits seit früherer Zeit bekannte FSU (Freisoziale Union) nicht 1 % der Stimmen erreichten.

III. Betrachtet man dieses Wahlergebnis zusammengefaßt, so ergeben sich folgende Gesichtspunkte:

Es hat keinen politischen Berggrutsch gegeben, aber die CDU hat prozentual verloren. Besonders ins Auge springend ist das verhältnismäßig starke Absinken der CDU in fast allen ländlichen Gebieten des Landes Nordrhein-Westfalen, vor allem aber im rheinischen Landesteil, also in Gebieten, die bisher als besonders sicher für uns galten.

Die Frage, wohin diese Wählergruppen abgewandert sind, ist nicht immer eindeutig zu beantworten. Zweifellos ist der BHE gerade in diesen Gebieten erheblich ins Blickfeld getreten. Man wird aber in Anbetracht der erheblichen Zugänge an Flüchtlingen seit der letzten Landtagswahl als sicher annehmen müssen, daß der BHE gerade aus dieser Wählergruppe stärkeren Zuzug bekommen hat. Auch die Stimmgewinne der FDP sind dort im allgemeinen nicht so bedeutend, daß sie allgemein dahin gedeutet werden könnten, CDU-Wähler in diesen Gebieten seien größtenteils zur FDP übergegangen. Es bleibt daher wohl nur die Möglichkeit, daß FDP und SPD sich diese von der CDU verlorenen Wähler geteilt haben.

Überraschend ist demgegenüber der verhältnismäßig erhebliche Stimmgewinn

der CDU in Ostwestfalen. Der Landesteil war bisher Domäne der SPD. Diese verlor dort etwa den gleichen Stimmanteil, den die CDU gewann.

In den großen Städten, vor allem des Industriegebietes, zeigt sich, daß die Bevölkerung in gleichbleibendem Umfange der CDU die Anhängerschaft gewahrt hat. In einer Reihe von Städten konnte sie ihren Stimmanteil halten oder sogar leicht verbessern.

Dagegen ist in einer Reihe von rheinischen Städten (Aachen, Mönchengladbach, Krefeld und Viersen) in etwa auch in Köln und Düsseldorf ein erheblicher Stimmrückgang der CDU zu verzeichnen, nachweisbar also gerade in Städten, die bisher für die CDU als sicher galten.

Die Schwierigkeit einer sicheren Wahlanalyse zeigt etwa eine Stadt wie Viersen. Dort hat die CDU mit dem Zentrum ein Wahlabkommen getroffen, wonach das Zentrum in zwei Drittel und die CDU in dem restlichen ein Drittel der Wahlbezirke keine Kandidaten aufstellt. Dadurch erscheinen mehr CDU-Wähler als Zentrums-wähler, als umgekehrt Wähler der viel schwächeren Zentrums-partei bei der CDU erscheinen. Vielleicht ist dadurch zu erklären, daß die SPD zum ersten Male und vielleicht nur scheinbar als die zahlenmäßig stärkste Partei ausgewiesen ist.

Gerade dieses Beispiel aber zeigt typisch, wie Wahlvereinbarungen die Untersuchung beeinflussen und wie sie psychologisch nachteilig wirken können. Denn in Viersen redet man von einem SPD-Sieg.

Zusammenfassend darf man aber wohl gerade für die großen Städte Nordrhein-Westfalens sagen, daß der in ihnen fast durchweg festzustellende erhebliche Stimm-gewinn der SPD im wesentlichen darin begründet liegt, daß die in dieser Wahl zum ersten Mal Wählenden zu einem recht beachtlichen Prozentsatz ihre Stimmen der SPD gegeben haben.

Für eine politische Partei ist es wichtig, die Gegner zu kennen. Der Hauptgegner ist die SPD. Als zweite folgen FDP und BHE.

Das Zentrum ist als Splitterpartei wohl noch in der Lage, die CDU im entscheidenden Prozentsatz zu schwächen, kann aber selber in Nordrhein-Westfalen nicht mehr als maßgebender politischer Faktor angesprochen werden. Bedeutung wird es in Nordrhein-Westfalen künftig nur dann besitzen, wenn es ihm etwa gelingen sollte, das Zünglein an der Waage zu bleiben.

Die KP – und das ist eine restlos erfreuliche Feststellung – ist ebenfalls eine Splitterpartei. Die Erfahrungen der Vergangenheit, der tägliche Abschreckungs-unterricht aus der Ostzone und – nicht zu unterschätzen – die Erfolge der Wirtschafts-politik der Bundesregierung haben das Volk von ihr abgezogen. Gerade in einem politisch so spannungsreichen Gebiet wie dem Ruhrgebiet spielt alles dies eine maßgebende Rolle. Hinzu kommt, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit unerbittlicher Konsequenz die Hilfskader der KP, insbesondere die FDJ, zer-schlagen hat. Die heutige Situation darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich in verhältnismäßig kurzer Zeit ändern könnte. Zum Beispiel würde allein eine wirtschaftliche Depression einen grundlegenden Wandel herbeiführen können.

IV. Für die CDU als Partei ergeben sich aus den Kommunalwahlen erhebliche Folgerungen, die gezogen werden müssen, wenn wir nicht endgültig in die zweite Rolle verdrängt werden wollen:

1. Es müssen ernsthafte Überlegungen darüber angestellt werden, wie vor allem die neu hinzukommenden jugendlichen Wähler für unsere Partei gewonnen werden können. Dabei wird nicht unbeachtet bleiben dürfen, daß möglicherweise die Diskussion um den Wehrbeitrag diese Gruppe dazu geführt hat, ihre Stimme der SPD zu geben, die scheinbar jede Remilitarisierung schroff ablehnt. Hier liegt auch ein weites Feld für die Junge Union, der es bislang nicht gelungen ist, eine politische Jugendbewegung in erheblichem Umfange zu werden.

2. Offensichtlich ist die Zuwendung der Flüchtlinge zum BHE, vielleicht auch noch im gewissen Umfange zur SPD; jedenfalls nicht zur CDU. Das zeigt sich durch den verhältnismäßig sehr starken Stimmenzuwachs des BHE in den ländlichen Gebieten, die bekanntermaßen insbesondere als Auffanggebiete der Flüchtlinge gedient haben und dienen. Dies ist um so bedeutungsvoller, als man vielleicht doch hätte erwarten dürfen, daß die Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes diese bereits seit geraumer Zeit festzustellende Entwicklung zum Stillstand gebracht hätte. Auch in diesem Zusammenhang werden ernsthafte Überlegungen nach zwei Richtungen hin erforderlich sein. Einmal wird überlegt werden müssen, ob nicht durch eine stärkere Popularisierung des rechtlich so komplizierten und nicht nur für den einfachen Mann schwer verständlichen Lastenausgleichsgesetzes ein günstigerer Eindruck bei den Flüchtlingen hervorgerufen werden kann. Andererseits wird man aber dem Problem der Evakuierten besondere Aufmerksamkeit widmen müssen, deren Belange ja ganz ohne Zweifel hinter denen der Flüchtlinge zurückgetreten sind. Ich habe als Vertreter eines Landes, in dem die Zahl der während der Kriegszeit aus den ausgebombten Großstädten Evakuierten ganz besonders groß war, Veranlassung, gerade auf diesen Gesichtspunkt hinzuweisen. Es ist kein Geheimnis, daß sich die Evakuierten den Flüchtlingen gegenüber zurückgesetzt fühlen. Die Evakuierten sind für uns im Lande Nordrhein-Westfalen unsere Landsleute, deren persönliche wie auch wirtschaftliche Opfer und Verluste in gebührender Weise anzuerkennen unsere Aufgabe ist. Darüber hinaus sind sie eine politische Substanz, aus der sich unsere Wähler hauptsächlich zusammensetzen. Wir haben also allen Grund, sie mit den Flüchtlingen gleichzustellen und sie beschleunigt in ihre Heimat zurückzuführen. Eine Möglichkeit, die ja bei den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen leider nicht mehr besteht.

3. Bedeutungsvoll ist das Anwachsen der SPD in Gebieten, die wegen ihrer wesentlich bäuerlichen oder kleingewerbetreibenden Bevölkerung bisher als Domäne der CDU galten. Man wird beschleunigt und eingehend die Frage zu untersuchen haben, ob politische oder wirtschaftliche Gründe oder ob beide dafür maßgebend waren. Insbesondere, ob die CDU ihren bisherigen Wählern die Anhängerschaft nicht gerade dadurch erschwert hat, daß sie den wirtschaftlichen und sozialen Pro-

blemen des bäuerlichen und gewerblichen Klein- und Mittelbetriebes zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt hat.

4. Im Hinblick auf die konfessionelle Gliederung des Landes ist festzustellen, daß die Gewinne der FDP vor allem in Gebieten liegen, die überwiegend protestantische Bevölkerung besitzen. Wenn nicht, was eingehend untersucht werden muß, allgemein politische Gründe dafür maßgebend sein sollten, würde diese Feststellung bestätigen, daß die schon seit einiger Zeit zu beobachtende Abwanderung der Protestanten aus der CDU anhält, wenn auch vielleicht nicht in früherem Umfange. Eine solche Entwicklung wäre für eine christliche Partei, die den Willen zur Union hat, bedenklich. Sie könnte, wenn sie nicht aufgehalten würde, einmal zum Ende der christlichen Union, und damit zum Verluste dessen führen, was wir aus den Jahren der Diktatur und des Krieges politisch als Gewinn gerettet haben. Die Entwicklung der CDU in dieser Hinsicht ist deshalb besonders sorgfältig zu untersuchen, mit ihren Gründen zu erforschen und alsbald durch die erforderlichen Gegenmaßnahmen zu hemmen.

5. Interessant ist die Entwicklung der FDP. Ganz allgemein kann man ihre Erfolge wohl darauf zurückführen, daß sie ihren Wahlkampf gemäß den Ideen des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Dr. Middelhaue vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der „nationalen Sammlung“ geführt hat. Schwarz-weiß-rote Wahlplakate, Marschkonzerte vor den Versammlungen, die Ankündigung von Wahlrednern als ehemalige Ritterkreuzträger und Frontsoldaten und anderes mehr kennzeichneten diese Einstellung der FDP in Nordrhein-Westfalen. So wird man wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß die FDP gerade aus den Kreisen der ehemaligen Berufssoldaten und national-konservativen rechtsgerichteten Kreisen, die sich in den ersten Jahren nach der Kapitulation der CDU zugewandt hatten, starken Zuzug erhalten hat. Besonders deutlich wird das für Ostwestfalen, wo die FDP, wie gesagt, ihren größten Stimmenzuwachs verbuchen kann. Gerade diese Gegend ist in der Vergangenheit wiederholt als Keimstätte rechtsgerichteter Entwicklungen in Erscheinung getreten. Für die CDU im Lande Nordrhein-Westfalen wird sich die Notwendigkeit ergeben, zu untersuchen, auf welche Weise sie an den großen Block der politisch heimatlos Gewordenen herankommt, ohne, wie die FDP in Nordrhein-Westfalen, ihr Gesicht zu verlieren.

6. Angesichts der Tatsache, daß in die bisher völlig sicheren ländlichen Kreise des Regierungsbezirkes Aachen stärkere Einbrüche der SPD möglich waren, erscheint es auch aus parteipolitischen Gesichtspunkten von besonderer Bedeutung, alles zu unternehmen, um hier eine neue politische Anziehungskraft für die CDU zu finden. In dieser Hinsicht ist es von besonderer Wichtigkeit, die am Rande dieser Landschaft unter vorläufige holländische Auftragsverwaltung gestellten Gebiete des Selfkant und von Elten⁷¹ wieder nach Deutschland zurückzuführen. Gerade das Selfkantgebiet ist von jeher eine Domäne der CDU gewesen.

⁷¹ Selfkant ist ein Gebiet südwestlich von Mönchengladbach; Elten ist ein Ort bei Emmerich (inzwischen eingemeindet).

7. Von besonderer Bedeutung ist auch die Entwicklung des Zentrums. Zeigen seine seit 1948 ständig zunehmenden Stimmverluste auch, daß ihm seine betonten Linkstendenzen nichts genützt haben und es auch nicht in der Lage gewesen ist, die von der CDU nach links tendierenden Wähler aufzufangen, so ist auf der anderen Seite doch auch nicht zu übersehen, daß die das Zentrum verlassenden Wähler in den meisten Fällen nicht zur CDU gekommen sind. Auch unter diesem Gesichtspunkt stellt sich das Nebeneinander zweier auf christlichem Boden arbeitender politischer Parteien als eine gefährliche Spaltung des christlichen Volksteiles bei seiner politischen Entscheidung dar. Da das Zentrum gerade im Lande Nordrhein-Westfalen verhältnismäßig noch am stärksten ist, wird man alles tun müssen, um diesen bedenklichen Zustand der Spaltung zu beseitigen; Heinemann-Wessel-Partei nicht berücksichtigt.

8. Die Wahl hat eindeutig erwiesen, daß die kleinen Splitterparteien für das Ergebnis der Wahl ohne jede praktische Bedeutung gewesen sind. Unter diesen Umständen sollte man nicht davor zurückschrecken, ihre Existenz durch den Einbau entsprechender gesetzlicher Bestimmungen in die Wahlgesetze nach Möglichkeit zu verhindern.

9. Endlich scheint es mir aber erforderlich, aus dem Ergebnis der Wahlen für die Organisation der Partei gewisse Konsequenzen zu ziehen. Ich bin sicherlich nicht der Ansicht, daß Organisation den Inhalt verbessert oder gar den mangelnden Inhalt zu ersetzen vermag. Dennoch meine ich, daß wir der Organisation zu wenig Beachtung schenken. Wir sollten in der Beziehung von der SPD lernen, daß eine gute Organisation das Parteileben wesentlich vereinfachen kann.

Eine straffe Organisation braucht auch nicht dem Gedanken des Föderalismus zu widersprechen. Sie kann ja auf Länderebene aufgebaut werden. Ich hielte es beispielsweise für einen entscheidenden Vorteil, wenn wir in Nordrhein-Westfalen nur eine Landespartei hätten, die ihren Vorstand und ihre Geschäftsstelle am Sitz der Landtagsfraktion und der Landesregierung hätte.

Von hier aus könnte die Entwicklung der Partei beobachtet und beeinflußt werden. Jede Wahl müßte ausgewertet werden. Rote oder sonstige Einbruchstellen müßten, kartographisch festgehalten, auf den ersten Blick die gefährdeten Stellen im Lande erweisen. Von hier könnte Parteipolitik auf lange Sicht getrieben werden, damit wir nicht gezwungen sind, politisch gewissermaßen von der Hand in den Mund zu leben.

Gerade die Einbrüche in das Gefüge der CDU erfordern einschneidende Maßnahmen. Durch klares Erkennen der Gefahrenstellen könnte im Zusammengehen mit der Landtagsfraktion der Einsatz der Rednerreserven, im Zusammenwirken mit der Landesregierung auch der gelenkte Einsatz von Landesmitteln für bestimmte Zwecke so bewirkt werden, daß daraus ein Vorteil für die CDU entstünde.

In den Kreisparteien muß die Arbeit erheblich intensiviert werden. Das fängt bei der Mitgliederwerbung an. Die Zahl unserer Mitglieder ist erschreckend gering. Wenn sie auch nur einen ganz kleinen Bruchteil unserer Wähler darstellen, so muß

eine umfassende Werbung neuer Mitglieder überhaupt anfangen. Auch das ist zunächst einmal eine Frage der Planung und Organisation. Aber sie muß endlich einmal in Angriff genommen werden.

Unsere Ratsmitglieder in den Gemeinden, Ämtern und Kreisen müssen viel mehr geschult werden, als das bisher der Fall war. Erst dann können sie, die vielfach redliche Leute, aber ohne genügende politische Fundierung sind, auch für die gesamte CDU wirken. Sie müssen in ihren Wahlbezirken Sprechtage abhalten, sich mit den Sorgen und Nöten ihrer Wähler – und damit mit diesen selbst – vertraut machen, und im wahrsten Sinne des Wortes ihr Vertrauen erwerben.

In erhöhtem Maße gilt das von Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Es ist geradezu erschreckend, wenn es in Nordrhein-Westfalen Landtagsabgeordnete gegeben hat – und ihre Zahl soll nicht klein gewesen sein –, die sich weigerten, zur Kommunalwahl außerhalb ihres Landtagswahlkreises zu sprechen! Solche Abgeordnete sind auf die Dauer in unserem gemeinsamen Interesse untragbar. Auch die Kleinarbeit der Landtagsabgeordneten mit Sprechtagen und ähnliches muß erheblich intensiviert werden. Dazu bedarf es aber der Anregung, des Beispiels und notfalls mehr oder weniger sanften Drucks.

Aus der Fülle der mit der Organisation zusammenhängenden Fragen könnte ich hier naturgemäß nur einige wenige Beispiele bringen. Es harren hier Aufgaben, denen sich die Verantwortlichen mit ganzem Einsatz und erheblicher Arbeitskraft unterziehen müssen, wenn ein Ziel erreicht werden soll; Entlastung der Parteifunktionäre und Vorsitzenden von anderen Aufgaben, die sie von ihrer Arbeit abziehen.

Eine im Vergleich zu der unseren organisatorisch festgefügt Partei wie die SPD nimmt solche Fragen sehr ernst. Bereits im Juni des vergangenen Jahres erzählte mir ein SPD-Abgeordneter des Landtages Nordrhein-Westfalen, daß er mit der Vorbereitung der Bundestagswahl in unserem Lande beauftragt sei.

Und endlich müßten wir zu einer propagandistisch wirkungsvolleren Auswertung unserer Arbeit und unserer Erfolge kommen. Hier liegen die Dinge sehr im argen. Das ist jedoch schon zu häufig hervorgehoben worden, daß ich mich hier mit dieser Bemerkung begnügen möchte, obwohl ich nicht überzeugt bin, daß der Frage der Propaganda in unserer Partei die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die in einer Zeit wie der unseren unbedingt erforderlich ist.

V. Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Naturgemäß wäre im einzelnen noch vieles zu sagen, manches zu erläutern und zu vertiefen. Das würde aber den Rahmen meines Referates sprengen und gehört auch mehr in die Beratungen der Landespartei.

In diesem Kreise möchte ich nur schließen mit der alten Feststellung: Ob es besser wird, wenn es anders wird, das steht dahin. Daß es aber anders werden muß, wenn es gut werden soll, das ist gewiß.

Adenauer: Den Dank, den wir Herrn Meyers für seinen Vortrag schuldig sind, spreche ich von ganzem Herzen aus. Sein Vortrag hat für uns alle sehr viel Lehrreiches gebracht. Ich habe ihn gebeten, diesen Vortrag zu halten, weil wir im Lande

Nordrhein-Westfalen zwei CDU-Parteien mit zwei Vorsitzenden haben, und weil, wenn man einen Westfalen hört, dieser sagt: die Rheinländer sind schuld, und wenn man einen Rheinländer hört, dieser erklärt: die Westfalen sind schuld!

Ich bitte, mir zu erlauben, einige Worte zu sagen. Ich möchte mich dann für eine Viertelstunde wegen einer dringenden außenpolitischen Angelegenheit entfernen. Zunächst noch ein Wort über die Disposition. Ich schlage Ihnen vor, daß wir um halb 2 Uhr eine Pause einlegen.

Was nun das Wahlgesetz angeht, so ist Herr Lehr nicht zu haben; er ist in Münster. Herr Scharnberg ist eben wegen einer heftigen Grippeerkrankung nach Hause gefahren. Herr von Lex⁷², der Staatssekretär des Herrn Lehr, kann uns einen Vortrag halten, aber nur um 3 Uhr, weil er um 5 Uhr verhindert ist.

Ich möchte vorschlagen, daß wir um 3 Uhr den Vortrag des Herrn Dr. von Lex hören. Damit scheinen Sie einverstanden zu sein!

Einige Bemerkungen zu dem, was wir eben gehört haben. Zunächst hat Herr Meyers einen sehr wichtigen Hinweis für die Taktik der SPD aufgezeigt. Wenn die EVG-Verträge nicht zustande kommen, wird ein wirtschaftspolitischer Rückschlag größten Ausmaßes eintreten. Die Erschütterung wird so stark sein auf wirtschaftlichem Gebiet, daß dadurch den Sozialdemokraten die Wähler haufenweise entgegengetrieben werden. Wir haben darüber noch nicht gesprochen; ich möchte aber doch darauf hinweisen. (*Bewegung bei Kaiser und Tillmanns.*)

Meine Herren! Der EVG-Vertrag kommt nicht zustande, und die Zahl unserer Arbeitslosen steigt an. Dann machen Sie einem Arbeitslosen einmal klar, daß er nicht arbeitslos wäre, wenn die SPD anders gestimmt hätte!

Es ist sehr richtig, worauf Herr Meyers hinwies; tatsächlich sind die Evakuierten schlechter behandelt worden, als sie es verdienen. Sie sind im öffentlichen Interesse zurückgetreten hinter die Vertriebenen. Die Vertriebenen haben mehr verloren. Das ist ohne weiteres zuzugeben. Aber die Evakuierten sind auch ein großer Bestandteil der Bevölkerung. Ich denke daran, daß ich zum Beispiel als früherer Oberbürgermeister von Köln viele Zuschriften von Evakuierten bekomme, die nach Köln zurück wollen und nicht können. Ich weiß nicht, wieviel Zigtausende es sind, die noch evakuiert sind.

Herr Meyers hat zum Schluß seiner Ausführungen gesagt: Wir müssen offensiv vorgehen. Er hat vollkommen recht. Offensiv vorgehen heißt: Kritik im Inneren, aber nicht draußen. Das beobachte ich nämlich als einen allgemeinen Fehler unserer Partei, daß wir einander draußen viel zu viel auszusetzen haben; zum Beispiel die Länder am Bund. Meine Herren! Wo finden Sie nicht, daß am Bund und damit an der CDU-Fraktion des Bundestages scharfe Kritik geübt wird. Das ist für die Bundestagswahl sehr schlecht. Daran wollen wir denken.

Dann glaube ich, sollten wir doch an die verehrten beiden Landesvorsitzenden

⁷² Hans Ritter von Lex (1893–1970), 1932–1933 MdR (BVP), 1947–1949 im bayerischen Innenministerium, 1949–1960 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

von Nordrhein und von Westfalen die dringende Bitte richten, nun endlich dem Projekt einer Verschmelzung dieser beiden Landesparteien ernsthaft näherzutreten.⁷³ (*Johnen*: Einverstanden! – *Leichte Heiterkeit*.) Lachen Sie nicht darüber, es ist eine sehr ernste Sache. Die beiden Landesparteien haben eine Zusammenkunft nach der letzten Wahl in Düsseldorf gehabt. Ich habe voll froher Hoffnung auf das Ergebnis dieser Besprechung erwartet, aber bisher ist kein Ergebnis sichtbar geworden. Ich glaube daher, die dringende Bitte namens des ganzen Parteivorstandes an die beiden Landesparteivorsitzenden richten zu sollen, auf diesem Gebiet doch vorwärtszumachen.

Nun will ich Ihnen sagen, was ich mir, der ich ja dort jahrelang Vorsitzender der Partei Nordrhein war, während des Vortrages des Herrn Meyers notiert habe: Aachen minus 9 %, im Landkreis minus, Siegerland minus, Sauerland minus. Das scheint mir darauf hinzuweisen – ich bitte, mir das nicht übelzunehmen von den beiden Herren Landesvorsitzenden; ich will mich jetzt sehr diplomatisch ausdrücken –, als wenn man sich in einer zu großen Sicherheit gewiegt hätte und deshalb nicht genug getan hat. (*Johnen*: Irrtum!) Natürlich ist es ein Irrtum, aber, verehrter Herr Johnen, ich war doch Ihr Vorgänger. Ich weiß, wie die Organisation im Rheinland ist. Als ich wegging, habe ich Sie darauf aufmerksam gemacht und Ihnen gesagt, wie wenig zufrieden ich mit dieser Organisation sei. Ich hoffe, es hat sich vieles gebessert unter Ihrer Leitung; ganz überzeugt bin ich nicht davon. Aber ich spreche nicht speziell über Nordrhein.

Daß in den Landkreisen die Sache zurückgegangen ist, kann nicht daran liegen, daß es etwa den bäuerlichen Betrieben schlechtergegangen sei. Den bäuerlichen Betrieben hat es nie im Leben so gut gegangen, wie es ihnen jetzt geht. Das muß einmal mit allem Nachdruck gesagt werden. Also, das kann nur daran liegen, daß man geglaubt hat, man brauche nicht viel zu tun, die Bauern würden unter Führung der Pastöre das Nötige tun. Das haben sie nicht getan, sondern sie sind in die SPD hineingegangen. Das scheint auch im Sauerland der Fall gewesen zu sein. Im Siegerland muß man unterscheiden zwischen Siegen-Stadt und Siegen-Land. Ich weiß, wie die Organisation in Siegen-Stadt ist, und ich könnte mir auch vorstellen, wie sie in Siegen-Land ist. Wenn ich mir die Vorsitzenden der beiden Parteien nebeneinander vorstelle – ich habe sie neulich zusammen getroffen in Siegen⁷⁴ –, dann weiß ich Bescheid.

Wenn in Aachen mit minus 9 % ein solcher Einbruch kommt, dann ist das unmöglich anders zu erklären, als daß irgendwo örtlich da etwas nicht in Ordnung ist. Worauf soll es dann zurückzuführen sein? Im ganzen Regierungsbezirk Aachen und im Landkreis mindestens 10 %. Worauf soll es zurückzuführen sein? Aachen

⁷³ Vorsitzender der rheinischen CDU war Wilhelm Johnen, der westfälischen CDU Lambert Lensing (vgl. auch Anm. 78).

⁷⁴ Adenauer hatte am 8. November 1952 bei einer Kundgebung zur Kommunalwahl vom 9. November in Siegen gesprochen.

hat gewiß industrielle Bezirke, Bergbau usw. Aber wenn im Industriegebiet die Sache gehalten wird und in allen Landkreisen des Regierungsbezirks Aachen ein Minus von 10 % erreicht wird, dann muß das eine besondere Ursache haben.

Ich kann mir nicht anders helfen; ich habe mich sehr konziliant ausgedrückt und gesagt: Man hat offenbar zu viel Vertrauen in die Sicherheit dieser Bezirke gehabt. Und Vertrauen in der heutigen Zeit der immensen Intensität der SPD, der Agitationsmöglichkeiten durch den Rundfunk usw., rächt sich bitter. Daher ziehe ich daraus die Folgerung und hoffe, daß es in anderen Ländern mit der Organisation besser aussieht oder daß mit der größten Intensität in der Organisation noch überall das nachgeholt wird, was nötig ist.

Mir scheint, ich kann mir nicht anders helfen, das zum großen Teil auf Mängel in der Organisation zurückzuführen zu sein. Was Herr Meyers zum Schluß seiner Ausführungen gesagt hat über den mangelnden Sensus der gewählten Volksvertreter, das ist doch geradezu vernichtend. Da muß er allerdings appellieren an die Kommunalpolitische Vereinigung; denn die Aufgabe der Kommunalpolitischen Vereinigung ist ja ganz speziell, diese Vertreter unserer Partei in den kommunalen Gremien entsprechend zu unterrichten und zu schulen.

Da muß auch Herr Heck von uns aus an die Kommunalpolitische Vereinigung herantreten. Herr Meyers wird die Freundlichkeit haben, zu veranlassen, daß die Kommunalpolitische Vereinigung da nach dem Rechten schaut. Das ist von großer Bedeutung für die große Politik; denn eine Partei wird in den kleinen Dörfern, den Gemeinden und Städten sehr viel danach beurteilt, wie die Leute im Rathaus arbeiten. Wenn da Schlafmützen sitzen und die SPD-Leute die Geweckten sind, dann sagen natürlich die Wähler, die nicht tief mit unserer Partei verbunden sind, die SPD scheint doch fortschrittlicher zu sein, und die anderen sind die Schlafmützen. Dann wählen sie auch bei der Bundestagswahl SPD.

Wir haben ein sehr großes Interesse an diesen Vorgängen. Ich danke Herrn Meyers nochmals für seine Ausführungen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, mich zu entschuldigen, ich bin gleich wieder da. Ich möchte gern, daß die, ich will nicht sagen verantwortlichen, aber die zuständigen Herren zu dem Ergebnis sich einmal äußern.

Johnen: Es ist schade, daß Herr Dr. Adenauer das nicht hört! (*Adenauer – beim Verlassen des Raumes:* Ich weiß, was Sie sagen wollen; Sie sagen: Wir sind unschuldig!) Ich könnte höchstens von der Fortsetzung einer Schuld sprechen! (*Heiterkeit.*)

Was den Einbruch der SPD in die Landbevölkerung von Aachen betrifft, so hat es keinen Zweck, über das Örtliche und Personelle in Aachen etwas vorzutragen. Darüber sind wir uns klar, daß es örtliche und personelle Dinge in Aachen sind, die es veranlaßt haben, daß plötzlich das Zentrum in Aachen aufgetreten ist, und zwar gestützt auf Persönlichkeiten, die unsere Mitglieder sind!⁷⁵

⁷⁵ Bei der Kommunalwahl am 9. November 1952 war die Deutsche Zentrumspartei zum ersten Mal in Aachen angetreten, blieb aber unter 5 %. Die CDU erhielt 20 (bis dahin

Die Struktur der Landkreise hat sich geändert. Die Steinkohle von Aachen und die Braunkohle von Köln haben die ganze Struktur revolutioniert. Dazu kommt, daß die Flüchtlinge meist auf dem Lande untergebracht sind. Nun haben wir aus der Wahl von 1948 in den einzelnen kleinen Gemeinden noch durchweg Gemeinderäte zu 90 % aus der CDU, Landwirte usw. Diese Gemeindeabgeordneten sind nicht so beweglich, daß sie die Zuwanderung der Arbeiter usw. berücksichtigt haben. Sie haben stur an ihrer alten bauerlichen Politik festgehalten, haben sehr stark die Arbeitnehmer vor den Kopf gestoßen, und zwar mit dem Ergebnis, daß ein Teil auch der christlichen Arbeiter, um dieses Bollwerk des Gemeinderates zu sprengen, eine andere Partei gewählt haben, meist SPD, weil sie FDP nicht wählen wollten und eine andere Partei nicht vorhanden war.

Wir müssen die Strukturveränderung des Landkreises sehen. Vielleicht hat man sie – da mag Herr Dr. Adenauer recht haben – im voraus nicht so deutlich gesehen, wie es sich aus dem Wahlergebnis ergibt.

Es scheint, daß die SPD ihr Reservoir im Ruhrgebiet, wo sie bisher führend war, erschöpft hat und nun auf das Land geht. Nun kommt die Folge der Propaganda der SPD, die nicht auf Wahlversammlungen und Plakate so viel Wert gelegt hat, sondern in die Betriebe geht. Die Arbeiter der Betriebe haben diese Propaganda von Mund zu Mund bis in die Dörfer genommen. Diese Taktik ist bei uns tatsächlich in diesem Ausmaß nicht erkannt worden.

Man hat auch zwei Listen von eingeschriebenen Parteimitgliedern aufgestellt, weil unser Wahlgesetz es ermöglicht, daß durch eine Unterschrift eine Liste eingereicht werden kann. Es sind Leute dagewesen, die haben sich für die Wahl einen anderen Namen gegeben; ein Verfahren, das nicht gebilligt werden kann, das aber tatsächlich in einem größeren Ausmaß vorgekommen ist, als Sie es wahrscheinlich ahnen.

Dazu kommt noch der erstmalige Einbruch der FDP im Regierungsbezirk Aachen. Da war die FDP bisher nicht. Nun ist plötzlich die FDP aufgetreten mit dem Rechtsdrall – wenn ich es so ausdrücken darf unter uns –, und sie hat mit Fleiß Einzellisten aufgestellt, entweder einen früheren Ortsgruppenleiter oder früheren Hauptabteilungsleiter oder irgendwen, und diese Personen haben dann, wie wir vermuten, auch die ehemaligen Nationalsozialisten an sich gezogen. Dabei ist das Bild etwas durcheinander.

In meiner Heimatstadt Jülich sind in dem Reichsbahnausbesserungswerk, das rein sozialistisch ist, immerhin über 1.400 Arbeiter. Das ist für ein Städtchen mit 10.000 Einwohnern ein großer Betrieb. Ich habe in diesem Wahlkampf in die Eiterbeule gestochen. Dort ist kein christlicher Arbeiter bereit, d.h. er wagt es nicht, sich

21) Sitze, die SPD 14 (12), die FDP 8(0). In zwei Bezirken bewirkte die Stimmenabgabe für die Zentrumspartei den Verlust der CDU- und den Sieg der SPD-Kandidaten (vgl. UiD vom 12. November 1952). Gegenüber 1947 verlor die CDU 7,4 % (49,7 % statt 57,1 %).

in einem Gemeinderat aufstellen zu lassen, weil er sonst Nachteile im Betrieb befürchtet. Wir haben dort ein paar Salon-CDU-Leute, wie man im Dritten Reich Salon-CDU-Leute [!] hatte, die sehr poussiert werden; das sind drei, vier, denen tun sie nichts – im Gegenteil, aber alle übrigen wagen es nicht, etwas zu tun.

Es ist interessant, in dieser Siedlung, wo die Hauptarbeiter wohnen, sind die meisten FDP-Stimmen. Die versteckten Nationalsozialisten, die früher SPD oder CDU gewählt haben, haben jetzt FDP gewählt, weil diese Ortsgruppenleiter aufgestellt hat. (*Kaiser*: Schade, daß der Bundeskanzler nicht zuhört!) Es wird sehr interessieren, Herr Lübke, Herr Meyers hat eben dargelegt, daß die jungen Leute und die Flüchtlinge, soweit man das feststellen kann, auch da, wo viel geschehen ist, nicht CDU gewählt haben. Herr Oberbürgermeister Gockeln hat mir schriftlich mitgeteilt, daß es in Düsseldorf eine Flüchtlingssiedlung gibt, die eine mustergültige Siedlung sein soll. Herr Gockeln behauptet, daß die Nachbarstädte auf diese Siedlung neidisch seien. Dort hat aber ein ganz gewaltiger Prozentsatz trotz allem SPD gewählt. Ähnliches ist auch aus Köln zu berichten.

Ich bin aber überzeugt, daß die Flüchtlinge auf die Dauer nicht verloren, sondern daß sie zu gewinnen sind, und ich hoffe, daß der bisherige Zustand nur vorübergehend sein wird. Wenn Sie das Verschwinden der KPD sehen und dazunehmen, daß die Flüchtlinge und ein Teil unserer jungen Leute SPD gewählt haben, dann erklärt sich der Zuwachs der SPD durchaus. Ich will das keinesfalls entschuldigen; ich will es nur erklären. (*Lübke*: Die Flüchtlinge schwanken noch von einer Partei zur anderen. Das könnte ich Ihnen statistisch belegen mit Zahlenmaterial, was ich oben bei der letzten Wahl gesammelt habe.) Ich habe den Eindruck, daß das Tor der Flüchtlinge nicht zu uns anstößt, sondern bei den anderen. (*Lübke*: Bei meinen Wählern ist es so: vielleicht ein Drittel Flüchtlingsstimmen CDU, zwei Drittel schwanken zwischen SPD und BHE hin und her.) Es war interessant, daß von einem Vertreter in Köln in einer Sitzung des Landesvorstandes vorgetragen wurde, man solle ein Augenmerk auf die Arbeitsämter richten; denn die sozialistischen Referenten in den Arbeitsämtern hätten geradezu ein Händchen dafür, Sozialisten aus Schleswig-Holstein in die Umsiedlung zu bekommen.

Die Leute, die von Schleswig-Holstein nach Köln umgesiedelt werden und nicht sofort Arbeit finden, werden natürlich mordsmäßig schimpfen und sagen: Eine Wohnung hatten wir in Schleswig-Holstein. Warum haben Sie uns geholt, wenn Sie hier keine Arbeit für uns haben. Ich will nur psychologisch sagen: Hätten die Leute am nächsten Tag gewählt, dann bestimmt nicht CDU; vielleicht hätten sie in Schleswig-Holstein mit ihrer guten Wohnung es getan.

Ich weiß nicht, ob Sie die Landwirte kennen in ihrer guten, sturen Art; so sind sie auch in der Politik. Der kleine Großbauer, der etwa 200 Morgen bebaut, neigt im gesamten Aachener Raum gefühlsmäßig jetzt zur FDP, um gesellschaftsfähig zu sein. Dieser Gesichtspunkt spielt eine ungeheuer große Rolle. Die Landwirtschaft sieht auch, mehr als wir glauben, darauf, was dieser größere Bauer wählt. Wie verhält er sich? Das ist bezirklich zwar verschieden, aber wir dürfen das nicht

unterschätzen. Es spielen im Rheinland die Bewegung von Lüninck⁷⁶ und in Westfalen die Bewegung von Oer⁷⁷ eine nicht zu unterschätzende Rolle. (*Kaiser*: Was spielt der Lüninck für eine Rolle?) Das kann ich Ihnen nicht sagen; er unterstützt keineswegs die Politik der CDU. (*Altmeier*: Niemals!) Die Kommunalpolitische Vereinigung tut, was sie kann, ihr fehlt nicht der gute Wille, sondern das Geld. Die CDU-Fraktion in Düsseldorf zählt an die Kommunalpolitische Vereinigung, obwohl wir an sich nichts damit zu tun haben, laufend Beträge und Zuschüsse, damit sie ihre Schulungen weiter durchführen kann.

Ich kann nur die dringendste Bitte an die Bundespartei richten, daß sie sich mit der Kommunalpolitischen Vereinigung in Verbindung setzt, um sie geldlich zu unterstützen, damit Schulungen durchgeführt werden können.

Wir kennen die Gründe inzwischen genau; wir wollen uns nichts vormachen. Wir haben wahrscheinlich diese Strukturänderung auf dem Land nicht so vorausgesehen. Die Frage ist nur, wie können wir die Mängel in Zukunft beheben. Wir haben bereits in Nordrhein begonnen und führen Versammlungen durch. Wir haben am Samstag den Parteiausschuß zusammen, wo die internen Fragen über den Aufbau der Organisation diskutiert werden.

Kaiser: Herr Johnen, ich habe in Rheydt gesagt, daß wir den Nationalsozialismus nicht zu fürchten brauchen. Da trat mir ein sehr aktiver Herr von Aachen entgegen und sagte: Die Gefahr ist bei uns im Grenzraum Aachen voll und ganz gegeben! Er hat auch so ähnliche Dinge über die Strukturwandlung gesagt.

Auch ein evangelischer Geistlicher mußte bestätigen, daß eine vollkommene Wandlung durch das Hereinkommen des Hauptquartiers der Engländer in der Nähe von Mönchengladbach in den Dörfern sich vollzogen hat.

Ich bin der Überzeugung, daß wir im Raum Nordrhein-Westfalen um die Arbeiterschaft einen Kampf sondergleichen mit der SPD durchfechten müssen. Hören wir jetzt Herrn Lensing.

Lensing: Nachdem der „Angeklagte“ Johnen sich ausführlich über die Situation in Nordrhein geäußert hat, möchte ich zunächst etwas zu den organisatorischen Veränderungen sagen, wie sie der Herr Bundeskanzler und Herr Dr. Meyers befürwortet haben. Die Partei in Nordrhein und Westfalen ist auf der geschichtlichen Grundlage der beiden Provinzen entstanden. Wenn der Bundeskanzler vorhin davon gesprochen hat, daß er zu irgendeinem Zeitpunkt gehört habe, daß wir für Nordrhein-Westfalen eine Zusammenfassung wollten, so ist das damals gewesen, als

⁷⁶ In der Vorlage: Lünig. – Hermann Frhr. von Lüninck (1893–1975), 1925–1933 Präsident der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, 1931–1933 Vorsitzender der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und des Rheinischen Landbundes, 1933 Oberpräsident der Rheinprovinz, nach 1945 Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes und bis 1962 Vorsitzender des Vorstands der Rheinischen Warenzentrale.

⁷⁷ In der Vorlage:Ohr. – Antonius Frhr. von Oer, (1896–1968), 1955–1968 Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes.

ich darum gebeten habe, sich einmal zusammzusetzen, um eine vernünftige Koordinierung von Nordrhein und Westfalen zu erreichen, die man nicht so ohne weiteres machen kann, sondern die dem gewachsenen Unterschied dieser beiden Provinzen und dem Soupçon – den man auf westfälischer Seite den Rheinländern gegenüber hat – Rechnung tragen muß.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen schon einmal einen Koordinierungsausschuß gehabt, an den ich mit Schrecken zurückdenke. Er ist eines Tages mit einem furchtbaren Knall geplatzt.⁷⁸ Ich bin absolut willens, mit Herrn Johnen und dem Vorstand von Nordrhein-Westfalen Abmachungen zu treffen, die eine straffere Zusammenarbeit dieser beiden Landesparteien zum Ziele haben; vielleicht in bezug auf die Geschäftsführung, vielleicht auch in bezug auf die Organisation. Das müssen wir mal überlegen.

Wenn wir im Sauerland und im Siegerland Verluste gemacht haben, so liegt das daran, daß wir dort sehr unbefriedigende Presseverhältnisse haben; nicht etwa deshalb, weil unsere Presse sich keine große Mühe gibt, sondern weil aus dem früheren Lizenzierungssystem die SPD-Presse im Sauer- und Siegerland außerordentlich stark verbreitet ist und daher den Einfluß hat.

Im Münsterland haben wir sehr gut abgeschnitten. Das geht aus den Zahlen nicht hervor, weil wir dort zum großen Teil mit dem Zentrum zusammengegangen sind. Aber gerade in bezug auf das Zentrum haben wir im Münsterland große Erfolge erreicht. Das Zentrum ist im Münsterland weitgehend mattgesetzt.

Der größte Teil der Großstädte in Westfalen wird durch die SPD regiert. Wir haben in Westfalen eine große Anzahl von Flüchtlingen aus dem Bayerischen Wald oder aus Schleswig-Holstein bekommen. Diese Leute haben durch die Wirtschaftspolitik und die Wohnbaupolitik der Bundesregierung Arbeit und Wohnung bekommen.

Wenn diese Leute in Dortmund oder in Bochum ankommen, wo wir sehr rührige SPD-Stadtverwaltungen haben, werden sie von einem SPD-Oberbürgermeister mit einer Musikkapelle begrüßt, und dann werden sie in ihre Wohnung geführt, und anschließend sagt der SPD-Oberbürgermeister: Das verdankt ihr der SPD! Darauf sind die Leute in den Großstädten ziemlich hereingefallen.

An diesem ganzen Elend in den Großstädten ist unsere Personalpolitik weitgehend schuldig. Ich brauche nicht auf das Kapitel „Arbeitsdirektoren“ einzugehen, die ja zum größten Teil SPD-Leute sind. Aber auch die sonstigen Leitungen in den Werken hat sich die SPD weitgehend gesichert und mit Persönlichkeiten besetzt, die ihre Geschäfte betreiben und mit uns sehr wenig zu tun haben.

Wir haben in Westfalen dieses kommunale Wahlergebnis, das natürlich durch

⁷⁸ Zur besseren Koordinierung der Parteiarbeit hatten die beiden Landesvorstände am 8. Januar 1947 einen gemeinsamen „Zehnerausschuß“ gebildet. Er wurde im Dezember 1949 abgelöst durch einen „Arbeits- und Koordinierungsausschuß“ (vgl. ACDP III-002-002 und 041).

lokale Gesichtspunkte beeinflußt gewesen ist, außerordentlich ernstgenommen. Wir sind dabei, alle die Fehler auszugleichen, die bei einer solchen Organisation vorhanden sind.

Ich bin absolut dafür, daß die Parteien Nordrhein und Westfalen näher aneinandergebracht werden. Ich werde mich mit Herrn Johnen in der nächsten Zeit über diese Dinge unterhalten. Ich hoffe, daß wir in einer der nächsten Vorstandssitzungen über das berichten können, was wir im Interesse der Gesamtpartei vereinbart haben. (*Lübke*: Haben Sie Schwierigkeiten gehabt mit dem sogenannten Mittelstandsblock? Ich habe solche Kämpfe dort oben zu führen gehabt.⁷⁹)

In den Städten haben wir mit den Leitern des Mittelstandsblocks zeitig Fühlung aufgenommen. Ich kann wohl sagen, es ist im allgemeinen gelungen, gerade den Mittelstand für uns weitgehend an die Wahlurne zu bringen.

Der nächste Wahlkampf im Ruhrgebiet wird geführt werden um die Stimmen der Arbeiter zwischen SPD und CDU. Auf dem Lande wird es in Westfalen nach meiner Auffassung gutgehen. Diese gewissen Einbußen im Sauerland und Siegerland, die in einer Strukturveränderung begründet sind, werden wir nach meiner Überzeugung bis zur nächsten Wahl ausgleichen.

Das Zentrum befindet sich nach meiner Überzeugung weitgehend in der Auflösung. Entscheidend ist nun, wohin diese Leute gehen. Mir sind konkrete Angaben gemacht worden, daß sie nicht zur CDU gehen, sondern zur Gesamtdeutschen Partei oder zum großen Teil zur SPD. Diese Gefahr rechtzeitig zu erkennen und ihr zu begegnen, das ist nach meiner Auffassung das Problem der Bundestagswahl.

Kaiser: Ich bin einer der Abgeordneten von Essen. Die beiden anderen Abgeordneten sind von der SPD. Wäre das Zentrum nicht da, dann hätten wir die drei Wahlkreise innegehabt. Ich komme zurück auf das, was Sie, Herr Johnen, eben gesagt haben, wobei ich bemerkte: Es ist schade, daß der Bundeskanzler das nicht hört. Ich denke an Franz Blücher. Die Koalitionspolitik kommt in der Auswirkung der Wahlen der FDP weithin zugute. Wir sind verantwortlich für alles Gute und für alles Schwere, für das, was die Politik dem Volke nun einmal nicht ersparen kann, und die anderen heimsen, im toten Winkel stehend, den Erfolg ein.

In meinem Wahlbezirk wird nun Herr Heinemann kandidieren. Man stelle sich vor, was das bedeutet. Das tut uns im Gedenken an Westfalen unsagbar weh. Die Christlich-Demokratische Union kann nicht nur eine Partei des flachen Landes und der Mittelstädte sein, sondern wir müssen, um unsere Sache vor dem deutschen Volke zu vertreten und durchzuführen, auch die Großstädte führen. Das ist uns im Rheinland mit Köln noch einmal gelungen; in Köln gerade noch; in Essen nur unter Schwierigkeiten, wo uns die FDP und das Zentrum helfen mußten gegenüber der stärker gewordenen SPD⁸⁰. In Westfalen ist es nicht nur bewegend, sondern beinahe

⁷⁹ Vgl. Nr. 4 Anm. 5.

⁸⁰ In Köln erreichte die CDU 125.580 Stimmen (d.h. 41,4 % gegenüber 47,2 %), die SPD 107.929 Stimmen, in Essen erhielten SPD 129.032, CDU 111.856, FDP 28.683 und Zentrum 23.349 Stimmen.

erregend, daß wir diese wichtigen Industriestädte – Recklinghausen ist dazugekommen –, ohne daß die SPD überhaupt eine Mehrheit hatte, verloren haben. Darauf müssen wir sehr achten.

Herr Meyers, eine Bitte! Ihre Ausführungen waren für mich, der ich für die Arbeiterschaft in unserem Bereich mit an erster Stelle mitverantwortlich bin, sehr aufschlußreich. Ich würde Sie bitten, Ihr Manuskript dem Bundessekretariat zur Verfügung zu stellen, damit die dort vorliegenden Zahlen ergänzt werden können.

Meyers: Ich habe es schon abgegeben.

Fay: Wie haben die Frauen gestimmt, und welche Erfahrungen sind hierbei gemacht worden? Ich glaube, in Köln und einer anderen Stadt ist getrennt abgestimmt worden⁸¹.

Meyers: Nach dem, was ich gehört habe, sollen die Frauen nochmals wählen.

Kaiser: Wir unterbrechen jetzt die Sitzung und wollen uns um 14.30 Uhr hier wieder einfänden.

Die Sitzung wird um 13.50 Uhr unterbrochen.

Wiederbeginn der Sitzung: 15.00 Uhr.

Adenauer: Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß zunächst Herr Lenz das Wort nimmt über das, was organisatorisch zu sagen ist.

Kaiser: In Ihrer Abwesenheit, Herr Bundeskanzler, haben die Herren Johnen und Lensing gesprochen. Die beiden Landesverbände wollen in der nächsten Zeit verhandeln. Es sind von Herrn Johnen wertvolle Ausführungen über den Einbruch der FDP im Bereiche von Aachen gemacht worden. Von Herrn Lensing ist herausgestellt worden, daß es im Industriegebiet darauf ankomme, ob es der CDU gelingt, den Stamm ihrer Arbeiterschaft zu halten. Die Flüchtlinge müssen mehr beachtet werden. Es sind Beispiele angeführt worden, wie die Oberbürgermeister der Großstädte im Industriegebiet die Flüchtlinge mit Pauken und Trompeten empfangen und ihnen sagen, alles, was ihr bekommt, ist das Werk der SPD-Politik in dieser Stadt.

Das ist sehr interessant. Ich meine auch, die Kommunalpolitische Vereinigung müßte uns diese Arbeit etwas abnehmen; denn dazu ist sie da. Man soll nicht alles auf die Bundesgeschäftsstelle und den Parteivorstand abwälzen. Doch darauf kommen wir nachher noch zurück.

81 In Köln und Düsseldorf wurde nach Geschlechtern getrennt gewählt. In Köln stimmten für die CDU 60,3 % der Frauen und 39,7 % der Männer, für die SPD 47,9 % Frauen und 52,1 % Männer. In Düsseldorf stimmten 38.854 Männer für die CDU gegenüber 59.250 Frauen, die SPD erhielt 49.333 Männer- und 47.627 Frauenstimmen (vgl. Uid vom 15. November 1952).

WAHLKAMPFORGANISATION

Lenz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben einige Überlegungen angestellt, wie man das Parteiprogramm für Hamburg vorbereiten und was noch weiter getan werden kann, um die Schlagkraft und Einsatzfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle im Hinblick auf die Wahlen zu steigern. Man müßte ein sehr schlagkräftiges, propagandistisch gut überlegtes Wahlprogramm aufstellen, das das allgemeine Wahlprogramm darstellen würde.

Dieses Wahlprogramm könnte von einem kleinen Ausschuß, der die Sache bearbeiten würde, noch rechtzeitig fertiggestellt werden. Das würde uns aber nicht der Mühe entheben, auch noch zu den verschiedenen Punkten, die in der Wahlpropaganda behandelt werden müssen, ein detailliertes Programm aufzustellen, also zu den Fragen des Eigentums, der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik usw. Dieses detaillierte Programm müßte gerade den interessierten Vereinigungen und Verbänden, die ja sehr genau darauf achten, was wir bieten wollen, für die nächste Wahlperiode zugänglich gemacht werden. Dies wäre eine Aufgabe, die an sich die Ausschüsse zu erledigen hätten.

Es müßte dafür gesorgt werden, daß die maßgebenden Persönlichkeiten dafür verantwortlich gemacht werden, daß diese programmatischen Arbeiten möglichst schnell erledigt werden. Außerdem sind wir der Auffassung, daß gewisse Sachgebiete während der Dauer der ganzen Wahl von einer verantwortlichen Persönlichkeit im Einvernehmen mit dem Ausschußvorsitzenden ständig betreut werden müssen.

Wir stellen uns also vor, daß man die Bundesgeschäftsstelle und auch die Parteileitung noch dadurch verstärkt, daß wir Sachreferate bilden, die für die besonderen Sachgebiete verantwortlich sind. Um ein Schema zu nennen: Es müßte dringend ein Ausschuß gebildet werden, der sich mit der Aufstellung der Kandidaten befaßt, eine Arbeit, die jetzt schnell gemacht werden muß, weil wir überall aus den Landesverbänden und Kreisen hören, daß man sich schon jetzt mit der Frage der Aufstellung der Kandidaten befaßt, ohne daß bisher Fühlung genommen worden ist.

Es ist notwendig, daß die Fraktion nachher arbeitsfähig ist und bestimmte Sachverständige auf den verschiedensten Gebieten hat. Die Herren, die der Fraktion angehören, können über dieses Thema mehr sagen als ich selber. Es fehlt uns auf manchem Sachgebiet an sachkundigen Persönlichkeiten, die wir in der nächsten Bundestagsperiode unbedingt benötigen. Das wäre eine Aufgabe, die ihrer Bedeutung nach wahrscheinlich von einem Dreiergremium erfüllt werden müßte, das aber nachher im Parteivorstand konkrete Vorschläge zu unterbreiten hätte.

Wir sind weiter der Auffassung, daß insbesondere neben der Organisation für Presse und Propaganda eine Persönlichkeit unbedingt bestellt werden muß. Wir müssen während der ganzen Dauer der Wahlzeit die Presse ständig in Bewegung haben. Wir müssen irgendetwas Neues über die CDU und ihre Absichten und Tätigkeit zu bieten haben. Wir müssen jede Woche oder alle 14 Tage eine Pressekonferenz abhalten, in der wir der Presse etwas sagen können. Alles das muß

sorgfältig vorbereitet werden. Die Presse hat mir gesagt: Wir sind bereit, in den Ländern, in denen bisher eine SPD-Regierung war, besondere Büros für die Dauer des Wahlkampfes zu bilden, die all das Material darüber sammeln, was in diesen Ländern unter der SPD-Regierung geschehen ist, um es dann der Presse der Bezirke und Länder zur Verfügung zu stellen.

Bisher haben wir auf dem Gebiet zu wenig konkretes Material gehabt. Es müßte ein Mann von seiten der Partei eingesetzt werden, der diese ganzen Dinge verantwortlich bearbeitet. Es wäre die Möglichkeit gegeben, mit dieser Persönlichkeit die Pressepolitik der Bundesregierung abzustimmen. Ebenso könnte man auf dem Gebiet der Propaganda eine ganze enge Abstimmung herbeiführen.

Wir müssen uns davor hüten, Doppelarbeit zu machen. Sie kostet doppelte Zeit und doppeltes Geld. Das letzte haben wir nur im beschränkten Umfang. Deshalb müssen wir einen Fehlsatz verhindern, soweit es eben möglich ist.

Wir müssen für die Wirtschaftspolitik einen Mann haben, der während der ganzen Wahlzeit das Propagandamaterial laufend bearbeitet und auf die Einwendungen der Gegner sofort reagiert und stichhaltige Erwidernungen an die verschiedenen Landesverbände gibt. Das gleiche kommt in Betracht für die Sozialpolitik. Wir müssen ferner Frauen damit betreuen, daß sie während der Wahlzeit mit allen für uns in Betracht kommenden Organisationen Fühlung nehmen, um sich mit diesen Organisationen abzustimmen, was wir dort tun können. Auf die Frauen, die 55 % der Wähler stellen, wird es entscheidend ankommen. Das gleiche muß für die Jugend- und Kulturfragen geschehen, für die Mittelstandsfrage, für den Wohnungsbau, für die Landwirtschaft, für die Flüchtlinge, für Beamtenfragen, für Finanz- und Steuerfragen und schließlich auch für die Außenpolitik.

Ich will keine Persönlichkeiten nennen. Das könnte in einem engeren Kreise abgestimmt werden. Es bedarf noch einiger Überlegungen. Aber ich will das Schema hier einmal zum Vortrag bringen. Das können die Geschäftsführer oder Sachbearbeiter auf der Bundesgeschäftsstelle nicht tun. Dafür haben sie weder das Gewicht noch zu wenig Zeit [!]. Deshalb müßte man maßgebende Persönlichkeiten mit dieser Arbeit betrauen, die im Einvernehmen mit den Sachbearbeitern der Bundesgeschäftsstelle und den Leitern der Ausschüsse diese Dinge bis zum Ende der Wahl verantwortlich übernehmen.

Adenauer: Ich glaube, man kann das so zusammenfassen: Die Bundesgeschäftsstelle und der geschäftsführende Vorstand bekommen – und wir alle miteinander natürlich auch – im Laufe der nächsten neun Monate eine ungeheure Arbeit. Die Bundesgeschäftsstelle ist auf eine solche Arbeit nicht eingerichtet aus dem Grund, den Herr Lenz gesagt hat. Deswegen brauchen wir diese große Verstärkung. Ich halte sie für unbedingt notwendig. Ich weiß nicht, Herr Lenz, warum man nicht über die Personen schon sprechen soll. Ich glaube, man soll ruhig Personen nennen, ohne daß das definitiv ist. Dann bekommt die Sache ein präziseres Bild, als wenn man so anonym spricht.

Lenz: Das will ich gerne tun. Wir hatten damals die Dinge nicht bis zum Letzten

überlegt. Wir haben im engeren Gremium darüber gesprochen. Herr Tillmanns hat mir meine Liste über die Personen entführt.

Adenauer: Das gehört sich nicht, Herr Tillmanns! Entführungen – das geht nicht! (*Tillmanns:* Ich habe sie nicht.)

Lenz: Ich habe die Namen nicht mehr ganz zusammen. Für die Wirtschaftspolitik wurde Herr Hellwig genannt, der zusammen mit Herrn Naegel⁸² die Sache bearbeiten soll. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik dachten wir an die Herren Even⁸³, Winkelheide⁸⁴ oder Albers. Das müßte noch abgestimmt werden. Vielleicht können noch Vorschläge gemacht werden.

Bei den Frauen dachten wir an Frau Brauksiepe⁸⁵ und Frau Brökelschen⁸⁶. Wenn Herr Majonica für die Jugend zur Verfügung steht, ist es gut zur Verbindung zur Jungen Union und den anderen katholischen Jugendverbänden. Aber wir müßten von evangelischer Seite noch jemand haben. Damals wurde Frau von Rittberg⁸⁷ genannt; ich glaube nicht, daß Frau von Rittberg diese Arbeit übernehmen kann. (*Ehlers:* Ich würde Herrn Heinen⁸⁸ aus Duisburg vorschlagen.)

Adenauer: Sollen wir nicht mit Prälat Kunst⁸⁹ sprechen?

Ehlers: Das tun wir dauernd.

82 Wilhelm Josef Naegel (1904–1956), Mitgründer der CDU in Hannover und Vorstandsmitglied des Landesverbands Hannover, bis 1947 Mitglied des ernannten Hannoverschen bzw. des Niedersächsischen Landtags, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses), 1949–1956 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik).

83 Johannes Even (1903–1964), 1927–1939 Diözesansekretär der KAB und Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften in Mainz, bis 1933 im Landesvorstand des hessischen Zentrums, Mitgründer der CDU und der KAB in Bergheim, 1946–1948 Landrat des Kreises Bergheim, 1946–1949 MdL, 1949–1964 MdB, 1955 Mitgründer und 1. Präsident der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, seit 1959 Vizepräsident der Internationalen KAB und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

84 Bernhard Winkelheide (geb. 1908), 1929–1935 Jugendsekretär, ab 1946 Diözesansekretär der KAB im Bistum Münster, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (CDU), 1949–1972 MdB, 1955 Mitgründer und bis 1962 Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, 1965–1973 Verbandsvorsitzender der KAB Westdeutschlands.

85 Aenne Brauksiepe (geb. 1912), 1949–1972 MdB (CDU), 1968–1969 Bundesminister für Jugend und Familie.

86 Dr. Else Brökelschen (1890–1976), 1920–1925 MdPrL (DVP), 1926–1928 Stadtverordnete in Emden, 1946–1950 Ratsherrin in Goslar (CDU), 1949–1961 MdB.

87 Dr. Else Gräfin von Rittberg (geb. 1920), 1949–1953 Angestellte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bzw. CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1953–1977 Dienststelle des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung.

88 Friedrich Heinen (1920–1982), seit 1949 CDU, 1952–1982 Stadtrat in Duisburg, 1969–1975 Bürgermeister, 1956–1964 Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland, 1958–1980 MdL Nordrhein-Westfalen, 1964–1982 Vorsitzender des KPV-Landesverbands.

89 In der Vorlage: Kunze. – D. Dr. Hermann Kunst (geb. 1907), 1940 Superintendent in Herford, 1942 stv. Präses der westfälischen Landeskirche, 1949–1977 Bevollmächtigter der EKD bei der Bundesregierung, 1956–1972 Militärbischof für die Bundeswehr.

Lenz: Auf dem Gebiet der Kulturpolitik ist es etwas schwierig gewesen, Persönlichkeiten zu finden. Ich habe zunächst an Herrn Professor Stier gedacht. Da waren Bedenken laut geworden. Von Ihnen, Herr Bundestagspräsident, ist von evangelischer Seite ein Pfarrer genannt worden.

Ehlers: Ja, Gontrum⁹⁰.

Adenauer: Herr Fay äußert Bedenken, wenn auch zunächst nur mimisch. (*Fay:* Dabei soll es zunächst bleiben.)

Wir müssen Namen haben! (*Lenzing:* Raskop⁹¹!)

Herr Raskop in allen Ehren, er ist aber nicht ein schnellaufender Bote. (*Lenzing:* Er läuft schon schneller als früher.)

Hier müssen Leute sein, die sich der Sache hundertprozentig widmen; wir können keine Leute gebrauchen, die dann und wann kommen, etwas tun und dann wieder verschwinden. Dafür ist die Sache zu ernst. Das ist der Generalstab. Die Leute müssen Tag und Nacht hinter der Arbeit her sein.

Lenzing: Herr Raskop hat viel Zeit, während Professor Stier das nicht könnte, um nur einen Namen zu nennen.

Lenz: Wir haben leider von katholischer Seite noch keine Namen.

Adenauer: Wir werden uns in dem Mittwoch-Gremium⁹² zusammensetzen, um das Ganze zu bearbeiten. Heute handelt es sich darum, ob Sie im Prinzip dafür sind.

Lenz: In der Mittelstandsfrage haben wir an Herrn Handschumacher⁹³ gedacht. Er hat Leute, die uns das Material geben können. Für die Landwirtschaft müßte man sich von Herrn Reichsminister a.D. Hermes einen guten Mann nennen lassen. (*Kaiser:* Lübke⁹⁴!) Das könnte Herr Lübke sein.

90 Wilhelm Gontrum (1910–1969), evangelischer Pfarrer; Mitgründer und Vorsitzender der CDU Gießen, 1950–1954 Landesvorstand der CDU Hessen, 1961–1962 Vorsitzender des Bezirksverbands Mittelhessen, 1953–1965 MdB (CDU, seit 20. September 1962 fraktionslos), 1953–1957 Mitglied des internationalen Vorstands der Evangelischen Arbeitervereine in Utrecht, 1950–1954 Mitglied der Landessynode der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

91 Professor Heinrich-Georg Raskop (geb. 1905), Mitgründer der CDU Westfalen, 1953–1964 Mitglied der Landesversammlung des Landesverbands Westfalen.

92 An diesen Gesprächen nahmen regelmäßig teil Adenauer, Bach, Blankenhorn, von Eckardt, Ehlers, Globke, Heck, Kaiser, Kiesinger, Lenz, Rust, Tillmanns, Wuermeling (Terminkalender).

93 Dr. Johannes Handschumacher (1887–1957), 1929–1953 Oberbürgermeister von Mönchengladbach-Rheydt, übernahm im Januar 1953 nach dem Ausscheiden von Franz Etzel dessen Bundestagsmandat für den Wahlkreis Rees-Dinslaken (UiD vom 28. Januar 1953).

94 Dr. h.c. Heinrich Lübke (1894–1972), 1926–1933 Direktor der Deutschen Bauernschaft und der Siedlungsgesellschaft Bauernland, 1932–1933 MdPrL (Zentrum), 1946–1954 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1952 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1949–1950 und 1953–1959 MdB, Januar bis Oktober 1953 Generalanwalt des Deutschen Raiffeisenverbandes, 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. Rudolf MORSEY in *LEBENSBLIDER* 6 S. 153–170).

Kaiser: Vielleicht kommt Lübke wieder ins Parlament. Das wäre sehr erwünscht. Ich habe heute morgen gehört, daß die Bauern die CDU unter Bollig⁹⁵ nicht mehr standesgemäß finden; die mittleren und größeren Bauern – so hat sich Johnen geäußert – gehen zu den Liberalen, zur FDP.

Adenauer: Lieber Herr Kaiser! Herr Johnen in allen Ehren, aber wir wollen die Sache ruhig abwägen. Dann würde ich den Herrn Frey⁹⁶ fragen, ob das richtig ist, was der Herr Johnen gesagt hat. Herr Frey wird sagen – da wette ich hundert gegen eins: Das ist nicht richtig! Zudem sind im Regierungsbezirk Aachen, soweit ich ihn kenne, relativ wenig fette Bauern. Dort sind vielmehr kleine Bauern. Daß denen die CDU nicht mehr fein genug ist und sie deswegen zur FDP übergehen, glaube ich noch nicht. (*Kaiser:* Die zusammenhaltenden Kräfte, die durch die Arbeit von Bollig gegeben waren, sind nicht mehr da.)

Das müssen Sie dem Herrn Frey sagen. Herr Frey ist Bundestagsabgeordneter. Er wohnt in Nordrhein-Westfalen, und er muß dafür sorgen; man muß ihm sagen, daß das nicht geklappt hat. Das müßte meiner Ansicht nach der Herr Johnen dem Herrn Frey sagen. Dazu ist er ja Landesvorsitzender.

Lübke: Wir legen nicht genug Wert auf die Frauen. Ich habe in Schleswig-Holstein sämtliche Frauenverbände zusammengefaßt zu einem Landesfrauenrat, auch diejenigen, die SPD-mäßig eingestellt sind. Den Landesfrauenrat habe ich jeden Monat einmal zusammen. Sie bekommen auch etwas Geld, damit sie ihre Reise machen können. (*Zimmer:* Tagegelder?) Aber das hat der Partei bisher kein Geld gekostet. (*Adenauer:* Auf das Stichwort kommt es an.) Ich habe neulich vor 6.000 Frauen in Kiel gesprochen. Ich glaube, wenn man in anderen Ländern etwas Ähnliches auf die Beine stellen könnte, wäre das gut. Es ist nicht gesagt, daß die Frau das wählt, was der Mann wählt.

Adenauer: Lieber Herr Lübke! Es ist im Westen anders. Hier sind die Frauen schon organisiert. Die Frauen zu einem großen Ring zusammenzufassen, wird von Hannover aus ständig versucht. Wenn zwei Frauen für die Arbeit nicht ausreichen, müssen wir noch eine dritte hinzunehmen. (*Lenz:* Die Betreffenden können von sich aus wegen der Mitarbeiter Vorschläge machen. Dem steht nichts im Wege.) Die Hauptsache ist, daß sie arbeiten.

Lenz: Wir wollen eine schlagkräftige Organisation für die Landwirtschaft schaffen. Von Süddeutschland war Herr Weiß⁹⁷ genannt worden. Es ist dann noch Herr

95 Dr. Josef Bollig (1906–1983), seit 1946 Vorstandsmitglied des Kölner Anwaltsvereins, 1946–1948 Mitglied des Kreistags für den Rhein-Wupper-Kreis (CDU), 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen.

96 Dr. Martin Frey (1904–1971), 1946 Mitgründer und Präsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes, ab 1947 Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland, 1949–1953 und 1957–1969 MdB (CDU), 1950–1964 Präsident der rheinischen Genossenschaften.

97 Dr. Franz Weiß (1887–1974), Mitgründer und von März bis September 1946 Landesvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1945 Leiter der Landesverwaltung Württemberg für Ernährung und Landwirtschaft, 1947–1952 Minister für Ernährung und Landwirtschaft von Württemberg-Hohenzollern, 1949–1953 MdB.

Bauknecht⁹⁸ genannt worden, neben dem Vertreter der Bauernverbände. (*Adenauer*: Herr Bauknecht? – *Simpfendorfer*: Das wäre sehr gut!)

Für Siedlungsfragen und Wohnungsbau ist Herr Lücke⁹⁹ unbestritten, für Flüchtlingsfragen die Herren Schütz¹⁰⁰ und Götz¹⁰¹. Für Wehrfragen hatten wir an die Herren Strauß und Gerns¹⁰² gedacht. Herr Strauß gehört der CSU an.

Adenauer: Was war mit Herrn Gerns? (*Lübke*: Er ist von uns und arbeitet in Straßburg mit; ein ordentlicher Mann. – *Dichtel*: Wir hätten einen Herrn Kniep(?)¹⁰³)

Die Hauptsache ist, daß sich die Leute zur Verfügung stellen. (*Dichtel*: Der würde zur Verfügung stehen, Herr Kniep aus Rastatt; das ist ein guter Mann.)

Lenz: Für Finanz- und Steuerfragen Herr Neuburger¹⁰⁴; dazu noch jemand! (*Simpfendorfer*: Strickrodt.)

Auf der Bundesgeschäftsstelle haben wir keinen Referenten. Wir müssen einen zweiten Referenten haben. Herr Strickrodt, würden Sie es machen? (*Strickrodt*: Jawohl!)

Für außenpolitische Fragen die Herren Tillmanns und Kiesinger; für Presse und Film Herr Dr. Vogel, der gleichzeitig Vorsitzender des Ausschusses für Rundfunk, Presse und Film im Bundestag ist.

Adenauer: Herr Lenz, wollen Sie nicht bei der Außenpolitik auch Herrn Gerstenmaier nehmen? (*Majonica*: Ich würde Herrn Kemmer¹⁰⁵ für Jugendfragen vorschlagen.)

98 Bernhard Bauknecht (1900–1985), 1931–1933 Stadtrat Ravensburg (Zentrum), 1946–1952 MdL Württemberg-Hohenzollern (CDU), 1947 Mitgründer und bis 1973 Präsident des Landesbauernverbands für Württemberg-Hohenzollern, 1953–1969 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

99 Paul Lücke (1914–1976), Mitgründer der CDU Oberbergischer Kreis, ab 1947 Amtsdirektor von Engelskirchen, 1949–1972 MdB (1950–1957 Vorsitzender des Ausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen), 1954–1965 Präsident des Deutschen Gemeindetages, 1957–1968 Bundesminister für Wohnungsbau bzw. Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (seit 1961) bzw. des Innern (seit 1965). Vgl. Wilhelm BORN: Weg in die Verantwortung. Paul Lücke. Recklinghausen 1965.

100 Hans Schütz (1901–1982), 1921 Geschäftsführer des Christlichen Textilarbeiterverbandes Sudetenland, 1923–1938 Vorsitzender des Gesamtverbandes sudetendeutscher Christlicher Gewerkschaften, 1935 Mitglied des Prager Parlaments (Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei), 1946–1949 Vorsitzender der Sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1963 MdB (CSU), 1963–1964 Staatssekretär, 1964–1966 bayerischer Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge (Memoiren in ABGEORDNETE 2 S. 189–234).

101 Dr. Hermann Götz (geb. 1914), 1948 Mitglied des Kreistags Biedenkopf, 1949–1976 MdB.

102 Heinrich Gerns (1892–1963), 1927–1931 MdR (DNVP), 1949–1963 MdB (CDU).

103 Nicht zu ermitteln.

104 Vgl. Nr. 10 Anm. 25.

105 Emil Kemmer (1914–1965), 1945–1949 Diözesanleiter der Katholischen Jugend Bamberg, 1949–1964 MdB (CSU, 1952–1961 Vorsitzender des Ausschusses Familien- und Jugendfragen).

Lenz: Ja, sehr gut, aber CSU!

Adenauer: Herr Kemmer ist fast so gut wie ein CDU-Mann. (*Heiterkeit.*)

Lenz: Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß für die Verbindung zu den Kirchen besondere Persönlichkeiten aufgestellt werden. Von evangelischer Seite müssen uns Persönlichkeiten benannt werden, die die Verbindung zu den Spitzen der Kirche halten können. Wir halten das für ungeheuer wichtig, weil eine Aufklärung geschaffen werden muß. Schlagen Sie bitte vor! (*Ehlers:* Sie können nur über den Prälaten Kunst arbeiten. Schreiben Sie mir dahin.) Die Herren Ehlers und Tillmanns. (*Adenauer:* Und die katholische Kirche?) Es war gedacht worden vielleicht an einen katholischen Geistlichen. (*Zuruf:* Krone!)

Adenauer: Nehmen Sie doch bitte Herren, die sich der Sache widmen können. Wie soll der Herr Krone das machen können? Er hat keine Zeit dazu. (*Unruhe. –*

Lensing: Für das Handwerk...)

Wir sind bei der katholischen Kirche. (*Lenz:* Prälat Schulte¹⁰⁶ macht es, er ist beauftragt.)

In Paderborn? (*Lenz:* Er ist jetzt in Fulda.)

Aber Fulda ist so weit! (*Majonica:* Er wohnt in Paderborn.)

Paderborn ist auch ziemlich weit! (*Majonica:* Aber er ist sehr aktiv.)

Wir wollen ihn hineinsetzen und mit den Herren sprechen. Wenn die Herren die Arbeit übernehmen, müssen sie auch zur Verfügung stehen. (*Lensing:* Für das Handwerk Herr Oetzel¹⁰⁷; ein sehr ordentlicher Mann.)

Hat der auch Zeit? Die Leute müssen Zeit haben; sonst kommt es so, wie es immer bei Parteiangelegenheiten kommt. Das ist der Nachteil gegenüber der SPD. Die hat Vollfunktionäre. Wir haben Leute, die ihre Arbeit tun und nur aushilfsweise zur Verfügung stehen. Für diese Arbeit müssen wirklich voll einsatzfähige Kräfte da sein. (*Samsche:* Ich schlage Herrn Blumenfeld¹⁰⁸ aus Hamburg vor. Er hat Zeit. Man muß versuchen, bei der Aufstellung eines Programms alles zu berücksichtigen, von der Agrarpolitik bis zur Wirtschaftspolitik.)

Über die Ausschüsse können wir gleich sprechen. Es lag mir außerordentlich am Herzen, zu wissen, ob Sie damit einverstanden sind, die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle auf diese Weise zu verstärken. (*Zustimmung.*)

106 Dr. Caspar Schulte (1899–1980), 1933 Domvikar in Paderborn und Diözesanpräses der Arbeitervereine, Mitgründer der CDU in Paderborn und vorübergehend 1. Bürgermeister, 1950 Beauftragter der deutschen Bischöfe für die Männerseelsorge (Sitz Fulda).

107 In der Vorlage: Öfter. – Richard Oetzel (1901–1985), Mitgründer der CDU Westfalen (bis 1961 Vorsitzender des Landesarbeitskreises Mittelstand Westfalen und stv. Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Mittelstand), 1946–1961 und 1967–1970 Stadtverordneter in Witten, 1953–1965 MdB (rückte im Januar 1953 nach dem Ausscheiden von Friedrich Holzappel über die Landesergänzungsliste in den Bundestag nach).

108 Erik Bernhard Blumenfeld (geb. 1915), 1946–1954 Präsidialmitglied der Handelskammer Hamburg, 1946–1955 und 1966–1970 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (1949–1955 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1958–1968 Landesvorsitzender der CDU Hamburg, 1961–1980 MdB, seit 1973 MdEP.

Das scheint der Fall zu sein. Dann würde ich Sie bitten, es dem geschäftsführenden Vorstand und dem Vorstand zu überlassen, später die Einzelheiten zu bearbeiten und auch mit den Persönlichkeiten in Verbindung zu treten. Wir würden uns für befugt halten, zu den Besprechungen den einen oder anderen aus den verschiedenen Teilen des Bundesgebietes noch hinzuzuziehen. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Gröwel: Ich möchte mit Nachdruck davor warnen, in den anderen Landesverbänden eine solche Frauenorganisation zu gründen. Für das Land Schleswig-Holstein ist das vielleicht nützlich. Aber wenn zum Beispiel solche Entschlüsse zur Familienrechtsreform herauskommen, die von allen Parteien unterschrieben werden, so wissen diejenigen, die sich mit der Materie beschäftigt haben, daß es so nicht geht.

Wir müssen mit unserer Frauenarbeit im sogenannten vopolitischen Raum beginnen und uns an die katholischen und evangelischen Frauenverbände wenden, aber auch an andere überparteiliche Organisationen. Wir haben am nächsten Dienstag eine Sitzung des Frauenausschusses. Dann wollen wir der Bundesgeschäftsstelle die geeigneten Vorschläge machen.¹⁰⁹

Adenauer: Fräulein Gröwel, ich würde geneigt sein, die Gruppe, die die Frauenverbände betreut, größer zu machen als bisher. (*Gröwel:* Die Situation ist in jedem Landesverband anders. Es ist sehr wichtig, hier den Kreis zu vergrößern. Der Frauenausschuß der CDU wird Vorschläge unterbreiten.) Das nehmen wir alle dankbar entgegen.

Es bleibt noch eine Frage übrig. Es besteht ein gewisser Gegensatz zwischen dem Bundesschatzmeister und dem geschäftsführenden Vorstand, nicht persönlicher, aber sagen wir sachlicher Natur, weil Herr von Lex nicht so lange Zeit hat. Sie schenken uns doch für heute abend die Gunst Ihrer Anwesenheit, Herr Bach, und bleiben bis zum Schluß hier? (*Bach:* Ja!)

Dann möchte ich Herrn von Lex bitten, uns etwas über das Wahlgesetz zu sagen.

BUNDESTAGSWAHLGESETZ

Von Lex: Meine Damen und Herren! Der Aufbau des neuen Bundeswahlgesetzes geht von dem Grundgedanken aus, daß man weg muß von dem 1949er Wahlrecht.¹¹⁰ Das 1949er Wahlrecht schien äußerlich ein Verhältniswahlrecht zu sein,

¹⁰⁹ Ein Protokoll ist nicht zu ermitteln.

¹¹⁰ Das vom Parlamentarischen Rat für die 1. WP des Bundestags beraten und am 15. Mai 1949 von den Ministerpräsidenten verkündete Wahlgesetz war bewußt in seiner Geltungsdauer beschränkt. Am 16. Januar 1953 verabschiedete das Bundeskabinett den Entwurf eines Bundeswahlgesetzes. Vgl. LANGE S. 497–521; JESSE S. 91–103.

weil nach dem Prinzip der relativen Mehrheit gewählt wurde. In Wirklichkeit war es ein Mehrheitswahlrecht. Wenn wir das Verhältniswahlrecht beibehalten hätten, würde dies zu einer starken Parteizersplitterung führen. Es würde eine Anzahl von Parteien einziehen, die – wenn man ein anderes System findet – vom nächsten Bundestag ferngehalten werden könnten. Das gilt für die Kommunisten und für die Partei Heinemanns, die bei dem relativen Wahlsystem eine Chance hätten, in den Bundestag einzuziehen.

An sich wäre das Mehrheitswahlsystem am besten, die Splitterparteien zurückzudrängen. Es ist nicht gelungen, die Zustimmung der Koalitionsparteien für das absolute Mehrheitswahlsystem zu bekommen, weil sie dabei zu geringe Chancen gehabt hätten. Wir haben uns entschlossen, folgendes Mischsystem vorzuschlagen: Es sind vorgesehen zweimal 242 Mandate. Die zweimal 242 kommen daher, weil wir nach dem alten Wahlsystem 242 Wahlkreise hatten und jetzt nicht eine neue Wahlkreiseinteilung – wenigstens der Zahl nach – durchführen wollen.

Es wird in zwei verschiedenen Sektoren gewählt. Zwischen den beiden Sektoren ist ein tiefer, kaum überbrückbarer – mit einer einzigen Ausnahme – Graben gezogen. Links des Grabens wird gewählt nach dem Mehrheitswahlsystem. Nun gilt es hier, den Effekt herbeizuführen, möglichst doch das absolute Mehrheitswahlsystem zu gewinnen. Aber ein Teil unserer Freunde hat Bedenken dagegen erhoben, daß beim absoluten Mehrheitswahlsystem eine Stichwahl notwendig sei, der man sich aus dinglichen und sonstigen Gründen nicht unterziehen wolle.

Es mußte daher ein System mit der sogenannten vorweggenommenen Stichwahl gefunden werden. Dieses System ist dadurch gefunden, daß jeder Wähler eine Hauptstimme und eine sogenannte Eventual- oder Hilfsstimme hat. Es ist hinter jedem bekannten Namen ein Ring angebracht, in den der Wähler eine Eins und eine Zwei hineinschreibt. Er arbeitet mit Zahlen. Durch die Eins zeigt er an, das ist der Kandidat meiner Wahl, meiner ersten Auslese, der an sich das Mandat erringen soll; durch die Ziffer Zwei, die er bei einem der Kandidaten anbringt, gibt er zu erkennen: Sollte der Kandidat meiner Wahl nicht siegreich werden, dann möchte ich, daß an seiner Stelle der andere siegreich wird.

Nun wäre dieses System noch günstiger, wenn man die Form einer echten Steuerung der Hilfsstimme hätte wählen können. Darüber haben wir uns einige Zeit den Kopf zerbrochen. Aber dieses System der Hilfsstimme begegnet gewissen verfassungsrechtlichen Bedenken, die ich hier wohl nicht unbedingt näher auszuführen brauche.

Das System der Eventualstimme, wie es jetzt gefunden worden ist, kann nach unserer Überzeugung verfassungsrechtlich nicht angetastet werden, weil der Wähler jeder Partei darin frei ist, wem er seine Hilfsstimme geben will. Das System hat einen Nachteil: Man hat die Wähler nicht so in der Hand, wie man sie bei der gebundenen Abgabe der Hilfsstimme hätte. Wir waren der Meinung, man müsse durch außerordentlich eindringliche Wahlempfehlung die Wähler dahin bringen, daß sie ihre Hilfsstimme einem aussichtsreichen Kandidaten innerhalb der Koalitionsparteien abgeben.

Das System brauche ich nicht näher zu erläutern. Es wirkt sich aber im Effekt so aus, weil die Hilfsstimmen von unten nach oben auf die jeweils stärksten Kandidaten zusammengestellt werden, daß man tatsächlich beinahe ein echtes absolutes Mehrheitswahlrecht hat, ohne daß man eine Stichwahl im zweiten Wahlgang braucht.

Die andere Hälfte der Abgeordneten, die zweiten 242, sollen nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Hier steckt noch eine Besonderheit drin. Von Parteien, die miteinander in Listenverbindung stehen und sich dadurch eine Wahlhilfe leisten, darf man die Vermutung haben, daß sie aufgrund der intensiven Wahlempfehlung sich auch in den Wahlkreisen Wahlhilfe leisten werden. Dadurch, daß die stärkste Partei den mit ihr verbundenen kleineren Parteien eine Anzahl von Mandaten zugeschanzt hat, indem ihre Wähler ihre Hilfsstimme auf diese Parteien vereinen, ist es notwendig, daß die stärkste Partei einen Ausgleich hat durch den sogenannten internen Proporz. Dieser interne Proporz bedeutet, daß die Mandate rechts des Grabens, die im Mehrheitswahlsektor erobert worden sind, unter keinen Umständen mehr hergegeben werden müssen. Eine Partei, die ihr Mandat erobert hat, behält es auch.

Wenn man aber nach dem Proporz die zweiten 242 Sitze aufteilt, muß man seine Verbindungslisten so regeln, als ob der Proporz für die ganzen 484 Mandate gegolten hätte – natürlich nur insoweit, als man dazu in der Lage ist. Das war mit ein Grund, warum wir neben den ersten 242 Sitzen weitere 242 gewählt haben. Wir hätten auch statt 242 nur 80 oder 120 nehmen können. Wir wollten damit ein gewisses Reservebecken schaffen, aus dem heraus der interne Proporz durchgeführt werden kann.

Ich bin heute gefragt worden, ob eine Partei, wenn sie 30 % der Sitze im Sektor der Mehrheitswahl errungen hat, überhaupt keinen Anspruch mehr habe im Sektor Verhältniswahl. Diese Frage ist unbedingt zu verneinen; denn die 242 Mandate im Proporzsektor werden völlig unabhängig zunächst von den Mandaten verteilt, die im Mehrheitssektor errungen worden sind. Hier wird nach dem d'Hondtschen Verfahren ausgeschieden, wobei die verbundenen Listen mit einer anderen Gruppe miteinander konkurrieren. Das führt dazu, daß gewisse Reststimmen wieder auf die verbundenen Listen entfallen. Dieser Gewinn ist verhältnismäßig gering. Aber er hat die praktische Auswirkung, daß diese Listen, die untereinander konkurrieren, nach dem internen Proporz in sich dann wieder ihren Freunden aushelfen müssen.

Eine Partei, die völlig ohne Listenverbindung marschiert, braucht keinen internen Proporz auszuführen; denn sie war in keiner Listenverbindung und hat auch keine Wahlhilfe geleistet. Das System ist nicht unbedingt das beste, aber es war der einzige Weg, um die Zustimmung unserer Koalitionsfreunde zu gewinnen.

Bei der Sperrklausel sind wir der Meinung, daß wir 5 % im Bundesgebiet oder aber ein Mandat fordern sollten; denn 5 % im Landesgebiet würden das Aufkommen der Splitterparteien nicht verhindern. Es ist vorgesehen, daß künftig Nachwah-

len nicht mehr erforderlich sind, sondern im Wahlkreis, wo der Ersatzmann vorgehen ist bei der Liste, rückt er ohnehin nach.

Adenauer: Ehe wir in die Diskussion eintreten, darf ich eines einleitend bemerken: Eine Festlegung unserer Fraktion ist nicht erfolgt, sondern diese Frage des Wahlrechts wird in unserer Fraktion noch diskutiert werden. Nach langen Verhandlungen hat man das Kabinett gebeten, mit einem konkreten Gesetzentwurf voranzumachen.

Ich weiß nicht, Herr von Lex, ob ich so weit gehen soll, Sie zu bitten, uns einmal zu sagen, wie nach diesem Wahlsystem – obgleich das nur ein sehr ungenaues Bild gibt – die Geschichte aussehen würde unter Zugrundelegung der Wahl von 1949. (*Von Lex:* Herr Heck hat die Bundestagswahlzahlen da.)

Heck: Ich habe mir die Zahlen von der Bundesgeschäftsstelle ausrechnen lassen für jeden Wahlkreis. Wenn man annimmt, die CDU bekäme im Durchschnitt 40 % der Hilfsstimmen ihrer Koalitionspartner, dann würde die CDU insgesamt 275 Mandate erringen, die SPD 179; bei 50 % der Hilfsstimmen würde die CDU 284 Mandate erringen, die SPD 170; bei 60 % der Hilfsstimmen würde die CDU 290 Mandate erringen. (*Adenauer:* Hören Sie auf! Das langt!)

Es ist übrigens nicht die CDU, sondern es sind die Koalitionsparteien. (*Adenauer:* Aha! Wieviel hat die CDU?) Die CDU bekäme bei 40 % 111 Mandate in direkter Wahl, 135 Mandate in indirekter Wahl. (*Adenauer:* Nein!) Ich habe nur die Zahlen für die direkten Wahlen; sie ergeben bei 40 % 111 Mandate, bei 50 % 115 Mandate, bei 60 % 119 Mandate, bei 75 % 126 Mandate.

Von Lex: Also links des Grabens!

Adenauer: Für die CDU und CSU zusammen, aber wieviel nun bei der Listenverbindung herauskommt für die CDU/CSU, das wissen Sie nicht?

Heck: Die Zahlen habe ich nicht.

Von Lex: Es ist eine Sicherung da; wenn der Wähler – es steht im Gesetz – durch seine Hilfsstimme einem Kandidaten der Gegenpartei zum Siege verhelfen würde, dann hat man das Recht, davon auszugehen, daß das nicht im Sinne des Wählers gelegen hat, und dann ist diese Stimme ungültig. (*Widerspruch.*)

Adenauer: Zur Fragestellung hat Herr Dichtel das Wort.

Dichtel: Wir haben in Südbaden bei der letzten Bundestagswahl in allen Wahlkreisen die Mehrheit gehabt. Wie verhalte ich mich jetzt? Bis heute habe ich eine Hilfsstellung nicht notwendig gehabt. Wen nehme ich zur Hilfsstellung? Soll ich meinen speziellen Freund, Herrn Maier, nehmen, die FDP, oder wen? (*Schmidt:* Niemand! Sie brauchen überhaupt nichts zu sagen. Wenn jemand Ihnen eine Hilfsstimme gibt, dann mag er das von sich aus tun.)

Ich würde sagen: nur die CDU, alle Hilfsstellungen weg! Wie ist das Verhältnis von Bund und Ländern?

Von Lex: Die Bundesliste besteht aus den addierten Landeslisten. Die von den einzelnen Parteien in ihren Ländern aufgestellten Listen werden untereinandergereiht und gelten für die Bundesliste. Die Aushandlung der errungenen Sitze auf die

einzelnen Länder erfolgt nach dem d'Hondtschen Verfahren. (*Simpfendörfer*: Also existiert die Landesliste?) Jawohl! (*Dichtel*: Wir sind also nicht von Bonn abhängig?) Nein! (*Simpfendörfer*: Auf welcher Ebene findet die Listenverbindung statt? Wenn sie auf der Bundesebene stattfindet, müßten wir doch mehr ...)

Adenauer: Durch Ihre Stimme nicht!

Von Lex: Die Listenverbindung ist begriffsmäßig nur auf der Bundesebene möglich. Innerhalb des Wahlkreises gibt es keine Wahlvorschlagsverbindung. Diese haben wir aufgeben müssen. Trotz der Listenverbindung sind unsere Wähler nicht gebunden. (*Simpfendörfer*: Aber bei der Verrechnung? – *Kaiser*: Die Hilfsstimme spielt bei der Verrechnung keine Rolle.)

Im Proporz spielt die Hilfsstimme keine Rolle, wohl aber die Hauptstimme. Wir tauschen tatsächlich den Nachteil ein, daß wir, wenn eine befreundete Partei in einzelnen Teilen nicht in der Lage ist, sich durchzusetzen, auf der Bundesebene den Proporz gewähren müssen.

Majonica: Ich glaube, Herr Staatssekretär, daß Herrn Dichtel eine falsche Auskunft gegeben worden ist. Selbstverständlich muß er sich um die Hilfsstimmen bemühen. Die andere Partei unterstützt den SPD-Kandidaten. Dann kann es ihm passieren, daß er nachher beim absoluten Wahlrecht nicht durchkommt, weil die DVP-Stimmen auf den SPD-Kandidaten angerechnet werden.

Von Lex: Das ist richtig. Das System der Hilfsstimme bedeutet praktisch eine vorweggenommene Stichwahl einer absoluten Mehrheitswahl. Wir haben alles Interesse daran, unsere Wähler und die Wähler der befreundeten Parteien dahin zu bringen, daß dem aussichtsreichsten Kandidaten aus der Verbindung die Hilfsstimme gegeben wird. (*Unruhe und Bewegung*.)

Adenauer: Meine Herren, ich bitte doch, in Ruhe zu verhandeln! Das Wort hat Herr Schmidt.

Schmidt: Nach meiner Auffassung hat dieses Wahlsystem zunächst den Vorteil, daß die CDU trotz Verbindung mit anderen Parteien keinerlei ideologische Opfer zu bringen hat. Der Starke braucht seinerseits keine Empfehlung dem Schwachen zu geben, sondern der Schwache muß eine Empfehlung für den Starken geben. In diesem Falle werden also immer unsere Partner – DP und FDP – gegebenenfalls eine Empfehlung für den CDU-Mann geben müssen. Nur in Ausnahmefällen – wie bei uns in Wuppertal, wo die CDU mit der FDP im Rennen liegt – wird man sich gegenseitig empfehlen müssen, um auf alle Fälle bei der schwankenden Situation zu einem Ergebnis für den einen oder anderen zu kommen.

Auf der Seite jenseits des Grabens, im Verhältniswahlrecht, ist es so, daß nur die Hauptstimmen berechnet werden, so daß also die abgegebene Hilfsstimme hier keine Bedeutung hat. Es kommen also die einzelnen Hauptstimmen der CDU zum Zuge und nicht etwa der FDP. Wir bringen also keine Opfer im Verhältniswahlrecht.

Müller: Wann sind Stimmen ungültig? Die Frage beruht darauf, daß ich der Meinung bin, daß dieses System der ersten und zweiten Stimme von 50 % der

Wähler überhaupt nicht erfaßt wird. (*Von Lex*: Das stimmt nicht!) Und wenn Sie sämtliche Schulmeister einsetzen, Sie werden es erleben!

Von Lex: Ich habe das bayerische Wahlgesetz mit entworfen und kann von den Erfahrungen im kommunalen Wahlrecht sprechen. Es hat sich gezeigt, daß bis hinauf in die Bauerndörfer unsere Bevölkerung im überraschenden Maße von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hat. Die Fälle, die wir durch das Statistische Amt haben nachprüfen lassen, waren verhältnismäßig gering. Also, dieser Einwand, Herr Staatspräsident, stimmt nicht.

Hofmeister: Tranchiert und kumuliert!

Fay: Ist die Frage geprüft worden, ob dieses System dem Grundsatz der Unmittelbarkeit standhält? Ich habe hier Zweifel. Es kommt auf die relative Mehrheit hinaus, wobei Hauptstimme und Ersatzstimme addiert werden. Ist es mit dem Grundsatz der Unmittelbarkeit zu vereinbaren, wenn links des Grabens – also bei der Verhältniswahl – die Stimmen, die bei der Hauptwahl für eine Partei abgegeben worden sind, abgezogen werden? Hier sind auch die Ersatzstimmen dabei. Da liegt der Unterschied gegenüber Ihrer Auffassung, Herr Schmidt, denn jetzt wird die Verhältniswahl bei der Ersatzwahl mitberücksichtigt. Ich habe also Bedenken, ob diese Frage der Unmittelbarkeit beim Verfassungsgericht standhält.

Adenauer: Eine Bemerkung, meine Damen und Herren! Diese Worte „links und rechts des Grabens“ sind im Innenministerium geprägt worden. Sie können ruhig alles sagen, aber lassen Sie diese Worte weg. Es ist genau dasselbe.

Von Lex: Die Hilfsstimme ist nach unserer Auffassung mit dem Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl ohne weiteres zu vereinbaren. Der Wähler gibt seine Hilfsstimme ab. Zunächst gibt er seine Hauptstimme ab. Sollte die Hauptstimme nicht zum Siege kommen, dann soll der andere zum Zuge kommen. Etwas schwieriger wird die Frage, ob der interne Proporz unter allen Umständen mit dem Grundsatz der unmittelbaren Wahl zu vereinbaren ist; denn der Wähler könnte an sich einwenden: Wenn ich meine Stimme abgegeben habe für eine Liste, dann habe ich mir vorgestellt, daß mein CDU-Mann siegen soll, aber ich habe nicht daran gedacht, daß auf diese Weise ein FDP-Mann in der Form des internen Proporztes zum Zuge kommen soll.

Wir sind der Meinung, daß auch das Verfassungsgericht dafür sein müßte; denn dieser Effekt ist bei jeder Listenverbindung vorhanden. Ich riskiere, daß ich einem anderen als dem Kandidaten meiner Partei zum Siege ver helfe. (*Samsche*: Ist der gesamte Stimmzettel ungültig oder nur die Hilfsstimme?) Eine Hilfsstimme bleibt außer Betracht, wenn dadurch der Konkurrenz kandidat zum Siege käme.

Adenauer: Wenn dadurch der Mann, den er in erster Linie wählen will, nicht zum Zuge käme, (*von Lex*: Nur dann!) weil er ja sonst in sich selbst aufhört [!].

Hofmeister: Was ist das Kriterium der Ungültigkeit der Hilfsstimme, wenn sie dem politischen Gegner zufällt; die Listenverbindung auf der Bundesebene oder was?

Von Lex: Es ist so: Meine Stimme gehört dem CDU-Mann. Aber meine Hilfsstimme gebe ich nicht dem FDP-Mann, sondern dem SPD-Mann. Wenn man nun bei der Durchrechnung feststellen würde, daß man durch diese Hilfsstellung seinem eigenen Hauptwähler das Grab geschaufelt hat, kann man davon ausgehen, daß das der CDU-Wähler, der seine Hilfsstimme für die SPD abgegeben hat, niemals gewollt haben kann; denn er wollte seine Stimme der CDU geben. (*Zuruf:* Was für ein Durcheinander! – *Wuermeling:* Das Beispiel bringen Sie besser für den FDP-Mann!)

Das gilt nur, wenn die Hauptstimme dadurch illusorisch gemacht wird. (*Adenauer:* Wenn seine Stimme dadurch in sich aufhört!)

Ja, das kann er nicht gewollt haben. (*Majonica:* Man kann niemals die Hilfsstimme seinem Kandidaten geben!)

Nein! (*Majonica:* Bleiben die Wahlkreise unverändert?) Man soll um des Himmels willen nicht anfangen, die Wahlkreise neu zu machen.

Dichtel: Warum soll unter allen Umständen eine Erhöhung der Bundestagsitze stattfinden? Ich habe noch eine Frage. Wenn im Kreise Lörrach für die CDU 20.000 und für die SPD 19.990 Stimmen abgegeben werden, kann dann mit der Hilfsstimme unser Kandidat aus dem Sattel geworfen werden oder nicht? (*Zurufe:* Natürlich!)

Wir haben im Kreise Lörrach beide Parteien pari. (*Adenauer:* Wer ist das?) SPD und CDU. Nehmen wir an, wir erreichen 100 Stimmen mehr als die SPD. Nun wählen wir entsprechend der engeren Koalitionsvereinbarung den SPD-Kandidaten. Zählt dann jede Hilfsstimme voll mit? (*Zurufe:* Jawohl! – *Unruhe.*)

Von Lex: Ich kann nicht bestreiten, daß das in Grenzfällen der Effekt sein wird.

Gradt: Man wird ohne eine Empfehlung, die Hilfsstimmen abzugeben, nicht auskommen. Ich kann mir nicht denken, daß zum Beispiel die FDP von sich aus sagt: Gebt die Hilfsstimme der CDU – und wir unsererseits geben eine solche Erklärung nicht ab. Dann ergibt sich die Frage, muß man nicht damit rechnen, daß die Hilfsstimmen von FDP und DP miteinander verbunden werden, so daß im Grunde das System uns überhaupt nicht zugute kommt, sondern nur diesen beiden Parteien.

Was heißt denn überhaupt befreundete Parteien in diesem ganzen System? Wenn ich mir den Arbeiter in einer Industriestadt vorstelle, der die Hauptstimme der CDU gibt, kommt der nicht in die Situation, seine Hilfsstimme der SPD zu geben? Wir fahren also gerade im Industriegebiet schlechter mit diesem System. Ist das nicht gefährlich?

Von Lex: Natürlich kann er seine Hilfsstimme der SPD geben. Das ist richtig. Aber wenn er dadurch seinen Kandidaten um das Mandat brächte, dann würde diese Hilfsstimme wieder ungültig. Wenn diese Bestimmung im Wahlrechtsauschuß, der gebildet werden soll, herausgestellt würde, dann wäre das schmerzlich und bitter.

Wenn Sie fragen, was heißt überhaupt befreundete Parteien, so kann ich dazu

sagen: Befreundete Parteien sind die, die Listenverbindungen miteinander abgeschlossen haben.

Adenauer: Eine allgemeine Bemerkung! Der Bundesinnenminister hatte Stichwahl vorgeschlagen. Gegen diese Stichwahl wurden erhebliche Bedenken von den verschiedensten Seiten laut; zunächst von den Seiten, die mit der Durchführung der Wahl unmittelbar zu tun haben, einmal wegen des Geldes und zweitens auch, weil doch voraussichtlich der Wahlkampf derartig hart werden wird, daß im Gegensatz zu früher alle Leute ausgepumpt sind mit ihren Kräften schon bei der ersten Wahl.

Bei der Stichwahl aber, Herr Gradl, würde der Fall viel eher eintreten. Das gilt auch für die anderen Herren. Bei der Stichwahl, sagen wir zwischen einem CDU-Mann und einem SPD-Mann, entsteht die Frage, was soll geschehen. Das gilt auch für Sie. Daran kommen Sie nicht vorbei. (*Dichtel:* Umgekehrt ist es besser, Herr Bundeskanzler!)

Sie müssen sich gegenüberhalten als Alternative die Stichwahl, wie man dann stehen würde. (*Von Lex:* Dann tritt das Problem acht Tage später auf.)

Es kommt noch schärfer. Wenn dieses Wahlgesetz so kommt, dann werden Parteien, die den Wahlkampf gemeinsam führen, doch auch dafür sorgen, daß Leute aufgestellt werden, deren Wahl den anderen zumutbar ist.

Nehmen wir einmal Nordrhein-Westfalen. Man wird keinem CDU-Mann zumuten können, einem von der FDP aufgestellten Rechtsradikalen eine Hilfsstellung zu geben. Ich glaube, das ist auch ein Motiv, das man berücksichtigen muß. Das wird sehr zurückwirken auf die DP und die FDP, wenn sie einen rechtsradikalen Drall bekommen sollten. Es wäre interessant, von den Herren aus Niedersachsen etwas zu hören.

Fricke: Ich bin der Meinung, daß die Frage aus der niedersächsischen Sicht einfacher zu beantworten ist als aus der Situation des Südweststaates. Wir stehen mit unseren Freunden von der Bonner Koalition Schulter an Schulter in Niedersachsen in der Opposition. Wir werden die DP und die FDP in ihren Domänen unterstützen, aber wir werden sagen: Ihr müßt auch unseren Kandidaten in den betreffenden Wahlkreisen mit euren Hilfsstimmen helfen. Ich hoffe, daß wir mit dieser Methode bei unseren sehr schwierigen Verhältnissen zu Rande kommen werden. (*Ehlers:* Der Herr Bundeskanzler wird den Herrn Stark¹¹¹ zum Konsul in Tahiti ernennen!) Warum? (*Ehlers:* Weil Tahiti sehr weit weg liegt.)

Adenauer: Wenn Sie dadurch erreichen, daß der BHE in Schleswig-Holstein vernünftige Leute aufstellt, würde ich das unbedingt anerkennen. (*Tillmanns:* Vor allen Dingen, wenn der BHE seine Stimme der CDU gibt.)

Kaiser: Wenn der BHE in ein Land gezogen würde – daran muß man denken –, dann müßten wir damit einverstanden sein. Die ganze Überlegung geht davon aus, daß die befreundeten Koalitionsparteien diese Sache miteinander durchführen sol-

111 Offenbar Hörfehler. Nicht zu ermitteln.

len in einer Abrede. Das berührt die Frage, ob wir als christliche Demokraten, die sich vorgenommen haben, die stärkste Partei unter allen Umständen zu bleiben, eine solch generelle Abrede treffen.

Wir haben es mit der DP und der FDP zu tun. Bei der einen müßte man sagen: Gebt eure Hilfsstimme dem einen oder andern; denn „einem andern“ wird man kaum sagen können, wenn nicht im Lande Niedersachsen über den Wahlkreis hinaus eine Abmachung getroffen wird. Am stärksten berührt uns die Frage: Können wir als christliche Demokraten überhaupt eine solche Abrede mit Bezug auf unsere Koalitionskandidaten für das ganze Bundesgebiet – und darauf kommt es an – treffen? Ich bin mit dieser Sache noch nicht fertig. Ich habe mit meinen Freunden aus dem Industriegebiet darüber gesprochen und bin auf eines aufmerksam gemacht worden. Wenn wir eine solche Weisung generell ausgeben: Wählt einen der bisherigen Koalitionspartner! –, dann wird eine Unsumme unserer Menschen dem nicht folgen. Und das – denn es berührt nach meinem Dafürhalten die Autorität der Partei ihren Wählern gegenüber – macht mir wirklich Sorge. Wenn unsere Leute, wenn auch nur durch eine Hilfsstimme, sich einmal für die SPD entschieden haben, dann berührt das die Solidität der Verbundenheit unserer Menschen.

In diesem Zusammenhang interessiert mich die Sperrklausel. Ich denke an die Zentrumspartei, die im Industriegebiet noch eine Rolle spielt. 5 % im Bundesgebiet, daran muß festgehalten werden; 5 % im Landesgebiet, unter keinen Umständen! Vielleicht kommen wir damit dazu, daß die Zentrumspartei das Rennen überhaupt aufgibt. (*Wuermeling*: Oder in allen Ländern aufsteigt!) Wenn ich an bestimmte Kreise in Nordrhein-Westfalen denke, bin ich besorgt, daß wir mit diesen Hilfsstimmen der Zentrumspartei noch einmal zu einer Bedeutung verhelfen.

Es sind drastische Worte darüber gesprochen worden, daß die DP durch schwarz-weiß-rote Fahnen Propaganda macht. Ich habe nichts gegen die schwarz-weiß-rote Fahne; aber in diesem Wahlkampf Propaganda damit zu machen, um etwas Besonderes zu erstreben, dann gehen die katholischen Leute hin und geben ihre Hilfsstimme dem Zentrums kandidaten und helfen ihm im Bewußtsein des Volkes auf die Beine. Daher muß das Ganze sorgfältig überlegt werden.

Schmidt: Ich bin nach eingehendem Studium ein Befürworter dieses Wahlrechts. Ich glaube, es ist der beste Kompromißweg, der bisher überhaupt gefunden worden ist. Ich meine, bei der Todesangst, die die SPD vor einem neuen Wahlgesetz hat, das ihr schaden könnte, sollten wir nicht Selbstmord begehen, sondern klar unseren Weg gehen und diesen Kompromiß annehmen.

Das Problem ist allerdings in etwa das Zentrum in Nordrhein-Westfalen, weil wir dort diese Koalition haben; denn wenn wir für dieses Wahlrecht im Bundesrat eintreten, kann das Zentrum sehr wohl die Frage stellen, ob damit – da es eine Existenzfrage ist – die Koalition in Nordrhein-Westfalen nicht schlechterdings gefährdet ist. Da sehe ich gewisse Schwierigkeiten, aber nicht auf dem Gebiet, von dem Herr Kaiser sprach. Es kann überhaupt kein CDU-Mann in die Lage kommen,

seine Hilfsstimme für das Zentrum abzugeben. Es hat nur Sinn, eine Hilfsstimme des Schwächeren für den Stärkeren abzugeben.

Es kann aber niemals – das liegt im Sinne des Systems – darum gehen, daß ein Stärkerer für einen Schwächeren eine Hilfsstimme abgibt. Infolgedessen kommt also für die CDU im Regelfalle das Problem niemals in Frage. Es gibt in ganz Nordrhein-Westfalen keinen Wahlkreis, in dem die CDU dem Zentrum so nahe liegt, daß das Zentrum die CDU überflügeln könnte. Das Zentrum wird natürlich sagen: Wie kommen wir dazu, euch in Nordrhein-Westfalen im Bundesrat zu unterstützen, dieses Gesetz durchzubringen? Das ist die einzige Frage, die ich als gefährlich ansehe.

Kaiser: Herr Schmidt, das stimmt leider nicht.

Dichtel: Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, daß bei sogenannten Einheitskandidaten zwischen zwei Parteien in der Regel wir die Leidtragenden gewesen sind. Sind diese Listenverbindungen an sich nicht grundsätzlich abzulehnen? Sind sie gedacht als Schutz der Koalition? Es könnte auch anders sein. Diese Listenverbindungen sind nach meiner Auffassung für uns eine Verwässerung des Grundsätzlichen und haben der CDU noch nie Glück gebracht.

Adenauer: Seien Sie doch bitte nicht so grundsätzlich! Wie lange wird dieses neue Wahlgesetz dauern? Wahrscheinlich auch nur vier Jahre. Dann macht man wieder ein neues Wahlgesetz. Das hat mit Grundsätzen wirklich und wahrhaftig nichts zu tun. Ich gebe zu, Sie sind in Württemberg-Baden wegen Ihrer Liaison mit Herrn Maier in einer besonderen Situation. (*Zuruf:* Liaison ist gut!) Verbindung heißt das! (*Heiterkeit.* – *Dichtel:* Wir wollen nur unseren Bestand sichern. Wir haben viele Sorgen.)

Sie gehen bei der Erörterung von dem Standpunkt aus: Ist das das ideale Wahlrecht? Ein ideales Wahlrecht gibt es nicht, sondern Sie dürfen nur fragen: Ist das relativ das Beste, oder gibt es etwas Besseres, und je nachdem müssen Sie Ihre Entscheidung treffen.

Altmeier: Ist es nicht gut, bereits im Wahlkampf zu sagen: Du wählst den Herrn Müller durch unsere Liste, aber du hast noch eine Hilfsstimme. Das müssen wir den Leuten klarmachen. Mit dieser Hilfsstimme wählst du den Herrn Kunze. Der Wähler wird sagen, wenn die mir empfehlen, später auch den Kunze zu wählen, warum soll ich dann nicht direkt so wählen. (*Adenauer:* Wir bekommen im Bundestag keine Mehrheit!)

Bei der Nachwahl in der Pfalz – bei dem Abgeordneten Roth¹¹² – haben wir erlebt, daß die CDU und die FDP zusammen mit Leichtigkeit den SPD-Mann aus dem Felde hätten schlagen können. Er ist nicht aus dem Felde geschlagen worden,

112 Der Bundestagsabgeordnete der SPD Ernst Roth war im Mai 1951 verstorben. Bei der Nachwahl im Wahlkreis Neustadt a.d.W. am 23. September 1951 erreichte der SPD-Kandidat Willy Odenthal 54,0 %, der von der CDU unterstützte FDP-Kandidat Günther Bernhard 40,5 % der Stimmen.

weil sich – Gott sei Dank – unsere Leute nicht sagen ließen, sie müßten jetzt einen FDP-Mann wählen. Sie sind zu Hause geblieben. Wir müssen also im Wahlkampf der Frau Müller sagen: Du wählst unseren Mann, und dann mußt du noch einen Ersatzmann wählen.

Adenauer: Was haben Sie gesagt: bleibt zu Hause? (*Altmeier:* Wir haben sie aufgefordert zu wählen, aber sie sind nicht gegangen.)

Damit haben Sie dieselbe Sünde begangen; bei der Stichwahl kommen Sie in die gleiche Lage. Herr Bach hat das Wort.

Bach: Wenn Sie das Wahlrecht betrachten, müssen Sie berücksichtigen, daß es nichts Vollkommenes ist, sondern der Versuch, etwas Besseres zu schaffen als bisher. Es geht praktisch darum, ob ein neues Wahlrecht Wirklichkeit wird oder ob das alte bestehen bleiben soll.

Die SPD legt den größten Wert darauf, daß das alte Wahlrecht bestehen bleibt. Wenn Sie sich die Verhältnisse von 1949 gegenüber heute ansehen, werden Sie feststellen, daß zwar die Wähler rechts des Grabens nicht verloren haben, daß aber eine Zersplitterung eingetreten ist, so daß beim Bestehenbleiben des alten Wahlrechts sehr wahrscheinlich die SPD den Nutzen hätte; denn dieses alte Wahlrecht bringt 60 % direkte und 40 % indirekte Mandate, so daß mit der größten Wahrscheinlichkeit die SPD als die stärkste Partei in den Bundestag einziehen würde.

Wenn Sie sich das vor Augen halten, müssen Sie das neue Wahlrecht, das vom Innenministerium eingereicht wurde, unter dem Gesichtspunkt des kleineren Übels ansehen. Dann sind die Probleme gar nicht so schwierig, wie sie hier dargestellt werden; denn wir haben praktisch nur im nordwestdeutschen Raum die Verhältnisse, daß auch einmal die FDP oder die DP stärker sind in einem Wahlkreis als wir. Wo die CDU-Stimmen stärker sind als die der SPD, brauchen die Hilfsstimmen von uns gar nicht abgegeben zu werden, sondern von den anderen. Wir brauchen nur die Parole herauszugeben: CDU zu wählen. (*Schmidt:* Sehr richtig!)

Wir haben gar keine Hilfsstimme; die fällt ins Wasser. Die Hilfsstimme kommt nur für die beiden stärksten Kandidaten in Frage. Das ist immer der Kampf zwischen der SPD und dem anderen Mann, wobei im ganzen westdeutschen und süddeutschen Raum praktisch nur der CDU-Mann der andere Mann ist. Und nun sollen die anderen Herrschaften den Mut haben, die Parole auszugeben, SPD zu wählen. Die sind nun in der unangenehmen Lage, ihre Stimme abzugeben.

Um ihnen das leichterzumachen, besteht der interne Proporz. Gebt ihr eure Stimme für die CDU ab, dann hat nicht nur die CDU den Nutzen davon, sondern bei den indirekten Mandaten werden nun diese Quoten der Stimmen der betreffenden Partei angerechnet. Das ist doch ein Zwang, der die FDP und die DP veranlassen wird, möglichst den CDU-Mann zu wählen, weil wir nicht den Nutzen haben, sondern sie bei den Mandaten, die auf der gemeinsamen Liste gewählt werden.

Ich sehe keine Gefahr. Für Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg kommt in Frage, unter Umständen die Parole auszugeben: Ihr müßt den

FDP- oder DP-Mann wählen, der zufällig die Mehrheit hat. Für die anderen Wahlkreise kommt nur die Parole von DP und FDP in Frage: Ihr müßt den CDU-Mann wählen!

Die Gefahr, die Herr Minister Kaiser sieht, trifft für den westdeutschen und süddeutschen Raum zu, aber nicht für den nordwestdeutschen Raum. Wenn ich die Wahl habe zwischen dem alten Wahlrecht und dem neuen – und ich habe nur die Wahl zwischen diesen beiden –, dann kann ich mich als CDU-Mann nur für den Entwurf der Regierung entscheiden.

Es ist zum ersten Mal möglich, daß in den gemischten Wahlkreisen auch evangelische Kandidaten zum Zuge kommen. Es ist für die CDU von ausschlaggebender Bedeutung, daß die evangelischen CDU-Leute in direkter Wahl zum Zuge kommen, um damit den Heinemann-Klüngel und alle die anderen zu schlagen.

Tillmanns: Der wichtigste Unterschied zwischen dem bisherigen Wahlrecht und dem neuen Entwurf der Bundesregierung ist der, daß in der direkten Wahl erworbene Stimmen bei der Verrechnung nicht mehr angerechnet werden, sondern daß eine ganz klare Trennung gezogen wird. (*Wuermeling*: Auch innerhalb der Listenverbindung!)

Dadurch hat die direkte Wahl einen anderen Charakter bekommen in den Wahlkreisen. Bisher war es verhältnismäßig gleichgültig, wieviel Mandate in der direkten Wahl durchkamen. In der Tatsache, daß man es hier nicht zu einer formellen Stichwahl im allgemeinen Sinne kommen läßt, sondern daß man diese Stichwahl praktisch vorwegnimmt durch die Hilfsstimme, kann ich keine Verschlechterung, sondern eher eine Verbesserung erkennen.

Das ist aber die Kernfrage: Will ich eine direkte Stichwahl, wie es das alte Reichstagswahlrecht vor 1914 hatte, oder nehme ich diese Stichwahl vorweg durch die Hilfsstimme. Und ich muß sagen, das scheint mir eine Verbesserung zu sein, wenn ich mich überhaupt dazu bekenne, daß wir jetzt nicht mehr wie früher die Wahlergebnisse in den Wahlkreisen berechnen sollen mit der Gesamtverrechnung der Stimmen, was nämlich im Endeffekt auf ein reines Verhältniswahlrecht hinausläuft. (*Von Lex*: Und die Splitterparteien begünstigt!)

Wenn wir das nicht wollen, bleibt nur dieser Weg übrig. Ein reines Mehrheitswahlrecht bekommen wir einfach nicht. Die Koalitionsparteien werden sich dann lieber für das Verhältniswahlrecht entscheiden.

Es ist nicht klargeworden, daß gegenüber dem alten Wahlsystem diese Regelung einen Nachteil hätte. Diese neue Regelung hat einen Vorteil. Es ist nicht genügend beachtet worden, daß wir nur in den Wahlkreisen überhaupt gezwungen sind, Parolen für die Hilfsstimmen auszugeben, wo nicht sicher unser Kandidat entweder die Mehrheit bekommt oder in die Stichwahl kommt. (*Krone*: Auch in den badischen Wahlkreisen. – *Wuermeling*: Wenn die anderen untereinander Hilfsstimmen machen.) Es nützt ihnen gar nicht.

Müller: Es ist sehr schwer, nachdem uns das Wahlgesetz jetzt vorgetragen wurde, ohne daß wir den Text haben, sich ein endgültiges Urteil zu bilden. Ich glaube,

daher rühren auch die großen Meinungsverschiedenheiten. Herr von Lex hat angedeutet, daß in den Kreisen eine Nachwahl beim Ausscheiden eines Kandidaten künftig nicht mehr stattfindet. Wie wird das erreicht? (*Von Lex*: Das steht im Gesetz, Ersatzmann in Klammern; ein Ersatzmann wird nicht bestellt.)

Die regionalen Verschiedenheiten dürfen nicht außer acht gelassen werden, weil unter Umständen dadurch die Gesamtentscheidung beeinflußt werden kann. Bei uns ist es so, daß überwiegend die CDU, soweit sie nicht die absolute Mehrheit hat in den Wahlkreisen, die relative Mehrheit hat. Wenn wir bei 20.000 Stimmen 9.000 CDU-, 6.000 SPD- und 5.000 FDP-Stimmen haben, würde nach dem bisherigen Bundeswahlsystem der CDU-Kandidat gewählt sein.

Nun laufen wir Gefahr, bei der Koalition, die wir jetzt haben, und weil die FDP immer in Wahlzeiten mit dem antiklerikalen Effekt kommt – das ist ihre Parole: Wählt keinen Schwarzen! – und damit bei uns immer noch Erfolg hat, daß nun die anderen, von denen keiner die Stärke der CDU erreicht, sich zusammenschließen mit den Hilfsstimmen und dann den CDU-Kandidaten schlagen. Die CDU-Stimme kommt auf der Bundesebene zur Geltung? (*Zuruf*: Nein! – *Von Lex*: Die Hauptstimme ja! – *Adenauer*: Die Hilfsstimme kommt nicht zur Geltung!)

Das gibt rein optisch eine Verschlechterung, weil wir in den Wahlkreisen, wo wir mit der relativen Mehrheit gesiegt haben, nun unterliegen. Daran ist gar kein Zweifel, daß das eine Verschlechterung ist. Das ganze System beruht auf der Absicht, die Stichwahl zu vermeiden und durch eine vorweggenommene Stichwahl zu ersetzen.

Die vorweggenommene Stichwahl ist völlig anders als die reale Stichwahl. Bei der realen Stichwahl ist die Sache so, daß das Abstimmungsergebnis für jedermann ersichtlich ist. Man kann sagen, es ist nicht gelungen, den CDU-Kandidaten durchzubringen. Wir müssen dafür sorgen, daß wir den SPD-Kandidaten schlagen. Das verstehen die Leute, und deshalb sind sie bereit, je nachdem einen FDP-Mann usw. in der Stichwahl zu wählen. Aber bei der vorweggenommenen Stichwahl stellen die Leute andere Erwägungen an.

Das Ergebnis der vorweggenommenen Stichwahl wird völlig anders sein als das Ergebnis der realen Stichwahl. Da sehe ich eine große Gefahr. Das ganze System setzt voraus, daß eine Einigung auf oberster Ebene zwischen den Parteileitungen erfolgt. Ich halte das für möglich, aber es setzt voraus, wenn der Wahlkampf nicht beeinträchtigt werden soll, daß auf der Landes- und Kreisebene Besprechungen stattfinden. Und die sind erheblich schwieriger und werden wahrscheinlich zu keinem Ziel führen oder nicht eingehalten werden. Wir müssen darauf abstellen, den Wahlkampf klar und sauber zu führen. Wir werden die Gegner abstufen müssen. In der Hauptsache werden wir den Kampf gegen die SPD, aber auch gegen die FDP führen müssen.

Mein verstorbener Freund Wildermuth hat mir einmal mitten im letzten Bundestagswahlkampf, nachdem er – entschuldigen Sie den harten Ausdruck – eine unverschämte Kampagne gegen die CDU geführt hatte, erklärt: Es ist klar, im Wahl-

kampf sind wir die schärfsten Gegner, und nachher machen wir Koalition. Das wirkt sich für den Wahlkampf sehr schlecht aus.

Adenauer: Ein allgemeines Wort! Wenn der Wahlkampf losgeht, ergibt es sich ganz von selbst, daß wir uns in der Hauptsache auf das stützen, was wir in der Koalition geleistet haben. Das ist doch vollkommen klar. Wir treten doch nicht an wie vor vier Jahren, sondern wir müssen der Wählerschaft klarmachen: Wir haben im Verein mit den beiden anderen Parteien das und das geschaffen. Daraus ergibt sich ganz von selbst – man mag wollen oder nicht –, daß der Wahlkampf in der Hauptsache sich gegen die Sozialdemokratie richtet. Das ist eine natürliche Notwendigkeit. Daran ist nichts zu deuteln. Die Sozialdemokratie war in den vergangenen vier Jahren immer und überall unser Gegner. Wenn wir jetzt unsere Politik weiterführen wollen, können wir nicht anders, als gegen die Sozialdemokratie weiterzukämpfen. Darüber sind wir uns klar.

Damit entfällt ein großer Teil Ihrer Bedenken. Von gewissen Fällen abgesehen, wird man – wenn die DP in irgendeinem Wahlkreis, wo sie gar nichts zu suchen hat, mit einem Kandidaten auftritt – nicht sagen: Gebt der DP die Stimme. Das wird kein Mensch tun. Es wird aber notwendig sein, daß unter den Parteien in den Wahlkreisen vorher eine Fühlungnahme stattfindet und daß man der FDP oder der DP in den Wahlkreisen, wo es zu einer vorweggenommenen Stichwahl kommt, sagt: Wenn ihr einen solchen rabiaten Burschen aufstellt, werden unsere Leute ihre Zusatzstimme dem Mann nicht geben. Stellt deswegen einen Mann auf, den auch einer von uns wählen kann! Das ist sehr günstig und an sich eine Nebenwirkung des ganzen Wahlsystems, die ich für außerordentlich gut halte, damit wir aus der rechtsradikalen Geschichte herauskommen.

Ich möchte nun Herrn von Lex bitten, Herrn Dr. Müller auf die gestellten Fragen zu antworten.

Von Lex: Herr Staatspräsident! Sie sagen, Sie werden voraussichtlich in einigen Wahlkreisen, in denen Sie nach der relativen Mehrheitswahl den Sieg erobert hätten, jetzt nicht mehr zum Zuge kommen. Darauf kann ich antworten: Das mag der Fall sein. Aber in sehr viel mehr Kreisen wird die SPD beim relativen Mehrheitswahlsystem, unter Umständen im weiten Bundesgebiet, keinen Wahlkreis verlieren. Wir müssen es doch für das ganze Bundesgebiet machen.

Wir in München werden nach dem neuen System die Wahlkreise holen, während beim relativen Mehrheitswahlsystem die SPD die Wahlkreise erobern würde.

Adenauer: Ich darf sagen, ohne daß das einer mißversteht, die Rücksicht auf die Verhältnisse in Bayern waren auch bei dem Wahlgesetzentwurf maßgebend.

Wuermeling: In einer Wahlversammlung war dicke Luft gegenüber diesem Regierungsentwurf mit der Begründung, er sei unmoralisch, und zwar deshalb, weil der Wähler durch die Hilfsstimme genötigt werde, auch anderen Parteirichtungen als seiner eigenen seine Stimme zu geben. Darauf habe ich erwidert: Das ist nicht unmoralisch; denn der Wähler kann machen, was er will. Es liegt keinerlei Zwang zur Abgabe der Hilfsstimme vor. Das wurde auch eingesehen.

Dann kam das Bedenken auf, daß die Hilfsstimmen sich nicht zum eigenen Nachteil auswirken dürfen. Ernstzunehmende Leute waren der Meinung, eine Hilfsstimme, die ein CDU-Mann abgebe, könne sich nie zugunsten einer Oppositionspartei auswirken. Ich bin dem entgegengetreten und habe zwar nicht den letzten überzeugt, aber im großen und ganzen kam die Meinung dahin, daß das nicht gemeint sei, sondern nur das, daß die Hilfsstimme nie dazu benutzt werden kann, um den eigenen Kandidaten unter den Tisch zu bringen. In diesem Punkt kamen wir wegen des Ausdrucks „unmoralisch“ zusammen.

Die Leute wiesen ferner nicht ganz mit Unrecht darauf hin – weil wir ja beim internen Proporz die Abgebenden an die Koalitionspartner sind –, daß beim internen Proporz viele Hauptstimmen der CDU-Wähler dazu verwendet würden, um der FDP oder der DP zu einem Mandat zu verhelfen. Das könne der Wähler an sich nicht durchsehen; das geschehe hinter den Kulissen.

Dolf Sternberger¹¹³ hat in der Kundgebung am folgenden Samstag ironisch gesagt, diese Stimmen werden gewissermaßen in der Garderobe abgegeben, und die Spielleitung macht damit, was sie will – worauf er in den sozialdemokratischen Kreisen entsprechende Zustimmung bekam.

Ich muß sagen, dieses Argument ist mir auch etwas unangenehm, besonders in den Bezirken, wo schwere Gegensätze sind, wie in Württemberg-Baden und auch in Nordrhein-Westfalen. Das ist zwar die Wirkung jeder Verbindungsliste, aber der Unterschied, Herr von Lex, ist der, daß bei der früheren Listenverbindung im proportionalen System die Reststimmen einer Partei zugute kamen, während hier bei diesem System möglicherweise das Gros der Stimmen oder die Hälfte der Mandate unserer Koalitionspartner mit unseren Stimmen gewählt werden. (*Adenauer*: Das sind Sünden!)

Sünden! Sie sagen, Herr Bundeskanzler, dazu käme es gar nicht bei der Wahlform. Ich hoffe nicht. Der Kern des Wahlrechts muß der sein, daß der Wähler genau weiß, was er tut und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Und das halten die Leute uns vor, daß man diese Konsequenz bezüglich des internen Proporz hinter den Kulissen zieht; denn dann kommt am Ende etwas anderes heraus, als ursprünglich vom Wähler angenommen worden ist. (*Adenauer*: Die Wähler sind nicht so dumm wie man annimmt!)

¹¹³ Dr. Dolf Sternberger (geb. 1907), Professor für Politische Wissenschaft; 1934–1943 Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, 1945–1949 Mitherausgeber der Monatsschrift „Die Wandlung“, 1950–1958 Herausgeber der Zeitschrift „Die Gegenwart“, 1964–1970 Präsident des PEN-Zentrums der Bundesrepublik Deutschland (vgl. LANGE S. 307–317, 501ff.). – Bei der Kundgebung der „Deutschen Wählergesellschaft“ am 25. Januar 1953 in der Frankfurter Paulskirche hatte auch Sternberger als Vorsitzender der Deutschen Wählergesellschaft gesprochen (Druck: Wahlen sind überflüssig – wenn die Parteien das Verfahren nicht ändern. Sonderdruck hrsg. von der Deutschen Wählergesellschaft. Frankfurt 1953).

Dieses Argument kann man immer gebrauchen; dann wäre jede Listenverbindung unmoralisch.

Von Lex: Wenn erklärt worden ist, die Hilfsstimme, die ein CDU-Mann abgibt, komme nie einer Koalitionspartei zugute, so trifft das für die anderen genauso zu.

Zu dem Einwand gegen den internen Proporz, daß dadurch viele Hauptstimmen der CDU-Wähler dazu verwendet würden, um der FDP usw. zu einem Mandat zu verhelfen, kann ich sagen, daß die Hälfte verwendet wird, um der CDU ein Mandat zu geben. (*Zuruf:* Aber die andere Hälfte!)

Das ist eben die Quittung und die Belohnung für die Listenverbindung. Die Listenverbindung hat zu allen Zeiten dazu geführt.

Ehlers: Es scheint mir unzweckmäßig zu sein, was Herr Schmidt sagte, wir brauchten als stärkere Partei den kleineren nicht die Empfehlung zu geben. Das ist psychologisch völlig unmöglich; denn diese Aufforderung, die Stimme abzugeben, kann natürlich nur auf der Basis der Gegenleistung beruhen.

Tillmanns: Die Gegenleistung besteht darin, daß in den Wahlkreisen, wo wir die Schwächeren sind und die FDP die Stärkere ist, das gleiche gilt.

Ehlers: Das ist doch Theorie! Wenn ich der FDP und der DP sage: Gebt der CDU eure Stimme, dann muß ich auch sagen: Gebt der FDP die Ersatzstimme; sonst geht es ja nicht. Das wird doch überall so sein. Ich kann mir vorstellen, daß es sich in vielen Wahlkreisen rentieren würde, insbesondere mit Rücksicht auf die Persönlichkeit der Kandidaten, überhaupt keine Vereinbarung zu treffen, sondern das einfach dem Wähler zu überlassen. Vielleicht kommt dabei ein positives Ergebnis heraus, daß man von diesen Dingen völlig befreit ist, aber wir dürfen die Theorie in diesen Dingen nicht so furchtbar weit treiben, insbesondere nicht bei den Beratungen im Bundestagsausschuß.

Es ist gar kein Zweifel, daß die SPD, die von diesem Gesetzentwurf auf das peinlichste berührt ist, weil sie sich längst ausgerechnet hat, was dabei herauskommen kann, an das Bundesverfassungsgericht geht. Und es ist anzunehmen, daß das bei der ständigen Überbelastung ziemlich lange dauern wird.

Wir müssen uns darüber klarwerden, daß wir nicht nur eine technische Frage besprechen, sondern eine Frage, die auch mit der Aufstellung der Kandidaten in unmittelbarer Beziehung steht. Wenn dieses Wahlgesetz durchkommt, haben wir eine völlig andere Kandidatenaufstellung nötig als beim alten Wahlgesetz, so daß wir doch darauf drängen müssen, möglichst schnell zu einem Ergebnis zu kommen. Sonst fehlt uns nachher die Zeit zur Vorbereitung der Wahl. Und das wäre katastrophal.

Zimmer: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß dieser Gesetzentwurf bereits am Donnerstag im Ausschuß für innere Angelegenheiten des Bundesrates zur Beratung steht¹¹⁴. Mehrere SPD-Mitglieder haben mich gebeten, die Beratungen so zu legen, daß sie teilnehmen können. Ich habe dazu den dringenden Wunsch, daß die CDU-

114 Der Ausschuß für innere Angelegenheiten des Bundesrates befaßte sich in seiner Sitzung am 29. Januar mit dem Gesetzentwurf (Beschlüsse und Empfehlungen in BR

Innenminister gleichfalls anwesend sind oder zumindest ganz klar instruierte Vertreter entsenden. Es ist leider immer wieder vorgekommen, daß dort CDU-Vertreter gesessen haben, die nicht abstimmen konnten, weil sie keine Instruktionen hatten.

Ich habe den Wunsch, daß die Kabinette sich unter allen Umständen vorher schon damit befassen, damit die Vertreter instruiert werden, sonst fallen wir bereits im Ausschuß am Donnerstag mit der Vorlage hinten durch. Wenn auch die Ausschlußbeschlüsse nicht entscheidend sind, so ist es im Plenum sehr schwer, einen negativen Beschluß des Ausschusses bei der heutigen Zusammensetzung des Bundesrates in das Gegenteil zu verkehren.

Nun müssen wir im Bundesratsausschuß für innere Angelegenheiten zunächst in jedem Falle eine Mehrheit für diesen Entwurf bekommen, damit wir eine Diskussionsbasis haben. Damit gewinnen wir Zeit für die parlamentarische Beratung im Bundestagsausschuß.

Es ist unbedingt notwendig, daß an die Landesvorstände schleunigst eine Information und ein Kommentar herausgehen, natürlich in dem Sinne, wie wir heute beraten haben, aber so, daß man den staatspolitischen Standpunkt bei unseren eigenen Leuten vertreten kann. Damit wäre zunächst Zeit gewonnen für die parlamentarische Beratung, und wir hätten die Möglichkeit einer Korrektur oder Verbesserung des Entwurfs. Wenn der Entwurf jetzt schon fällt, sehe ich große Schwierigkeiten.

Ich habe einen Wunsch an das Bundesministerium des Innern, es möchte doch für die Beratungen, vielleicht auch für die Partei, einige besondere Anschauungsbeispiele herausarbeiten über die Auswirkung der §§ 8 und 9, insbesondere über das Zusammenspielen der Absätze 2 und 3 des § 8, damit wir an einigen praktischen Beispielen die Auswirkungsmöglichkeiten dieser juristischen Bestimmungen unseren Leuten klarmachen können.¹¹⁵

Ist dieses Gesetz ein Zustimmungsgesetz oder nicht? Das zu wissen, wäre für unsere Stellungnahme im Bundesrat von großer Wichtigkeit.

Von Lex: Am Mittwoch steht die ganze Materie bereits im Rechtsausschuß des Bundesrates an. Es wäre außerordentlich wichtig, wenn die Herren Ministerpräsidenten die Herren Justizminister für den Entwurf morgen schon instruieren könnten. Wir werden alles tun, um die Landesverbände mit Material zu versorgen. Wir werden uns an Herrn Heck wenden. Wir werden es gedruckt haben bei der großen Pressekonferenz. (*Kaiser:* Und den Stimmzettel dazu!) Und auch Ausrechnungsbeispiele wegen des § 8 Abs. 3.

Adenauer: Ist es ein Zustimmungsgesetz?

Von Lex: Wir sind der Meinung, daß es kein Zustimmungsgesetz ist.

Drs. 32/1/53). Der Bundesrat beschloß am 6. Februar 1953, die Bundesregierung zu ersuchen, einen Entwurf vorzulegen, der den Gesichtspunkten des Bundesrats Rechnung trage und die Einbeziehung Berlins vorsehe (BR Sten.Ber. 100.Sitzung S. 38-48).

115 Vorgesehen war in § 8 (Wahl im Wahlkreis) in Abs. 2 und 3 ein Alternativ-Stimmensystem von „Haupt- und Hilfsstimmen“, mit Hilfe dessen eine Zersplitterung im sog. bürgerlichen Lager vermieden werden sollte. Vgl. dazu LANGE S. 497-521.

Schreiber: Die Vorlage geht davon aus, daß die absolute Mehrheit entscheidet. Das ist kein Zweifel! (*Von Lex:* An sich!)

Bei 242 Mandaten entscheidet nicht die relative, sondern die absolute Mehrheit? (*Von Lex:* Nein!)

Ist das ein Irrtum? Wenn der Gesetzentwurf davon ausgeht, daß in den Kreisen die absolute Mehrheit entscheidet. (*Von Lex:* Nein! Der Vorschrift nach ist es eine relative Mehrheitswahl, aber durch die Auswirkung der Hilfsstimmen kommt es auf die absolute Mehrheit hinaus!)

Nehmen Sie ein Beispiel. In einem Kreis hat die Sozialdemokratie 9.000, die CDU 11.000, die FDP 3.000 Stimmen usw. Das sind die ersten Stimmen. Nun geben einige Parteien noch die zweite Stimme. In welchem Umfang können Sie nicht voraussehen. Wie können Sie sich sichern, daß eine absolute Mehrheit der Stimmen abgegeben wird für einen Kandidaten? Das sehe ich nicht ein. Es kann sein, daß keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht.

Von Lex: Wenn keiner sie erreicht, hat der gesiegt, der die relative Mehrheit hat!

Fay: Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, daß die Schöpfer der Verfassung Fehler begangen hätten. Mir scheint ein Kardinalfehler der zu sein, daß das Wahlgesetz nicht so festgelegt worden ist, wie es in der Weimarer Republik war, ohne dazu Stellung zu nehmen, ob dieses oder jenes richtig ist.

Wir sind froh, daß wir den Entwurf als Diskussionsgrundlage haben. In Hessen haben wir uns in einer Vorstandssitzung am Samstag damit beschäftigt. Es waren ungefähr 50 % dafür und 50 % dagegen.¹¹⁶

Wenn man ein Wahlgesetz in der heutigen Situation schafft, kann man es von zwei Aspekten betrachten: 1. Welches Wahlsystem schaffe ich, um primär der CDU und der derzeitigen Koalition die Macht zu sichern, (*Adenauer:* Und genügenden Einfluß zu geben!) ja, und genügenden Einfluß zu geben. 2. Welches Wahlsystem ist, losgelöst von diesem ersten, das beste? Da gibt es die beiden Antipoden: absolute Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht.

Ich gehöre zu den Leuten, die gegen dieses Gesetz sind, (*Adenauer:* Sie meinen, dagegen gestimmt haben!) ja, und auch heute noch dagegen stimmen würde. Dieses System verletzt m.E. den Grundsatz der Unmittelbarkeit und den Grundsatz der Gleichheit und – so füge ich für mich hinzu – den Grundsatz der Gerechtigkeit. Ich habe den Eindruck, daß dieses Gesetz unter starker Zuhilfenahme des Rechenstiftes gemacht worden ist. Dabei kann es einem passieren, was man so „die Rechnung ohne den Wirt gemacht“ nennt.

Ich darf ein Wort von Ihnen, Herr Bundeskanzler, zitieren. Als wir die Verhältnisse von Nordrhein-Westfalen erörterten, sagten Sie: Vertrauen in die Sicherheit eines Gebietes rächt sich bitter. Es könnte auch sein, daß das Vertrauen in die Sicherheit einer Koalitionspartei nicht ganz sicher ist. Ich weiß von prominenten Vertretern – die außerhalb unserer Partei stehen, aber starken Einfluß auf ihre

¹¹⁶ Protokoll nicht zu ermitteln.

Organisationen haben –, daß sie unter Umständen, wenn die anderen Parteien Abgeordnete aufstellen, die die christlichen Belange nicht erfüllen, gegen die Wahlen sind und dann für Stimmenthaltung plädieren.

Es mag richtig sein, daß das System der Listenverbindung jede Partei zwingt, solche Persönlichkeiten aufzustellen, die für alle Partner einigermaßen tragbar sind, aber die Gewißheit haben wir nicht. Wir haben keinen Einfluß auf das Aufstellen der Kandidaten für die Listen. Der Teil, der sich gegen das Gesetz ausgesprochen hat, hat hauptsächlich die Listenverbindung kritisiert, aber auch die Ersatzwahlen. Das Verkoppeln mit der Ersatzwahl bringt unter Umständen sehr große Schwierigkeiten. Das ist der Punkt, der im Volke am wenigsten verstanden wird. Tranchieren und kumulieren innerhalb einer Partei ist kein Problem, aber die Vorwegentscheidung des Wählers, neben seinem Liebling nun gleichzeitig einen anderen zu wählen, das ist m.E. etwas zuviel. Ich habe die größten Bedenken. Der Landesvorstand Hessen der CDU hält sich zurück.

Adenauer: Wenn Sie meinen, Herr Dr. Fay, die Vorlage sei mit dem Rechenstift gemacht worden, so irren Sie. Sie ist nicht gemacht worden, sondern man hat erst dieses Wahlgesetz verglichen mit den Wahlen von 1949. Stark mitbestimmend war dabei die in der CSU herrschende Meinung.

Meine verehrten Herren! In Ehren jede Objektivität, und in Ehren jedes Prinzip; wenn ich aber Politiker bin und wenn es sich um eine Wahl von der Bedeutung handelt, wie die jetzt bevorstehende, und ich habe die Möglichkeit, etwas dazu zu tun, damit das gerettet wird, was wir jetzt gemacht haben, dann wäre ich ein kompletter Narr, wenn ich aus Prinzipienreiterei oder aus irgendwelchen anderen Gründen das nicht täte. Das möchte ich vorausschicken.

Was Sie von unseren Freunden aus Niedersachsen und auch von Bayern hören, daß man in Bayern diese ganze Geschichte tadellos – wie Sie von Herrn von Lex gehört haben – bis in die kleinsten Dörfer verstanden hat, dann weiß ich nicht, warum Sie solche Bedenken haben. Die Bayern sind sicher das führende Volk bei uns in der Bundesrepublik, (*lebhaft Heiterkeit*) aber ich denke, hierbei kommen wir auch noch mit, daß wir das auch noch verstehen.

Alles in allem genommen kann ich nur nochmals wiederholen: Ein vollkommenes Wahlrecht gibt es eben nicht. Man muß das relativ Beste herausuchen. Man muß auch etwas auf die Wähler vertrauen. Hinsichtlich der Sicherheit gebe ich Ihnen ohne weiteres recht, Herr Fay, aber etwa auf die Wähler muß man vertrauen. Bisher hat sich gezeigt, daß der Wähler, wenn man ihn anspricht, versteht, worauf es letzten Endes ankommt.

Wenn wir dieses Europa und den EVG-Vertrag und die Steuerreform¹¹⁷ fertig

117 Zur zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsfragen („Kleine Steuerreform“) am 5. Mai 1953 Sten. Ber. 1. WP Bd. 16 S. 12800–12817. Zur dritten Lesung am 6. Mai vgl. EBD. S. 12899–12913. Zum Gesetz vom 24. Juni 1953 vgl. BGBl I S. 413–444.

haben, bis es zur Wahl kommt, dann müßte es doch merkwürdig zugehen, wenn wir unserem Volke nicht klarmachen könnten: Diese Regierungsmehrheit, die bisher gearbeitet hat, hat das geschaffen. Ihr müßt nun sorgen, daß sie bestehen bleibt!

Ich lege sehr großen Wert darauf, Herr Fay, daß vorher eine Befummelung [!] der Kandidaten stattfindet – ich meine die der anderen Parteien –, damit nicht nachher im Bundestag in der benachbarten Gesellschaft Gestalten auftauchen, die einem sehr unangenehm sind. Das kann man evtl. schon vorher erledigen, indem man den Leuten sagt: Ihr bekommt nicht unsere Stimmen, wenn ihr solche Leute aufstellt.

Zusammenfassend glaube ich, daß die ganze Vorlage zwar nicht das absolut Beste ist, aber wir haben das relativ Beste gemacht.

Schmidt: Wir können das Mehrheitswahlrecht nicht durchsetzen, weil wir in der Minderheit sind. In der Alternative könnten wir nur ein Verhältniswahlrecht durchsetzen. Wenn wir das vom Standpunkt des Verhältniswahlrechts aus betrachten, geht keine Hauptstimme zugunsten irgendeiner anderen Partei; im Gegenteil, wir bekommen unseren vollen Anteil im Proporz der Hauptstimmen zusätzlich derjenigen Mandate, die wir bei den 242 der ersten Gruppe gewonnen haben und im internen Proporz uns nicht anzurechnen lassen brauchen. Ich bitte, daß wir diesem Irrtum prinzipiell überall begegnen, wo er auftaucht.

Den anderen Gesichtspunkt, den Herr Präsident Ehlers brachte, bitte ich auch noch einmal durchzudenken. Es ist wirklich nicht prinzipiell ein Gegenseitigkeitsverhältnis auf der Kreisebene. Das Gegenseitigkeitsverhältnis besteht im Verhältnis zur Bundesliste, das wir als Äquivalent bieten bei der Anrechnung im internen Proporz. Auf der Kreisebene gibt es prinzipiell nicht den Gedanken des Gegenseitigkeitsverhältnisses, sondern den Gedanken der Stichwahl, und das bedeutet prinzipiell immer Unterstützung des Stärkeren. Das müssen wir unseren Partnern klarmachen.

Ich sehe also keine ideologischen Opfer, die die CDU im Gegensatz zu allen Wahlvereinbarungen, die wir bisher getroffen haben, bringen müßte.

Schäffer: Wir haben in Bayern ein sehr kompliziertes System¹¹⁸. Der Wähler kann unter allen Parteien irgendeinen Namen herausstreichen. Die Zahl der ungültigen Stimmen ist überraschend gering. Die Wähler haben in allen Gemeinden zu zwei Dritteln einfach die Liste ihrer Partei gewählt. Sie haben die Möglichkeit, gemischte örtliche Vertreter auch mitzuwählen. Also, es hat geklappt, obwohl – das gestehe ich offen – der Bayer im allgemeinen nicht als der Idealtyp unter den Wählern gilt. Infolgedessen muß es bei den andern auch klappen.

118 Das Gesetz über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Landeswahlgesetz) vom 29. März 1949 (GV S.69) in der Neufassung vom 27. September 1950 (GV S.128) mit der Änderung vom 22. Dezember 1952 (GV S.311) sah eine „verbesserte“ Verhältniswahl vor: Mit der Erststimme wird ein Direktkandidat im Stimmkreis (relative Mehrheitswahl), mit der Zweitstimme wird ein Listenbewerber auf der Wahlkreisliste gewählt; gewählt ist der Bewerber auf dieser Liste mit den meisten Erst- und Zweitstimmen, und zwar so viele, als für den Wahlkreisvorschlag Listensitze errechnet wurden.

Wir haben in Bayern 45 Mandate. Nachdem die CSU unter den Koalitionsparteien fast überall die stärkste ist, könnte sie damit rechnen, im Wege der relativen Mehrheitswahl von den 45 Mandaten 30 zu erobern. Nun kommen 45 Mandate auf der zweiten Liste. Dem Wähler steht es an sich frei, wem er seine Stimme zwei abgibt. Gewissenszwang wird nicht ausgeübt. Wenn ich mit diesen 30 Mandaten den Prozentsatz Stimmzahl aufgebracht habe, dann haben die Koalitionsparteien, mit denen ich mich verbunden habe, den Vorteil, daß die aufgebrachten Mandate der CSU ihnen zugute kommen. Ich stärke also die anderen Koalitionsparteien, die mir befreundet sind, auf Kosten der Opposition sozusagen. Ich glaube, daß das für den Wähler keine großen Schwierigkeiten macht. Er wird seinen Kandidaten wählen. Ich kann den Leuten von der CDU nicht zumuten, daß sie die Bayernpartei wählen. Sie werden m.E. die FDP wählen; aber das Hauptgewicht trifft den Kandidaten seiner Wahl, dem er die Stimme eins gibt.

Die Stimme zwei erspart dem Wähler nur eine zweite Stichwahl. Die Stichwahl hat Bedenken. Wir haben sie in der kaiserlichen Zeit gehabt. Man kann dem Wähler nicht zumuten, nachdem er im ersten Wahlgang gegen den Kandidaten der Opposition gekämpft hat, daß er nun bei der zweiten Stichwahl den Kandidaten der Opposition wählt. Ich erinnere an die Zeit, wo das Zentrum für die Kandidaten der Sozialdemokratie gestimmt hat gegen die Liberalen. Dieser Gewissenszwang kann in der Stichwahl am allerehesten auftreten, während hier der Wähler vollkommen frei ist. Also, moralische Bedenken kann man gegen das Wahlsystem nicht vorbringen.

Dichtel: Wir werden ein alle Leute befriedigendes Wahlgesetz nicht schaffen. Es wäre begrüßenswert gewesen, wenn dieses Wahlgesetz den Parteivorständen einmal zur Kenntnis gegeben worden wäre. Die Situation ist heute so: Nachdem es in den Koalitionsparteien abgesprochen worden ist und bereits die Regierung passiert hat ... (*Adenauer:* Ist nicht abgesprochen!)

Wir können nichts anderes – wie wir das immer tun – machen und werden dem Gesetz zustimmen müssen. Wir werden in der Öffentlichkeit nicht unsere Ministerien desavouieren können. Ich bedauere, das ist eine freie Entscheidung auf keinen Fall!

Ich will eine Bemerkung machen, selbst auf die Gefahr hin, eine Rüge zu bekommen. Der Herr Kollege aus Hessen hat sie bereits intensiv bekommen. Ich möchte noch einmal den Grundsatz aussprechen: Es ist sehr gefährlich, mittels eines Wahlgesetzes – ich möchte mich vorsichtig ausdrücken – sich irgendwie einen Einfluß zu sichern; denn eines Tages kann dieser Schuß gegen uns losgehen.

Eine andere Frage! Wie ist dieser Entwurf draußen im Lande aufgenommen worden? Vielleicht beantworten die einzelnen Herren die Frage mal selbst. Ich habe sehr viele positive Stimmen für diesen Gesetzentwurf bis jetzt nicht kennengelernt. Es kann sein, daß viele die Materie nicht kennen. Ich gebe offen zu, nachdem ich heute Gelegenheit hatte, mich mit der Materie etwas mehr vertraut zu machen, daß ich einige Einsichten gewonnen habe, die es vielleicht einigermaßen verdaulich ma-

chen, aber draußen in der Öffentlichkeit haben Sie mit diesem Entwurf bis heute sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Es wird draußen nicht verstanden, nachdem wir in der CDU ursprünglich nur für etwa 300 Abgeordnete im Bundestag plädiert und dann – nur widerstrebend – 400 konzidiert haben, daß man heute auf 480 hinaufgeht.

Herr Bundeskanzler, mit dieser Vermehrung um 80 Abgeordnete – die Erhöhung der Masse bedeutet niemals eine Erhöhung der Qualität – wird Ihnen die Arbeit, die Sie bisher hatten, bestimmt nicht leichter gemacht! Man hat den Eindruck bekommen, daß bei diesem Gesetz sehr weitgehend bayerische Einflüsse maßgebend gewesen sind. (*Teils Widerspruch, teils Heiterkeit.* – *Adenauer:* Herr Dichtel, in der ganzen Politik der Bundesregierung!) Das haben wir immer festgestellt!

Wenn man das ganze Bundesgebiet im Auge hat, dann mag dies zunächst einmal für manches Gebiet eine Verbesserung bedeuten, aber ich muß doch darauf hinweisen, daß wir in den Gebieten, die bis heute unsere Domäne gewesen sind – ich denke an Südwürttemberg, an Nordbaden, zum Teil an Südbaden, an Rheinland-Pfalz –, mit diesem Wahlgesetz erhebliche Verschlechterungen eintauschen. (*Von Lex:* Nein. Nein! – *Unruhe.*) Doch, Herr von Lex, das werden Sie nicht bestreiten können. Wir können in diesen Gebieten doch nicht unseren Gegnern die Möglichkeit zuspiesen, uns verschiedene Gebiete abzujagen. (*Tillmanns:* Die werden verrechnet!) Das gebe ich nicht zu; denn die 60 %, die bisher gewonnen waren, kommen nur indirekt hinzu. Ich möchte also die Bedenken für unsere Gebiete gegen diesen Gesetzesentwurf angemeldet haben. Wir werden in unserer heutigen Domäne erhebliche Schwierigkeiten bekommen. Hoffentlich gelingt es uns, sie zu beseitigen.

Hoffentlich erleben wir mit diesem Gesetz nicht eine zweite politische Belastung, wie wir sie mit den Verträgen erleben. Die SPD wird ablehnen und gegen uns vorgehen, und es kommt der bekannte Gerichtsweg, den ich scheue. Hoffentlich werden wir rechtzeitig eine Entscheidung haben.

Die SPD wird zweifellos dafür sorgen, daß sie sich in den Kreisen des BHE die Hilfsstimmen für sich sichert. Vielleicht erzielen wir eine Wirkung, die wir nicht haben wollen. Ich habe den Wunsch, daß wir im internen Proporz nicht die FDP-Stimmen sichern; denn die FDP ist nicht abgeschlossen; hoffentlich wird sie nach den Wahlen hundertprozentig zu uns stehen. Mir wäre das revidierte alte Wahlgesetz mit den ausgemerzten Fehlern lieber gewesen. Aber wir werden aus unserer Heerbannstreue heraus auch heute einfach nur zustimmen können.

Adenauer: Herr Dichtel hat sich mit Recht darüber beklagt, daß diese Vorlage den einzelnen Landesverbänden nicht früher zugegangen ist. Herr Dichtel, wir arbeiten an diesem Wahlgesetz, ich weiß nicht, wie lange schon; ich glaube, seit über einem Jahr. Herr Scharnberg, der leider weg mußte, hat sich in hingebender Weise bemüht, etwas herauszubekommen, was gerecht ist und dem Bundesverfassungsgericht keine Handhabe bietet und was letzten Endes auch uns das Dasein erleichtert.

Schließlich hat der Vorstand unserer Fraktion gesagt: Nun macht voran und macht eine Kabinettsvorlage und sorgt, daß die Sache losgeht.

Herr Präsident Ehlers hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Zeit drängt. Das ist auch der Grund – es ist keine Vernachlässigung –, warum Sie nicht vorher in den Besitz gekommen sind. Wesentliche Gesichtspunkte bei diesem Gesetzentwurf waren folgende: 1. wollten wir die kleinen Parteien ausmerzen; denn wir wissen nicht, was an kleinen Parteien kommen wird, 2. wurde die Ansicht vertreten, daß, von besonders gelagerten Fällen in einzelnen Teilen des Bundesgebietes abgesehen, die BHE-Wähler im allgemeinen nicht sozialdemokratisch wählen, (*Zurufe*: Sehr richtig!) daß aber die Leitung des BHE das Bestreben hat, eine gewisse Anzahl von Mandaten in die Hände zu bekommen, um dann bei der Bildung der Bundesregierung darüber zu handeln, wie wir das in Niedersachsen erlebt haben. Man war hier der Auffassung, daß bei einer solchen vorweggenommenen Stichwahl die BHE-Anhänger – nicht überall, aber doch in der Hauptsache – als zweiten Kandidaten nicht den sozialdemokratischen Kandidaten wählen würden, sondern einen anderen, und daß man dadurch dieses Manöver des BHE kaputt mache. Mit dem Herrn Kraft vom BHE hat Herr Hellwege verhandelt¹¹⁹. Herr Kraft hat es ausdrücklich abgelehnt, irgendeine Bindung nach links oder rechts des Grabens einzugehen.

Dieser Gesetzentwurf hat neben seinen schwachen auch gute Seiten, und ich bitte Sie, das bei der Beurteilung zu berücksichtigen.

Noch ein Wort wegen der Vermehrung der Abgeordneten. Es werden für die verschiedenen europäischen Einrichtungen einzelne Abgeordnete abgestellt werden müssen, so daß wir unbedingt innerhalb des Bundestages über eine genügende Anzahl von Leuten verfügen müssen für die verschiedenen Ausschüsse. (*Dichtel*: Müssen das Bundestagsabgeordnete sein?) Darüber kann Herr von Brentano Auskunft geben, ob das Bundestagsabgeordnete sein müssen, die in die verschiedenen europäischen Einrichtungen delegiert werden. (*Von Brentano*: Nein, muß nicht! – *Dichtel*: Also ist eine glänzende Lösung zu finden!) Es muß nicht sein, aber lassen Sie sich von Herrn Brentano auch sagen, wer da hineinkommen kann.

Von Brentano: Wir haben lediglich die Methode vorgesehen, daß es nicht unbedingt Männer aus den Parlamenten sein müssen. Ich möchte aber sehr klar aussprechen: Wir waren alle der Meinung, daß es – zumindest in der Übergangszeit – absolut notwendig ist, wenn überhaupt diese europäischen Gremien gute Arbeit leisten sollen, daß diese Verstärkung durch die Parlamente gegeben wird. Ich glaube, das liegt auf der Hand, weil sich sonst Fremde gegenüberstehen, so daß ein unmittelbarer Einfluß nicht gewährleistet ist.

Hofmeister: Wenn die SPD diesen Entwurf als Koalitionssicherungsentwurf bezeichnet hat, dann bin ich in der Lage, das niedersächsische Wahlgesetz als SPD-Sicherung zu bezeichnen; denn dann gibt man mir Material in die Hände, auch

119 Eine Aufzeichnung über diese Verhandlung existiert – lt. Schreiben von Ministerpräsident a.D. Hellwege vom 19. März 1985 – nicht.

dagegen vorzugehen. Die SPD hat 1950 – und das war der letzte Grund, weshalb wir aus der Koalition mit der SPD ausgeschieden sind – gar keine Hemmungen gehabt, das aus der Zersplitterung zu ihrem Nutzen auszuwerten, was gegen uns gewirkt hat und für sie nützlich war.¹²⁰

Irgendein Bedenken sollte in der Beziehung auf der CDU-Seite überhaupt nicht bestehen, hier alle Möglichkeiten im Rahmen der Verfassung auszuschöpfen, um die SPD von vornherein zu schlagen. Der SPD wäre es auch nicht gelungen, wenn diese unheilvolle Zersplitterung ihr nicht zur Hilfe gekommen wäre.

Beschwerden seitens der Organisationen unserer Landesverbände gegenüber der Prozedur der Bundesregierung können nicht vorgetragen werden. Der Wahlausschuß der Bundes-CDU beschäftigt sich seit einem Jahr damit. Vom niedersächsischen Standpunkt aus kommen wir mit dem Wahlgesetz zurecht. Ich muß seit sechs Jahren jonglieren mit der CDU. Das wird zum Teil in der Bundesrepublik nicht verstanden.

Noch ein Wort zu den Ausführungen des Herrn Meyers über die Kommunalwahlen, damit kein falsches Bild entsteht. Aus der Analyse über die Kommunalwahlen, die die Bundesgeschäftsstelle gemacht hat¹²¹, bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, daß wir von 16 Oberbürgermeistern 6 von der CDU und von 60 Landräten 16 stellen, wobei noch 2 Parteilose in Rechnung gestellt sind, die vielleicht zu 50 % zur CDU zu rechnen sind, während die SPD von 16 Oberbürgermeistern nur noch 2 und von 60 Landräten nur noch 10 hat. Die SPD hat aufgrund einer geschickten Taktik von uns 6 Oberbürgermeister und 6 Landräte verloren, dazu 229 Abgeordnete auf der Kreisebene und 5.000 Gemeinderäte. Es sollte unser erstrebenswertes Ziel sein, die SPD zu schlagen.

Ich darf sagen, wenn dieser Entwurf Gesetz wird, werden wir damit fertig werden. Der BHE hat bei uns in 95 % der Fälle auf der Kreis-, Stadt- und Gemeinde-Ebene mit uns die Mehrheit.

Adenauer: Aber die Leitung oben denkt anders!

Fricke: In der vorweggenommenen Stichwahl werden sich bei uns die BHE-Wähler für einen nichtsozialistischen Kandidaten entscheiden mit ihrer Hilfsstimme.

Adenauer: Wir sind Herrn Hofmeister sehr dankbar für die Hinweise, und wir müssen der niedersächsischen CDU insgesamt unseren herzlichsten Dank dafür aussprechen, was sie in Niedersachsen unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen erreicht hat.

120 Die niedersächsische Landtagsfraktion der CDU hatte am 9. August 1950 ihre Minister Fricke, Hofmeister und Strickrodt aus dem Kabinett Kopf zurückgezogen wegen der Absicht der SPD, im Wahlgesetz die Bildung von Wahlblocks zu verbieten (vgl. AdG 1950 S. 2527; FRATZSCHER S. 96).

121 Analyse der Kommunalwahl 1952 in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen (zusammengestellt von Peter Müllenbach. Dezember 1952 – ACDP VII-003-041/7). – Peter Müllenbach (geb. 1919), bis 1951 Landesgeschäftsführer Rheinland-Pfalz, 1951–1966 CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1966–1984 Unionbetriebsgesellschaft.

Nordrhein-Westfalen kann sich – verzeihen Sie den Ausdruck – eine ganze Scheibe davon abschneiden! (*Lensing*: Von unseren Bürgermeistern habe ich noch nicht gesprochen!) Lassen wir das mal; aber zugegeben!

Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben die Sache der CDU sehr gefördert in der letzten Zeit, und wir in Nordrhein-Westfalen haben allerhand nachzuholen. Ich gehöre auch dazu!

Ich darf Herrn Präsidenten Ehlers bitten.

Ehlers: Es wäre außerordentlich erfreulich, wenn wir zu jedem Thema der Tagesordnung eine Aussprache hätten. Ich finde das ausgezeichnet, auch wenn wir verschiedene Meinungen haben. Es ist von der schlechten Wirkung gesprochen worden, die dieser Wahlgesetzentwurf nach außen gehabt hat. Das ist wesentlich unsere eigene Schuld. In demselben Augenblick, als dieser Gesetzentwurf kam, hat das volle Trommelfeuer der SPD mit Presse und Rundfunk dagegen eingesetzt. Und unsere sogenannten bürgerlichen Zeitungen und zum Teil wir selbst haben in einer nach meiner Überzeugung völlig unvertretbaren scheinbaren Objektivität in dieses Geheule eingestimmt, und zwar in dem Augenblick, als man in Niedersachsen ein Ad-hoc-Wahlgesetz machte und dabei sogar die 5 % beseitigte, damit die vier Zentrumsleute hineinkamen.¹²²

Ich darf Herrn Kollegen Wuermeling sagen, daß die Ankündigung und die Themastellung in der Versammlung in Frankfurt, in der Sie mitgewirkt haben, einen außerordentlich destruktiven Eindruck gehabt hat. Wenn der Herr Sternberger, den wir aus der „Gegenwart“¹²³ und auch sonstwie kennen, sich zum Schimpfhalter [!] macht, gehört das nicht zum objektiven Tatbestand, sondern es ist eine Zielsetzung, die der gegenwärtigen Bundesregierung nicht vorteilhaft ist.

Wir haben ein Interesse daran, ein Wahlgesetz zu machen, das für uns so günstig wie möglich ist und das man vom Grundgesetz her nicht beanstanden kann. Das ist die einzige Frage, die wir stellen können. Wir müssen das Beste machen, was überhaupt geschehen kann. Und das scheint mir dieses Wahlgesetz zu sein.

Wenn wir kein Verhältniswahlrecht und das alte Bundestagswahlgesetz von 1949 nicht wieder haben wollen – darüber sind wir alle einig –, haben wir nur ein Interesse daran, ohne daß wir nun auf ewige Zeiten uns mit irgendwelchen Leuten in politische Zwigigkeiten begeben wollen, zu verhindern, daß dieses Mal durch eine Konstruktion des Wahlgesetzes die vielfarbigen Hilfsvölker der SPD so stark werden, daß die SPD mit Heinemann usw. zu einer Mehrheit kommt.

Wir haben das legitime Recht, zu versuchen, ein Wahlgesetz zu schaffen, das im Rahmen der Verfassung bleibt. Das ist selbstverständlich. Aber das Gesetz soll so

122 Vgl. Nr. 19 Anm. 36. – Das Zentrum war mit Johannes Bank, Gregor Dall, Wilhelm Erpenbeck und Otto Krapp im Landtag vertreten (Handbuch der 2. WP des Niedersächsischen Landtags 1951).

123 „Die Gegenwart“, eine Halbmonatsschrift, erschien seit 1945 in Frankfurt. Sternberger war Mitherausgeber und Autor.

günstig für uns wie möglich sein. Wenn die SPD die Mehrheit hätte, dann möchte ich nicht wissen, welches Wahlgesetz wir dann schlucken müßten. Das haben Sie in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen erlebt. Das ist überall da, wo die SPD die Mehrheit hat.

Daß man den Parteivorstand nicht vorher hat fragen können – na schön, vielleicht kann man das für die Zukunft abstellen. Ich bin der Meinung, daß die politische Entscheidung im Parteivorstand fallen soll und daß er nicht nur die Schlachtberichte entgegenzunehmen hat, wenn die Schlacht geschlagen ist. Aber so weit sind wir noch nicht, weil die Fraktion ihre Entscheidungen noch nicht getroffen hat. (*Zuruf*: Morgen abend!) Ich meine, es sollte, wenn der Parteivorstand diesem Vorschlag zustimmt – es hat keinen Zweck, vorher die Zusatzprotokolle zu machen –, festgestellt werden, daß man es bei allen Bedenken so oder so machen soll. Dann sollte man diese Meinung der Fraktion zuleiten, damit diese in einer klaren Zielsetzung ihren Weg gehen kann.

Adenauer: Das war ein sehr klärendes Wort. Ich möchte vorschlagen, daß wir dem folgen! (*Wuermeling meldet sich.*) Was Sie sagen, beeinflußt die Abstimmung nicht! (*Wuermeling*: Doch!) Dann bitte!

Wuermeling: Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß dieser jetzt besprochene Wahlgesetzentwurf besser ist als das bisherige Bundestagswahlgesetz; also das kleinere Übel gegenüber dem bisherigen. Hinter diesen Dingen steht für uns alle, so darf ich wohl sagen, der Gedanke des Mehrheitswahlrechts nach unserem Entwurf. Ich weiß – ich bin nicht blind –, daß wir den nicht durchbekommen, aber es besteht nach dieser Diskussion kein Zweifel darüber, daß dieser Wahlgesetzentwurf der Bundesregierung einen schweren Start im Land draußen haben wird, zumal wir festgestellt haben, daß die Länder sich sehr stark auf die Sache gestürzt haben.

Wir haben in der eigenen Partei manche Einwände und Schwierigkeiten; gar nicht zu reden, Herr Kaiser, von der politischen Bindung an die FDP, die dieser Zusammenhang in sich birgt, um die wir nicht herumkommen.

Ich meine, wir müßten den Start dieses Gesetzentwurfes dadurch erleichtern, daß wir ganz klar herausstellen, daß wir eigentlich etwas anderes wollen, nämlich das absolute Mehrheitswahlrecht; wir sind aber nicht durchgekommen. Infolgedessen mußten wir in den sauren Apfel beißen. Das ist taktisch viel besser, als wenn wir, ehe diese offizielle Schlacht geschlagen ist – ich nenne sie ausdrücklich „offiziell“ –, an die Öffentlichkeit bringen: Der Parteivorstand tritt für dieses Wahlrecht ein.

Wir müßten eindeutig sagen: Wir treten nach wie vor – wie im Parlamentarischen Rat – aus den bekannten Gründen für das Mehrheitswahlrecht ein. Das imponiert gerade bei den Kreisen, an die wir nicht so leicht herankommen, nämlich bei den parteifeindlichen Kreisen.

Adenauer: Lieber Herr Wuermeling! Jeder von uns weiß das. Sie sprachen eben vom reinen Mehrheitswahlrecht. Bleiben wir einmal beim relativen Mehrheitswahlrecht. (*Wuermeling*: Das ist auch rein!) Ja, moralisch und rein, das wird allmählich

eine Ideologie mit dieser Wählergemeinschaft¹²⁴. Das sind diejenigen, die sonst nichts zu tun haben und nun in diesem Wahlrecht herumschwelgen. Einige Herren unserer Fraktion haben den Antrag eingereicht. Sie können im Plenum nachher darüber sprechen. Das genügt doch. Warum sollen wir mit Theorien anfangen? Dazu sind wir wirklich nicht da. (*Zurufe*: Abstimmen!) Da fällt das Wort „abstimmen“.

Herr Schäffer muß fort. Wir wollen seinen Vortrag über die Steuerreform noch hören. Ich bitte Sie, lassen wir das Grundsatzspiel jetzt beenden. Hoffentlich sehen wir uns in vier Jahren wieder. Dann fangen wir die Geschichte wieder von neuem an.

Darf ich feststellen, daß rebus sic stantibus – um Ihnen Genüge zu tun, Herr Wuermeling –, wie die Dinge nun einmal sind, der Parteivorstand der Auffassung ist, daß die Grundsätze dieses Gesetzentwurfes zugrunde gelegt werden sollen? Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. (*Dichtel*: Wollen Sie nicht feststellen, daß wenig Begeisterung vorhanden ist?) Lieber Herr Dichtel! Wenn Sie wüßten, mit wie wenig Begeisterung ich oft meine Arbeit tue! (*Heiterkeit*.) Also, meine Damen und Herren! Ich bitte nun Herrn Schäffer, das Wort zu nehmen zur Steuerreform.

STEUERREFORM

Schäffer: Zwei Seelen wohnen in meiner Brust – wegen des Wortes Begeisterung, wenn ich morgen oder übermorgen im Bundestag das Programm bekanntgebe¹²⁵ und die Bedenken sehe, wenn ich sage, daß die Gründe für die Einkommensteuerreform zwingend sind. Es wird der Bundesregierung am Mittwoch ein Gesetzentwurf vorgelegt, der den schönen Titel haben wird: Zur Sicherung der Wirtschaft und der Haushaltsführung¹²⁶. Das ist ein Gesetzentwurf, der die Einkommensteuerreform und eine allgemeine Tarifsenkung enthält. Ich gebe den wesentlichen Inhalt dieses Gesetzentwurfes bekannt und bemerke, daß mit den hauptbeteiligten Ressorts, dem Wohnungsbau- und Verkehrsministerium, eine grundsätzliche Einigung erzielt ist. Ich hoffe, daß es im Kabinett in folgedessen Schwierigkeiten nicht mehr geben wird.

Der Grundgedanke des Gesetzentwurfes ist der, eine allgemeine Tarifsenkung auf der einen Seite und ein systematischer, schrittweiser – weil nicht gleich erreichbar – Abbau der Steuervergünstigungen auf der anderen Seite.

124 Gemeint ist die „Deutsche Wählergesellschaft“ (vgl. dazu LANGE S. 307ff.).

125 Zu den Ausführungen Schäffers am 28. Januar 1953 vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11778–11797, insbes. S. 11792ff.; vgl. auch AdG 1953 S. 3842).

126 Gesetzentwurf zur „Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung“ (Drs. Nr. 4092); Gesetz (sog. Kleine Steuerreform) vom 24. Juni 1953 (BGBl I S. 413).

1. Das System der Steuervergünstigungen und damit der verschiedenen Kategorien von Steuerzahlern soll grundsätzlich abgebaut werden.

2. Die Anpassung des progressiven Systems unserer Einkommensteuer an die gesunkene Kaufkraft soll dadurch erreicht werden, daß eine Senkung der Tarife vorgenommen wird.

Hierzu wird die Freigrenze erhöht. Die Erhöhung der Freigrenze erfolgt unter dem Familiengedanken. Die Freigrenze wird erhöht für den Ledigen von DM 750,- auf DM 800,-, für die Ehefrau von DM 600,- auf DM 800,- und für die Kinder, vom dritten Kind ab, auf DM 720,-. Diese Erhöhung des Freibetrages für die Ehefrau und die Erhöhung der Freibeträge für die Kinder vom dritten Kind ab muß ein Äquivalent finden in dem Abbau der in sich unlogischen und ungerechten Vorschrift des § 43 EStDV¹²⁷. Diese Vorschrift entstand in der Hitlerzeit, als ohne Rücksicht auf die Familie die Frauen aufgrund des Kriegsrüstungsgesetzes arbeiten mußten. Die Bundesregierung gibt die Erhöhung des Freibetrages für alle Ehefrauen und will alle Ehefrauen gleichstellen. Sie will die Benachteiligung der Mutter einer kinderreichen Familie, die ihre ganze Arbeitskraft der Familie und der Kindererziehung widmen muß, aufheben.

Aus technischen Gründen läßt sich die künftig vorgesehene gemeinsame Veranlagung der Ehegatten auch bei Lohnsteuerpflichtigen nur im Wege der Veranlagung, also frühestens im Kalenderjahr 1954 für das Jahr 1953 durchführen. Sie läßt sich auch dann technisch nur durchführen für Ehegatten, deren Einkommen zusammen DM 7.200,- übersteigt. Die Ehepaare mit einem kleinen Arbeitseinkommen werden für 1953 infolgedessen überhaupt nicht betroffen.

Gleichzeitig soll die Tabelle B der veranlagten Einkommensteuer und die Tabelle C der Lohnsteuer, die für diese Einkommensschichten die Wirkung der Freigrenzen und Familienermäßigungen einschränkten¹²⁸, überhaupt wegfallen. Dadurch wird gerade bei den kleinen Einkommensteuerzahlern eine neue beträchtliche Erleichterung der Steuerlast eintreten.

Darüber hinaus sollen die Tarife durchschnittlich um 15 % der bisherigen Steuerlast gesenkt werden. Da der jetzige Tarif sich treppenförmig aufbaut und der neue Tarif eine möglichst gleichzeitige Steigerung bringen soll, kann diese Entlastung zwischen 13,8 und 17 % schwanken. Der höchste Steuersatz soll künftig 70 % betragen, während er bisher bis zu 93 % ging.

Sofort wegfallen sollen die Vergünstigungen nach § 32b des Einkommensteuer-

127 Nach dieser Vorschrift schieden Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit der Ehefrau in einem dem Ehemann fremden Betrieb bei der Zusammenveranlagung zur Einkommensteuer aus.

128 Durch die Tabelle B (für die Lohnsteuer entsprechend Tabelle C) wurden die kleineren Einkommen (bis 5.000,-DM) etwas stärker belastet, als es der allgemeinen Grundtabelle (Tabelle A) entsprach.

gesetzes¹²⁹. Die Handhabung des § 32b war für die Verwaltung mit großen Schwierigkeiten verbunden. Wegfallen sollen ferner die Landarbeiterfreibeträge, die durch § 4 der Zweiten Lohnabzugsverordnung vom 24. April 1942 zum 1. Juli 1942 eingeführt waren¹³⁰, aber in den späteren Jahren in der Mehrheit der Länder wieder abgeschafft worden sind.

Eingeschränkt werden sollen die Bestimmungen des § 7c und des § 7d¹³¹. Auf diesen Gebieten sind starke Mißbräuche vorgekommen. Solche Darlehen wurden häufig durch Inserate von Stellen erworben, die den stolzen Namen „staatliche Finanzierungsorgane“ trugen. Sie wurden dann dem Wohnungsbau vielfach erst auf Umwegen zugeführt und zunächst zu anderen Finanzierungszwecken verwendet; dabei machten die zwischengeschalteten Stellen Zinsgewinne. Andererseits gab es sogar Fälle, in denen der steuerbegünstigte Geldgeber sich den Gegenwert des hingegebenen Darlehens im Kreditwege wieder beschaffte. Durch die neue Fassung der Bestimmungen sollen derartige Mißbräuche unmöglich gemacht werden.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1955 ab soll eine Reihe von zeitbedingten Steuervergünstigungen aufgehoben werden. Wir hoffen, daß das ethische Ziel der Lastenausgleichsgesetzgebung zehn Jahre nach Kriegsende erreicht sein wird, so daß wir keine verschiedenen Kategorien von Steuerzahlern mehr haben, sondern daß Heimatvertriebene und Einheimische unter den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und Wettbewerbsverhältnissen im Jahre 1955 veranlagt werden.

Es sollen also die Bestimmungen des § 33a für Flüchtlinge, Vertriebene und Verfolgte und die Bestimmungen des § 33b zur Wiederbeschaffung von Hausrat vom 1. Januar 1955 wegfallen¹³².

Aufgehoben sollen ferner werden die Bestimmungen der §§ 7c, 7d, also die Steuervergünstigungen für Aufwendungen zur Förderung des Wohnungsbaues und des Schiffbaues sowie zum Ersterwerb von Genossenschaftsanteilen und für Beiträge aufgrund anderer Kapitalansamlungsverträge.

Diese Steuervergünstigungen waren berechtigt, solange es einen Kapitalmarkt nicht gab. Wir haben das Kapitalmarktförderungsgesetz geschaffen¹³³. Es soll diese Einkommensteuerreform noch insoweit ausgebaut werden, als der alte Gedanke wieder aufgegriffen wird, den Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Gewinne von 60 auf 40 % zu senken.

129 Nach dieser Vorschrift war auf Antrag des Steuerpflichtigen auf Gewinn aus Gewerbebetrieb (anstatt der Einkommensteuertabelle) der Körperschaftsteuersatz anzuwenden.

130 RGBI I S. 290; vgl. auch Drs.Nr. 1249.

131 Die Vorschriften enthielten Steuervergünstigungen für Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues (§ 7c EStG) und des Schiffbaues (§ 7d EStG).

132 Gemeint sind § 33 und § 33a EStG. § 33 erleichterte bestimmten Steuerpflichtigen, insbes. Teilgeschädigten, die Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung. § 33a sah Freibeträge für Totalgeschädigte, Spätheimkehrer, Flüchtlinge und Vertriebene vor.

133 Vom 15. Dezember 1952, BGBl I S. 793 (enthielt eine steuerliche Sonderregelung für Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren als Anreiz zum Erwerb und Besitz solcher Wertpapiere).

Durch diese Maßnahmen soll ein Anreiz geschaffen werden, auch an die Inhaber von Dividendenpapieren Erträge auszuschütten. Wenn der Aktienmarkt bisher nicht die Entwicklung nehmen konnte, die volkswirtschaftlich wünschenswert gewesen wäre, so hatte dies seinen Grund vor allem darin, daß die Aktionäre in den letzten Jahren Erträge aus ihrem Besitz kaum erhalten haben. Eine Beschränkung dieser Ermäßigung des Steuersatzes auf Aktiengesellschaften, die Dividenden von weniger als 6 % auszuschütten, ist nicht beabsichtigt. Ob eine solche Beschränkung für GmbH-Anteile eingeführt werden muß, ist noch offen.

Wir hoffen, eine Erhöhung im Lohn- und Preisgefüge zu erreichen, und ferner, daß die Ermüdung im Unternehmergeist, wie sie sich manchmal durch eine übergroße Steuerbelastung bemerkbar macht, überwunden und die Wirtschaft so stark wird, daß sie die neuen Aufgaben, die aus den Verträgen und aus den sozialen Verpflichtungen heraus an sie herantreten, erfüllen kann.

Wir hoffen weiter, daß durch die Stärkung der Wirtschaftskraft das Aufkommen in den nächsten Jahren wieder gesteigert wird; es handelt sich hier um eine einmalige Angelegenheit, die allerdings eine einmalige Kreditoperation des Bundes voraussetzt.

Die Einkommen- und Körperschaftsteuer fließt heute zu 37 % dem Bund, zu 63 % den Ländern zu. Es ist im Haushaltsgesetz vorgeschlagen, den Bundesanteil von 37 auf 44 % zu erhöhen¹³⁴. Nach Überzeugung der Bundesregierung könne jedoch diese Erhöhung des Bundesanteils gleichzeitig mit der Senkung des Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuern im Rechnungsjahr 1953/54 von den Ländern nicht getragen werden. Die Bundesregierung wird daher vorschlagen, die Erhöhung des Bundesanteils auf 40 % festzusetzen.

Die Zuschüsse sollen den Ländern, die mit Vertriebenenlasten und infolgedessen auch wegen der größeren Zahl der Schulkinder mit Schullasten überbürdet sind, helfen. Dadurch wird der zu vermutende Ausfall an Einkommensteuer in Höhe von rund 950 Millionen DM auf den Bundeshaushalt zugunsten der Länder übernommen. Das gesenkte Aufkommen wird ungefähr dem heutigen Aufkommen entsprechen. Wir rechnen insgesamt mit einem Ausfall von 1.000 Millionen. Wenn das Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer über die Steuerschätzung, die wir aufgrund der Steuerreform machen, in den nächsten Jahren hinaussteigt, muß sich der Bund dieses Mehraufkommen – aber nur bis zur Höhe des Risikos, das er trägt – zuführen. Das ist die Idee des Ganzen.

¹³⁴ Drs. Nr. 4006 (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11778; ebd. S.11808); für erledigt erklärt gemäß Drs.Nr. 4294 (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.16 S.12913). – Nach GG Art. 106 Abs. 3 konnte der Bund durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedurfte, einen Teil der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in Anspruch nehmen. Bis 1969 schwankte die Beteiligung des Bundes zwischen 33 1/3 v.H. und 39 v.H. (nach dem Gesetz vom 24. Juni 1953: 38 v.H.). Nach der Änderung des Art. 106 durch das Finanzreformgesetz vom 12. Mai 1969 (BGBl I S. 359) erhalten ab 1970 Bund und Länder je die Hälfte der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.

Damit die Kassenkraft des Bundes nicht in Gefahr gerät, muß der Kreditplafond, der heute 1.500 Millionen DM beträgt, auf 2.500 Millionen DM erhöht werden. Das sind 10 % der Etatsumme. Das ist also ein Spielraum, möchte ich sagen, von fünf bis sechs Wochen. Ich glaube, daß es kaum einen Betrieb gibt, der nicht einen Betriebsmittelkredit für eine solche Zeit in Anspruch nimmt. Von einer Gefährdung der Währung kann keine Rede sein.

Die Bedenken, die vorgebracht werden könnten, sind folgende:

1. Lieber Finanzminister, du redest davon, daß du Ausgaben vom ordentlichen Etat in den außerordentlichen Etat übertragen willst, um den Bundesanteil von 7 % Erhöhung zu vermeiden.

Hier muß ich sagen, das sind zwei Paar Stiefel. Auch bei der Einkommensteuersenkung mit einer einmaligen Operation für ein Jahr kann ich vertreten, daß ich, wenn ich eine solche Operation mache, mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit damit rechnen kann, daß das Mehreinkommen der nächsten Jahre mir die Abtragung der jetzt vorübergehend aufgenommenen Schuld ermöglicht. Ich kann aber nicht mit dauernden Lasten, die auf 30 Jahre immer wiederkommen und sich in den nächsten Jahren sogar noch steigern, die Zinsverpflichtungen überschreiten und auf eine ständige Schuld verweisen. Dann wächst die Schuld lawinenartig an.

2. Man könnte sagen, das Ausland wird bei den Verhandlungen über den Verteidigungsbeitrag Konsequenzen ziehen und mehr verlangen.

Ich kann dem Ausland sagen, unser Angebot über den Verteidigungsbeitrag ist seit langem gemacht, noch bevor an die Steuerreform gedacht war. Wir halten dieses Angebot aufrecht. Und das andere geht euch nichts an!

Zur Frage des Haushaltsausgleichs muß ich sagen: Unter der Voraussetzung, daß der Bundestag Haushaltsverschlechterungen vermeidet – soweit sie vermeidbar sind –, bin ich bereit, das Risiko zu tragen, wenn es auch – das gestehe ich offen – ein Wagnis ist und ein gewisser Mut zu dieser Operation gehört.

Adenauer: Wir danken dem Herrn Schäffer für seine Ausführungen. Das Wort hat Herr von Brentano.

Von Brentano: Ich bitte zunächst darum, daß man dem Gesetz einen anderen Namen gibt; sonst wäre es politisch und psychologisch verhängnisvoll. Außerdem zwängt sich die Frage auf: Ist hier eine Unsicherheit gegeben?

Schäffer: Gesetz über die Reform der Einkommensteuer nennen wir es.

Adenauer: Wollen Sie nicht etwas von der Senkung sagen?

Schäffer: Grundsätzlich bleibt sie der erste Schritt.

Von Brentano: Irgendwie sollte das Wort „Senkung“ dort stehen. Das wirkt besser als „Reform“.

Schäffer: Also gut! Zur Vereinfachung und Senkung der Steuer!

Von Brentano: Ich stimme vollkommen mit Ihnen überein, nur habe ich die Frage bezüglich des § 33b, ob man das jetzt schon in das Gesetz schreiben soll.

Schäffer: Das macht keine Schwierigkeiten, weil das schon in den Gesetzen

drinsteht. Wir müssen einen einheitlichen Plan haben, einen bestimmten Stichtag, um ein Jahr vorzuverlegen.

Von Brentano: Wenn wir diese Frage der Vergünstigung für Heimatvertriebene und Bombengeschädigte unmittelbar vor der Wahl expressis verbis aufheben, bekommen wir eine Diskussion, die uns nur Schaden bringt. Wir könnten es später machen. Es läuft 1956 aus. Wenn sich die Notwendigkeit herausstellt, nachdem gewählt worden ist, können wir die Frist um ein Jahr verlängern.

Schäffer: Was von 33b gesagt wird, kann ich genauso sagen von 33a, von 7c und 7b. Und dann steht nichts mehr drin! Das Ganze muß ein Programm sein, das sich auch haushaltswirtschaftlich vertreten läßt. Über den § 33b wird sich kein Mensch aufregen, weil er es nicht spürt.

Von Brentano: Dann merken es die Leute später. Ich bin nur der Meinung, daß man es nicht vor der Wahl aussprechen sollte.

Wuermeling: Wir müssen damit rechnen, daß alle Interessentenhäufen jetzt bei der Verabschiedung des Gesetzes kommen und für sich Extrawürste haben wollen. Wir werden uns eisern verhalten und sagen: Diese Linie muß eingehalten werden! Diese Reform hat im Endeffekt einen familienfeindlichen Charakter. Das erste Kind bekommt überhaupt keine Ermäßigung des Freibetrages; das zweite Kind bekommt überhaupt keine, und das dritte Kind und mehr bekommen eine Ermäßigung um 20 %, also weniger als die anderen. Das ist eine Sache, die Sie gar nichts kostet, Herr Minister! Wir haben nur 15 % Kinder, die mehr als drei Kinder sind [!]. Es ist gar kein Objekt, wenn wir wenigstens ab drei Kinder nicht bloß diese kümmerliche 20%ige Erhöhung des Freibetrages machen, sondern erheblich hinausgehen. Was nützt es uns sonst, wenn wir in der Verfassung festlegen: Familie, Familie! Wir müssen etwas tun!

Schäffer: Eng beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen! Ich muß eine gewisse Grenze des Risikos setzen. Wir können bei den parlamentarischen Verhandlungen ruhig darüber reden. Die Regierung kann nur an die Öffentlichkeit treten, wenn sie sagen kann: Wir können es von uns aus mit ruhigem Gewissen tun.

Ehlers: Ich bekomme zahllose Briefe von den betroffenen Leuten. So schreibt mir ein Pfarrer aus Soltau, der 13 Kinder hat, daß er bei seinen DM 1.200,- DM 362,- Steuern zahle. Er sagt: Aus einem solchen Staat kann man nur auswandern. Der Mann hat 12 Kinder in der Berufsausbildung.

Schäffer: Dann müßte er einen Freibetrag von DM 8.000,- haben. Das ist doch sonst unmöglich!

Ehlers: Dann mag er falsch unterrichtet sein. Jedenfalls müssen wir in dieser Richtung aufklärend wirken!

Wuermeling: Hier überfährt Sie Ihre familienfeindliche Bürokratie! (*Bewegung.*)

Adenauer: Es hat doch keinen Zweck, daß Sie so mit dem Kollegen Schäffer sprechen! Sie müssen mit ihm sprechen: Was steckt da drin? Und es steckt wenig da drin. Ich würde empfehlen, Herr Schäffer, bitte überlegen Sie es bis morgen.

Gratl: Sachlich ist das überzeugend, aber im Wahlkampf ist unsere Situation nicht allzu leicht, Herr Minister Schäffer. Es gibt 2,8 Millionen erwerbstätige Frauen, die wählen. Die werden am stärksten betroffen von der gemeinsamen Veranlagung der Ehegatten. Vielleicht rechnen Sie aus, daß das bei vielen verhältnismäßig wenig ausmacht, insgesamt werden aber zunächst alle betroffen. Sie werden es alle an ihrem Geldbeutel merken, und dann sind sie alle äußerst unzufrieden. Ist es nicht möglich, daß Sie diese gemeinsame Veranlagung verschieben bis zum 1. Januar?

Schäffer: Entschuldigen Sie, dann haben Sie meinen Ausführungen nicht zugehört! Bei diesen Frauen tritt sogar eine Bevorzugung ein. Sie können nur im Wege der Veranlagung, also frühestens im Jahre 1954 herangezogen werden.

Gratl: Dann muß man es anders sagen.

Adenauer: Haben Sie gesagt: für das Jahr 1952?

Schäffer: Für das Jahr 1952/53 bleibt es beim bisherigen Stand. Es werden also alle nach dem Vorjahre veranlagt, die kein Einkommen über DM 5.000,- haben, außer, das Finanzamt fordert es an.

Gratl: Was macht das aus?

Schäffer: 150 bis 200 Millionen DM. Das gilt für diejenigen mit einem Einkommen von über DM 7.200,-.

Strickrodt: Der Finanzausschuß hat sich am letzten Montag nach einem Vortrag des Staatssekretärs Hartmann – der genau das sagte, was wir von Herrn Schäffer gehört haben – alles sorgfältig überlegt, und er hat sich dann einstimmig zu den Vorschlägen, die wir eben gehört haben, bekannt. Er stellt die Wünsche, die aus den Vorschlägen der Unternehmungen und Organisationen stammen, zurück. Inwieweit es tragbar sein wird, diese Überbelastung der Unternehmungen über eine längere Frist hin zu tragen, vermögen wir nicht zu sagen.

Wir hielten es nicht für unsere Aufgabe, in eine Einzelkritik einzutreten, weil noch keine formulierten Vorschläge vorlagen. Der Fraktion steht der Finanzausschuß weiter zur Verfügung. Ich bitte Sie, bei Ihren Beratungen davon Gebrauch zu machen. Sie werden nicht alles so annehmen, wie es vorgesehen ist; es werden sich Variationen ergeben. Aber es kommt darauf an, daß das, was hier geschehen soll, auch politisch wirksam wird, nicht nur im Hinblick auf die Wahl, sondern auch im Hinblick auf die Wirtschaft. Ihr muß gesagt werden, daß auch sie aufgrund dieser Maßnahmen gewisse Chancen hat, wenn auch zum Teil nur indirekt, namentlich darin, daß ihr Umsatz gesteigert werden kann. Direkte Vorteile sind bei den Körperschaften nicht vorhanden. Zum Teil sind sie vorhanden bei größeren Unternehmungen, bei Offenen Handelsgesellschaften usw. durch die Senkung des Plafonds. Es fallen zweckbestimmte Vergünstigungen weg. Wir müssen der Wirtschaft sagen, sie soll die gegebenen Chancen wahrnehmen. Das hat eine gute psychologische Wirkung.

Unsere Aufgabe bleibt die Große Steuerreform. Es ist zu erwägen, ob und was wir an Grundsätzlichem noch in unserem Wahlprogramm zu dieser Reform sagen. Das hier kann noch nicht das letzte sein. Wenn Herr Schäffer meint, daß wir heute

schon auf den 1. Januar 1955 reflektieren sollen, so ist das mehr eine psychologische Angelegenheit. Der Ausschuß unterstützt diese Vorlage. Es wird Ihnen aber aus den Kreisen der Wirtschaft noch vieles dazu gesagt werden in den nächsten Tagen.

Fay: Es ist niemand da, der nicht die Kleine Steuerreform begrüßt, aber es bleibt das bittere Gefühl zurück, warum ist sie nicht schon längst gekommen? Und sie kommt so verflucht nahe vor der Wahl. Heute morgen las ich: „Gehaltserhöhung im April für Beamte“. Ich bin selbst Beamter, ich bin nicht unmittelbar davon betroffen, weil es eine Bundesangelegenheit ist. Es ist ein altes Anliegen der Beamtenschaft, weil sie zu schlecht bezahlt wird. Wir werden also mit einem stark forcierten Volkswillen vor der Wahl zu rechnen haben. Beschneiden wir uns damit nicht die Möglichkeit, psychologisch gutes Vorfeld für die Wahl zu schaffen.

Ich fürchte, daß die Leute der Auffassung sind, das, was uns gegeben wird, steht uns eigentlich schon lange zu. Die Großen, die davon Vorteile ziehen, werden unsere Partei sowieso wählen müssen. Wenn wir also diese Freude damit bezahlen müssen, daß wir da, wo es psychologisch notwendig ist, nichts mehr tun können, dann wird das eine bittere Sache bleiben. (*Zuruf:* Komisch ausgedrückt!) Der Anteil des Bundes soll also nicht auf 44, sondern auf 40 % festgesetzt werden. Leider Gottes ist das Wort von den 44 % schon ins Volk hineingeschleudert worden. Die SPD hat natürlich nichts Eiligeres zu tun, um nun zu sagen: Das ist die erste Auswirkung der EVG-Verträge. Ich bezeichne es als psychologischen Fehler, daß man nicht noch etwas mit der Herausgabe der Zahl gewartet hat. 40 % klingt mir schon friedlicher als 44 %. Es ist bedauerlich, daß es passiert ist!

Adenauer: Was haben Sie an Gewerbesteuer eingenommen? (*Fay:* Das betrifft doch alle Städte!) Das beglückt alle Städte! (*Fay:* Gott sei Dank, sonst wäre es nicht möglich gewesen, alle Aufgaben zu erfüllen.)

Wackerzapp: Ein Punkt, der noch nicht berührt worden ist, aber in der Bevölkerung große Sorge macht, ist die Aufhebung der Subventionierung des Konsumbrottes.¹³⁵ Alles, was mit dem Brot zusammenhängt, wird von der Bevölkerung mit Aufmerksamkeit verfolgt. Wir haben gehört, daß die Subventionierung des Brotes aufhören soll. Herr Schäffer hat den Auftrag bekommen, die Subvention zu streichen, aber dafür zu sorgen, daß die betroffenen Kreise sich nicht schlechter stehen. Für die kleinen Leute, die für die Politik nicht viel übrig haben, spielt das eine entscheidende Rolle.

Außerdem trifft uns ungünstig die Mieterhöhung, die von den kleinen Leuten nicht verstanden und nicht gewürdigt wird.¹³⁶

Bei der Beamtenbesoldung spielt der Komplex der Lehrerschaft eine bedeuten-

¹³⁵ Der Ernährungsausschuß des Bundestags hatte die Bundesregierung ermächtigt (Kabinettsbeschuß vom 23. Januar 1953), die Subventionen für das Konsumbrot mit Wirkung vom 15. Februar an zu streichen. Für sozial Bedürftige war ein Ausgleich vorgesehen (vgl. FAZ vom 24. und 26. Januar 1953).

¹³⁶ Die Mietpreiserhöhung beruhte auf der Verordnung vom 27. September 1952 (BGBl I S. 648).

de Rolle. Überhaupt ist in der Beamtenbesoldung unsere Situation außerordentlich ungünstig. Wir müssen sehen, wie die FDP uns den Rang abgelaufen hat durch eine hemdsärmelige, unverfrorene Situation, die aber leider nun in den betroffenen Kreisen einen außerordentlich guten Anklang gefunden hat, so daß die FDP eigentlich als die Partei gilt, die nur ein Herz für die Beamten hat, während die CDU bei den Beamten und 131ern weitgehend abgemeldet ist.¹³⁷ Wir als Regierungspartei können die maßlosen Agitationsbestrebungen niemals effektuieren; wir werden immer hinstehen, aber unser Verhalten wird von den Betroffenen nicht verstanden. Das ist stimmungsmäßig nicht gut.

Bezüglich der Hausratshilfe¹³⁸ darf ich auf folgendes verweisen: Achten Sie bitte darauf, in welcher raffinierten Form sich die sozialdemokratischen Bürgermeister und Landräte der Hausratshilfe bedient haben. Vor Weihnachten haben sie das mit aller Gewalt durchgepeitscht. Die Landräte und Oberbürgermeister sind zu den Witwen hingegangen und haben ihnen die Sachen überreicht. Das ging durch alle Zeitungen und hatte eine enorm werbende Kraft. Es war eine gute Taktik.

Es wäre zu wünschen, daß unsere CDU-Beamten in leitenden Stellungen auch diese Initiative entfalten würden. Das gilt insbesondere für den Lastenausgleich.

Eine außerordentliche Breitenwirkung hat auch das Altspargengesetz¹³⁹. Es ist von uns nicht richtig gewürdigt worden. Es sollte von uns viel ernster genommen werden. Im großen und ganzen ist es für uns mehr ein retardierendes als förderndes Moment.

Herr Kather hat davon berichtet, daß die FDP in raffinierter Weise an seine prominenten Leute herangetreten sei mit verlockenden Angeboten. Z.B.: Wir werden euch bei der kommenden Bundestagswahl bevorzugte Sitze geben, wenn ihr mit eurer Organisation in unser Lager überschwenkt. Das ist eine Gefahr, die durchaus ernstzunehmen ist. Die FDP hat den Vertriebenen gegenüber ungeheure Konzessionen gemacht.

Es wäre von außerordentlicher Bedeutung, wenn wir darüber Material bekommen könnten, daß die rechtsradikalen Elemente in der FDP auch mit den Sowjets Fühlung genommen haben, damit die FDP mit ihrem rechtsradikalen Flügel außer

137 Die FDP hatte eine Teuerungszulage für Beamte beantragt (Drs. Nr. 3814), die in die Drs. Nr. 3847 und schließlich in Drs. Nr. 4131 (Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Beamtenrecht vom 25. Februar 1953 – Synopse) einging. Das entsprechende Gesetz wurde am 27. März 1953 in BGBl I S. 81 veröffentlicht.

138 Hausratshilfe wurde – zurückgehend auf das Soforthilfegesetz des Frankfurter Wirtschaftsrats vom 8. August 1949 (WiGBl S. 205) – nach den entsprechenden Vorschriften des Feststellungs- und des Lastenausgleichsgesetzes gemäß der am 28. November 1952 vom Bundesausgleichsamt herausgegebenen Anleitung zur Weisung über die Gewährung der ersten Rate der Hausratshilfe gewährt (Amtl. Mitteilungsblatt des Hauptamtes für Sozialhilfe vom 22. November 1952).

139 Das Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altspargengesetz) trat am 14. Juli 1953 in Kraft (BGBl I S. 495–510).

Kurs gesetzt wird, insbesondere bei den Vertriebenen, die von den Sowjets absolut nichts wissen wollen.

Wuermeling: Bezüglich dieses Dritten Bundesergänzungsgesetzes sind wir im Beamtenrechtsausschuß ziemlich am Ende. Die Kinderzulage ist in Ordnung und die Wohnungsgeldsache; aber wegen der Lehrgeschichte muß ich ein Wort sagen, damit wir wissen, warum der Beamtenrechtsausschuß – nicht im Endergebnis, aber in der Methode – von dem Regierungsentwurf abweicht.¹⁴⁰

Der Regierungsentwurf lehnt zunächst den Antrag des Bundesrates ab, die Volksschullehrer in die dritte Stufe ihrer Besoldungsgruppe zu bringen. Nun laufen die sozialistischen Kultusminister bei ihren Lehrern herum und sagen: Der Bundesrat ja, aber der Bundestag und die Bundesregierung tun das nicht. Die Bundesregierung hat nun vorgeschlagen, daß ein Teil diese Zulagen bekommen soll. Wenn das nun beschlossen wird, dann sagen die Sozialisten, wenn die Bundesregierung uns nicht gestoppt hätte, dann hätten wir euch mehr gegeben, aber der böse Bundesfinanzminister hindert euch daran.

Ich habe am 31. Dezember einen ausführlichen Antrag an den Vorsitzenden des Beamtenrechtsausschusses gerichtet¹⁴¹, in dem diese 20%ige Geschichte eingehend begründet und auch die finanzpolitische Auswirkung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden behandelt ist. Diese Geschichte hat sich jetzt die Koalition zu eigen gemacht. Vor drei Tagen hat uns der Herr Bundesfinanzminister erklärt: Ich kann natürlich nicht Ja sagen, sonst kommen die Länder und sagen, du mußt es ja haben.¹⁴² Es muß versucht werden, mit dem Bundesrat einig zu werden. Das habe ich auch angestrebt.

Gestern stellt sich nun der Herr Miessner¹⁴³, der an keiner Verhandlung über diese Dinge beteiligt gewesen ist, in Cuxhaven hin und verkündet der staunenden Beamtenschaft: Ab 1. April bekommt ihr 20 % mehr. Ich, der Herr Miessner, kann euch das sagen.

So arbeitet der Mann seit Monaten in den Kreisen der 131er und hetzt gegen uns, wie er nur kann. Er schreibt in Briefen an eine Organisation der Angestellten in Hamburg, daß die CDU der Erhöhung der Angestelltegehälter durchaus negativ gegenüberstehe. Deswegen müsse man mit der SPD Fühlung nehmen. Und den Mann bekommen wir nicht an die Kandare. Wir müssen damit rechnen, daß dieses

140 Gesetzentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts (Drs. Nr. 3847) mit den Änderungsvorschlägen des Bundesrats sowie der Stellungnahme der Bundesregierung; Schriftlicher Bericht des Beamtenausschusses Drs. Nr. 4131; Gesetz vom 27. März 1953 – BGBl I S. 81 (vgl. Anm. 137; vgl. auch Nr. 16 Anm. 112).

141 Nicht zu ermitteln. – Vorsitzender des Ausschusses war Josef Ferdinand Kleindinst.

142 Das Kurzprotokoll der 215. Sitzung des Ausschusses für Beamtenrecht vom 23. Januar 1953 gibt nur die Stellungnahme Wuermelings wieder (BT PA Ges.Dok.I 398 S.5).

143 Dr. Herwart Miessner (geb. 1911), 1949–1957 und 1959–1969 MdB (DRP/NR, Dezember 1950 FDP), Mitglied des Bundes- und Landesvorstands Niedersachsen des Deutschen Beamtenbundes, seit 1954 Kreisvorsitzender und Mitglied des Landesvorstands Niedersachsen der FDP (Autor: Um die Sicherung des Berufsbeamtentums. 1953).

Theater weitergeht. (*Zimmer*: Das können Sie sich doch nicht gefallen lassen. Das ist doch unmöglich von Fraktion zu Fraktion!) Es hat keinen Erfolg. (*Tillmanns*: Miessner ist prominenter Nazi!)

Als wir diese 20%ige Erhöhung vornahmen, haben wir die 131er-Pensionäre ausgeschlossen. Das war eine furchtbar bittere Sache. Herr Miessner hat sich damals im Bundestag hingestellt, nicht nur als Berichterstatter, sondern auch namens seiner Fraktion, und erklärt: Es ist unmöglich, das jetzt zu machen; es geht erst vom 1. April ab. Wir müssen mit dem Finanzminister rechnen, wir kommen nicht durch. Und jetzt schreibt er im „Notweg“¹⁴⁴, dem Blatt der 131er, in einem Relativsatz: die durchaus vermeidbare Vorenthaltung der 20%igen Zulage gegenüber den 131er-Pensionären.

Ich habe der Zeitung geschrieben und die Zitate aus dem Bundestag gebracht und gebeten, sie möchte das klarstellen. Den Herren Miessner und Kühn¹⁴⁵ habe ich eine Abschrift geschickt. Ich habe es Herrn Miessner auch gesagt, und dann schreibt der „Notweg“: Die Sache ist durch eine Besprechung zwischen Ihnen und Herrn Miessner geklärt. (*Müller*: In Stuttgart hat er maßlos gehetzt!)

Ehlers: Soll das Thema „Konsumbrot“ noch erörtert werden?

Samsche: Die Frage hängt zusammen mit Getreide und Zucker. Wenn man über das Konsumbrot sprechen will, muß man in die gesamte Vorratswirtschaft einsteigen.

Ehlers: Darf ich dann vorschlagen, daß wir darüber nicht ins Blaue debattieren.

Fay: Wir wollen nicht in extenso darüber sprechen, aber eine Bemerkung möchte ich machen. Wenn etwas ein schlagender Beweis für das Versagen von Planwirtschaft ist, dann ist es das Versagen der Vorratsstelle. Wir sind dankbar, daß bei einer Vorratsstelle – Eierwirtschaft – 2,5 Millionen vertan worden sind; denn es ist ein Beweis für das Versagen einer künftigen Planwirtschaft.

Es ist schade, daß bei der Streichung der Subvention nicht gleichzeitig präzise herausgekommen ist, wie man den minderbemittelten Schichten den Ausgleich geben will. Es ist zwar angekündigt worden. Aber wie ist nun die Wirkung im Volk? Das Volk sagt: Ihr wart sofort bereit, die Subvention zu streichen, aber bis ihr euch überlegt habt, wie ihr den kleinen Leuten helft, das dauert viel zu lange. Das ist ein schwerer psychologischer Fehler.

Kaiser: Es ist schade, daß der Finanzminister nicht darüber gesprochen hat. Nur die Fürsorgeempfänger sollen diese Vergünstigung bekommen. (*Ehlers*: Das hat in

144 „Der Notweg“. Die unabhängige Monatszeitschrift der ehemaligen Berufssoldaten. Wirtschaftlicher Wegweiser für versorgungsberechtigte ehemalige Angehörige der Wehrmacht und deren Hinterbliebene 4. Jg. Nr. 12 (1952), S. 6. Unter dem Titel „Wann endlich ...? Eine parlamentarische Jahresrückschau zur Lage der Staatsdiener“ schreibt Miessner: „...Aber nicht genug damit, daß diese Pensionäre ohne stichhaltigen Grund um die Zulagen für ein halbes Jahr gebracht wurden...“

145 Walther Kühn (1892–1962), vor 1933 DVP, 1949–1962 MdB (FDP, 1949–1953 stv. Vorsitzender des Ausschusses für Beamtenrecht). – Schriftwechsel nicht zu ermitteln.

der Zeitung gestanden.) Das ist einer der großen Fehler, die wir haben, daß der Finanzminister zwar finanztechnisch und finanzpolitisch außerordentlich klare Vorstellungen hat, daß er aber offensichtlich nicht die Fähigkeit hat, es dem Volke zu sagen, so daß die Dinge im Volke sehr unklar sind. Wir sollten die Dinge so aussprechen, daß man uns nicht sagt: Die positiven Dinge, die ihr gemacht habt, sind Selbstverständlichkeiten; aber die negativen Dinge! Ich fürchte, er wird das auch übermorgen so machen, so daß das Positive wieder untergeht.

Dichtel: Weil ich von Berufs wegen etwas damit zu tun habe, möchte ich folgendes sagen: Die Bundesregierung macht es ja immer „falsch“; lagert sie nichts ein, schimpft das Volk, lagert sie ein, schimpft es auch. Ich habe heute morgen einen Regierungsvertreter als Begleiter gehabt und mit ihm über die Frage des Konsumbrottes gesprochen. Zunächst sind 14 bis 15 Millionen DM für Subvention gegeben worden. Z.Z. sind 240 Millionen DM notwendig, um das Konsumbrot zu schaffen. Es ist derartig im Wachsen, daß in kürzester Zeit mit 300 Millionen DM Subvention allein für das Konsumbrot gerechnet werden muß. Wir sind uns einig, daß man bestimmten Kategorien helfen muß. Aber es ist etwas geschehen, was nicht gedeckt werden kann. Es muß eine Möglichkeit gefunden werden, um der Öffentlichkeit etwas zu sagen.

Ehlers: Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung.

PARTEITAG IN HAMBURG

Das Wort hat Herr Dr. Tillmanns.

Tillmanns: Es besteht die Absicht, daß die Kernaufgabe des Parteitages in Hamburg sein soll, unser Programm für die kommende Legislaturperiode des neuen Bundestages festzulegen. Das muß mit einer möglichst starken publizistischen und propagandistischen Wirkung geschehen.

Der Parteitag soll beginnen am Sonntag, dem 19. April. Es ist vorgesehen, daß am Sonnabend vorher eine Sitzung des Parteivorstandes stattfindet, um die Dinge des Parteitages nochmals zu erörtern. Die erste Sitzung am Sonntag soll in einem gewissen festlichen Rahmen im städtischen Schauspielhaus nach dem Gottesdienst um 10.30 Uhr stattfinden. Zuerst soll die Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, den Herrn Bundeskanzler, vorgenommen werden. Diese Begrüßung soll inhaltlich eine kleine Einleitungsrede sein, so daß sie auch für die Presse von gewisser Bedeutung ist. Neben den Begrüßungsansprachen war an ein inhaltlich bedeutsames Referat gedacht, das dem ganzen Parteitag gewissermaßen das Thema angibt. Es sollen nur zwei oder drei Hauptreferenten dem Parteitag eine geistige Zielrichtung und Zielsetzung geben. Nachmittags würde dann der Parteiausschuß tagen. Für den Sonntag haben wir einen Empfang vorgesehen. Der Sonntag würde sich also im wesentlichen erschöpfen mit der großen Eröffnungssitzung.

Der ganze Montag und der ganze Dienstag sollen dann ausgefüllt werden mit den eigentlichen Kernaufgaben des Parteitages, von denen ich eben gesprochen

habe; also das Aktionsprogramm. Wir behandeln am Montag und Dienstag zunächst die Einheit. Die einzelnen Teile sollen durch Ausschüßarbeiten und Arbeitskreise vorbereitet und in Referaten dargestellt werden. Wir haben hierbei an drei Referate gedacht. Ich bitte um Entschuldigung, ich habe einen Fehler gemacht. Bevor wir am Montag mit der eigentlichen Arbeit beginnen, ist ein Bericht über die Arbeit des Parteivorstandes und ein Bericht über die Arbeit der Fraktion vorgesehen. Diese beiden Berichte gehen also der eigentlichen Arbeit voraus. Dann müssen die Ausschüsse konstituiert werden, die aufgrund der Diskussion und Verhandlungen die endgültige Formulierung des Aktionsprogrammes vornehmen. Die eigentliche Arbeit über dieses Programm ist so gedacht, daß in drei Teilen Berichte über die bisher geleisteten Arbeiten erstattet werden. Beim ersten Bericht ist gedacht an: Kultur, Justiz, Presse, öffentliche Dienste; beim zweiten Bericht an: Wirtschaft, Finanzen, Sozialwirtschaft; beim dritten Bericht an: Soldaten, Vertriebene, Kriegsoffer. Diese Berichte sollen laufend von Montag 15 Uhr ab und den ganzen Dienstag über zur Diskussion gestellt werden, wobei die Diskussion nach unserer Meinung die eigentliche Kernaufgabe des Parteitages sein soll. Diese Diskussion, für die eine sehr lange Zeit vorgesehen ist, würde durch drei Referate unterbrochen sein. Es soll nicht so sein, wie bisher auf Parteitagen, daß zu diesem oder jenem etwas gesagt wird, sondern die Diskussion soll die eigentliche Aufgabe sein, die wir uns vorgenommen haben; d. h., daß Minister, Vorstandsmitglieder und maßgebende Abgeordnete zu den einzelnen Dingen als Diskussionsredner sich auf kurze Reden vorbereiten, damit auch solche Reden von der Presse gebracht werden.

Wir haben es uns so gedacht, daß z. B. bei einer Ermüdung Herr Erhard spricht, so daß die Diskussion immer wieder auf einen Höhepunkt gebracht wird. Wir wollten in Hamburg den Versuch unternehmen, es anders als bisher zu machen, wo es so war, daß nach einer Rede eine Diskussion dahinplätscherte und kaum einer recht darauf geachtet hat und die meisten draußen in der Wandelhalle spazierengingen.

Wir wollen die Referate nur in drei Teile gliedern und dann maßgebende Sprecher in der Diskussion zu den verschiedensten Gebieten sprechen lassen. Dabei braucht sich der Diskussionsvortrag keineswegs im engsten Sinne nur an das betreffende Thema zu halten, sondern es können auch allgemeine politische Fragen sein, um auf diese Weise die gesamte Beratung des Parteitages immer wieder lebendig zu machen.

Am Dienstag abend ist an eine große öffentliche Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle gedacht. Hier sind als Redner vorgesehen der Herr Bundeskanzler mit einer großen Rede, Herr Erhard mit einer wirtschaftspolitischen Rede und Herr Storch mit einer sozialpolitischen Rede. Auf dieser Kundgebung soll auch die polemische Auseinandersetzung mit der SPD vorgenommen werden.

Es würde dann der am Montag zu wählende Koordinierungsausschuß während der ganzen Zeit zu arbeiten haben, so daß am Mittwoch vormittag seine Vorschläge in einer Schlußbesprechung im Parteiausschuß behandelt werden können. Nachmit-

tags ist an eine Plenarsitzung im Schauspielhaus gedacht, in der das fertiggestellte Programm veröffentlicht werden soll. (*Ehlers*: Das darf aber nicht Aktionsprogramm heißen!) Das habe ich nur gesagt, weil ich nicht genug mit Phantasie begabt bin. (*Wuermeling*: Arbeitsprogramm für die neue Wahlperiode!) Das ist der erste Umriß für den Hamburger Parteitag.

Kaiser: Es ist heute eine etwas andere Darstellung wie damals. Wenn ich das sage, dann fürchte ich, daß es eine Summe von Berichterstatern gibt, die keine genügende Klarstellung geben.

Ehlers: Man kann es diesmal anders machen als in Berlin. Berlin hatte einen anderen Charakter. Es ist also unsere Auffassung, daß man bei diesem Parteitag das Hauptgewicht auf eine gute Diskussion legt.

Zimmer: Wie sind diese Kurzreferate gedacht? Wird ein fertiges Ergebnis als Ausschlußbericht vorgelegt, oder wird das Programm umrissen werden? Inwieweit Fragen offenbleiben, danach wird sich die Diskussion zu richten haben. Wenn in konkreten Fragen irgendwelche Ergebnisse vorliegen, dann ergibt sich ein Pro oder Kontra in der Diskussion. Ich möchte nur die Frage aufwerfen, inwieweit es zweckmäßig ist, bei bestimmten Fragen in einem gewissen Rahmen Probleme offenzulassen.

Tillmanns: Herr Zimmer hat recht. Das wird die Kernaufgabe des Parteitages sein, dies richtig zu machen. Es ist nicht daran gedacht, daß der Redner seine persönliche Meinung zu irgendeinem Thema sagt, sondern diese Referate sollen bis zu einem gewissen Grade das bringen, was in den Vorarbeiten zu dem gesamten Komplex als Inhalt des kommenden Arbeitsprogramms erarbeitet worden ist. Gleichzeitig soll sie nicht so fertig vorgetragen werden, daß es heißt: Bitte, das ist jetzt der Vorschlag, sondern es müssen dabei auch fremde Probleme kurz behandelt werden, damit der Parteitag einen Anknüpfungspunkt und eine eigene Aufgabe hat, wobei der Wunsch zu äußern wäre, daß diese Referate nicht versuchen sollen, wieder vollständig zu sein – sonst werden sie zu umfangreich –, sondern es sollen nur einige Punkte als der eigentliche Gegenstand der Diskussion herausgestellt werden.

Samsche: Es ist so, daß auf dem Parteitag manche Delegierte gerne zu Wort kommen möchten. Wenn man nun die Diskussion nur auf die prominenten Mitglieder beschränkt, ... (*Tillmanns*: Nicht beschränkt!)

Ehlers: D. h. also, daß der Leiter der Versammlung das parlamentarische Recht hat, die einzelnen Redner zu bestimmen und sprechen zu lassen, also nicht gebunden ist? (*Tillmanns*: Jawohl!) Es geht nicht darum, daß die Ausschüsse nur irgendwelche Fragen aufwerfen, sondern darum, daß sie die Richtung und Verantwortung festlegen, aber so, daß eine Diskussion notwendig ist, und zwar über zwei oder drei Möglichkeiten der Formulierung. Ist das unsere Auffassung? (*Zustimmung*. – *Zimmer*: In dubiis libertas!) Genauso, wie wir es heute hier exerziert haben. (*Heiterkeit*.)

Wuermeling: Wir haben uns über den Modus procedendi unterhalten. Wir kön-

nen keine Diskussion über den materiellen Inhalt führen, sondern wir sollten alle miteinander an einem Strang ziehen. Wir müssen zu verhindern suchen, daß auf diesem Parteitag ein Allerweltsprogramm herauskommt, aus dem sich nichts Profiliertes herauschält. Wir müssen ein paar Punkte – vier oder fünf – als Kardinalpunkte in die Öffentlichkeit hinausstoßen; alles, was nicht dazugehört, muß wohl oder übel in den Hintergrund treten, sonst nimmt das eine dem anderen die Bedeutung.

Der Herr Bundeskanzler hat schon davon gesprochen, daß wir den Kampf gegen die SPD mit dem EVG-Vertrag und der Mitbestimmung führen würden. Über die Sozialisierung wurde nichts gesagt. Hier scheint mir der Kardinalpunkt des Parteitages zu sein, daß wir ein positives Gegenprogramm herausstellen, das besonders geeignet ist, den Gedanken zu verwirklichen, Eigentum für die breiten Schichten des Volkes zu schaffen, weil hier die größte propagandistische Gefahr von seiten der SPD droht.

Es wird nicht mit Unrecht gesagt: Einige Leute haben ihren Besitz in den letzten Jahren ungeheuerlich vermehren können, aber in der breiten Masse, bei den Lohn- und Gehaltsempfängern, ist eine Vermehrung des Besitzes in keiner Weise erfolgt. Wir sollten dem Vorschlag von Arnold in Karlsruhe folgen, sei es das, was Lünen-donk ausgearbeitet hat, seien es die anderen Vorschläge. Können wir nicht versuchen, daß wir den auf dem Berliner Parteitag gewählten Ausschuß nun endlich auf die Beine stellen?¹⁴⁶

Ich bin nicht davon überzeugt, daß bei dieser Vorstellung von heute morgen allzuviel dabei herauskommt. Die Leute, die genannt worden sind, können es nicht hundertprozentig machen. Wir müssen den Wirtschaftspolitischen Ausschuß und den Sozialpolitischen Ausschuß schleunigst zusammenführen, damit die Dinge abgestimmt werden. Ich schlage vor, diesen Sozialpolitischen Ausschuß zu beschließen oder den geschäftsführenden Vorstand mit den drei Vorsitzenden zu ermächtigen, die Zusammensetzung dieses Ausschusses zu vollziehen, damit die Arbeit anläuft. Ich halte diesen Punkt für den wichtigsten des ganzen Parteitages. Wenn wir der Sozialisierungsthese – die eigentlich schon überholt ist, weil keiner etwas davon hat – etwas Positives gegenüberstellen, dann haben wir gegenüber der SPD ein Mittel, das seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Ehlers: Kann nicht dem geschäftsführenden Vorstand mit den drei Vorsitzenden diese Ermächtigung vom Vorstand erteilt werden? (*Zustimmung.*)

146 Ausführungen Arnolds am 20. Oktober 1951 in Karlsruhe in CDU, 2. Parteitag S. 26–37, 65. Vorstellungen Lünen-donks im Protokoll der Bundestagung der Sozialausschüsse der CDA vom 28. Februar bis 1. März 1953, Bonn/Königswinter 1953 S. 47–54. Auf dem Berliner Parteitag (17.–19. Oktober 1952) war beschlossen worden, einen Sonderausschuß der Bundespartei „zur Frage der Bildung von Eigentum für breitesten Schichten des Volkes“ zu bilden, der sich aus Angehörigen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und des Ausschusses für Sozialpolitik zusammensetzen sollte (CDU, 3. Parteitag S. 132). Die konstituierende Sitzung fand am 20. Februar 1953 statt (ACDP VII-004–101/2).

Strickrodt: Für Hamburg sollte ein kurzes, aber gehaltvolles Programm geboten werden, mit dem auch die Agitation und die kritisierende Öffentlichkeit befaßt werden könnte. Ich erinnere hierbei an die Formulierungen der englischen Liberalen Partei¹⁴⁷; das sind Grundsätze, auf denen man fußen konnte. Es wird sehr darauf ankommen, daß Sie über die Vorarbeiten in unseren Gremien sehr genau unterrichtet werden.

Herr Dr. Wuermeling, unser Wirtschaftspolitischer Ausschuß hat an Formulierungen so gut wie nichts gemacht. Er hat zwar hier und da diskutiert, aber eine ausgeklärte Meinung hat er nicht. Alles, was bisher gesagt wurde, sind nebeneinanderstehende Aperçus, die aber im Zusammenhang mit der Gesamtaufgabe unserer Partei nicht ernstlich geprüft werden konnten. Auch hinsichtlich des Finanzprogramms, mit dem wir an die Öffentlichkeit treten, müssen wir mehr sagen als nur Steuerverheißungen, sondern wir müssen von einem Programm sprechen, das den Weg zur Gesundung in dieser Richtung weisen soll.

Ich möchte darum bitten, daß die drei Vorsitzenden und der geschäftsführende Vorstand zusammenarbeiten. Achten Sie darauf, daß Sie wirklich den echten Anschluß an das bekommen, von dem wir sagen können: Es ist doch eine wirkliche Kraft in der Partei. Wir wollen die Quellen richtig anschlagen.

Gradl: Ich unterstreiche das, was Herr Strickrodt sagte. Wir können auf diesem Parteitag nicht einen Katalog für alle unsere Arbeiten geben, sondern wir sollten uns auf die Schwerpunkte des Wahlkampfes konzentrieren. Es kommt darauf an, der Bevölkerung klarzumachen: Wir sind auf der einen Seite keine marxistische Partei, aber auf der anderen Seite eine bewußt soziale Partei. Das ist eine der Hauptaufgaben, um die Massen der Wähler in den Großstädten zu gewinnen.

Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands spielt in diesem Wahlkampf ebenfalls eine entscheidende Rolle. Die Sozialdemokratie wird uns mit allen technischen Hilfsmitteln entgegenschreien: Eure Politik steht der Wiedervereinigung im Wege. Für uns wird es darauf ankommen, deutlich klarzumachen, daß das nicht der Fall ist. Wir müssen unseren Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands auf diesem Parteitag darstellen.

Wir sind in Berlin etwas in der Ferne, haben aber für manche Dinge einen klareren Blick als Sie, die Sie mitten darin sind. Auch bei der Bekanntgabe der Steuerreform müssen wir überlegen, was wird der Gegner seinerseits im Wahlkampf damit anfangen.

Ehlers: Das sind konkrete Vorschläge, die wir für die Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle propagandistisch zusammenfassen können. Bei der Propaganda passieren merkwürdige Dinge. So hat z. B. gestern abend der Fernsehsender eineinhalb Stunden lang das Boogie-Woogie-Turnier übertragen.

147 Die Liberalen hatten in ihrem Wahlmanifest (vgl. „The Times“ vom 3. Oktober 1951) u. a. gefordert, die Arbeitsleistung durch ein Bonus- oder Gewinnbeteiligungssystem für die Arbeiter – über die Nominallöhne hinaus – zu steigern (AdG 1951 S. 3142).

Es ist zu überlegen, wie die Berichte der Ausschüsse vor sich gehen sollen. Das geht los mit Kultur, dann kommen Justizfragen, Presse, Rundfunk, Film, öffentliche Dienste, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Landwirtschaft, Flüchtlinge, Soldaten, Vertriebene, Kriegsoffer und dazu das gesamtdeutsche Anliegen. Es soll nun der Versuch gemacht werden, diese Dinge in mehrere Gruppen zusammenzufassen. Wenn das so geschehen soll, um jedem etwas zu bringen, kommen wir leicht in eine Verzettlung hinein. (*Kaiser*: Das kann zusammengefaßt werden!) Das geht nicht gut! (*Tillmanns*: Das geht!) Sie können natürlich alles zusammenfassen!

Bach: Das Aktionsprogramm, das nachher veröffentlicht werden soll, soll in den Versammlungen bekanntgegeben werden. Die Fragen der Außenpolitik müssen mit hinein. (*Zuruf*: Nicht in der Form einer Bekanntgabe.) Aber in der Form eines Aktionsprogrammes. Der Sinn ist doch der, das Programm für den Wahlkampf herauszubringen. Da darf die Außenpolitik nicht fehlen. Wir haben die Außenpolitik in den letzten Jahren in den Vordergrund geschoben und die Innenpolitik vernachlässigt. Jetzt gehen wir den umgekehrten Weg. Wir können aber nicht in diesen Wahlkampf gehen ohne ein klares außenpolitisches Aktionsprogramm.

Gerstenmaier: Ich würde vorschlagen, daß wir in diesem Kreis und vielleicht morgen ernsthaft darüber diskutieren, ob wir nicht das, was wir in den letzten zwei Jahren mit unserer ganzen Kraft erkämpft haben – nämlich unsere außenpolitische Situation als Neuorientierung Deutschlands innerhalb der freien Völker –, als Thema Nr. 2 auf diesem Parteitag herausbringen: Deutschland und Europa.

Als Thema Nr. 1 müßten wir die Festigung und Verdichtung unserer sozialpolitischen Situation in Deutschland klar herausstellen.

Ich mache mir keine Illusionen, wenn ich der Meinung bin, daß wir als eine der großen Massenparteien von der Situation Kenntnis nehmen müssen, daß die Masse immer noch weit mehr auf soziale Komplexe anzusprechen ist, wobei sich jeder als Individuum betroffen fühlt. Wir haben hier noch einiges nachzuholen. Wir müssen der SPD als dem Hauptgegner die Spitze bieten im Bereich des Sozialen. Wir sollten das ganz klar auf dem Parteitag herausstellen.

Ich würde warnen, den EVG-Vertrag herauszustellen; denn es gibt dann viele Schwierigkeiten psychologischer Art. Unsere Stärke liegt darin, daß wir innerhalb der beiden genannten Probleme Kreise mit einigen wenigen unerhört einleuchtenden Thesen herausbekommen.

Zum Punkt 1, zur sozialen Lage, würde ich empfehlen, daß wir unsere Gedanken in den nächsten Wochen und Monaten darauf lenken, den vom Liberalen beeinflussten sozialistischen Ideen – was ja ein unerhörtes Monopol der skandinavischen Länder ist – die Spitze zu bieten. Wir haben doch einen sozialen Fundus und ein Ideengut, wie es die Skandinavier nie besessen haben, auch nicht die konservativen Engländer, die zu sehr säkularisiert waren, so daß wir dem liberalen Wohlfahrtsstaat etwas entgegensetzen können. Hier ist eine sehr dankenswerte Aufgabe.

Kaiser: Was wir von Herrn Gerstenmaier gehört haben, können wir in Hamburg zum Ausdruck bringen.

Ich bin erschrocken über die Aneinanderreihung von Berichten. Es kommt auf eine Zusammenfassung an.

Wenn wir den Mund in Hamburg aufmachen, dann müssen die Dinge, auf die es ankommt, auch angepackt werden. Mich bewegt vor allem die soziale Frage. Wir müssen klarmachen, was unter Mitbestimmung zu verstehen ist, was von uns gewollt ist, und zwar so, wie es Arnold versucht hat. Das muß auf eine von uns allen vertretbare Formel gebracht werden. Lücke hat ausgezeichnete Gedanken erarbeitet. Das könnte mit hineingenommen werden¹⁴⁸.

Wir müssen auch das Gewerkschaftsproblem ansprechen. Es ist wohl die Zeit gekommen, daß die Gewerkschaften in andere Aufgabengebiete gebracht werden. Sie müssen weg von den Dingen, die sie im Grunde nichts angehen. Wir müssen zu dem, was wir unter dem Kennwort „Bundeswirtschaftsrat“ ausgesprochen haben, kommen¹⁴⁹. Die Gewerkschaften werden auf diesem Gebiet ein dankbares Arbeitsfeld bekommen. Die christlich-demokratischen Kreise haben Sorge, daß die Gewerkschaften in kulturpolitische Dinge und Erziehungsangelegenheiten hineinreden. Das muß beachtet werden. Es kommt darauf an, hierfür den richtigen Redner auf dem Parteitag zu finden.

Ehlers: Nach der Konzeption von Herrn Gerstenmaier sollten wir das Hauptgewicht nicht vordergründig auf die außenpolitischen Fragen und die Verträge legen. Ich könnte mir vorstellen, daß der Herr Bundeskanzler das Schwergewicht darauf legt. (*Wuermeling:* Das war in Berlin!) Wir sollten also die soziale Verpflichtung in den Vordergrund stellen, weil ich auch davon überzeugt bin, daß sich die Wahl nicht an den außenpolitischen, sondern an den sozialen Dingen entscheidet. Darf ich feststellen, daß das unsere gemeinsame Überzeugung ist? (*Zustimmung.*) Das ist eine wesentliche Klärung.

Ich würde vorschlagen, daß etwa drei Wochen oder 14 Tage vor dem Parteitag in einer Parteivorstandssitzung die zu erstattenden Berichte festgelegt werden. Es ist völlig ausgeschlossen, das am 18. April, kurz vor dem Parteitag, festzulegen. Das muß vorher festgelegt werden. In Hamburg können es nur noch Regiebesprechungen sein, während die Dinge laufen. Insofern müssen wir eine terminliche Festle-

148 Äußerungen Lückes zur Mitbestimmung sind nicht überliefert; vermutlich handelt es sich um Vorstellungen zum Wohnungseigentum (vgl. Lückes Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung von Familienheimen in: *Der Weg zu einer familiengerechten Wohnungsbaupolitik*, hrsg. von Paul Lücke. Bergisch-Gladbach/Bonn o.J. S. 35–41; vgl. auch *Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11683–11686* sowie Ausführungen im Arbeitskreis „Familienheim – Wohnungseigentum“ auf der Bundestagung der CDA (vgl. *Anm. 146*) S. 29–32).

149 Der Gedanke zur Bildung eines Bundeswirtschaftsrats war seit den Gesprächen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften am 9./10. Januar 1950 und dem Gesetzesvorschlag des DGB vom 22. Mai 1950 in der Diskussion (vgl. die Ausführungen Arnolds in CDU, 2. Parteitag S. 32; H. St. SEIDENFUS: *Gedanken zur Errichtung eines Bundeswirtschaftsrats*. FIW-Schriftenreihe, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e.V. Köln, Heft 5. Köln 1962; MÜLLER-LIST).

gung haben. (*Fricke*: Wir müßten das etwa 14 Tage vorher in der Hand haben!) Ich wiederhole: Es müßte etwa 14 Tage vor dem Parteitag eine Vorstandssitzung stattfinden, in der festgelegt wird, was nun endgültig geplant ist. (*Mehrere Zurufe*: Es müßte früher sein. Am 5. April ist Ostern!) Meinetwegen früher!

Tillmanns: Genauso war es gedacht. Diese Vorstandssitzung, die auf dem Programm steht, ist nur eine Regiebesprechung. Die Berichte der Ausschüsse müssen beschleunigt herauskommen. Das Arbeitsergebnis eines ersten Entwurfs muß hier im Parteivorstand in einer ganztägigen Arbeitssitzung besprochen werden. Der Vorstand wird dann darüber entscheiden, wie das inhaltlich aussehen soll und wer die Referate zu halten hat. Das müßte nach meiner Meinung mindestens Anfang April festgelegt werden. Wir werden alles tun, um für diese Parteivorstandssitzung die Unterlagen zu haben. Es sollte so sein, daß in Hamburg nicht nur der Parteitag selbst, sondern auch die Öffentlichkeit kontrollieren kann.

Der Vorschlag von Herrn Bach muß meiner Ansicht nach berücksichtigt werden, daß wir nämlich das Soziale in den Vordergrund stellen. Selbstverständlich darf die Außenpolitik davor nicht völlig runterfallen; im Gegenteil, sie wird eine wichtige Rolle spielen. Es ist verhältnismäßig leicht, diese außenpolitischen Kernsätze zu formulieren, wobei nicht auf Verteidigung abzustellen ist, sondern auf Europa, (*Zuruf*: Und die Einheit!) um der SPD auf diese Weise unseren Willen gegenüber ihrem Sabotagekram an Europa klarzumachen.

Strickrodt: Was Herr Gerstenmaier vorgetragen hat, war ein neuer Ton. Das ist nicht nur ein Sammelbegriff für einige soziale Forderungen, sondern die neue Gesellschaftsordnung aus einer neuen Ethik heraus. Er hat vollkommen recht; was sich in diesem vom Liberalismus beeinflussten Sozialismus Englands und den nordischen Staaten tut, ist ungeheuer eintönig und schaltet den Menschen praktisch aus.

Wir begeben uns damit auf ein Gebiet, für das fast alle Begriffe fehlen. Wir sollten uns daher, wenn wir an die Öffentlichkeit treten, nicht bloßstellen und sagen: Hier ist ein neuer Ton, eine neue Glocke angeschlagen, sondern wir sollten Beispiele aufgreifen, was in echter Weise vorhanden ist. Wenn ich einen Namen nennen soll, dann ist es das Werk von Eucken „Die Wirtschaftspolitik“¹⁵⁰. Dieses Werk hat die vollmenschliche Ordnung, auch des wirtschaftlichen Daseins, im Sinne. Ich würde darum bitten, daß die Erfahrungen von Herrn Gerstenmaier in unseren Arbeitskreis hineingebracht werden.

Heck: Eine technische Frage, die für mich zur Vorbereitung des Organisatorischen wichtig ist. Es steht also fest, daß in Hamburg die Ausschüsse nicht tagen werden? (*Zurufe*: Nein!)

Ehlers: Es tagen nur der Koordinierungs- und der Formulierungsausschuß. Es

150 Walter Eucken (1891–1950), deutscher Nationalökonom der „Freiburger Schule“, die maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland gewann. 1952 erschien posthum sein Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“, hrsg. von Edith EUCKEN-ERDSIEK und Karl Paul HENSEL. 5. Aufl. Tübingen 1975.

kann zwar noch möglich werden, daß man einen Ad-hoc-Ausschuß bildet, aber vorgesehen wird es nicht. (*Heck*: Ich würde für diesen Fall zwei, drei Leute vorsehen!) Das muß auf jeden Fall geschehen. Es entsteht die Frage: Wie wird das vorbereitet? Wenn wir nur feststellen, es muß geschehen, ist es nicht ganz sicher, ob das, was Herr Lenz uns vorgetragen hat, auch klappen wird. Die Verantwortung trägt der geschäftsführende Vorstand. Es scheint mir ein bißchen viel für den Vorstand zu sein.

Tillmanns: Ich bin der Auffassung, daß der Vorschlag, den Herr Lenz heute morgen vorgebracht hat, nämlich die Einsetzung bestimmter Persönlichkeiten für ganz bestimmte Fachgebiete, die sich als Verstärkung oder gar hauptamtlich der Geschäftsführung zur Verfügung stellen, nicht geht. (*Zuruf*: Für die Wahlzeit!) Nein, er hat es anders gemeint.

Ehlers: Wie läuft das nun? Wer fängt mit dem, was Gerstenmaier und Strickrodt gesagt haben, nämlich mit der Herausstellung der konkretisierten sozialen Verantwortung, an? Wer tut das? (*Wuermeling*: Dieser Ausschuß, den wir bilden wollen! *Tillmanns*: Männer und Frauen aus unserem Kreise!) Der Ausschuß, den Sie bilden wollen! Gut!

Tillmanns: Es muß sofort mit den Arbeiten begonnen werden – zum Teil liegt Material vor –, wobei wir verschiedene Persönlichkeiten heranziehen.

Bach: Ich schlage vor, daß die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder zusammen den Ausschuß bilden und daß sie ihn ergänzen können, wenn sie es für notwendig halten.

Ehlers: Das haben wir vorhin beschlossen, daß der geschäftsführende Vorstand das tun soll. (*Bach*: Ich stelle fest, daß Sie vom Vorsitzenden gelernt haben! – *Heiterkeit*.) Ich habe mich von Ihrer Praxis unterschieden. (*Bach*: Ich schlage vor, am 30. März zusammenzukommen.) Daß der Vorstand zwischen dem 30. März und heute noch einmal tagen muß, ist unsere gemeinsame Überzeugung. Darüber besteht kein Zweifel.

Jedenfalls wollen wir vorsehen, daß die Arbeit so gefördert werden muß, daß am Montag, dem 30. März, alles das, was auf dem Parteitag vorgetragen werden soll, vorliegt, damit es im Vorstand besprochen werden kann. Das wollen wir festlegen. (*Kaiser*: Ich würde bitten, daß wir Herrn Tillmanns zum federführenden Mann ernennen.) Ich möchte es dem geschäftsführenden Vorstand überlassen. Eine öffentliche Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle, reicht das aus? In Berlin hat es sich bewährt, daß wir größere Veranstaltungen machen. (*Samsche*: Wir könnten am Montag noch andere Räume haben, wo prominente Leute sprechen sollten.) Das bereiten Sie vor und treten an die Redner heran. Schön, das ist erledigt. (*Tillmanns*: Ich würde bitten, daß die eine oder andere Versammlung in Schleswig-Holstein veranstaltet wird.) In Lübeck, Flensburg und besonders in Itzehoe! (*Zurufe*: Niedersachsen, Bremen!) Sind wir fertig? Zum Parteitag ist wohl nichts mehr zu sagen.

Auf der Tagesordnung steht als nächster Punkt die Saarfrage. Ich würde vorschlagen, diesen Punkt auf den morgigen Parteiausschuß zu vertagen, weil der Bun-

deskanzler selber etwas sagen möchte. (*Zurufe*: Einverstanden! – *Kaiser*: Wenn er es nicht tut, hat es keinen Zweck.)

Herr Heck hat das Wort.

VERTEILUNG DER AUFGABEN FÜR DEN WAHLKAMPF

Heck: Am vergangenen Donnerstag und Freitag haben die Landesgeschäftsführer schon eingehend darüber beraten, was von der Bundespartei und den Landesparteien für den Wahlkampf vorbereitet werden soll¹⁵¹. Es wurde darüber ein einmütiger Beschluß der Landesgeschäftsführerkonferenz herbeigeführt. Die Landesgeschäftsführer haben mich gebeten, diesen Beschluß dem Parteivorstand vorzutragen.

Die Landesgeschäftsführer gingen davon aus, daß die Kundgebungen innerhalb des Wahlkampfes etwa zwei Monate vor der Wahl beginnen sollten. Sie waren der Auffassung, daß diese Aktion mit drei Großkundgebungen im Bundesgebiet anfangen soll, eine im nordrhein-westfälischen Raum, eine im niedersächsischen Raum und eine im süddeutschen Raum. Als Redner wurden gebeten der Herr Bundeskanzler, der Herr Bundestagspräsident, Minister Erhard und Minister Schäffer. Dann soll eine bestimmte Anzahl von Rednern – die Landesgeschäftsführer haben den Begriff der Spitzenredner geprägt – von der Bundesgeschäftsstelle eingesetzt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem zentralen Einsatz habe ich mich gegen diesen Wunsch der Landesgeschäftsführer gewehrt, aber nach eingehenden Beratungen sind wir doch zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht anders geht. Die Landesgeschäftsführer bitten den Parteivorstand, daß er darüber einen verbindlichen Beschluß faßt, daß ein bestimmter Kreis von Rednern – der noch abzustecken wäre – andere Vereinbarungen außerhalb seines Landesverbandes nicht eingehen darf als über die Bundesgeschäftsstelle.

Die Verteilung der Redner über das Gebiet der Bundesrepublik soll in einer Aussprache mit den Landesgeschäftsführern festgesetzt werden. Diese Kundgebungswelle, die von Bonn aus geleitet werden soll, soll in den letzten drei Wochen einen besonderen Höhepunkt etwa in der Form erfahren, daß sieben Rednerpaare zusammengespant werden, die insgesamt in diesen drei Wochen 42 Kundgebungen in den größeren Städten zu übernehmen hätten; d. h. also sechs Kundgebungen in drei Wochen für jedes Paar.

Daneben waren die Landesgeschäftsführer der Auffassung – darüber konnten sie allerdings nicht beschließen –, daß, wenn es sich irgendwie ermöglichen lasse, der Herr Bundeskanzler etwa vier Wochen lang eine ausgesprochene Wahlreise machen solle; damit er nicht zu sehr strapaziert wird, soll er jeweils nur zehn Minuten bei einer Kundgebung sprechen. Das gleiche wurde vorgeschlagen für den

¹⁵¹ Protokoll der Arbeitstagung vom 22./23. Januar 1953 nicht zu ermitteln; Bericht in UiD vom 28. Januar 1953.

Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers, vor allen Dingen für die übrigen evangelischen Gebiete der Bundesrepublik. Soweit der Rednereinsatz.

Weiterhin kamen die Landesgeschäftsführer darin überein, daß die Plakate einheitlich für das gesamte Bundesgebiet – mit Ausnahme der Kandidatenplakate – hergestellt werden sollen. Diese Plakate hier sind nur Entwürfe. Ich bitte Sie, nicht auf die Plakate zu reflektieren. Wir haben drei Graphiker aufgefordert. Die Entwürfe sind eingegangen, die wir nur zur Kenntnis geben wollen.

Grundsätzlich war man der Auffassung, daß mit der gesamten Plakataktion ein geschlossener Eindruck über das ganze Bundesgebiet erreicht werden soll. Wenn die Wähler in andere Städte oder Dörfer kommen, sehen sie überall die gleichen Plakate. Davon erwartet man eine viel stärkere Wirkung als von einem Plakatenwirrwarr. Auch darüber wäre Beschluß zu fassen. Es ist die einhellige Auffassung aller überragenden Fachleute, daß das Zusammenkleben von Plakaten, also in massiver Form, die größte Wirkung erziele. Wir haben auf der rechten Seite hier einige Plakate zusammengeklebt. Darüber wäre noch zu entscheiden. Die Plakatgestaltung im einzelnen wird man voraussichtlich einem Werbebeirat überlassen müssen. In einem größeren Gremium über Plakate eine Meinung zu erzielen, ist wohl unmöglich. Mir wurde von verschiedener Seite gesagt, daß die Idee mit dem Bild des Kanzlers sehr gut sei. (*Zurufe*: Die Idee! – *Weiterer Zuruf*: Es handelt sich um die Idee! – *Adenauer*: Warum die blaue Farbe?) Wir haben von Nordrhein-Westfalen die Einheitsfarbe blau-gelb übernommen.

Zur Frage der Flugblätter waren die Landesgeschäftsführer der Auffassung, daß das wichtigste die Wahlillustrierte sein soll, eine Wahlillustrierte, die als Postwurfsendung in einem Auszug oder in mehreren Auszügen in jeden Haushalt kommen soll, wenn das Geld reicht. Wir haben vorgesehen zwei Flugblätter mehr humoristischer Art, weil wir der Auffassung waren, daß etwas Humor nicht schaden könne. Wir haben ein Flugblatt über den Suppenkaspar, und zwar auf die SPD angewandt; der Suppenkaspar wird immer magerer. Ich habe den Entwurf hier. Wenn es gewünscht wird, kann ich ihn mal vorlesen. (*Zurufe*: Bitte vorlesen! – Heck verliest das Gedicht über den Suppenkaspar, das der Geschäftsstelle vorliegt¹⁵².) Das ist ein Entwurf. (*Zuruf*: Carlo Schmid ist kein Suppenkaspar! – *Gröwel*: Carlo Schmid hat 60 Pfund abgenommen!) Diese Dinge sollen in die Wahlillustrierte hineinkommen.

Daneben ist vorgesehen ein Flugblatt gegen die SPD unter der Überschrift: „Was wird aus der SPD“? Darin sollen in einzelnen Punkten die Hauptsünden der SPD aufgeführt werden.

Weiterhin ist ein Flugblatt vorgesehen mit einem Bericht über die Leistungen in der vergangenen Legislaturperiode, und zwar in Stichworten. Für den Fall, daß die Vertragswerke noch nicht verabschiedet sein sollten, müßte auch ein außenpolitisches Flugblatt vorgesehen werden.

152 Nicht ermittelt.

An Material wird die Bundesgeschäftsstelle den Landesverbänden folgendes zur Verfügung stellen: einen Sündenkatolog der SPD, eine Auseinandersetzung mit dem SPD-Aktionsprogramm, eine Verarbeitung des allgemeinen Rechenschaftsberichtes der einzelnen Bundesbehörden, eine Gegenüberstellung der ersten Regierungserklärung des Bundeskanzlers im September 1949 mit der seither geleisteten Arbeit, das in Hamburg zu beschließende Programm der CDU mit entsprechenden Erläuterungen, verschiedene Reden, die für die besonderen Erfordernisse der jeweiligen Bevölkerungsstruktur bearbeitet werden, also für landwirtschaftliche Gebiete usw.

Dann wird von den Landesgeschäftsführern dringend der Einsatz von Lautsprechern im Wahlkampf gewünscht. (*Wuermeling*: Auf dem Lande!) Fast ausschließlich auf dem Lande. Der Lautsprechereinsatz ist wie folgt gedacht: Wir wollen diese Reden, die wir insgesamt fertig machen, so in Kundgebungen ansetzen, daß wir gerade auf dem Lande zunächst eine oder zwei 10 Minuten lang dauernde Filmvorführungen zeigen. Dann kommt eine Rede, die einen bestimmten Abschnitt behandelt. Dann wird gesagt: Jetzt können Sie hören, was die SPD zu sagen hat. Man drückt dann auf den Knopf, und wir bringen die Ausführungen der SPD im Bundestag, und zwar zitieren wir die schwächsten Sätze. Danach schaltet sich unser Redner wieder ein und sagt: Jetzt hören Sie, was der Bundeskanzler sagt. Dann kann man nach den Worten des Bundeskanzlers einen riesigen Beifall konstruieren. Das läßt sich sehr leicht machen. (*Kaiser*: Die SPD hat das genauso vorbereitet, nur im anderen Sinne!) Die zweite Möglichkeit ist die, daß wir für alle möglichen Anlässe einen Lautsprecher zur Verfügung haben mit zwei-, dreiminütigen Ansprachen von Männern, die geeignet sind, das Publikum anzusprechen.

Ehlers: Sie müssen bei diesen Vorbereitungen auch die Zugverspätungen bei der Eisenbahn berücksichtigen.

Es ist wichtig, daß der Vorstand von der Bedeutung dieser Lautsprecherwagenpropaganda überzeugt ist. Diese Lautsprechergeräte stehen allerdings nur zu einem geringen Teil auf dem Mietwege zur Verfügung.

Es liegen bisher auch drei brauchbare Filme vor; einer wird betitelt: „Der erste Schritt“, der den außenpolitischen Erfolg der Bundesregierung darstellt und aus Ausschnitten der Wochenschau zusammengestellt ist.¹⁵³

Ein anderer Film heißt: „Der Weg nach oben“, ein Film über den Deutschlandvertrag, der ein Gespräch zwischen zwei Arbeitern darstellt. Allerdings haben diese Filme einige Schwächen. Es ist geplant, noch einen Film über den Verteidigungsbeitrag herauszubringen. Für die letzten Monate vor der Wahl haben wir einen Film vorgesehen, der eine Zusammenfassung der wichtigsten Dinge aus den Wochenschauen bringt und geeignet ist, gerade auf dem Lande vorgeführt zu werden.

153 „Der erste Schritt“ wirbt am Beispiel der Montanunion für Europa (identisch mit dem Film „Der Schumanplan“ – Regie: Günther Schnabel nach einer Idee von Peter von Zahn); „Der Weg nach oben“ beinhaltet eine Diskussion im Familienkreis über Neutralität und Westbindung der Bundesrepublik.

Die Landesgeschäftsführer sind der Auffassung, daß für die Entscheidung, wie nun die einzelnen Dinge konkret gestaltet werden sollen, ein Propagandabeirat geschaffen werden muß. Sie glauben, daß es nicht zweckmäßig ist, nur Fachleute heranzuziehen, sondern daß es besser sei, wenn auch einige Leute aus der politischen Praxis mit dabei wären.

Die Landesgeschäftsführer schlagen dafür vor den Landesgeschäftsführer von Nordrhein, Herrn Dr. Schreiber¹⁵⁴, den Herrn Blank, und von Niedersachsen Herrn Fratzscher¹⁵⁵. Hierbei wurde die Bitte geäußert, daß von politischer Seite Herr Dr. Tillmanns in diesen Propagandabeirat kommen möge, außerdem noch zwei Werbefachleute von der Industrie.

Die Landesgeschäftsführer waren weiter der Auffassung, daß für den ganzen Wahlkampf ein Auskunftsbüro bei der Bundesgeschäftsstelle eingerichtet werden muß, allerdings mehr nach der technischen und vorbereitenden Seite hin. Hier sollen Fachleute hin, an die sich der jeweilige Referent der Bundesgeschäftsstelle bei schwierigen Fragen wenden kann. Das käme dem Vorschlag, den Herr Dr. Lenz heute morgen gemacht hat, in etwa entgegen.

Die Landesgeschäftsführer waren der Meinung, daß es unbedingt notwendig sei, daß der Parteivorstand nach der grundsätzlichen Seite hin möglichst bald einen Beschluß faßt, was nun gemacht werden soll, weil erfahrungsgemäß sonst die Dinge sich bis zum unmittelbaren Wahlkampf hinauszögern.

Ich möchte von mir aus diesen Vorschlag der Landesgeschäftsführer sehr unterstreichen und Sie dringend bitten, möglichst bald über das, was nun getan werden soll, einen Beschluß zu fassen.

Ehlers: Ich danke Herrn Heck für seine Ausführungen. Ich glaube nicht, daß der Parteivorstand in der Lage ist, die Einzelheiten zu beschließen. Das muß dem Gremium überlassen bleiben, das wöchentlich zusammentritt. Es geht um die grundsätzliche Frage; sie kann heute schon entschieden werden. Bezüglich dieses Stabes von Rednern, die von der Bundesgeschäftsstelle eingesetzt werden, habe ich die Hoffnung, daß es klappen wird. Ich glaube, daß es sich nicht vermeiden läßt, daß wir insoweit in die Zuständigkeit der Landesverbände eingreifen. Auf der anderen Seite wird den Landesverbänden die Sache dadurch erleichtert, daß sie es nur mit einer Stelle zu tun haben.

Ich darf das als beschlossen feststellen.

154 Dr. Hans Schreiber (1894–1968), vor 1933 Hauptgeschäftsführer der Zentrumspartei in Düsseldorf, Mitgründer und bis 1961 Geschäftsführer des CDU-Landesverbands Rheinland.

155 Arnold Fratzscher (geb. 1904), vor 1933 CSVD, 1931–1945 Dozent (ab 1933 Leiter) der Wohlfahrtspflegerschule des Stephanstifts Hannover, Mitgründer der CDU in Hannover, 1945–1970 Generalsekretär der CDU Niedersachsen und Mitherausgeber der „Niedersächsischen Rundschau“, 1949–1951 und 1955–1970 MdL Niedersachsen.

Nun zu den Flugblättern! Die Verse über die SPD scheinen mir keine Werbewirkung zu haben. (*Tillmanns*: Ich halte sie für ausgezeichnet!) Ich könnte sie mir auch anders vorstellen. (*Zuruf*: Tun Sie es doch!) Das kann ich bei langweiligen Sätzen machen, wenn der Bundesfinanzminister übermorgen seinen Haushalt begründet.

Die Vorstellung, daß man auf dem flachen Lande mit dem Lautsprecherwagen werben soll, ist richtig; allerdings sollte man sich die Erfahrung, die Herr Bucerius beim letzten Wahlkampf in Hamburg gemacht hat, zunutze machen. Man sollte die Lautsprecher nicht nur zu Reden und Musik, sondern auch zu improvisierten Aussprachen benutzen. Dazu gehören natürlich Leute in den Landesverbänden, die das können. Das wird z. B. in Hamburg auf der Reeperbahn besser gehen als in Fulda oder in Esslingen.

Man sollte die Versammlungen auf dem flachen Lande mit Magnetophon und Lautsprechern auflockern. Nur die Reden von irgendwelchen prominenten Leuten wiederzugeben, halte ich für falsch. Das ist viel zu langweilig. Da müssen heitere Sachen dabei sein, die dann jemand ergänzt. Das macht den Leuten einen Mordspaß. Wenn die SPD das auch macht, dann müssen wir es besser machen.

Das würde grundsätzlich gebilligt sein. Es scheint sehr davon abzuhängen, daß man sich diese Lautsprecher rechtzeitig sichert. Das würde also gebilligt werden im Rahmen der Finanzierung!

Von Brentano: Ich würde dringend darum bitten, daß wir die Druckschriften – insbesondere über die Durchführung der Bundestagswahl –, die wir bekommen haben, aus unseren Akten nehmen und sie zur Verfügung des Vorstandes einsammeln. Ich habe die ernste Sorge, daß ein Exemplar in der Bahn liegenbleibt. Dann haben wir uns mehr geschadet, als mit der besten Propaganda herauszuholen ist.

Ehlers: Darf ich vorschlagen, daß so verfahren wird. Es wird niemand an dem Mitnehmen ein Interesse haben. Wir wollen von uns aus alles tun, um das unmöglich zu machen. Ich bitte darum, daß die Unterlagen eingesammelt werden.

Ist sonst noch etwas über die technische Vorbereitung zu sagen?

Tillmanns: Ich möchte noch folgendes vorschlagen, was meiner Ansicht nach wichtig ist. Wir müssen viel mehr als bisher darauf Wert legen, daß gute Diskussionsredner von uns aus in gegnerischen Versammlungen auftreten. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Die Landesverbände werden ein besonderes Augenmerk darauf richten müssen, daß sie sozusagen einen Stab von Leuten bekommen, die so etwas durchführen können. Vielleicht ist dazu auch die Hilfe der Bundesgeschäftsstelle bzw. der Exil-CDU erforderlich.

Unter den politischen Flüchtlingen, die aus der Sowjetzone kommen, befinden sich, wenn wir sie richtig auszuwählen verstehen, die besten Propagandisten, die wir uns für unsere Arbeit denken können. Nirgendwo finden Sie Leute, die sich stärker einsetzen für die Außenpolitik der Bundesregierung, für die Verträge, für Europa, weil sie aus eigener Anschauung dem mitunter geistig trägen Publikum erzählen können über die politische Situation in der Sowjetzone. Es sind Menschen, die

vielleicht nur für DM 100,- oder DM 150,- im Monat hervorragend mitarbeiten werden. Wenn wir hier etwas tun können, wäre das für unsere gesamte Wahlpropaganda von nicht abzusehender Wirkung.

Ehlers: Das ist sehr wichtig. Ich bitte, das den einzelnen Landesverbänden zu sagen. Man könnte hier geschlossene Gruppen von Studenten einsetzen, die jeweils in die Versammlungen geschickt werden; denn es ist gerade nach dem Monat August, wenn die Semester zu Ende sind.

Fay: Ich würde noch den Film von der Ostzone mit aufnehmen. Es ist auch wichtig – das ist mit angeklungen –, daß wir den Humor nicht vergessen. Vielleicht ist es möglich, prominente Kabarettisten und Humoristen in Deutschland zu chartern, die nicht gegen die Regierung Adenauer hetzen, sondern dafürsprechen. Ich verspreche mir davon eine unerhörte Breitenwirkung. Die Witze werden erzählt und sprechen sich herum. Wenn sie geistvoll vorgebracht werden, können sie für uns eine sehr gute Propaganda sein.

Wann ist nun eigentlich der Termin der Bundestagswahl? Entweder kommt der 6. September in Frage oder ein Juni-Sonntag.

Dann haben wir noch den Punkt „Verschiedenes“. Der Herr Bundeskanzler hat in der engeren Sitzung des Vorstandes darüber gesprochen, daß die Frage der Finanzierung des Wahlkampfes erörtert werden soll. Herr Bach ist da. Ich bin über die Intentionen des Bundeskanzlers nicht im Bilde.

AUFSTELLUNG DER KANDIDATEN

Tillmanns: Vor allen Dingen müßte über die morgige Sitzung des Bundesparteiausschusses gesprochen werden. Dort steht unter Punkt 3: Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl. Was soll nun morgen dem Parteiausschuß zu diesem Punkt erzählt werden?

Ehlers: Das weiß ich auch nicht. Der Herr Bundeskanzler hat vorhin gesagt, daß er das Schreiben an die Vorsitzenden der Landesverbände über die Aufstellung der Kandidaten noch nicht abgesandt hat. Ich vermag nicht zu ermessen, was er morgen im Parteiausschuß sagen will. Ich glaube kaum, daß der Parteiausschuß das geeignete Gremium ist, um über diese Frage im einzelnen zu sprechen.

Es muß aber klar ausgesprochen werden, daß die Kandidaten nach sehr nüchternen und objektiven Gesichtspunkten ausgesiebt werden müssen, weil manchmal hier offenbar Argumente eine Rolle spielen, die nach meiner Meinung mit der sachlichpolitischen Aufgabe nicht sehr viel zu tun haben. (*Wuermeling:* Die Siebgröße müssen wir noch finden!) Das ist richtig. Das ist auch Sache der Landesparteien. Wenn jemand ausscheidet, muß er ersetzt werden im Hinblick auf die fachlichen und sachlichen Aufgaben der Fraktion.

Wir haben festgestellt, daß wir ganz besondere Mängel hinsichtlich der Juristen, insbesondere der Steuer- und Finanz-Juristen, haben. Ich höre, daß die Herren

Weber aus Koblenz und Schmitt¹⁵⁶ aus Mainz ausscheiden wollen, auch Laforet¹⁵⁷. (*Wuermeling*: Weber nicht!) Dann würde die Zahl der Juristen sehr gering sein. (*Adenauer betritt wieder den Raum.*) Ich bitte, sich zu überlegen, daß wir z.Z. keinen evangelischen Juristen haben, der in der Lage ist, in den Rechtsausschuß zu gehen, so daß ich das formell übernommen habe.

Ihr Vorschlag, Herr Heck, daß ich etwa – um ein Beispiel zu nennen – nur in evangelischen Gebieten reden soll, halte ich insgesamt für nicht richtig. (*Zurufe*: Nein!) Wir sollten doch nicht den Eindruck erwecken: hierhin wird nun um des Stimmenfanges willen ein Evangelischer geschickt und in die katholische Gegend ein Katholischer. Das muß hübsch durcheinandergehen!

Herr Bundeskanzler! Es ist die Frage aufgeworfen worden, was wir morgen zum Punkt 3 der Tagesordnung wegen der Aufstellung der Kandidaten sagen sollen.

Adenauer: Es ist mir in unserer kleinen Mittwoch-Zusammenkunft¹⁵⁸ ein Schreiben an die einzelnen Landesparteien vorgelegt worden. (*Tillmanns*: Das war im Vorstand beschlossen!) Das Schreiben habe ich hier. Ich habe es nicht abgehen lassen, weil ich erst die Frage habe behandelt wissen wollen innerhalb des Parteiausschusses, damit nicht die Landespartei vorsitzenden und die Vorstände mir hinterher kommen und sagen: Warum kannst du mir einen solchen Brief schicken? Darf ich Ihnen vorlesen! (Der Brief wegen der Kandidatenaufstellung liegt vor¹⁵⁹).

Das ist der Brief, der, glaube ich, im großen und ganzen so bleiben kann. Ich will morgen dem Bundesparteiausschuß sagen, daß der Beschluß, den er damals gefaßt hat, nochmals in Erinnerung gebracht und auch noch etwas ergänzt werden soll.

Wir wollen die drei Herren des geschäftsführenden Vorstandes bitten, in dem Sinne besondere Föhlung mit den Landesverbänden zu halten.

Mehr sollte das nicht sein. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß es sehr schwierig sein wird, eine richtige Kandidatenaufstellung zu bekommen. Namentlich wird es sehr schwer sein, Frauen und jüngere Leute zu bekommen. Wir müssen auch die verschiedenen Wünsche und Notwendigkeiten der Bundestagsfraktion – ich hörte noch einen Teil der Ausführungen des Herrn Kollegen Ehlers – unbedingt berücksichtigen; denn wie wir unsere Fraktion bei den kommenden Dingen arbeitsfähig [machen] und das Interesse unserer Wähler wahrnehmen sollen, wenn nicht die entsprechenden Leute da sind, das ist mir völlig schleierhaft.

Ich glaube, meine Damen und Herren, ein wirklich guter – und da werden mir

156 Joseph Schmitt (1882–1967), seit 1910 Zentrum, bis 1933 Stadtverordneter in Mainz (Vorsitzender der Zentrumsfraktion), Mitglied des Provinzialausschusses, 1946 CDU, Ehrenvorsitzender des Bezirksverbands Rheinhessen, Mitglied des Verfassungsgerichtshofs, 1949–1953 MdB.

157 Professor Dr. Wilhelm Laforet (1877–1959), 1946–1949 MdL Bayern (CSU), 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB (Vorsitzender des Richterwahlausschusses und des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht).

158 Das letzte Treffen hatte am 21. Januar 1953 stattgefunden (Terminkalender); vgl. Anm. 92.

159 Brief nicht zu ermitteln.

die Herren vom Vorstand beistimmen – CDU-Abgeordneter im Bundestag ist soviel wert wie zehn weniger gute. Auf eins muß ich nochmals hinweisen: Pflichtgetreu müssen sie sein!

Bei den Sozialdemokraten sind immer alle Leute in den Ausschüssen anwesend. Das ist bei unseren Leuten – ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken – nicht immer der Fall. Man kann diese Frage nicht ernst genug nehmen. Ich wäre den Herren von der Fraktion außerordentlich dankbar, wenn sie morgen im Parteiausschuß – da ist es viel notwendiger als in diesem Kreis – einmal sehr ernst und nachdrücklich darauf hinweisen würden, welche Anforderungen an die zukünftigen Bundestagsabgeordneten gestellt werden müssen, Herr von Brentano! (*Von Brentano*: Das will ich tun!)

Darf ich Ihnen nun kurz berichten, warum ich abwesend war. Ich hatte eine längere Besprechung mit François-Poncet, der gerade aus Paris zurückgekommen war und der mir einen persönlichen, freundschaftlich gehaltenen Brief des Herrn Bidault überbrachte¹⁶⁰.

Sie wissen, daß ich mit Herrn Bidault, auch schon ehe wir die Bundesrepublik hatten, wiederholt bei Besprechungen der christlich-demokratischen Verbände gesprochen habe; ganz im Anfang sogar schon. Mein persönlicher Eindruck von Herrn Bidault ist der, daß er sich in zunehmendem Maße uns genähert hat; damit meine ich uns Deutschen.

Der Brief, den er mir geschrieben hat, knüpft daran an. Er ist sehr freundschaftlich gehalten, und es wird betont, daß in demselben Geiste weitergearbeitet wird. Es wird darüber vielleicht schon heute abend – Herr François-Poncet muß erst in Paris telefonisch anfragen –, sonst spätestens morgen früh eine kurze Verlautbarung in der Presse erscheinen. Im übrigen eignet sich der Brief nicht zur Veröffentlichung, weniger mit Bezug auf unser Verhältnis als über die französischen innerpolitischen Verhältnisse.

Herr François-Poncet hat mir dann einige Eröffnungen über die Wünsche gemacht, die Frankreich bezüglich näherer Erläuterung des EVG-Vertrages hat. Das sind Dinge, über die ernsthaft gesprochen werden muß. Das ist auch geschehen. Man kann nicht verkennen, daß wenigstens bei zwei der Wünsche ernsthafte politische Interessen der Franzosen berührt werden.

Er hat weiter über die Saar gesprochen, über den Fortgang, den jetzt die Saarverhandlungen nehmen sollen. Ich weiß nicht, ob Sie über die Saar hier schon gesprochen haben. (*Kaiser*: Nein, weil Sie nicht da waren!) Haben Sie noch die Ruhe, über die Saar etwas anzuhören heute abend? Ich stehe gern zur Verfügung. Ich weiß nicht, wie lange Sie noch aushalten, ohne etwas gegessen zu haben. Sollen wir noch darüber sprechen? Eilig ist es nicht. Das möchte ich vorwegschicken.

Wir werden im Laufe des Monats Februar wieder eine Parteivorstandssitzung haben müssen. Man kann dann die Frage in einer besseren körperlichen Situation

¹⁶⁰ Brief nicht zu ermitteln. Vgl. auch FAZ vom 28. Januar 1953.

besprechen als heute abend nach 8 Uhr, zumal wir seit 9 Uhr zusammensitzen und alle etwas abgespannt sind.

Von Brentano: Bis dahin ist vielleicht etwas Konkretes zu sagen, weil noch keine Änderung eintreten wird. Was zu sagen ist, wäre lediglich, daß dort angeknüpft werden soll, wo Herr Schuman mit der Sache aufgehört hat.

SAARFRAGE

Kaiser: Ich habe um der Sache willen ein sehr dringendes Interesse daran, daß es zwischen Ihrer Auffassung, Herr Bundeskanzler, und meiner Auffassung – es hat ja ein Briefwechsel zwischen uns stattgefunden¹⁶¹ – möglichst bald zu einer Annäherung, besser noch, zu einer Verständigung kommt. Aber ich will das jetzt nicht ausführen. Vielleicht ist es auch im Augenblick gar nicht möglich. Vielleicht könnte man so verfahren, Herr Bundeskanzler, daß wir mit einigen unserer Freunde – ich denke insbesondere an die beiden Freunde aus dem Lande Rheinland-Pfalz – in einem kleineren Kreis zu einer Aussprache kommen.

Adenauer: Herr Kollege Kaiser! Das ist zunächst eine geheime Kabinettsache, die zwischen uns im Kabinett besprochen werden muß.

Kaiser: Ich bin einverstanden, daß im Kabinett der Versuch gemacht wird.

Adenauer: Ich bin der Auffassung – ich kann es ruhig sagen, wenn Herr Kaiser darauf besteht –, daß die Politik, die wir mit Bezug auf die Saar getrieben haben, falsch war und daß sie ein glänzendes Fiasko erlitten hat durch die Wahl im Saargebiet.¹⁶² Das ist allerdings meine Auffassung, und ich meine, daß wir nicht so fortfahren sollten wie bisher, weil uns das nur zu einem weiteren Fiasko führt und weil wir große Teile der Saarländer einfach von uns wegbringen. In bezug auf den Briefwechsel, verehrter Herr Kaiser, haben Sie eigentlich offene Türen aufstoßen wollen. Ich bin durchaus mit Ihnen der Auffassung, daß wir die deutsche Kultur an der Saar betonen und auf dem Gebiete arbeiten sollen und daß wir weiter versuchen sollen, den Saar-Leuten auf wirtschaftlichem Gebiet möglichst Freiheit zu verschaffen. Nur wenn wir den Leuten auf wirtschaftlichem Gebiet möglichst Freiheit verschaffen, können wir erwarten, daß sich dort Institutionen oder Gremien entwickeln, die nicht so völlig von Frankreich abhängig sind. Das ist doch der Gegensatz.

Kaiser: Ich stimme vollkommen mit Ihnen darin überein, Herr Bundeskanzler, daß wir aus dem, was geschehen ist, eine Schlußfolgerung ziehen mögen. Ich möchte nur nicht wünschen, daß wir sagen: Wir haben ein Fiasko erlitten; wir konnten zu einem Erfolg in unserem Sinne und nach unserer Auffassung, die wir haben, nicht kommen angesichts der Zustände an der Saar. Das ist doch so!

Adenauer: Nein, Herr Kaiser, so ist es nicht! Ich will den Herren erzählen, wie

161 Dazu KOSTHORST S.329–336 mit Quellenbelegen S. 391.

162 Ergebnis der Landtagswahl im Saarland vom 30. November 1952: CVP 54,7 % , SPS 32,4 % , KP 9,5 % , DV 3,4 % .

meine erste Aussprache mit den drei Herren von der Saar, die als Vertreter dieser drei Parteien zu mir gekommen sind, verlaufen ist¹⁶³. Das war, noch ehe die Wahlen von Hoffmann angesetzt worden sind, sondern als man freie Wahlen verlangte. Da habe ich die drei Herren gefragt: Meine Herren! Wenn wir nun jetzt freie Wahlen für Sie bekommen, glauben Sie dann, daß Sie die Mehrheit erreichen würden? Wenn Sie wirklich bei freien Wahlen nicht die Mehrheit bekommen, dann bedeutet das einen eklatanten Sieg des Herrn Hoffmann und eine eklatante Niederlage für uns.

Da sahen sich die drei Herren gegenseitig an und sahen dann mich an und schwiegen. Dann habe ich gesagt: Ja, meine Herren, wenn Sie nicht sagen können, daß Sie bei wirklich freien Wahlen die Mehrheit bekommen werden, können Sie denn wenigstens sagen, daß mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden kann, daß Sie den Sieg davontragen werden? Und darauf haben mir die Herren geantwortet: Das können wir nicht sagen.

Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, als mir das die drei Herren gesagt haben, sie könnten nicht sagen, daß sie mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit bei wirklich freien Wahlen den Sieg davontrügen, da lief es mir kalt den Rücken herunter, Herr Kaiser. (*Bewegung.*) Ja, meine Herren, Herr Kaiser hat es angeschnitten. Ich möchte nicht in den Geruch kommen, als wenn ich einer solchen Diskussion auswiche.

Kaiser: Nein, Herr Bundeskanzler! Da sehe ich neben der persönlichen keine sachliche Notwendigkeit ein. Die Wahlen waren am 30. November. Die Parteien waren nicht zugelassen. Die Wahlen haben unter Umständen stattgefunden, die in der freien Welt so gar nicht geduldet werden können. Frankreich schlägt sich selbst ins Gesicht, daß in dem von ihm weggenommenen Teil nach Gesichtspunkten gewählt wird, wie im Grunde – mit einer graduellen Verschiedenheit – in der Sowjetzone gewählt wird und wie in der Hitlerzeit gewählt worden ist.

Wir konnten zu einem wirklichen Erfolg nicht kommen. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler einen Brief geschrieben. Ich habe jedes Wort, Herr Bundeskanzler, mit letzter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit überlegt, und ich möchte wünschen, daß Sie dieses Schreiben nicht außer acht lassen.

Seit dem 30. November, wo immerhin ein großer Teil der Saarbevölkerung – ein Viertel – Herrn Hoffmann nicht das Ja, sondern ein Nein zum Ausdruck gebracht hat, ist an der Saar nichts mehr geschehen. Dieser deutschbewußte Teil der Saarbevölkerung geht weit darüber hinaus; denn das Volk war in einer Verwirrung sondergleichen. Herr Hoffmann hat nicht zuletzt damit argumentiert, daß er immer behauptete: Das ist gar nicht wahr, was diese drei Oppositionsparteien oder was der Jakob Kaiser und auch andere sagen. Wir stehen jetzt mit der Bundesregierung in Übereinstimmung. Und da ist Ihr Name immer wieder genannt worden.

Ich könnte jetzt Ausführungen machen, zu welchem Wirrwarr es im Bereich der

163 Das Treffen hatte am 17. September 1952 stattgefunden. Gesprächsteilnehmer waren Hubert Ney (CDU Saar), Richard Becker (DPS) sowie Kurt Conrad (SPS). Vgl. Termin-kalender.

Kirchen gekommen ist. Es war ein Unglück sondergleichen. Die 25 %, die anders gestimmt haben, die fühlen sich jetzt von uns einfach preisgegeben, weil nichts mehr geschieht!

Und die Repräsentanten dieser drei Gruppen drängen immer wieder darauf: Wie denkt nun die Bundesregierung! Dürfen wir unsere Arbeit nicht fortführen? Wird der Herr Bundeskanzler, wenn er jetzt vor den Ministerrat kommt, unser Anliegen, daß demokratische Zustände an der Saar gewährleistet werden, verfolgen? Oder wie ist es nun?

Ich bin von dem Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Ausschusses¹⁶⁴ um eine konkrete Antwort gebeten worden. In dieser Woche sollte es sein. Ich habe erreicht – weil ich zunächst unter uns zu einer Klarheit kommen will –, diese Sache um acht Tage zu verschieben. Ich kann das aber nicht weiter hinausschieben; schon durch die Aktivität der SPD, aber nicht nur der SPD, sondern auch der anderen demokratischen Gruppen, der Freien Demokraten, kommt die Sache zunächst vor den Ausschuß, vielleicht auch morgen oder übermorgen vor das Plenum des Bundestages¹⁶⁵. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, Herr Bundeskanzler!

Deswegen mein Wunsch, doch den Versuch zu einer Verständigung zu machen, um über die weitere Behandlung der Saarfrage hinwegzukommen. Ich kann nicht einfach den Leuten gegenüber ein Nein sagen. Es würde auch meiner Überzeugung widersprechen, das zu tun; denn hier liegt eine Pflicht vor!

Es bleibt nach meiner ehrlichen Überzeugung die Politik der Franzosen, uns das Saargebiet – da sie es nicht annektieren können auf eine andere Weise – zu entwinden. Und das wird Frankreich gelingen, wenn wir nicht darauf drängen und achten, daß die Gesichtspunkte, die ich in meinem Brief zu formulieren versuchte, beachtet werden, Herr Bundeskanzler!

Das scheint mir ein sehr billiges Verlangen zu sein, daß wir, Deutschland, an der Saar in dieser Zeit bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zumindest das gleiche Recht bekommen, wie es sich Frankreich in eigenmächtiger Handlung angemaßt hat.

Das erwartet die Saarbevölkerung von uns, nicht nur die paar Leute, denen ich oder denen Sie begegnet sind, sondern weite andere Kreise, auch wenn sie diesmal unter den Umständen, denen sie sich gegenübersehen, im Sinne von Herrn Hoffmann und Herrn Kirn¹⁶⁶ – ich habe ein bitteres Wort gebraucht – für die Franzosen das haben erreichen können.

164 Vorsitzender des Ausschusses für Gesamtdeutsche Fragen der 1. WP war Herbert Wehner, SPD (vgl. Anm. 170).

165 Zu einer Debatte kam es aufgrund einer Großen Anfrage der SPD erst in der 253. Sitzung des Bundestags vom 5. März 1953 (Sten.Ber. 1.WP Bd.15 S.12152–12158).

166 Richard Kirn (geb. 1902), Bergmann, Gewerkschafter; 1946 Regierungsdirektor beim Regierungspräsidium (Saar) und Verwaltungsdirektor für Arbeit und Wohlfahrt in der Verwaltungskommission, 1946–1955 1. Vorsitzender der SP Bezirk Saar bzw. SPS, 1947–1955 MdL Saarland, Dezember 1947 – Juli 1951 und Dezember 1952 – Juli 1955 Minister für Arbeit und Wohlfahrt.

Wir hatten keine Regierung hier. Wir hatten nicht einmal eine Länderregierung, weder in Düsseldorf noch in Koblenz. Das Volk war sich selbst überlassen. Das Saarvolk hat von 1919 bis heute keinem geordneten deutschen Staatswesen in unserem Sinne angehört. Von 1919 bis 1935 standen sie unter dem Völkerbundsrecht. Dann kamen sie in die Hitlerzeit hinein. 1939 wurde die Saar als Rote Zone evakuiert, und dann kam der Zusammenbruch des Krieges und die Franzosen mit ihrer eigenmächtigen Handlung.

Wir sind vor Gott und vor unserem Gewissen – ich nehme ganz große Worte in den Mund – verpflichtet, darauf zu achten, daß uns diese eine Million Menschen nicht verlorengehen. Es sind Zustände an der Saar, die wir nicht verantworten können. Die Franzosen haben eine Universität eingerichtet¹⁶⁷. An dieser Universität sind ebensoviele französische Professoren wie deutsche, vielleicht noch mehr. Es tun sich dort noch andere Dinge, die einfach nicht sein können und nicht sein dürfen.

Diese Männer, die Frankreich als Helfershelfer gefunden hat, die Herren Hoffmann und Kirn – was würde Frankreich im umgekehrten Sinne mit solchen Männern tun? Das ist doch das, was man Quislinge¹⁶⁸ in Europa nennt. Das sind untreue Söhne unseres Volkes. Wenn man, Herr Bundeskanzler, von deutscher Seite sagt – ich habe das in geeigneter Form in dem Brief zum Ausdruck gebracht –, Herr Hoffmann hat einen großen Erfolg gehabt, dann wird doch damit zugleich zugegeben, als wenn diese Wahlen unter demokratischen Gesichtspunkten hätten durchgeführt werden können. Wir konnten ja nichts machen. Die in unserem Sinne volkstreuen Menschen da drüben riskieren ja ihre wirtschaftliche Existenz, wenn sie sich gegen diesen Zustand wehren. Das muß man mitberücksichtigen.

Adenauer: Wollen Sie mir vielleicht den Weg zeigen, wie wir das Saargebiet bekommen. Ich weiß es nicht. Zunächst möchte ich betonen: Die Wahl war insofern nicht frei, als diese Parteien nicht zugelassen waren. Aber, Herr Kaiser, in Ihrem Gesamtdeutschen Ausschuß sind drei Vertreter von deutschen Rundfunksendern, die sämtlich der Sozialdemokratischen Partei angehören¹⁶⁹, aufgetreten und haben dort geschildert, welche Erfahrungen sie an der Saar in den acht Tagen gemacht haben, als sie dort gewesen sind.

Was ich eben gesagt habe, daß die Mehrheit der Leute an der Saar uns gar nicht will, das haben doch diese Herren einfach bestätigt. Lassen wir doch nicht den Kopf in den Sand stecken. Es ist doch tatsächlich so.

167 Die Universität Saarbrücken wurde 1948 durch Erlass der französischen Regierung gegründet.

168 Synonym für Kollaborateure, das auf den norwegischen Offizier und Politiker Vidkun Abraham Lauritz Quisling (1887–1945, Hinrichtung) zurückgeht, der 1933 die faschistische Partei „Nasjonal Samling“ gegründet hatte und unter der deutschen Besetzung Norwegens 1942–1945 Chef einer „nationalen Regierung“ war.

169 SPD-Mitglieder des Ausschusses für Gesamtdeutsche Fragen waren: Wehner (Vorsitz), Bärsch, Behrisch, Bielig, Frau Korpeter, Luetkens, Mommer, Neumann.

Die Leute dort haben ein vergnügtes Leben; sie haben keine Evakuierten, sie haben keinen Lastenausgleich, und es geht ihnen gut. Dazu sind sie auch noch zum großen Teil wirtschaftlich abhängig von Frankreich. Wenn Sie – nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Kaiser – sagen: vor Gott und dem Gewissen – die Leute sind es doch, die gar nicht wollen. Wir können doch erst etwas erreichen, wenn wir vernünftig und in Ruhe handeln und nicht ein großes Spektakel anfangen.

Sie haben mir gesagt, der Herr Wehner¹⁷⁰ wollte einen dritten Vertreter der Saar in den Ausschuß einladen. Was hat das für einen Zweck? Erreicht wird nichts damit, nur wird die allgemeine politische Situation z.Z. verschärft. Die einzige Möglichkeit, Herr Kaiser, die Saar wieder in irgendeiner Form an uns heranzubringen, ist die, daß wir bis zum Friedensvertrag die Saar lösen von Frankreich. Auf keinem anderen Wege halte ich das für möglich. Wir müssen sie politisch von Frankreich lösen, und wir müssen versuchen, sie auch weitestgehend wirtschaftlich von Frankreich zu lösen. Das übrige müssen wir dann der Entwicklung der Dinge an der Saar überlassen.

Daß wir die deutsche Kultur dort stärken müssen, ist klar. Ich komme zu der Auffassung, Herr Kaiser, daß es ein schwerer Fehler von uns gewesen ist – ich weiß, Herr Altmeier wird anderer Auffassung sein –, daß wir von Anfang an die Leute diffamiert haben, die sich losgetrennt und dem Saarregime zugestimmt haben. Es wäre viel klüger von uns gewesen, wenn wir den Leuten gesagt hätten: Was ihr gemacht habt, durftet ihr nicht tun, aber schließlich wart ihr in einer schwierigen Situation. Das sehen wir ein. Nun wollen wir nicht das Tischtuch zwischen uns zerschneiden, sondern sehen, wie wir allmählich die Sache wieder in Ordnung bringen. Das wäre höchstwahrscheinlich viel klüger gewesen, als die Leute einfach zu diffamieren, die – und das kann kein Mensch bestreiten – die Mehrheit dort sind.

Ich wiederhole: Ich bin bereit, Ihnen die Berichte dieser Rundfunksendervertreter, die sie vor dem Gesamtdeutschen Ausschuß unter Vorsitz des Herrn Wehner erstattet haben, zugehen zu lassen. Jeder von ihnen, der vor seinem Bericht gefragt worden ist, welcher Partei er angehöre, hat ausgesagt, der Sozialdemokratischen Partei.

Ich habe mir erlaubt, dem Herrn von Brentano eine Abschrift der Aussage dieser Herren zu übersenden. Ich glaube, Herr von Brentano wird mir bestätigen, daß das geradezu gegenüber unserer bisherigen Saarpolitik ein vernichtendes Zeugnis gewesen ist. Daran kann ich doch nicht vorbeigehen. Darauf muß ich doch mein Kalkül einstellen. Die Herren haben – das fällt mir gerade ein – z.B. gesagt, daß man in der Saarbevölkerung diese Kundgebungen mit den Feuern usw., die wir an

170 Herbert Wehner (geb. 1906), 1923 SAJ, 1927 KPD, 1930–1931 MdL Sachsen, seit 1946 SPD, 1949–1983 MdB (bis 1966 stv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Ausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, seit 1969 Fraktionsvorsitzender), 1958–1973 stv. Parteivorsitzender, 1966–1969 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Vgl. A. FREUDENHAMMER/K. VATER: Herbert Wehner. Ein Leben mit der deutschen Frage. München 1978.

der Grenze veranstaltet haben, außerordentlich übelgenommen hat. Die Leute sind durch uns auf den Fuß getreten, und wir müssen sehen, wie wir allmählich diese ganze Geschichte wieder in Ordnung kriegen.

Diese drei Leute, lieber Herr Kaiser, die bei Ihnen und bei mir gewesen sind, sind alles andere als Vertragspartner. Besehen Sie sich den Herrn Becker¹⁷¹; er mag vielleicht ein tüchtiger Mann gewesen sein; den Herrn Ney¹⁷² hat der größte Teil von uns in Berlin erlebt. Da haben Sie gesehen, was das für eine Politik ist. Und der Saarländer, der da war, der war ursprünglich sogar bei den abtrünnigen Saarländern; er hat sich jetzt bekehrt.

Aber ich wiederhole nochmals, Herr Kaiser, wir wollen die Sache in aller Ruhe miteinander besprechen. Ich habe Ihren Brief sehr genau gelesen und bin mit dem Schlußvorschlag dieses Briefes durchaus einverstanden, der genau dasselbe beinhaltet, was ich will: die kulturellen Beziehungen zu pflegen und zu versuchen, die Saar möglichst politisch und auch wirtschaftlich von Frankreich freizumachen. Einen anderen Weg sehe ich nicht.

Daß ich auf der Ministerratskonferenz vorbringen werde, daß die Grundrechte nicht gewährleistet werden, ist ganz klar, aber wenn Sie in Ihrem Brief schreiben, ich sollte dort vortragen, daß Deutschland dasselbe Recht an der Saar haben müßte wie Frankreich, dann werden mir sämtliche Mitglieder des europäischen Ministerrates sagen: Lieber Freund, das geht uns hier nichts an. Dieser Ministerrat des Europarates ist nur zuständig dafür, daß die Menschenrechte an der Saar beachtet werden. Und zu den Menschenrechten gehört die Freiheit der politischen Meinungsäußerung, aber dazu gehört nicht, daß Sie sagen: Frankreich und Deutschland müssen an der Saar dieselben politischen Rechte haben. Das kaufe ich mir nicht ab, und zwar mit Recht nicht ab.

Gerstenmaier: Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, daß wir die Diskussion an diesem Punkte abbrechen. Ich bin der Meinung, daß die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers pfennigrichtig ist. Unsere Politik in dieser Sache war – schlicht gesagt – falsch. Es eignet sich nicht, diese profunde Erkenntnis in einem größeren Kreis auszusprechen. Sie war falsch, Herr Ministerpräsident Altmeier, weil wir in den letzten Tagen ein Gespräch mit dem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Straßburg gehabt haben, der uns eine recht veraltete Zwangsjacke in dieser Sache zu verpassen versucht hat. Der Herr Mommer¹⁷³ hat aus dieser

171 Richard Becker (1884–1969), 1920–1934 Mitglied des Landesrats des Saargebiets (Zentrum), seit 1950 Vorsitzender der DPS, 1955–1960 MdL Saarland.

172 Vgl. oben S. 128.

173 Dr. Karl Mommer (geb. 1910), 1947–1949 Referent im Deutschen Büro für Friedensfragen, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (SPD), 1949–1969 MdB (1957–1966 Fraktionsgeschäftsführer), 1950–1958 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der WEU (vgl. Diether MAHNKE: Parlamentarier für Europa, in PERSÖNLICHKEITEN S. 493–532). – Mommer war neben Gerstenmaier und

Sache nichts gelernt. Diese drei Journalisten – verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, es sind nicht alle drei Journalisten Mitglieder der SPD¹⁷⁴, ich habe das Protokoll gelesen, aber einer oder zwei sind Mitglieder der SPD – sind der gleichen Meinung gewesen.

Aus dem Gespräch mit Herrn Mommer habe ich gehört, daß er nach wie vor auf dem alten Boden steht und der Meinung ist, daß es lediglich daran liege, daß wir nicht ausreichend genug die modernen Mittel der Massenpropaganda dort zur Verfügung gestellt hätten. Würden wir auf die Pauke des deutschen Nationalismus hauen, dann hätten wir nach seiner Meinung die Schlacht binnen eines halben Jahres gewonnen.

Da ich mich dieser Auffassung nicht anschließen kann, bin ich der Meinung, daß wir eine besondere Nuancierung finden müssen. Es sollte gemacht werden unter voller Respektierung der von Ihnen dargelegten Gesichtspunkte, Herr Minister Kaiser, aber nicht so, daß das am Ende dieser Tagung sozusagen in einer Notstandsarbeit versucht wird. Ich schlage deshalb vor, die Sache zurückzustellen bis zur nächsten Sitzung.

Kaiser: Herr Gerstenmaier, der Herr Bundeskanzler hat selber gesagt, er möchte zur Saar eine Bemerkung machen. Nur dadurch ist es gekommen.

Gerstenmaier: Ich mache ja keinen Vorwurf, sondern nur den Vorschlag, die Debatte jetzt abubrechen. Ich glaube nicht, daß wir noch mit der notwendigen Präzision die Nuancen herausholen, die uns zu einer Lösung bringen.

Kaiser: Der Herr Bundeskanzler hat erklärt, daß es eine Angelegenheit der Bundesregierung und des Bundeskabinetts in erster Linie ist. Ich muß dem Vorsitzenden des Ausschusses, den ich auf die nächste Woche verschoben habe, eine Antwort geben, ob es zustande kommt oder nicht. Entsprungen ist dies aus dem Bedürfnis, daß ich mit dem Bundeskanzler als dem für die deutsche Politik verantwortlichen Mann zu einer Verständigung in dieser Angelegenheit komme.

Daß der Vorsitzende die Leute von der Saar sprechen will, begründet er so: Er möchte einen Einblick haben, wie inzwischen die innenpolitische Situation an der Saar ist. Meine Meinung ist die: Die Saar darf uns nicht verlorengehen! Ihre Haltung, Ihre Persönlichkeit, Ihre Politik in dieser Zeit sind so groß und so beachtlich, Herr Bundeskanzler, daß die Saar uns nicht verlorengehen kann, wenn wir in Übereinstimmung miteinander in dem festen Willen stehen: Diese eine Million Menschen dürfen uns nicht verlorengehen.

Das Saarvolk hat ein Recht darauf, von uns Klarheit zu bekommen über die deutsche Saarpolitik. Es will wissen, in welcher Zugehörigkeit zu Deutschland es in die europäische Integration hineingeführt wird.

Pfleiderer Mitglied des Allgemeinen Ausschusses im Europarat, der von der Sozialistischen Internationale auf ihrem Kongreß in Kopenhagen 1952 aufgefordert war, in der Saarfrage zu schlichten. Vgl. FISCHER S. 140ff.; GERSTENMAIER S. 342–349.

174 Vgl. Anm. 169. Behrisch war Schriftsetzer, Bielig Redakteur, Luetkens Schriftsteller.

Das alles habe ich in dem Schreiben auszuführen versucht. Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, daß wir den Versuch machen, doch zu einer Verständigung zu kommen. Vor der Notwendigkeit dieser Sitzung mit den anderen Leuten stehe ich. Der Ausschuß hat damals ohne meine Anwesenheit verhandelt; ich war nicht in der Sitzung, wo die drei Rundfunksprecher referiert haben. Ich kenne das nicht.

Adenauer: Das ist aber so notwendig, daß Sie das wissen!

Gerstenmaier: Das ist sehr notwendig!

Kaiser: Ich habe gehört, daß Herr Steigner¹⁷⁵ dort war.

Adenauer: Es gibt aber ein Protokoll, das müssen Sie sich vorlegen lassen. Dann lesen Sie bitte, was diese Herren über die Wahl ausgesagt haben.

Kaiser: Ich gebe mich keiner Täuschung und Illusion hin. Ich weiß, daß uns diese eine Million deutscher Menschen nicht verlorengehen dürfen! Inzwischen ist ein Prozeß dort unten im Gange. Von der dritten Schulklasse an wird in den Volksschulen schon Französisch gelehrt. Es dauert keine 20 Jahre, dann haben wir ein neues Luxemburg, und ein weiteres Stück ist aus dem deutschen Volkskörper herausgebrochen.

Adenauer: Erschrecken Sie nicht, Herr Kaiser, was Sie sagen, könnte einen dazu verführen, einfach mit dem Herrn Hoffmann zu sprechen und ihm zu sagen: Wie kriegen wir die Geschichte in Ordnung. Sie kriegen sie aber doch nur auf die andere Weise in Ordnung. Es war ein Fehler von uns von Anfang an. Dabei bleibe ich.

Von Brentano: Ich glaube, Herr Kaiser, daß man sich in Frankreich vollkommen darüber im klaren ist, daß zwischen Frankreich und Deutschland eine Lösung an der Saar gefunden werden muß. Ich habe in vielen persönlichen Gesprächen den französischen Journalisten gesagt, wie ich mir die Lösung denke. Ich bin mir aber ebenso klar darüber, daß es ein verhängnisvoller Irrtum ist, mit Gewalt vorzugehen. Wenn wir eine gute Lösung an der Saar vorbereiten wollen, dann nur dadurch, daß wir das Pferd auf Warten reiten. (*Altmeier:* Wie war das? *Adenauer:* Auf Warten reiten!) Wir finden die Lösung, indem wir sagen: Die Entscheidung fällt im Friedensvertrag, und sie hilft uns und hilft nicht der anderen Seite. Ich bin mir restlos darüber klar, wenn wir heute eine Lösung erzwingen wollen – dazu fehlen uns alle Voraussetzungen –, dann müssen wir wissen, daß das das Ende der französischen Gespräche für uns bedeuten würde. Ich verteidige nicht die Stellung Frankreichs, daß hier ein Prestige Frankreichs auf dem Spiel steht, das wir nicht anerkennen, das wir aber schonen müssen, wenn wir etwas erreichen wollen. (*Adenauer:* Und über 200 Millionen jährlich!) Wenn wir heute den gefährlichen Weg gehen wollen, eine Entscheidung der Bevölkerung an der Saar herbeizuführen, dann wissen wir nicht, wie die Entscheidung ausfällt. Es ist so nicht

¹⁷⁵ Walter Steigner (geb. 1912), Journalist (SPD), war 1947–1955 Hauptabteilungsleiter und Leiter des Studios Bonn (1948) des NWDR Köln, 1961–1976 Intendant des SFB bzw. seit 1968 der Deutschen Welle/Kurzwellendienst für das Ausland.

richtig, Herr Kaiser, wenn Sie sagen, 25 % haben sich gegen Hoffmann ausgesprochen. Sie können normalerweise mit 85 % rechnen, die wählen. Selbstverständlich waren diese Parteien nicht zugelassen, aber ich habe selbst Gespräche mit Leuten der Christlich-Demokratischen Partei drüben geführt; sie haben mir vollinhaltlich das bestätigt, was der Bundeskanzler sagt: Wenn heute abgestimmt wird unter vollkommen freier Zulassung aller Parteien, dann haben wir nicht die Garantie, nicht einmal die Wahrscheinlichkeit, daß eine Mehrheit sich für Deutschland entscheidet.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß drüben etwas geschehen ist, was die Leute anspricht in ihren Wünschen und Vorstellungen. Sie haben nicht die Steuern, nicht die Vertriebenen und nicht den Lastenausgleich. Sie haben aber die wirtschaftliche Verbindung mit Frankreich. Das sind alles Dinge, die sich jedenfalls bei einer solchen Entscheidung auswirken würden.

Deshalb kann ich persönlich nur sagen, wir müssen eine Lösung in der Saarfrage herbeiführen, aber je länger wir sie hinausschieben, desto besser ist es für uns und desto leichter ist es auch unserem Partner drüben, einer Lösung zuzustimmen. Seien wir uns darüber im klaren, was passieren würde, wenn wir heute aufs Ganze gingen. Ich habe neulich in einem bitteren Scherzwort einem Sozialdemokraten gesagt: Wollen Sie, daß wir den Krieg erklären und unsere Grenzpolizei einrücken lassen? Das ist die einzige Möglichkeit, die das furiose Geschrei der Sozialdemokraten rechtfertigen würde. Leider hat man sich durch die politische Torheit in der Propaganda der Sozialdemokratie hinreißen lassen: Enthaltet euch und gebt damit eurer deutschen Gesinnung Ausdruck!

Das hat sich im Bewußtsein Frankreichs und des Saargebietes gegen uns ausgewirkt. Daß Frankreich sich über die Notwendigkeit, hier eine saubere Lösung zu finden, klar ist, scheint mir eines zu beweisen, was wir nicht verschweigen dürfen, wenn wir honorig sind. Frankreich hat das Wahlergebnis nicht hinausposaunt, sondern es war bemerkenswert klug, und die französische Presse hat kein Triumphgeschrei angestimmt, sondern der Tenor der französischen Presse war – und das scheint mir für den bewußten Verständigungswillen zu sprechen –: Das Volk an der Saar hat sich für die Zuständigkeit an der Saar für Europa entschieden.

Ich glaube, wenn wir dieser Form des Gesprächs weiterfolgen, können wir den Zeitpunkt abwarten, bis die Saarfrage gut gelöst sein wird. Wir sollten uns daher nicht noch einmal in das Schlepptau der Sozialdemokratie nehmen lassen, die die Politik der Bundesregierung torpediert, die die europäische Integration torpediert, weil sie von Herrn Adenauer gemacht wird, sondern wir sollten eine klare und saubere, aber auch rationale Politik betreiben. Das scheint mir manchmal vergessen worden zu sein.

Gerstenmaier: Herr Kaiser, die Leute, von denen wir nicht gern reden und die wir als Gegner betrachten, nämlich die Saarländer, die gegen uns regieren, haben neulich durch ihre kleine Delegation im Europarat eine Erklärung abgegeben. Über diese Erklärung sollte abgestimmt werden. Es hätte kein Zweifel darüber bestan-

den, wie es zwischen uns und den Saarländern gekommen wäre. Die Majorität wäre den Saarländern zugefallen und nicht uns.

Man muß sagen – ob es nun populär oder unpopulär ist –, daß die Saarländer ein bemerkenswertes Maß von Kooperationsgemeinschaft an den Tag gelegt haben. Auf die Vorschläge, die wir ihnen gemacht haben – sie waren beinahe ein Torpedieren ihres eigenen Antrages –, sind sie ganz still und schlicht eingegangen, und zwar unter Hintansetzung jedes Siegesbewußtseins, das sie aufgrund dieser Wahl als eine Basis hätten haben können, um gegen uns vorzugehen. Ich folgere daraus, daß wir es uns leisten können, eine etwas andere Politik zu betreiben als die der Sozialdemokratie. Ich empfehle auch hier Geduld.

Altmeier: Ich hätte den Wunsch, daß wir diese Frage doch noch einmal intensiv behandeln, und zwar alles das, was hier heute abend vorgetragen worden ist, insbesondere über die Wahl. Ich war vor drei Tagen an der Saar. Das muß noch einmal mit aller Ruhe diskutiert werden; denn das ist nicht alles so zutreffend, auch nicht die Auffassung der Saarbevölkerung in bezug auf die Wahl. Die Leute wissen ja nichts. Sie haben kein Recht. Sie können doch in einer Versammlung nicht „Bravo“ rufen, wenn jemand etwas anderes sagen würde. Die Leute an der Saar sind seit 20 Jahren politisch geknebelt. Ihre Tätigkeit als Arbeiter hängt zusammen mit ihrer Werkswohnung. Alle diese Dinge muß man sehen und wissen.

Es ist auch gesagt worden, man hätte sich mit den Leuten in Verbindung setzen müssen. Herr Bundeskanzler, ja, wenn das vernünftige und anständige Menschen gewesen wären! Wir haben in den Jahren 1945, 1946 und 1947 den Versuch gemacht, aber es ist ganz ohne Frage, daß Herr Hoffmann, der seit 1946 die Sache an der Saar macht, zu keinem Zeitpunkt den Wunsch gehabt hat, nach Deutschland zurückzukehren. Er hat den Weg nach Deutschland nicht zurückgefunden.

Wir hatten doch Herrn Hoffmann auf die Konferenz der Ministerpräsidenten eingeladen, schon 1946.¹⁷⁶ Das hat er brüsk abgelehnt. Er spricht von der Europäisierung der Saar und meint damit die Überspringung Deutschlands. Wenn Sie die Leute hören – und ich habe sehr viele Leute in der letzten Zeit gehört –, dann haben die natürlich sehr viele Gründe vorzubringen. Es gibt eine Masse von Leuten, die sagen, es geht uns gut.

Ich möchte bitten, daß wir noch einmal eingehend darüber sprechen. Mit dem, was Herr von Brentano gesagt hat, nämlich nichts zu machen, bin ich hundertprozentig einverstanden. Was wir bisher gehört haben oder auch wußten, das war die Möglichkeit, die Gespräche im Sinne einer vorläufigen Europäisierung der Saar fortzuführen. (*Adenauer:* Das wird auch weitergehen!) Das ist gleichbedeutend mit der Abschreibung der Saar! Das müssen wir wissen. Wir haben das Beispiel dafür, wie eine Bevölkerung in ein anderes Denken kommt, wenn sie jahrelang von uns abgeschrieben war bzw. mit Deutschland nicht zusammen handeln konnte.

176 Zur Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom 6.–7. Juni 1947 vgl. ESCHENBURG S. 276–280.

Ich bin also der Auffassung: Eine Europäisierung und eine vorläufige Europäisierung der Saar hat verhängnisvolle Folgen. Die Saarländer werden im Augenblick sagen: Nun gut, der Herr Bundeskanzler Adenauer hat uns geholfen. Sie werden in drei oder vier Jahren Ihnen das zum Vorwurf machen vor der Geschichte, daß wir das in dieser Zeit mitgemacht haben; denn die wirtschaftliche Situation an der Saar kommt anders. Darüber bin ich mir im klaren. Es wird nach meiner Meinung schon im kommenden Wahlkampf so sein, daß die SPD trommelt, wir hätten die Saar abgeschrieben.

Adenauer: Lieber Herr Altmeier! Sie sind nach meiner Meinung nicht konsequent. Sie sagen – ebenso wie wir –, die Saarländer sind unter diesem französischen Regime entfremdet und gefesselt worden. Nun wollen wir sie zunächst dadurch befreien, daß sie unter ein europäisches Regime kommen. Sie sagen: Nein, sie sollen unter dem französischen Regime bleiben. Ich sehe nicht, wo da eine Besserung kommen soll! Wenn wir das bisherige Regime politisch und wirtschaftlich weiterbestehen lassen, dann können Sie allerdings in einigen Jahren die Saar hundertprozentig abschreiben.

Aber wir müssen uns über diese Frage noch einmal unterhalten; am besten in einem kleinen Kreis. Und jetzt wird es Zeit, daß wir Schluß machen. (*Bach:* Wie soll ich die Verteilung vornehmen?) Sie waren heute verhindert. Sie können doch von uns nicht verlangen, daß wir jetzt nach zwölf Stunden die finanzielle Frage erledigen. Es bleibt nichts anderes übrig, als uns morgen nachmittag – der Parteiausschuß wird wohl gegen Mittag zu Ende sein – in diesem Kreise noch einmal zusammen[zu]setzen, um die Finanzfrage zu erledigen. (*Bach:* Dann kann ich nicht!) Dann müssen Sie können! (*Bach:* Ich habe eine Ausschußsitzung mit Beamten meiner Stadt. Da kann ich nicht fehlen!) Wie wollen Sie Schatzmeister sein, wenn Sie nicht können. Sie konnten heute morgen nicht hier sein; Sie können morgen nicht hier sein! (*Bach:* Das wußte ich nicht. Das ist mir mitgeteilt worden, als mein Termin längst festlag!) Das tut mir leid. Sie können nicht verlangen, daß wir jetzt die Finanzfrage erledigen.

Tillmanns: Zu der morgigen Sitzung des Parteiausschusses kommt eine Reihe von Freunden weither gereist. Die Herren haben den Wunsch, wenigstens einen Tag lang hier zusammenzukommen. Wir sollten also nicht davon ausgehen, daß der Parteiausschuß morgen mittag fertig wird. Das könnte leicht anders laufen. Ich würde sonst vorschlagen, daß wir im Laufe des Februar eine Sitzung des Parteiausschusses abhalten.

Adenauer: Dann lassen wir einmal die Tagesordnung für morgen durchgehen.

1. Bericht des Bundeskanzlers zur Lage – zwei Stunden,
2. Bericht über die Sitzung des Bundesparteivorstandes
 - a) Parteitag in Hamburg – eine Stunde,
 - b) Bundestagswahlgesetz – hierüber wird Herr von Lex referieren,
 - c) Verteilung der Aufgaben für den Wahlkampf zwischen Landesverbänden und Bundespartei.

3. Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl – dazu wird Herr von Brentano sprechen.

Das wird bis zur Mittagspause dauern. Dann kommt noch der Punkt „Verschiedenes“. Anschließend gehen Sie in die Fraktion.

Und wir machen jetzt Schluß! Ich danke Ihnen von Herzen, daß Sie so lange ausgehalten haben.

19

Bonn, 11. März 1953

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, Barth, Cillien, Ehlers, Fay, Gradl, Frau Gröwel, Heurich, Johnen (zeitweise), Kaiser, Kather, Kiesinger, Lehr, Lenz, Majonica, Pferdenges, Samsche, Scharnberg, Schröder, Strickrodt, Tillmanns, Wirsching, Wuermeling, Zimmer. Bericht des Bundeskanzlers zur Lage. Wahlkampffinanzierung. Wahlgesetz. Bundesparteitag Hamburg. Verschiedenes: Exil-CDU, Verhältnis zum DGB, Termin der Bundestagswahl.

Beginn: 10.10 Uhr

Ende: 14.50 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es haben sich mehrere Herren entschuldigt; Herr Ministerpräsident Arnold wegen dringender Besprechung, Herr Ministerpräsident Lübke ist leider krank, Herr Simpfendörfer hat Haushaltsberatung im Landtag, Herr Strauß ist in Straßburg, Herr Gurk hat Haushaltsberatung im Landtag; für Herrn Lensing wollte Fräulein Zillken¹ kommen, sie ist aber noch nicht da; Herr Fricke ist entschuldigt, und Herr Johnen kommt heute nachmittag.

Damit komme ich sofort zur Zeiteinteilung. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir sehr schnell und sehr intensiv arbeiten, so daß wir voraussichtlich nach 2 Uhr fertig sein werden, dann einen Imbiß nehmen und dann unsere andere Tätigkeit aufnehmen. Wir haben alle viel zu tun. Sind Sie damit einverstanden?

Bach: Ich würde bitten, die Kassenangelegenheiten heute morgen zu besprechen.

Albers: Herr Johnen legt Wert darauf, daß es heute nachmittag geschieht.

¹ Elisabeth Zillken (1888–1980), 1916–1958 Generalsekretärin und 1944–1971 Vorsitzende des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder, 1919–1933 und 1946–1967 Stadtverordnete in Dortmund (Zentrum), 1930–1933 MdR, Mitgründerin der CDU, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1958 stv. Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, 1952–1968 Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Vgl. Hubert MOCKENHAUPT in LEBENSBIlder 6 S.214–230.